Dienstag, 10. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 63,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 108 - 19.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG Postf 10 08 64 4300 Essen 1 Tel 0 20 54 10 11

Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 110 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Europa–USA: Kompromiß über Energie-Importe

dpa/VWD, Paris

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und den europäischen Ländern über die Erdgasimporte vor allem aus der Sowjetunion werden beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg (USA) in zwei Wochen keine große Rolle spielen. Die für Energiefragen zuständigen Minister der 22 Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur (IEA) haben sich in Paris rechtzeitig auf eine Kompromißformel geeinigt, nach der sie eine übermäßige Abhängigkeit von einem einzigen Erdgas-Lieferland vermeiden wollen. Das teilte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern mit. Die ursprüngliche Forderung Washingtons nach Festlegung einer Erdgas-Importgrenze von maximal 30 Prozent aus Ländern außerhalb der OECD-Zone steht nach Aussage Lambsdorffs jetzt nicht mehr zur Diskussion. „Die IEA-Länder werden bestrebt sein, eine übermäßige Abhängigkeit von jeweils einer einzigen Erdgas-Importquelle zu vermeiden; sie werden sich um künftige Erdgaslieferungen aus sicheren Quellen bemühen, wobei das Schwergewicht auf den eigenen Versorgungsquellen des OECD-Raumes liegen soll", heißt es im Abschlußkommuniqué.

WIRTSCHAFT

Zuwachs der Erträge für Unternehmen?

AFP, Frankfurt

Nach dem ausgeprägten Rückgang der Unternehmensgewinne in den vergangenen drei Jahren rechnet die Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF-Bank) für das laufende Jahr mit einem Zuwachs um durchschnittlich 15 Prozent. Die sich abzeichnende konjunkturelle Belebung dürfte nach Meinung der Bank im Laufe dieses Jahres zu einer höheren Auslastung der zur Zeit unbefriedigend genutzten Kapazitäten führen. Die dadurch mögliche Produktivitätserhöhung bei relativ stabiler Entwicklung der Hauptkostenfaktoren, Rohstoffe, Löhne und Zinsen werde die Ertragsentwicklung positiv beeinflussen. Insgesamt könne das Ertragsniveau des Jahres 1979 wieder erreicht werden. Auf Basis der revidierten Ergebnisschätzungen für 1983 errechne sich ein durchschnittliches Kurs-/Gewinnverhältnis von 13,5. Dieser Wert liege zwar über dem Durchschnitt der letzten Jahre, verglichen mit der Bewertung, die dem Markt früher in der ersten Phase eines Aufschwungs zugebilligt wurde, sei jedoch nicht als überhöht anzusehen. Auch die Produzenten von Maschinen könnten mit höheren Gewinnen rechnen, meint die BHF-Bank.

ZITAT DES TAGES



„Vor allem ist Arbeitslosigkeit eine Funktion des Preises der Arbeit: Das Rationalisierungstempo folgt dem Tempo der Lohnerhöhung. Wir haben zumindest in den siebziger Jahren in der Lohnpolitik gesündigt, und jetzt wird uns die Rechnung präsentiert."

Hans L. Merkle, Vorsitzender der Geschf. der Robert Bosch GmbH auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Darmstadt FOTO: JUPP DARCHINGER

Hauptschüler gefragt

rtr. Bonn

Hauptschüler haben nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) nach wie vor gute Ausbildungschancen. Von knapp 707 000 Jugendlichen, die 1982 im Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammer ausgebildet wurden, kamen nach DIHT-Angaben von gestern rund 290 000 (über 41 Prozent) von den Hauptschulen. Im gewerblich-technischen Bereich waren sogar 51,6 Prozent der Auszubildenden Hauptschul-Abgänger. Rund ein Drittel der Auszubildenden hatten einen mittleren Abschluß, 8,1 Prozent die Hochschul- oder Fachhochschulreife.

Größerer Umsatz

rtr, Wiesbaden

Die Einzelhandelsunternehmen im Bundesgebiet haben im März gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ein reales Umsatzwachstum erzielt. Aus gestern veröffentlichten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes geht hervor, daß die Zunahme in konstanten Preisen gerechnet 2,5 Prozent betrug. Noch im Februar waren die Einzelhandelsumsätze um real drei Prozent hinter den Ergebnissen des gleichen Monats im Vorjahr zurückgeblieben.

Signale aus Moskau

dpa, Moskau

Moskau sieht weitere Möglichkeiten für den Ausbau der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen, die unter dem früheren Präsidenten Sadat einen Tiefpunkt erreicht hatten. Die neue ägyptische Regierung habe eine Korrektur der Wirtschaftspolitik Sadats vorgenommen, deren Resultate bereits zu sehen seien, hieß es gestern in der Parteizeitung „Prawda". Die Sowjetunion und Ägypten hatten Ende April dieses Jahres ein Kultur- und Wissenschaftsabkommen unterzeichnet.

Aktien gut behauptet

DW. Frankfurt

Am Aktienmarkt blieben Standardwerte gut behauptet, Neben- und Spezialwerte notierten uneinheitlich. WELT-Aktienindex 138,4 (138,0). Der Rentenmarkt tendierte eher abwartend. Dollar-Mittelkurs 2,4346 (2,4440) Mark. Goldpreis je Feinunze 434,00 (431,25) Dollar.

Freischärler ermordet

DW. Beirut

Ein Kommando der Al-Fatah, der von Yassir Arafat angeführten größten Gruppe innerhalb der PLO, hat nach Informationen aus Beirut fünf Angehörige der Abu-Nidal-Gruppe umgebracht. Die Abu-Nidal-Freischärler befanden sich in der Nähe von Thaalabiya in der Bekaa-Ebene, nur etwa 300 Meter von einem syrischen Armeestützpunkt entfernt.

WELT-Report

pje. Bonn

Die deutsche pharmazeutische Industrie wendete 1982 für Forschung und Entwicklung insgesamt rund 2,2 Milliarden Mark auf, das sind 13 Prozent des Produktionswertes. Der Schwerpunkt der Forschungsarbeit der Pharmahersteller liegt zur Zeit auf der Bekämpfung der Herz- und Kreislauferkrankungen. Seiten I–VII

WETTER

Bewölkt und regnerisch

DW. Essen

Im ganzen Bundesgebiet wechselnd bewölkt mit Schauern, örtlich auch kurze Gewitter. Tagestemperaturen zwischen 12 und 17 Grad. In der Nacht 10 bis 5 Grad.

SPORT

Bundesligaskandal?

DW. Bonn

Der Fußball-Bundesliga droht ein neuer Skandal. Wie jetzt bekannt wurde, soll der Vize-Präsident von Eintracht Frankfurt, Wolfgang Zenker, gleich mehrere Fußball-Profis bei Immobiliengeschäften benachteiligt haben. Der Nordkoreaner Bum Kun Cha von Eintracht Frankfurt erhielt einen Lohnpfändungsbescheid und ist inzwischen zahlungsunfähig. Seite 15

Heute in der WELT

Machtzuwachs für Andropow: Chef des Verteidigungsrates

Militärs stellen sich hinter den Parteichef / Was ist mit Tschernenko?

C. G. STRÖHM/DW. Wien/Moskau

Der sowjetische Parteichef Jurij Andropow ist zum ersten Mal in einem amtlichen Dokument als „Vorsitzender des Verteidigungsrats" der UdSSR bezeichnet worden, was einem weiteren Machtzuwachs entspricht. Die Parteizeitung „Prawda" veröffentlichte gestern einen Aufsatz von Verteidigungsminister Marschall Dimitri Ustinow zum 38. Jahrestag des Sieges über Deutschland. Darin ehrte Ustinow den „Genossen J. V. Andropow, Generalsekretär der KPdSU und Vorsitzender des Verteidigungsrats der UdSSR", der „große Bewunderung und Autorität unter den Angehörigen der Armee und der Flotte" genieße.

Offenbar sollte damit die Unterstützung der Streitkräfte für den Parteichef zu einem Zeitpunkt zum Ausdruck gebracht werden, in dem seine Position in den oberen Etagen der kommunistischen Partei noch immer unsicher schien. Entgegen vielen Vermutungen ist Andropow bislang nicht zum Staatsoberhaupt bestimmt worden. Aber mit seiner jetzigen Erwähnung in der „Prawda" wurde er in einer staatlichen und dazu noch militärischen Position von großer Bedeutung als Chef bestätigt.

Als Vorsitzender des Verteidigungsrats hat er nicht nur die Partei, sondern auch alle militärischen und zivilen Befehlsstränge in der Hand, die für den Kriegs- und Spannungsfall von Bedeutung sind. Zum letzten Mal wurde der Verteidigungsrat der UdSSR wenige Tage vor dem Tode Breschnews öffentlich erwähnt: Damals, Ende Oktober 1982 hielt Breschnew vor den Generalen und Marschällen eine Rede, in der er ihnen versprach, sie sollten „alles" an Rüstung, Ausrüstung und Bewaffnung für die Armee erhalten, was sie nur brauchen. Das war eine Art von militärischem Blankoscheck. Damals traten auch die Mitglieder des Verteidigungsrats in Erscheinung: Und zwar der von Breschnew als Nachfolger favorisierte Konstantin Tschernenko vor Jurij Andropow, der auf einem weniger günstigen Platz zu sehen war. Inzwischen hat sich das Verhältnis nicht nur in der Parteispitze umgekehrt. Andropow hat den Breschnew-Kandidaten Tschernenko auf den Platz Nr. 2 verwiesen – und jetzt bestätigt Verteidigungsminister Ustinow, der gestern den Westen vor einem „Angriff" auf die UdSSR warnte, daß der Parteichef auch im Verteidigungsrat das Sagen hat. Das läßt sich durchaus als „Marsch durch die Institutionen" deuten. Andropow besetzt nacheinander die für ihn wichtigen Stellungen. Zu zwei vielleicht entscheidenden Ämtern blieb ihm allerdings der Zugriff bisher versagt. Der Posten des Regierungschefs ist immer noch in der Hand eines „Breschnewisten" – nämlich Nikolaj Tichonows. Das Amt des Staatsoberhaupts (Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets) ist bis heute nicht besetzt – ein grotesker Zustand, der auf eine Patt-Situation in den obersten Führungsgremien, vor allem im Politbüro, schließen läßt.

Rätselraten herrscht weiterhin über den Verbleib Tschernenkos. Hat er, wie neulich aus Moskau durchsickerte, eine Lungenentzündung – oder ist er politisch „krank"? Es gibt auch Beobachter, die meinen, Tschernenko bereite als Erbe und Nachfolger des verstorbenen Ideologie-Chefs Michail Suslow die bevorstehende ZK-Sitzung vor, welche sich vor allem mit ideologischen Fragen beschäftigen soll.

DER KOMMENTAR

Gunst der Stunde

FRITZ WIRTH

Die Zeit des Rätselns und Spekulierens ist vorbei. Die „eiserne Lady" hat den Kampfanzug angelegt und Wahlen angesetzt, schon für Juni. Die Eile entspricht dem Stil dieser Frau: Wenn gekämpft werden muß, dann kurz und heftig.

Man hat ihre plötzliche Eile opportunistisch genannt. Die Auflösung des Parlaments und die Ansetzung des Wahltermins zu jedem genehmen Zeitpunkt ist eine der bedeutendsten und schwierigsten Prärogativen britischer Premierminister. Nur wenige Premierminister vor ihr haben dieses Vorrecht und diese Chance kühl und weise zu nutzen vermocht.

Frau Thatcher nutzt die Gunst der Stunde, es ist ihr gutes Recht. Ihre Partei geht als klarer Favorit in diese Entscheidung. Das ist nach vierjähriger Amtszeit eine bemerkenswerte Leistung und weitgehend ein sehr persönliches Verdienst dieser Frau.

Sie kam als erster weiblicher britischer Premierminister ins Amt und erwies sich als der mannhafteste, mutigste und entschlossenste Regierungschef der letzten Jahrzehnte. Es bedurfte zu dieser Erkenntnis nicht nur des Härtetests des Falkland-Konflikts. Sie hat mit diesem unbeirrbaren Stil der Härte und mit der Resolutheit ihrer Reformpolitik trotz des Preises einer bedrückend hohen Zahl von Arbeitslosen beim Bürger Vertrauen gewonnen. Sie hat diesem Land in ihren vier Regierungsjahren Selbstbewußtsein, Ruhe und einen neuen Stolz zurückgegeben.

Der Ausgang dieser Wahl ist darüber hinaus international bedeutungsvoll; denn mit Labour tritt eine Oppositionspartei an, die entschlossen ist, die Europäische Gemeinschaft zu verlassen, das Nuklearkonzept der NATO praktisch zum Nulltarif aufzugeben und Großbritannien zur atomwaffenfreien Zone zu machen – eine Aussteiger-Politik also, die zwangsläufig auf eine Konfrontation mit den bisherigen britischen Verbündeten hinauslaufen würde.

Frau Thatcher hat vor vier Jahren einen neuen Reformkurs eingeleitet. Die Briten werden im Juni entscheiden müssen, ob sie die Visionen, den Mut und die Nervenkraft dieser Frau teilen oder – wie so oft schon – auf halbem Wege die Orientierung verlieren und erneut im Sumpf und Nebel ihrer altvertrauten Krisen versinken.

„Stern" zeigt eigenen Reporter an

Nannen: „Womöglich selbst bereichert" / Schrieb Heidemann an Barbie?

rtr/AP/DW. Hamburg

Die Illustrierte „Stern" hat gegen ihren Mitarbeiter Gerd Heidemann, der die als Fälschung entlarvten „Hitler-Tagebücher" für das Blatt aufgespürt hatte, Strafanzeige wegen Betrugsverdachts erstattet. Heidemann, so erklärte Herausgeber Henri Nannen, habe als Lieferanten einen Mann genannt, den es „mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht gibt".

Nach dem gegenwärtigen Stand der vom „Stern" angestellten Ermittlungen müsse angenommen werden, daß der Reporter den Absturz der „Führermaschine" bei Börnersdorf in Mitteldeutschland korrekt recherchiert habe, dann offenbar einem Schwindler in die Hände gefallen sei und „sich am Ende womöglich selbst bereichert hat". Ein Sprecher der Illustrierten sagte später auf Anfrage, Heidemann sei weiterhin in der Redaktion Zeitgeschichte beschäftigt.

Der Journalist, so die „Stern"-Version, hätte früher erklärt, er habe die angeblichen Tagebücher von einem Informanten, den er nicht nennen könne, weil sonst Menschenleben gefährdet würden. Nachdem sich die Dokumente aber als gefälscht erwiesen hätten, sei Heidemann von der Chefredaktion und dem Verlag Gruner + Jahr ultimativ zur Preisgabe seines Informanten aufgefordert worden, weil das Redaktionsgeheimnis für den Lieferanten gefälschten Materials nicht gelte. Die Redaktion der Illustrierten distanzierte sich gestern von der Veröffentlichung und bat die Leser des „Stern" um Verzeihung.

Ein angeblicher Brief Gerd Heidemanns an den früheren Gestapo-Offizier Klaus Barbie war der „Stern"-Redaktion nach eigener Darstellung nicht bekannt. Die Redaktion versicherte, sie könne die Existenz eines solchen Schreibens deshalb weder bestätigen noch bestreiten. Die „Bunte" veröffentlicht das Schreiben mit dem Datum vom 22. August 1981 in Faksimile. Erwähnt wird darin die „Blutfahne", die 1923 bei Hitlers Marsch zur Feldherrenhalle in München mitgeführt worden war. Die „Bunte" zitiert: „Es ist mir (Heidemann) gelungen, den Großteil von Hitlers Besitz sicherzustellen – hochinteressante Aufzeichnungen, Aquarelle und Ölbilder aus seiner Hand, die Pistole, mit der sich der Führer im Bunker das Leben genommen hat (ein handschriftlicher Brief Bormanns verbürgt das), Kisten mit Akten aus der Reichskanzlei und dann vor allem die Blutfahne. Sie befindet sich noch in dem Originalkoffer mit der Messingtafel, auf der die Gefallenen von 1932 aufgeführt sind.

Meiner Ansicht nach müßte zumindest diese Reliquie der nationalistischen Bewegung an einem sicheren Ort von zuverlässigen Männern aufbewahrt werden. Daß ich die Fahne nicht allzu lange in Deutschland lagern möchte, werden Sie verstehen. Hier werden die betreffenden Gesetze und Bestimmungen immer strenger ausgelegt, und es finden sehr oft Hausdurchsuchungen nach NS-Orden etc. statt. Vielleicht können Sir mir raten, wohin man diese Reliquie in Sicherheit bringen könnte ..."

Das Bundeskanzleramt in Bonn sei schon 1981 vom Verteidigungsministerium auf die Existenz der angeblichen Hitler-Tagebücher

■ Fortsetzung Seite 8

MfS-Offizier setzte sich in den Westen ab

W. KAHL, Bonn/Washington

Mit strengster Geheimhaltung umgeben westliche Sicherheitsbehörden die Flucht eines Offiziers des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Bei dem Überläufer soll es sich um den Major aus der Dokumentenverwaltung des „DDR"-Staatssicherheitsdienstes, Manfred G., handeln. Der Offizier setzte sich dem Vernehmen nach bereits vor mehreren Wochen mit zahlreichen Unterlagen aus der Geheimdienstzentrale ab und wurde auf seinen Wunsch – ohne Kontakte zu deutschen Nachrichtendiensten aufzunehmen – in die USA gebracht. Von den Bundessicherheitsbehörden wurde dazu auf Anfrage der WELT erklärt, sie seien mit dem Vorgang nicht befaßt.

Die strikte Abschirmung des Geheimnisträgers soll eine Verfolgung durch seine ehemaligen Genossen aus der „DDR" verhindern. Denn nach dem schon 24 Stunden später bekannt gewordenen Übertritt des ehemaligen Führungsoffiziers in der „DDR"-Spionagezentrale, Werner Stiller, Anfang 1979, hatte der Ostberliner Geheimdienst versucht, die Spur des Überläufers aufzunehmen, um sich für die Enttarnung und Verhaftung mehrerer Dutzend Agenten zu rächen.

Der Flüchtling aus der Dokumentenverwaltung, der dort angeblich Referatsleiter war, soll auch zur Affäre um die gefälschten Hitler-Tagebücher und zu möglichen Querverbindungen zu östlichen Nachrichtendiensten sowie zu dem bereits neun Jahre dauernden Rechtsstreit der Illustrierten „Quick" gegen den „Stern" gehört werden.

SPD: Votum des Parteitags hängt von Genf ab

AP/DW. Bonn

Das Präsidium der Sozialdemokraten hat gestern seinen Standpunkt bekräftigt, daß die SPD erst nach dem Vorliegen von Ergebnissen der Genfer Abrüstungsverhandlungen über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland entscheiden wolle. Das Offenhalten der Entscheidung entspreche „Wortlaut und Geist" des NATO-Doppelbeschlusses. Im Gegensatz zur Meinung des Parteispitzengremiums, hatten sich die Delegierten der mittelrheinischen SPD am Sonntag grundsätzlich gegen die NATO-Nachrüstung ausgesprochen.

Die mittelrheinische SPD hatte formuliert, Aufgabe der SPD sei es, „jetzt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen zu verhindern". Das könne auch die Aufforderung „zur Teilnahme an Aktionen gewaltfreien Widerstands gegen die Stationierung" bedeuten (WELT vom 9. 5.).

SPD-Sprecher Clement sagte, die SPD werde nach intensiver Vorbereitung im Herbst auf einem außerordentlichen Bundesparteitag – vorläufiger Termin 1. November – ihre Entscheidung treffen.

Die derzeitige Haltung der Bundesregierung ist nach den Worten von Clement nicht geeignet, die „Chance auf ein Abkommen auf der Grundlage der beiderseitigen Sicherheitsinteressen zu fördern". Es bestehe die Gefahr, daß die amerikanische Regierung vorzeitig aus ihrer Verantwortung für einen Kompromiß entlassen werde. Dies vergrößere die Gefahr eines Scheiterns der Verhandlungen.

Großbritannien wählt am 9. Juni

Labour Party wäre späterer Termin lieber gewesen / Thatcher nicht zum EG-Gipfel?

FRITZ WIRTH, London

Großbritannien wird am 9. Juni ein neues Unterhaus wählen. Premierministerin Margaret Thatcher suchte gestern nachmittag die britische Königin im Buckinghampalast auf und informierte sie über den Wahltermin und die Auflösung des Parlaments.

Die Entscheidung zu dieser Blitzwahl fiel am Montag morgen. Am Tag zuvor war Frau Thatcher, die bisher stets einen Wahltermin im Oktober vorgezogen hatte, von ihren engsten Beratern überzeugt worden, daß eine Wahl am 9. Juni sowohl im nationalen wie im parteipolitischen Interesse liege. Sie informierte ihr Kabinett in einer eilig zusammengerufenen Sondersitzung über ihre Wahlpläne.

Offiziell läuft die Amtszeit Frau Thatchers erst Ende April 1984 ab. Die seit Wochen grassierenden Wahlspekulationen, die unverändert günstigen Ergebnisse der Meinungsumfragen, zugleich aber auch deutliche Signale einer leichten Erholung der Labour Party – vor allem auf Kosten der sozialliberalen Allianz – veranlaßten sie schließlich, eine schnelle Entscheidung zu suchen.

Die Konservativen gehen als hohe Favoriten in diese Wahl. Sie liegen bereits seit 15 Monaten, also vor dem Beginn des Falklandkonfliktes, in der Wählergunst deutlich in Führung. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dieser Wahlkampf wieder zum klassischen Duell zwischen links und rechts werden wird und daß die Chancen der sozialliberalen Allianz, als dritte politische Kraft die Strukturen des britischen Zweiparteiensystems aufzubrechen, nur sehr gering sind.

Es gibt keinen Zweifel, daß der Wahltermin im Juni für die Labour Party zu früh kommt. Die Partei hätte eine Wahl im Oktober bevorzugt. Sie hat in mehr als 100 von 650 Wahlkreisen noch keine Kandidaten aufgestellt. Dieser Auswahlprozeß kann leicht die alten Fronten zwischen dem gemäßigten und dem radikalen Flügel der Partei wieder aufbrechen. Sie leidet außerdem unter dem schlechten Image ihres Parteichefs Michael Foot. Eine Meinungsumfrage der BBC ergab gestern, daß Labour unter einem Parteichef Denis Healey durchaus reale Siegchancen hätte.

Hauptthema dieser Wahl wird die Zahl von 3,2 Millionen Arbeitslosen sein, die sich unter der Regierung Thatcher nahezu verdoppelt hat. Die Regierung wird als Trumpfkarte die erhebliche Reduzierung der Inflationsrate vorweisen können. Weitere umstrittene Themen werden die Nuklearfrage sein, wo sich Labour auf eine einseitige britische Abrüstung festgelegt hat, und der von der Labour Party geplante Auszug aus der Europäischen Gemeinschaft.

Der Wahltermin läßt es höchst fraglich erscheinen, ob Frau Thatcher Anfang Juni am geplanten EG-Gipfeltreffen in Stuttgart teilnehmen wird. Dagegen hat sie offensichtlich die Absicht, den Weltwirtschaftsgipfel Ende dieses Monats in Williamsburg zu besuchen.

Bei der letzten Wahl am 3. Mai 1979 gewannen die Konservativen 339, Labour 268 und die Liberalen elf Unterhaussitze. Die Zahl der Wahlkreise ist inzwischen auf 650 erhöht worden.

Kohl bedauert Stolzes Ausscheiden

Der Kanzler bestätigt: Neuer Regierungssprecher soll Peter Boenisch werden

GÜNTHER BADING, Bonn

Regierungssprecher Diether Stolze scheidet, so Bundeskanzler Helmut Kohl gestern vor der Bundespressekonferenz in Bonn, „aus persönlichen Gründen" als Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung aus. Kohl bestätigte, daß er Stolzes Wunsch nach Entbindung von seinen Amtspflichten entsprechen werde. Als Nachfolger werde er in der Kabinettssitzung am kommenden Mittwoch den früheren Chefredakteur der Zeitungen „Bild", „Bild am Sonntag" und WELT, Peter Boenisch, vorschlagen.

Stolze habe ihn, Kohl, kurz nach der Bundestagswahl vom 6. März darüber informiert, daß er für die neue Legislaturperiode nicht als Regierungssprecher zur Verfügung stehen werde, sagte der Bundeskanzler. Auf seinen Wunsch hin habe er sich jedoch bereit erklärt, noch bis zur Regierungserklärung im Amt zu bleiben. „Ich habe den Entschluß von Diether Stolze mit großem Bedauern aufgenommen. Zwischen mir und ihm hat sich nicht erst seit seiner Amtsübernahme, aber vor allem auch danach, eine besonders freundschaftliche und fruchtbare Zusammenarbeit ergeben, die ich sehr gerne fortgesetzt hätte", sagte Kohl. Stolze werde künftig „in freier Form weiter für mich und die Bundesregierung als Berater für wirtschaftspolitische Fragen" tätig sein. Die persönlichen Gründe, die zum Rücktritt des Regierungssprechers geführt hätten, werde er „selbstverständlich respektieren".

Zum Nachfolger Stolzes an der Spitze des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung sagte der Bundeskanzler: „Peter Boenisch ist ein besonders erfahrener und ausgewiesener Journalist, der die Aufgabe des Sprechers der Bundesregierung und der Leitung des Bundespresseamtes sicherlich mit Augenmaß und Tatkraft führen wird."

Staatssekretär Stolze versicherte, daß ihm der Entschluß, das Sprecheramt nach sieben Monaten wieder aufzugeben, „aus menschlichen und sachlichen Erwägungen" nicht leicht gefallen sei. Er sei aber zu der Überzeugung gelangt, daß die Doppelfunktion des Sprechers und des Amtschefs ihm „nicht genügend Bewegungsfreiheit für freie eigene Arbeit" geben könne.

Stolze erinnerte an seine Zielsetzung bei der Amtsübernahme, daß das Bundespresseamt die Grenze zwischen Information und Propaganda nicht überschreiten dürfe. Er sei stolz darauf, daß dieser Grundsatz eingehalten worden sei. Der scheidende Regierungssprecher dankte dem Bundeskanzler für Vertrauen und Zusammenarbeit und bezeichnete die Stunden, die er im Kanzleramt verbracht hatte, als die „fruchtbarsten" seiner Amtszeit.

Anzeige

Spezialität auf gut kölsch.

Gaffel ist die Kölsch-Spezialität, die bei Kennern Ansehen genießt. Bei diesem Spitzenbier schätzt man den unverwechselbaren Charakter, den angenehm herben und herrlich erfrischenden Geschmack.



Gaffel-Kölsch ist hell und obergärig, natürlich rein und überaus bekömmlich. Aus der Flasche ebenso wie vom Faß. Eine echte Kölner Traditionsmarke, die besser nicht sein kann.

Die feine Spezialität. Ausgezeichnet im Geschmack.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Lastenausgleich

Von Rüdiger Moniac

Es ist mein fester Wille, mehr Wehrgerechtigkeit zu schaffen." Mit diesem Satz in der Regierungserklärung hat der Bundeskanzler den Rahmen gefügt zur Lösung einer seit langem schwelenden Frage. Nur rund drei von fünf Wehrpflichtigen werden gegenwärtig zum Dienst in der Bundeswehr herangezogen. Auch braucht ein großer Teil der anerkannten Kriegsdienstverweigerer nicht anzutreten, weil die erforderliche Zahl an Ersatzdienstplätzen nicht zur Verfügung steht. Das Dilemma schafft Unmut bei denen, die dienen müssen und sehen, daß die Altersgenossen in großer Zahl vom „Bund" verschont werden.

Kohls neue Regierung mag mehr Energie haben, das Problem anzupacken. Die erste, nach gerechten Lösungen zu suchen, ist sie natürlich nicht. Schon unter Helmut Schmidt als Verteidigungsminister bemühte sich die Wehrstrukturkommission unter Karl Mommer um einen Weg der Gleichbehandlung aller Wehrpflichtigen. Sie empfahl damals eine Ausgleichsabgabe für die Nichtdienenden nach Schweizer Vorbild.

Diese Lösung wird wohl jetzt auch wieder favorisiert. Verteidigungsminister Manfred Wörner reist nächste Woche nach Bern, um vielleicht von den Erfahrungen der Eidgenossen mit der im Wehrrecht verankerten Ersatzabgabe zu profitieren.

Bislang allerdings sind in der Bundesrepublik alle Bestrebungen zur Erhebung einer solchen Abgabe an dem Argument gescheitert, der dafür in der Verwaltung nötige Aufwand sei zu hoch.

Es ist fraglich, ob dergleichen stechen darf. Für das staatspolitisch bedeutsame Ergebnis, daß sich alle jungen Männer im Angesicht der Wehrpflicht gleichbehandelt fühlen, darf die Frage nach der Rentabilität des Verfahrens gewiß keine Rolle spielen. Dies gilt um so mehr, als in spätestens fünf Jahren der Grundwehrdienst um drei auf achtzehn Monate verlängert werden dürfte. Was die Ungleichbehandlung von Dienenden und Nichtdienenden noch krasser sichtbar macht.

Papier ist geduldig

Von Peter Dittmar

Der Tag der Bücherverbrennung ist für die „DDR" ein Tag der Selbstgefälligkeit. Will man nämlich den amtlich regulierten Kommentaren in den Gazetten der Stasi-Republik glauben, so ist die „DDR" weit über alles erhaben, was Zensur oder nur Einschränkung der geistigen Freiheit genannt werden könnte.

Typisch dafür ist ein Beitrag in der „Weltbühne". Da heißt es, daß man in der „DDR" „die Werke der damals Verfemten wieder kaufen, ausleihen, lesen" könne. Alle? Wohl nicht. Man kann nicht einmal die Zeitungen „ausleihen und lesen", in denen seinerzeit über die *Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 berichtet wurde.* Denn dort hätte der Autor dieses „Weltbühnen"-Beitrags nämlich die – wie es damals hieß – „markanten Worte" finden können, „mit denen die Bücher des undeutschen Geistes" verbrannt wurden.

Unter diese Rubrik fielen Autoren wie Marx, z. B., den es heute zwar ausgiebig in der „DDR" zu kaufen gibt, aber auch Karl Kautskys Werke wurden ins Feuer geworfen, Bücher eines Mannes, den „DDR"-Bürger allenfalls aus Lenins Polemik kennen dürfen. Siegmund Freuds Bücher fielen damals den Flammen zum Opfer – die „DDR" hat sie nie gedruckt. Auch Berlins berühmten Chefredakteuren Theodor Wolff und Georg Bernhard ging es nicht anders. Und daß Emil Ludwigs Schriften im volkseigenen Buchhandel zu haben seien, wurde bislang ebenfalls nicht bekannt.

Die Reihe ließe sich, wenn man die „Liste des auszusondernden Schrifttums" hinzuzöge, noch erheblich verlängern. Aber das tangiert die „Weltbühne" nicht. Sie redet statt dessen von den „Kulturverbrechen" der Klassengesellschaften und verweist voller Anmaßung darauf, daß der 10. Mai in der „DDR" als „Tag des freien Buches" gefeiert wird.

„Papier ist geduldig", hat Gabriel Laub geschrieben, „es könnte sogar die Wahrheit ertragen." In der „DDR" wird ihm das jedoch nicht zugemutet.

Dolchstoß-Formel

Von Eberhard Nitschke

Jeder Bürger der Bundesrepublik Deutschland trinkt täglich 630,1 Gramm Bier, so weist es die Statistik aus. Von daher gesehen ist die neue Briefmarke der Deutschen Bundespost, die dem 450. Jahrestag der Rechtsnorm gewidmet ist, mit der das Reinheitsgebot für deutsches Bier ins Land kam, das populärste Stückchen Papier der Post seit langem.

Doch da Herzog Wilhelm IV. von Bayern seinen berühmt gewordenen Reinheitserlaß, nach dem nur mit Hopfen und Malz und Hefe und Wasser gebraut werden darf, im Jahre 1516 in Marsch setzte, scheint dies Jubiläum ein wenig zu hinken.

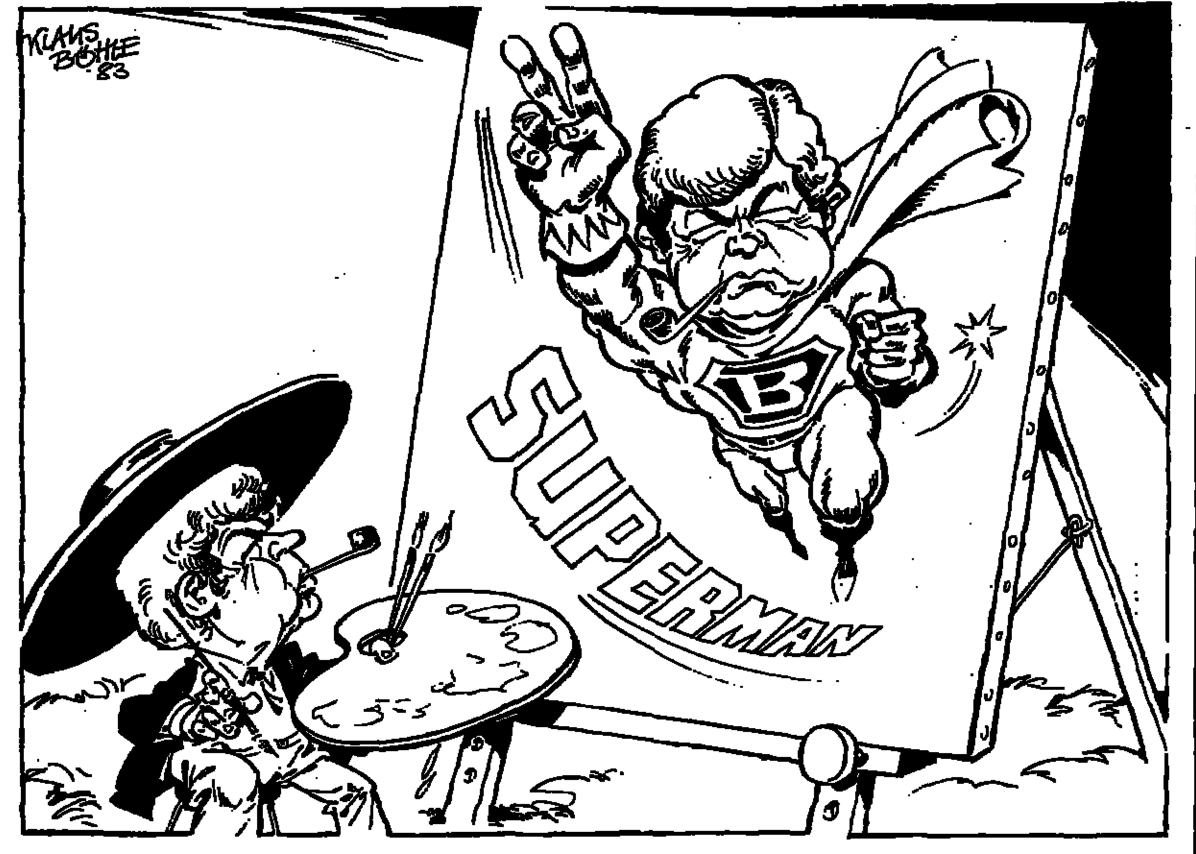
Richtig! Die Antwort liefert ein Brief, den der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, *Ignaz Kiechle, unter dem 9. Mai an Karl-Heinz Narjes,* den deutschen EG-Kommissar in Brüssel, schickte.

Kiechle schreibt da: „Politiker sollten dem Volk auch hin und wieder aufs Maul schauen und die Entscheidung über die reine Freude am Gerstensaft nicht den Gerichten, sondern den Verbrauchern überlassen." Noch mal richtig. Denn immerhin haben uns törichte Euro-Gleichrichter schon das Pfund, die Pferdestärke und die Kalorie weggenommen.

Und dann kam im verwichenen Herbst Kommissar Narjes mit der Dolchstoß-Formel daher, die seit langem geführte Reinheits-Kampagne gegen die Gefahr von Import-Bier mit chemischen Zusätzen sei „Lug und Trug". Dem Deutschen solle ja keineswegs sein reines Bier weggenommen werden, er solle vielmehr auch jenes Bier, das die EG-Nachbarn trinken, anschaffen dürfen.

Das ist natürlich nicht immer Gerstensaft; da ist Mais drin und Reis und allerlei aus der Retorte. Die „Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher e. V." freilich, die Interessenvertretung von 60 Millionen Fiskus-geplagten Konsumenten, *wittert hinter der Verteidigung des Reinheitsgebotes* mehr als nur deutsche Trink-Tradition. Sie meint, man wolle vielmehr „ein Ausweichen auf nicht besteuerte Grundstoffe verhindern".

Aber: Fragt einer danach beim Einkauf von Bier oder Briefmarken?



„Ob ich mich jetzt ummalen sollte . . .?" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das syrische Fenster

Von Jürgen Liminski

Das immer noch nur vorsichtig und unter abgedecktem Licht lesbare Abkommen zwischen Libanon und Israel nennt das Wort Syrien nicht. Dennoch kommt der von dem Militärdiktator Assad mehr geknechtete als geführte Nachbarstaat beider Vertragspartner häufig in indirekten Wendungen vor. Zum Beispiel, wenn – wie in Artikel 13 – von den Beziehungen zu Drittstaaten die Rede ist oder wenn im Anhang das Wort „feindlich" *definiert wird. Demnach gilt als* feindlicher Staat, „der nichtdiplomatische Beziehungen zu beiden Vertragspartnern unterhält". Solche Staaten dürfen, so heißt es *in dem ängstlich gehüteten* Dokument, das Staatsgebiet der Vertragspartner weder zu Land noch zu Luft passieren und sich auch nicht in den Hoheitsgewässern aufhalten.

Die tatsächliche Lage in Libanon macht diese Bestimmungen zu einem ehrenwerten Wunsch. Syrien, auf das es jetzt anzukommen scheint, steht seit langer Zeit mit militärischer Gewalt in Libanon. Und es ist nicht zu sehen, wie die rund 30 000 mit sowjetischer Hilfe hochgerüsteten syrischen Soldaten samt ihren sowjetischen, mitteldeutschen und bulgarischen Beratern die Bekaa-Ebene verlassen werden. Der libanesische Präsident Amin Gemayel hält außer dem hoffentlich bald unterzeichneten Abkommen angeblich auch einen Brief von Assad in seiner Schublade zurück. Darin soll sich der Syrer zu einem Abzug seiner Truppen aus Libanon bereit erklärt haben. Dokumente oder Kanonen – man gibt wohl kein Geheimnis preis, wenn man schon heute sagt, nach welcher Seite sich die Waage in Libanon zu neigen droht.

Und dennoch. Es liegt nicht im Interesse Assads, alle Türen mit einem Kanonendonner zuzuschlagen und als der Nein-Sager *und Kriegstreiber in Nahost* dazustehen. Noch hat er mehrere Eisen im libanesischen Feuer. Dazu zählt jener geheimnisvolle Brief an Amin Gemayel und die noch geheimnisvollere amerikanische Hoffnung. Assad könne – ja wolle vielleicht sogar auch – in das Lager der Friedenswilligen wechseln. Washington hat ihm angedeutet, daß es in diesem Fall sein Gewicht für Verhandlungen über die Golan-Höhen einsetzen würde.

Assad gilt als einer der rücksichtslosesten und sicher auch als einer der intelligentesten arabischen Führer. Er wird den ausgelegten Golan-Köder mit Muße betrachten und nach eingehender Beratung mit seinen sowjetischen Freunden nicht so ohne *weiteres verfaulen lassen. Denn* dieses Angebot, das US-Präsident Reagan ihm höchstpersönlich in Aussicht gestellt hat, läßt sich trefflich nutzen und zwar auf dreifache Weise:

1. Es läßt sich daraus ein Keil schmieden, den Moskau mit dem Damaszenerhammer zwischen Jerusalem und Washington treiben könnte, um die gefestigte Einheit zwischen Israel und Amerika wenn nicht aufzubrechen, so doch wenigstens wieder zu lockern. US-Außenminister Shultz hat auf seiner Nahost-Reise gewiß einen tiefen Einblick in die wirklichen Gegebenheiten der Region eröffnet bekommen. Ob er auch in Sachen Golan erhellend genug war, ist jedoch eine unbeantwortete Frage. Assad seinerseits weiß, daß die *Antwort zu dieser Frage zum nationalen* Konsensus in Israel gehört. Auf absehbare Zeit wird keine Regierung in Jerusalem die Golan-Höhen als Verhandlungsobjekt betrachten, noch betrachten können. Zwar gibt es im Lager der Arbeiterpartei einige Denkansätze in dieser Richtung. Diese Partei aber hat aus demographischen und personalpolitischen Gründen vorerst keine sichtbare Chance, wieder an die Macht zu gelangen – und selbst wenn, auch sie müßte sich dem nationalen Meinungspegel in dieser für die Sicherheit Israels vitalen Frage anpassen. Der ägyptische Frieden auf dem Gefrierpunkt oder der „hohle Frieden", wie der israelische *Publizist* und ehemalige Vertraute Begins, Samuel Katz, sein Buch über Camp David betitelte, ist für die Israelis eine schmerzliche Erfahrung. Sie lebt durch die fast traumatische Erinnerung an den Auszug aus Yamit noch in den meisten Köpfen der politisch denkenden Israelis fort.

2. Das alles weiß Assad gewiß. Deshalb ist die amerikanische Hoffnung für ihn zunächst ein politisches Instrument und ein Bürge für den saudischen Scheck, den er bei seinem Besuch in Riad einzuholen gedenkt. Die erneute Kanonade Beiruts am vergangenen Wochenende glich dem Hammer bei der Versteigerung des syrischen Abzugs. Sie trieb den Preis in die Höhe.

3. Das Spiel der syrisch-sowjetischen Connection mit dem Golan-Angebot und dem israelisch-libanesischen Abkommen hat freilich auch das Endziel globaler Verhandlungen in Nahost vor Augen. *Moskau und Damaskus wollen* eine Weiterentwicklung von Camp David verhindern. Das israelisch-libanesische Abkommen aber ist de facto eine Erweiterung dieses Vertragswerkes. „Bis zu einem späteren Friedensvertrag gilt dieses Abkommen", heißt es lapidar aber in diesem Sinne bedeutungsvoll in dem unterschriftsreifen Text. Indem Assad das Abkommen ablehnt, folglich *in Libanon bleibt,* sich aber weitergehenden Verhandlungen zugänglich zeigt, öffnet er den Sowjets ein Fenster zu umfassenderen Verhandlungen.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann Moskau durch das syrische Fenster ein offizielles Mitspracherecht verlangt. Je länger die friedenswilligen Partner mit der Unterschrift zögern, um so stärker wird die sowjetisch-syrische Position – und um so wahrscheinlicher auch die Kriegsgefahr.



Widerstand in Sachen Golan: US-Außenminister Shultz und sein israelischer Kollege Schamir FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Neil Kinnock

Auf dem Weg zur Spitze

Von Fritz Wirth

Ein blaßroter Haarschopf, der *sich behende* auf dem Rückzug vor einer immer höher werdenden Stirn befindet, ein sommersprossiges Gesicht, ein lockeres Mundwerk mit singendem, helltönendem Waliser Dialekt – so kennen ihn die Briten von Dutzenden erfrischenden, unterhaltsamen und aggressiven Fernsehauftritten. Neil Kinnock, der Mann aus Ebbw Vale, dem Tal der großen Labour-Rebellen und Prediger des Sozialismus, ist für viele Briten, im Gegensatz zu Tony Benn, zum „akzeptablen Gesicht des Sozialismus" geworden. Er entwickelt Lachfalten, wo missionarischer Eifer das Gesicht Benns spannt, er zeigt „commonsense", wo Benn sich in ideologische *Sackgassen verirrt, er spottet,* wo Benn schimpft.



Hoffnungsträger mit Sommersprossen: Neil Kinnock FOTO: CAMERA PRESS

Traditionalisten der Labour Party betrachten Kinnock kennerisch als ein Produkt sozialistischer britischer Vollblutzucht. Er kommt aus Ebbw Vale, Aneurin Bevans „Stall" und Wahlkreis, der heute vom Labourchef Michael Foot verwaltet wird und mit Sicherheit eines nicht so fernen Tages in die Hände Kinnocks weitergereicht wird.

Nicht wenige Kenner der Labourszene sind sicher, daß er noch zu Größerem als zum bloßen Bevan-Erbe berufen sei, daß er innerhalb der nächsten zehn Jahre, noch bevor er 50 wird, Parteichef der Labour Party sein wird.

Neil Kinnock ist der Sohn eines Waliser Stahlarbeiters, studierte in Cardiff Geschichte, war vom zehnten Lebensjahr an ein glühender Bewunderer Bevans und erlitt den größten Schock seines politischen Lebens, als sein Idol Bevan eines Tages auf dem Höhepunkt der Anti-Nuklearmärsche vor 25 Jahren ins Lager der „Multilateralisten" wechselte.

James Callaghan wollte ihn in seinen Regierungstagen wiederholt als Minister in sein Kabinett locken, Kinnock lehnte jedoch jedesmal ab. Nicht aus mangelndem Ehrgeiz, sondern weil er zu ehrlich war. Als überzeugter Anti-Europäer und ebenso überzeugter unilateraler Abrüster sah er zu viele Konflikte zum Regierungskurs Callaghans.

Der Weg zur Spitze schien ihm erst frei, als Michael Foot Parteichef Labours wurde. Kinnock, langjähriges Mitglied der linksradikalen „Tribune"-Gruppe, entdeckte hundertprozentige politische Übereinstimmung mit Foot und ist heute dessen engster politischer Freund und Berater. In Foots Schattenkabinett ist er für das Ressort Erziehung zuständig.

Als sein politischer Intimfeind Tony Benn vor anderthalb Jahren sich anschickte, Denis Healey das Amt des stellvertretenden Parteichefs streitig zu machen, wurde Kinnock zur Schlüsselfigur der „Stoppt-Benn-Bewegung". Kinnock war es, der in der entscheidenden Abstimmung mit ein paar Freunden sich der Stimme enthielt und damit Benn eine hauchdünne Niederlage beibrachte. Manche Leute vom extremen linken Parteiflügel nennen ihn darob heute noch einen „Verräter" und „*Judas*".

Neil Kinnock hat das nicht stoppen können. Er hat in seinem Leben weiterhin nur zwei große Träume: einmal Trainer der Waliser Rugby-Nationalmannschaft und Nachfolger Foots zu werden. Der zweite Traum hat bessere Chancen, einmal Wahrheit zu werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Das Blatt schreibt über die Veröffentlichung gefälschter Hitler-Tagebücher:

Die Blamage der deutschen Illustrierten „Stern" mit den falschen Hitler-Tagebüchern ist mehr als eine nur einmalige Panne. Da hat ein Journalismus sich selbst entlarvt, der sich großmäulig als „knallharte" Recherchierkunst etikettiert, dem es aber letztlich kaum je um etwas anderes geht als darum, im Rennen um die Auflagesteigerung einen großen Coup zu landen, unbekümmert um die Wahrheit oder auch nur Wahrscheinlichkeit der Story. Ob Busenstar oder Politiker, ob Christiane F. oder Adolf Hitler ist gleichgültig. Oberstes Gesetz bleibt: Das Thema muß sich gut verkaufen lassen ... Man wird der „*Stern*"-*Crew* neidlos zubilligen, daß sie es versteht, Kasse zu machen. Die Spekulation auf die Vergeßlichkeit der Mitmenschen hat sich seit je immer ausgezahlt. Aber vielleicht kommt doch einmal der *Moment,* da der geprellte Leser sich fragt, wie ernst er jene noch nehmen kann, die sich zwar geradezu als Erfinder und Gralshüter eines „liberalen" Journalismus gebärden, in Tat und Wahrheit aber *immer wieder in widerlichem Zy*nismus mit den Gutgläubigen ihr frivoles Spiel treiben. In der Affäre der Hitler-Tagebücher hat dieser bedenkenlose Journalismus sich erneut drastisch selbst disqualifiziert. Er ist ebenso unverfroren wie unseriös und unglaubwürdig.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung merkt zur „Stern"-Pleite mit den Hitler-Tagebüchern an:

Was der größte Presse-Scoop seit Theophraste Renaudot sein sollte, endete für seine Initiatoren in der Verwirrung. Es ist zu befürchten, daß dieses finstere Possenspiel nicht nur auf Kosten derjenigen gehen wird, die ihm Hilfe leisteten. Der Durchschnittsleser, der in seiner Haltung zur Presse zwischen Gutgläubigkeit (das berühmte: „Es steht in der Zeitung") und Feindseligkeit („Die Journalisten sind alle Lügner") schwankt, läuft Gefahr, sich für einige Zeit auf die zweite Hypothese zu versteifen.

BERNER ZEITUNG

Hier heißt es über die Lage in Nahost:

Hinter der gegenwärtig intransigenten und harten Haltung Assads *(Staatschef Syriens)* steht zweifellos der Kreml ... Moskau wird im jetzigen Zeitpunkt eines verhärteten Ost-West-Klimas wohl kaum tatenlos zusehen wollen, wie Washington im Nahen Osten die Kastanien aus *dem Feuer holt. Der Pferdefuß für* eine Friedensfindung in der Region ist einmal mehr erkannt.

LE FIGARO

Das Pariser Blatt befaßt sich mit dem neuerdings wieder verschärften Kurs des polnischen Regimes:

Paradoxerweise bestätigt sich die härtere Linie der Regierung in dem Augenblick, wo General Jaruzelski sich erneut für die nationale Einheit aussprach. *Diese Antwort* auf die Offensive der „*Harten*" in der Partei in Warschau und in Moskau bestätigt, daß der Ausgang der polnischen Krise letztlich sehr viel weniger von der Entwicklung im Inneren des Landes, der wirtschaftlichen Lage oder den Beziehungen zwischen Regierung und Opposition abhängt, als von den Antworten auf zwei grundlegende politische Fragen: ... Kann Jaruzelski die Gegenoffensive des Parteiapparats auffangen? ... Wird Andropow *in der Lage sein,* seine Macht in Moskau zu sichern?

Von irgendwelchen Quellen irgendwelche Makulatur . . .

Wie der „Stern" immer wieder in Verdacht gerät, als Desinformations-Vehikel zu dienen / Von Günter Zehm

Die Vermutungen verdichten sich, daß östliche Desinformationsdienste, sowjetisches KGB und die Staatssicherheit in der „DDR", ihre Hand bei der Fälschung und Lancierung der „Hitler-Tagebücher" im Spiele *gehabt haben.* „*Stern*"-*Herausgeber* Nannen und die Frau des „Tagebuch"-Beschaffers Heidemann haben sich bereits in dieser Richtung geäußert. Auch die Tatsache, daß es der „Stern" war, dem die Fälschungen zugespielt wurden, spricht sehr für die KGB-Connection. Hat sich die Hamburger Illustrierte nicht schon in der Vergangenheit immer wieder in den Verdacht gebracht, als Desinformations-Vehikel eingesetzt zu werden?

Einer der spektakulärsten Fälle war jene Fotoreportage aus einem Sowjet-Irrenhaus, mit deren Hilfe von der Tatsache abgelenkt werden sollte, daß politische Dissidenten in geschlossene Anstalten verschleppt werden, obwohl sie geistig völlig normal sind. Die Leute vom „Stern" fotografierten und befragten damals den einsitzenden Ex-General Grigorenko, das westliche Publikum wurde verwirrt, und die Verwirrung löste sich erst, als Grigorenko in den Westen ausreisen durfte und das böse Spiel persönlich aufklären konnte.

Einen ähnlichen Coup *landete* der „Stern" gegen den Literaturnobelpreisträger Solschenizyn, als dieser noch in Rußland lebte und sich mit allen seinen Kräften gegen die Repressionen des Regimes *zur Wehr setzen mußte.* Damals veröffentlichte die Illustrierte in großer Aufmachung einen Schmäh- und Lügenbericht gegen die Familie Solschenizyns, deren Angehörige als „Flegel" und *Antisemiten hingestellt* wurden.

Als die jungen Schriftsteller Alexander Ginsburg und Jurij Galanskow wegen Herausgabe einer illegalen Literaturzeitschrift verhaftet wurden und Galanskow im Arbeitslager aus ungeklärten Ursachen zu Tode kam, erschien im „Stern" ein höhnischer Bericht über die beiden unter der Ganoven-Überschrift „Wenn Lolja nicht gesungen hätte ..." Woher hatte der „*Stern*" *damals seine Weisheit?* Als die Stalintochter Allilujewa in den Westen gelangte und ihre Memoiren veröffentlichen wollte, erschien im „Stern" ein von ihr ungenehmigter, in deutlich *politischer Absicht* redigierter „Vorabdruck". Aus welcher Quelle?

Östliche Dissidenten, zuletzt wieder Vaclav Havel, berichten, daß die Vernehmungsbehörden drüben den „Stern" regelrecht als Droh- und Terrormittel gegen ihre Opfer einsetzen. Wenn Sie jetzt nicht spuren, dann werden wir im westdeutschen „Stern" einen Artikel über Sie plazieren, *daß Ihnen die Augen übergehen!* – so oder ähnlich lauten die Drohungen, aus denen hervorgeht, daß sich die Ostbehörden der westlichen Illustrierten so sicher sind, daß sie glauben, ihr auch noch den buntesten Hund unterschieben zu können.

Woher stammt diese Sicherheit? Drei Gründe sind vor allem dafür verantwortlich, erstens die Leichtgläubigkeit und Recherche-Unlust der „Stern"-Redaktion, zweitens ihre Rücksichtslosigkeit, drittens ihre politische Beflissenheit dem Osten gegenüber.

Was die Leichtgläubigkeit betrifft, so ist sie soeben durch die Hitlerfälschungen wieder einmal erschreckend unter Beweis gestellt worden. Die „Tagebücher" sind nach übereinstimmender Meinung der Prüfer „plumpe, grotesk einfältige Fälschungen". Trotzdem fielen die „Stern"-Leute darauf herein. Sie nennen sich großspurig die besten Rechercheure der Welt, aber ihre ganze Recherche besteht, so scheint es, meistens darin, daß sie sich von irgendwelchen Geheimdiensten irgendwelche Makulatur zustekken lassen.

Ihre Rücksichtslosigkeit macht sie völlig immun gegen eventuelle moralische Skrupel. Um an scheinbar auflagenträchtige „Scoops" heranzukommen, nimmt man offenbar jede Art von Material an, ohne groß auf die Herkunft zu achten. Daß ein Interview getürkt sein kann und dazu bestimmt, einem Dissidenten zu schaden, wissen natürlich auch die Verantwortlichen des „Stern". Aber die Gier nach dem „Scoop" ist größer als jede moralische Rücksichtnahme.

Das Geschäft wird zusätzlich beflügelt durch die grundsätzliche politische Übereinstimmung beider Seiten. Ein Mann wie Nannen, der bei Breschnew auf dem Schreibtisch gesessen hat, mag von vornherein davon überzeugt sein, daß Solschenizyn ein Gegner ist, ein „*Feind der Entspannung*", der fertiggemacht werden muß. Fragt er dann noch lange nach der Echtheit des Materials?

Heute kann man darüber spekulieren, ob nicht auch bei den „Hitlertagebüchern" neben der Leichtgläubigkeit und der Gier nach dem „Scoop" ein geheimer Gleichklang der Herzen mit im Spiel gewesen ist, ein blindes Vertrauen auf das „*Wort*" eines SS-Generals Wolff, ob also nicht unter dem „Oststern" plötzlich der alte „Südstern" wieder aufschimmerte. Der Reigen der rotbräunlichen Desinformationspolitik hätte sich damit geschlossen.



Nixon: El Salvador darf kein zweites Vietnam werden

Von 1969 bis 1974 war Richard Nixon Präsident der Vereinigten Staaten. In seine Amtszeit fielen der Höhepunkt und das Ende des Vietnam-Krieges. Heute warnt der Ex-Präsident davor, aus Salvador ein anderes Vietnam werden zu lassen.

Von RICHARD NIXON

Es gibt erschreckende Parallelen zwischen den gegenwärtigen Vorgängen in El Salvador und den früheren Geschehnissen in Vietnam. In beiden Fällen ist der Mythos entlarvt, es handele sich lediglich um einen Bürgerkrieg gegen Guerrilla-Kräfte, die mit Heugabeln und ein paar von der Regierung erbeuteten Waffen ausgerüstet seien. Was Vietnam betrifft, so wissen wir inzwischen von den Nordvietnamesen selbst, daß die Sowjetunion der Hauptwaffenlieferant an die Guerrillas in Südvietnam war. In El Salvador ist klar erwiesen, daß die Guerrillas hauptsächlich mit über Kuba, Nicaragua und Libyen eingeschleusten Waffen aus dem Ostblock ausgerüstet sind.

Wie ehemals in Vietnam wird jetzt in El Salvador die Regierung der Korruption und Unterdrükkung beschuldigt: ungenügende Landreform, zuwenig Gerechtigkeit, unfaire Wahlen, zuwenig Freiheit.

Wie einst in Vietnam wird in El Salvador die Forderung erhoben, die Regierung solle noch vor den für Dezember geplanten Wahlen mit den Kommunisten verhandeln und die Macht mit ihnen teilen. Es ist kaum zu begreifen, daß die selbsternannten Liberalen die Vorstellung unterstützen, nicht Wahlen, sondern Kugeln sollten darüber entscheiden, wer das Land regiert.

gen ihre Waffenlieferungen an Nordvietnam. Es ist kaum verwunderlich, daß die Nordvietnamesen mit ihrer Vier-zu-eins-Übermacht an Panzern und schwerer Artillerie in Saigon einrollten.

Es folgte eine der großen Tragödien der Geschichte. Die „Befreier" brachten rücksichtslose Tyrannei. Unter dem Thieu-Regime hatte es einige Wahlen gegeben, einige Opposition und einige Freiheit. Jetzt gab es überhaupt keine mehr. Vorher war einiger wirtschaftlicher Fortschritt zu verzeichnen gewesen – jetzt bittere Armut. Bevor die Kommunisten die Macht übernahmen, gab es keine „boat people" – inzwischen sind 110 000 Menschen auf der Flucht vor ihren Befreiern im Chinesischen Meer ertrunken. Hunderttausende sind in „Umerziehungslagern" gefoltert und getötet worden. Allein in Kambodscha starben drei Millionen durch Mord oder Hunger – mehr als die Gesamtzahl der Kriegstoten, die Franzosen, Südvietnamesen und Amerikaner zusammen in den 30 Jahren verzeichneten, während deren sie gegen die kommunistische Machtübernahme kämpften.

Die Wahl liegt jetzt auf der Hand. Der Kongreß kann entweder Präsident Reagans Forderung billigen oder sie unter das Maß reduzieren, das für die Regierung von El Salvador notwendig ist, um die Guerrillas zu besiegen. Falls die Mitglieder den Antrag des Präsidenten ablehnen, können sie ihr Vorgehen mit dem Argument rechtfertigen, sie wollten die Vereinigten Staaten vor dem Sog in ein zweites Vietnam bewahren. Sie können aber nicht der Verantwortung dafür entrinnen, was anschließend geschieht.

Zwischen 1973 und 1975 kürzte der Kongreß das Waffenbudget für Südvietnam um 76 Prozent. Die Sowjetunion verdoppelte ihre Waffenlieferungen an Nordvietnam.

Es gibt natürlich auch Unterschiede. Vietnam war weit weg, während El Salvador nur fünf Raketenminuten entfernt ist. Diejenigen, die die strategische Bedeutung der Malakkastraße nicht zu erkennen vermochten, sind sich weitgehend über die existentielle Notwendigkeit einig, den Panamakanal vor dem kommunistischen Zugriff zu schützen.

Ein noch größerer Unterschied besteht darin, daß in Vietnam massive Kräfte von außen intervenierten. Zwanzig Divisionen aus Nordvietnam nahmen an der letzten kommunistischen Offensive teil, die zum Fall von Saigon führte. In El Salvador erhalten die Guerrillas zwar Waffen aus dem Sowjetblock, aber bisher haben noch keine Streitkräfte von außen interveniert. Das erklärt, warum sich keine US-Streitkräfte in El Salvador aufhalten und warum auch kein Zwang zu ihrer Entsendung besteht.

Heute findet die Forderung, Präsident Reagans Waffenprogramm für El Salvador radikal zu kürzen, im Kongreß starke Unterstützung. Als wichtigste Argumente werden vorgebracht, die Regierung sei korrupt, repressiv und ineffizient, und wir könnten im Sumpf eines zweiten Vietnam versinken, wenn wir uns für eine aussichtslose Sache einsetzten. Bevor er seine Entscheidung fällt, sollte der Kongreß sich daran erinnern, was in Vietnam passiert ist.

Die letzten amerikanischen Streitkräfte verließen Vietnam vor zehn Jahren nach der Unterzeichnung des Pariser Friedensabkommens vom 27. Januar 1973. Dieses Abkommen sah vor, daß die Regierungstruppen und die kommunistischen Truppen ihre Waffenausrüstung auf gleichem Niveau beibehalten durften. Zwischen 1973 und 1975 kürzte der Kongreß das Waffenbudget für Südvietnam um 76 Prozent. Die Sowjetunion verdoppelte ihre Waffenlieferungen an Nordvietnam.

Wenn wir gehen, kommen die Kommunisten.

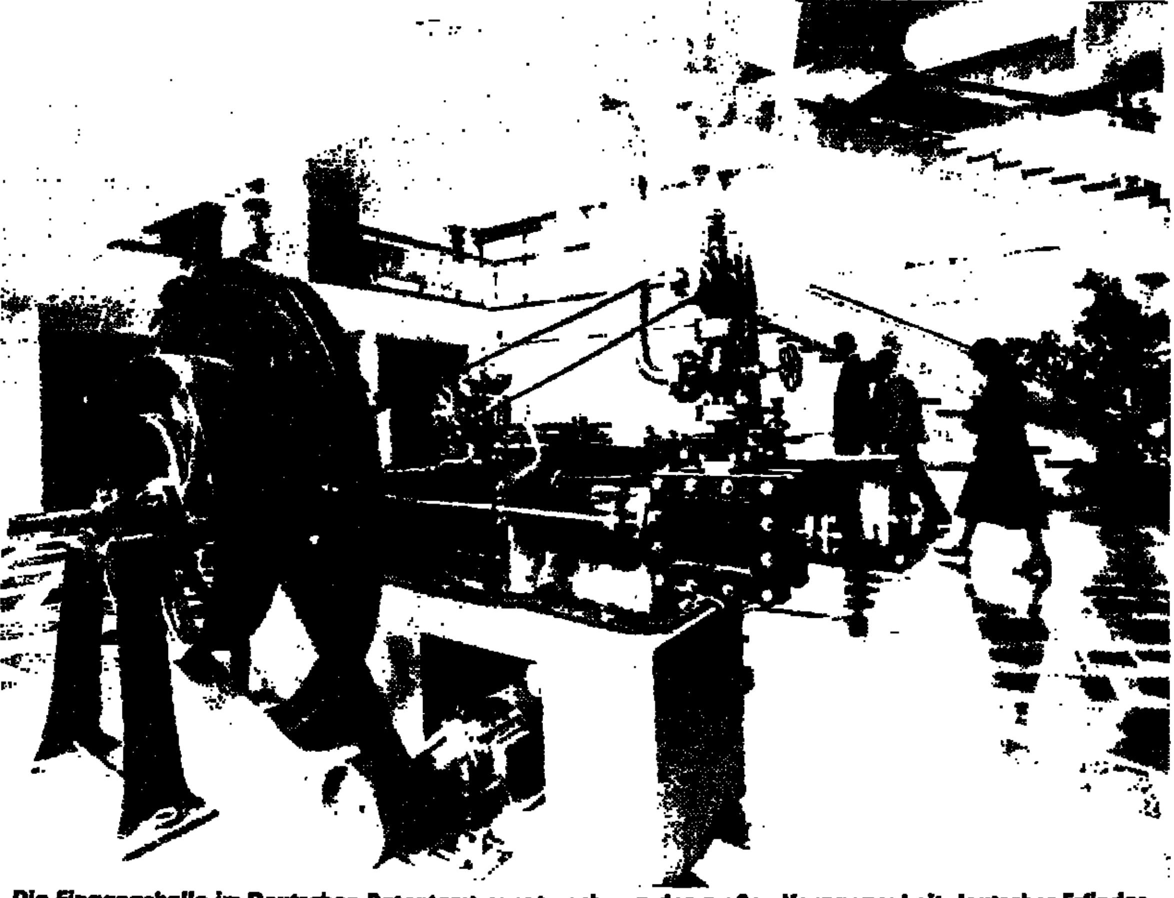
Wenn El Salvador zu einer weiteren sowjetischen Basis in Mittelamerika wird, so deshalb, weil Castro, Khadhafi, die Sowjets und die Sandinistas zu einem größeren Einsatz für die kommunistischen Guerrillas bereit waren als wir für die antikommunistische Regierung.

Es wurden allerlei Entschuldigungen für das Vietnam-Debakel vorgebracht. Manche gaben Thieu die Schuld, andere Watergate. Und mit einem Akt beschämender Heuchelei schoben manche sogar die Verantwortung an dem Holocaust in Kambodscha den Vereinigten Staaten zu, mit der Begründung, wir hätten in unserem Widerstand gegen eine kommunistische Machtübernahme die friedlichen Bauern Kambodschas brutalisiert.

Die amerikanische UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick hat auf die generöseste Exkulpierung hingewiesen, die diejenigen Leute in Anspruch nahmen, die zu einer Zeit, als die Sowjetunion ihre Hilfe für Nordvietnam erhöhte, die amerikanische Hilfe für Südvietnam beschnitten: Sie hätten nicht gewußt, was passieren würde. Jetzt aber gibt es keine Entschuldigungen mehr. Wenn die rote Welle aus Blut und Stahl über die viereinhalb Millionen Menschen von El Salvador hinweggerollt ist und Hunderttausende Flüchtlinge sich vor den Toren der Vereinigten Staaten drängen, dann werden genau die Leute, die der antikommunistischen Regierung von El Salvador die angemessene Hilfe verweigert haben, krampfhaft Umschau halten, wen sie belangen können. Aber sie werden vergeblich suchen. Um den Schuldigen zu finden, brauchen sie nur in den Spiegel zu blicken.

Copyright: The Wall Street Journal/Übersetzung: A. Starkmann

Deutsche Erfinder klagen: Die Industrie interessiert sich nicht für unsere Arbeit. Erfinden lohnt nicht mehr, meinen sie. Tatsache ist: In Japan sind Erfinder besser angesehen als bei uns. Die Zahl der dort angemeldeten Patente ist fünfmal höher als in der Bundesrepublik. Betreiben wir einen Ausverkauf mit dem „Rohstoff Geist"? Müssen wir künftig noch höhere Lizenzgebühren nach Japan oder auch in die USA überweisen? Es gibt viele Beispiele: Das Patent 2053991, das seit 1970 im Patentamt in München schlummert, ist nur eines davon.



Die Eingangshalle im Deutschen Patentamt zeugt noch von der großen Vergangenheit deutscher Erfinder.

Schindluder mit dem „Rohstoff Geist"?

Von PETER SCHMALZ

Die Umweltpolitik, so mahnt Mercedes-Chef Gerhard Prinz, muß für den Verbraucher und für die Volkswirtschaft bezahlbar bleiben, weshalb er in Übereinstimmung mit seinen Automobilbau-Kollegen noch schärfere Abgasnormen ablehnt. Aber neue Normen wären vielleicht gar nicht nötig, um den Luftverpester Auto ein wenig umweltfreundlicher zu machen. Und zusätzliche Kosten müßten die Kraftfahrzeug-Produzenten auch nicht tragen. Im Gegenteil. Die Investition, die dem deutschen Volk preisgünstigere und zugleich saubere Motoren liefern kann, beträgt kaum mehr als die Reisespesen für einen Mercedes-, Opel- oder Ford-Mitarbeiter aus der Entwicklungsabteilung nach München in die Zweibrükkenstraße Nummer 12. Dort lagert nahe dem Isarufer bombensicher verwahrt die Patentschrift 2 053 991, angemeldet am 3. November 1970 und ausgegeben fünf Jahre und vierundzwanzig Tage später.

„Der erfindungsgemäße Vergaser", kann man da auf Seite 2 lesen, „ermöglicht eine überraschend fein- und homogen verteilte Gemischaufbereitung und dadurch unter anderem auch besonders günstige Voraussetzungen zur Senkung der schädlichen Abgasanteile von Verbrennungskraftmaschinen." Und weiter heißt es: „Herstellungstechnisch schwierige und teure Umluft- und Zusatzgemischkanäle, wie sie bei herkömmlichen Vergasern üblich sind, erübrigen sich. Das Vergasergehäuse läßt sich bedeutend einfacher und billiger herstellen als bisher."

Nun, Papier ist geduldig, auch wenn es wie Patent 2 053 991 mit einem schwarz-rot-goldenen Band verknüpft ist. Deshalb könnten mißtrauische Autobauer sich aus der Forschungsabteilung beim Kollegen VW den Forschungsbericht Nr. FAT 8101 N/4 ausleihen. 15 Monate lang haben die Test-Ingenieure den Vergaser aus der Patentschrift auf Herz und Nieren gecheckt, ehe sie am 25. Februar 1981 die der Öffentlichkeit bis heute vorenthaltene Erkenntnis unterschrieben: Messungen des Benzinverbrauchs hätten „eine relative Verbrauchsreduzierung von ca. 20 Prozent zum Seriensystem" ergeben. „Im Hinblick auf diese Einsparung", so schrieben sie in ihrer Zusammenfassung, „den relativ geringen Aufwand und die Werbewirksamkeit einer derartigen Maßnahme sollte die Firma Pierburg für dieses System interessiert werden."

„Das ist natürlich längst alles bekannt in den Entwicklungsabteilungen, aber den Vorständen, die über die Einführung neuer Systeme zu urteilen haben, wurde das bisher vorenthalten", vermutet der Erfinder. Der 60jährige Physiker, der in Harvard studiert und den Umgang mit Treibstoff und Motoren bei Shell gelernt hat, scheut das öffentliche Aufsehen um seine Person und bleibt deshalb in diesem Bericht ohne Namen. Es geht ihm auch nicht um den Publicity-Push, um mit seiner Erfindung nun doch noch zwischen Wolfsburg und Sindelfingen zu landen, denn er verhandelt inzwischen mit Amerikanern und Japanern. „Die ersten Verträge sind unterschrieben, perfekt wird die Sache noch in diesem Jahr." Die Aussicht ist groß, daß der gebürtige Münchner dann mehrfacher Millionär wird, aber auch das reizt ihn wenig. „Wir haben keine Kinder und leben glücklich in unserer Wohnung. Mehr als dreimal am Tag kann auch ein Millionär nicht essen – und für meinen Leberkäs reicht's immer noch."

Nein, ihn wurmt etwas anderes: Da macht ein Deutscher eine Erfindung, die einer kleinen Revolution gleichkommt, erhält den volkswirtschaftlichen Nutzen von kompetenter Stelle bestätigt – und muß ins Ausland gehen, wenn er sie verwerten will. „Künftig werden deutsche Autobauer Lizenzgebühren in die USA oder nach Japan überweisen müssen, wenn sie den billigeren Motor einbauen wollen."

Treiben deutsche Unternehmer Schindluder mit dem „Rohstoff Geist", den Politiker wie der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß für den künftigen Exportschlager der an Bodenschätzen armen Bundesrepublik Deutschland achten? „Erfinden lohnt nicht mehr", klagt der Vorsitzende der „Gesellschaft zur Förderung des Erfindungswesens", der Reutlinger Augenarzt Friedrich Burmester. „Unser Staat hat ein vorzügliches Schul- und Bildungssystem und läßt dann die Menschen allein, wenn sie ihre Kreativität unter Beweis stellen könnten."

Erfinder zwischen Flensburg und Lindau wagen eine gesellschaftliche Gratwanderung. „Ihnen fehlt die öffentliche Anerkennung", meint der Münchner Industrieberater Hans Hammer, der für den Wirtschaftsbeirat der Union eine Tagung unter dem Thema „Die Rolle des Erfinders in der Volkswirtschaft" organisierte. „Erfinder haben bei uns keine Lobby, dafür aber ein miserables Image." Erfinder werden gerne generell in einen Topf geworfen mit Phantasten und Spinnern, die zum hundertsten Male das Perpetuum mobile basteln oder mit dem in einen Fernsehsessel integrierten Rudergerät die Lacher auf ihrer Seite haben, ansonsten aber abseits stehen.

Burmester spricht schon vom „Notstand der versiegenden deutschen Kreativität" und sieht den Rohstoff Geist auswandern mit dem Land der aufgehenden Sonne als bevorzugtem Ziel. Jahrelang haben die Japaner ziemlich frei von Schamgefühl die besten Ideen der damals großen Industrieländer kopiert.

„Nachdem Japan nun aber das technologische Niveau des Westens erreicht und zum Teil hinter sich gelassen hat, beginnt die nützliche ausländische Technologie rar zu werden", weiß Rechtsanwalt Guntram Rahn, der an der Universität Tokio studiert hat und im Münchner Max-Planck-Institut über internationales Patentrecht doziert. Vom Westen weitgehend unbeachtet, ist Japan in den vergangenen Jahren nicht nur zu einem Industriegiganten, sondern auch zu einem Wissens-Riesen herangewachsen. 1980 wurde „gijutsu rikkoku" zum neuen Ziel ernannt: „Die Errichtung eines Technologiestaates."

Seither schauen deutsche Erfinder voller Neid nach Nippon. Kostet ein deutsches Patent, ob es nun im Archiv des Münchner Patentamtes verstaubt oder zu Millionengewinnen geführt hat, den Erfinder Jahr für Jahr 2400 Mark Gebühren, so ist Japan das Land mit den niedrigsten Patentgebühren und den meisten Schutzrechtsanmeldungen. Ein deutscher Industrie-Tüftler scheute jüngst die Patentkosten, die er aus eigener Tasche hätte zahlen müssen, traf aber in Düsseldorf sein Glück in Gestalt eines freundlich lächelnden Japaners, der seine Unterlagen sichtete, umgehend 10 000 Mark hinblätterte und sämtliche Kosten für die Schutzrechte übernehmen wird.

Das erste japanische Patentgesetz trat 1885 in Kraft und wurde von einem Beamten des Wirtschaftsministeriums verfaßt, der 13 Jahre später in den USA freimütig zugab: „Wir fragten, warum sind die Vereinigten Staaten eine so große Nation? Und wir forschten nach und stellten fest, daß es die Patente sind. Also werden wir Patente haben."

1981 wurden in Japan 218 261 Patente angemeldet, in der Bundesrepublik nur 47 142. In der Bundesrepublik hat Japan erstmals die USA von Platz 1 der Herkunftsländer mit den meisten Patentanmeldungen verdrängt. Erich Häußer, der Präsident des Deutschen Patentamtes, spricht von einer „aggressiven japanischen Patentstrategie". Und Guntram Rahn berichtet aus Tokio: „Die Lizenzvergaben nach Europa und Amerika zeigen eine steigende Tendenz."

Während Japan bereits Erfinderclubs für Jugendliche gründet und den Bau einer ersten Patent-Hochschule plant, müssen deutsche Erfinder bei Ministerialbeamten oftmals vergebens um die Bescheinigung bitten, ihre Idee sei von volkswirtschaftlichem Nutzen, um zu einem steuerlichen Vorteil kommen zu können.

Verfügte die japanische Erfindervereinigung im vergangenen Jahr über ein Budget von 100 Millionen Mark, so mußte sich die von der Fraunhofer-Gesellschaft geführte „Patentstelle für die Deutsche Forschung", die freien Erfindern und Professoren bei der Vermarktung ihrer Geistesblitze helfen soll, mit mageren 1,5 Millionen Mark begnügen. 15 000 Erfindungen wurden seit 1955 bearbeitet, aber nur 400 Lizenzverträge konnten vermittelt werden. Jüngster spektakulärer Erfolg war die Idee des Lebensmittelforschers Werner Georg Munk: Ihm gelang, über ein spezielles Gefriertrockenverfahren Joghurt, Apfelmus und vieles mehr zu mundgerechten Knabberchips schrumpfen zu lassen, mit denen ein Schweizer Nahrungsmittelkonzern inzwischen Millionenumsätze macht.

Daß der Münchner Erfinder des benzinsparenden Vergasers noch nicht in die Nobelklasse der Einkommensmillionäre aufgestiegen ist, schreibt er einer schlichten marktwirtschaftlichen Tatsache zu: „Die Vergaser werden in Deutschland von einer Firma im Monopol hergestellt, die damit Bombenumsätze macht. Warum sollen die sich auf ein neues System umstellen?"

Falls aber Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der sich den Kampf gegen die Autoabgase auf die politische Fahne geschrieben und der deswegen an diesem Mittwoch mit den Chefs der Automobilkonzerne konferiert hat, etwas Näheres wissen möchte über den billigen und sauberen Vergaser, dann hat er dazu im Juni gute Gelegenheit, wenn das Wittelsbacher Gymnasium in München sein 75. Jubiläum feiert: Der Vergaser-Erfinder ist ein Schulfreund des Ministers. Er hat ihm auch schon einen persönlichen Brief ins Ministerium geschrieben, aber der wurde von einem Beamten abgefangen. Von demselben Beamten, der auch den Brief an Zimmermanns Vorgänger Baum beantwortet hat. Woraus der Münchner zwar keine Erfindung, aber zumindest eine Erkenntnis gezogen hat: „Minister gehen, aber die Beamten bleiben ..."

PATENTSCHRIFT

1877 — № 1 — Klasse 22

JOH. ZELTNER, in firma NÜRNBERGER ULTRAMARINFABRIK

Verfahren zur Herstellung einer rothen Ultramarinfarbe.

Das Verfahren zur Fabrikation dieses rothen Ultramarins ist folgendes: ...

1877 erhielt Joh. Zeltner die Patentschrift No. 1

FOTOS: CLAUS HEMPEL

Katholisch, das hieß arm, aber patriotisch

Von A. v. KRUSENSTIERN

Der Jesuit Daniel Berrgien, prominenter Demonstrant während des Vietnam-Krieges und jetzt wegen gewaltsamen Eindringens in eine Atomwaffen-Fabrik einer langen Freiheitsstrafe gewärtig, jubiliert: „In den 60er Jahren waren wir allein. Jetzt haben wir die Bischöfe hinter uns, und die Jesuiten bringen für uns die Kaution auf."

In der Tat. Die Rolle der katholischen Kirche in den USA hat sich – wenn auch nicht so drastisch wie im genannten Beispiel – gewandelt. Das zeigt sich nicht nur in den Äußerungen der Bischöfe zur Atomrüstung, sondern auch im wachsenden Selbstbewußtsein der katholischen Amerikaner.

Arm und katholisch waren lange Zeit in den Vereinigten Staaten gleichbedeutend. Die armen und katholischen Einwanderer vor allem aus Irland, Italien, Polen und Ungarn bildeten den Bodensatz der amerikanischen Gesellschaft. Darunter gab es nur noch die Neger.

Nachwirkungen davon gibt es noch immer. Zwar haben viele Nachkommen von armen katholischen Einwanderern längst den sozialen Aufstieg geschafft, aber dem Wort „katholisch" haftet in den USA immer noch der Arme-Leute-Geruch an. Die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft ist in den USA ein wichtiges Statussymbol. Als besonders fein gilt es, der anglikanischen Kirche anzugehören, die sich in den USA Episkopalkirche nennt.

Nach den Anglikanern rangieren die Methodisten, Lutheraner und andere Protestanten, unter denen wiederum die Baptisten das Schlußlicht bilden. Danach erst folgen, was das soziale Ansehen anbelangt, die Katholiken.

Zahlenmäßig fallen sie dabei durchaus ins Gewicht. Von den etwa 230 Millionen Amerikanern gehören rund 140 Millionen organisierten Religionsgemeinschaften an. 50 Millionen davon sind katholisch.

Gerade weil die katholische Kirche von den protestantischen Amerikanern wenig geschätzt und lange mit Mißtrauen betrachtet wurde, gab sie sich lange Zeit als superpatriotisch, in der Hoffnung, dadurch endlich den Respekt der protestantischen Mehrheit erringen zu können.

Erst die Wahl Kennedys zum Präsidenten brachte den Katholiken schließlich auch de facto die de jure schon seit langem vorhandene politische Emanzipation.

Wie schwer es Kennedy noch 1960 hatte, zeigt dieses Beispiel: Vor seiner Wahl warnten zahlreiche protestantische Geistliche die Wähler davor, ihm ihre Stimme zu geben. Ein römisch-katholischer Präsident, so erklärten 150 angesehene protestantische Kirchenmänner in einem gemeinsamen Appell, würde von der katholischen Hierarchie durch „extremen Druck" gezwungen werden, eine vom Vatikan diktierte Politik zu verfolgen. Kennedy sah sich veranlaßt, dies in einer Fernsehrede zurückzuweisen. „Wenn ich als Präsident politische Entscheidungen zu treffen haben werde, zum Beispiel zu den Themen Geburtenkontrolle, Scheidung, Zensur oder Glücksspiel, werde ich diese Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen und in Einklang mit dem nationalen Interesse fällen. Religiöser Druck oder religiöse Vorschriften werden dabei keine Rolle spielen."

Als Präsident überzeugte Kennedy dann die Amerikaner davon, daß ein katholischer Präsident nicht gleichbedeutend mit Priesterherrschaft war. Seine Präsidentschaft ermöglichte es den amerikanischen Katholiken und ihrer Kirche, aus ihrer Abseitsstellung herauszukommen.

Als die Tür dafür aufgestoßen war, brauchte die katholische Kirche nur etwa 20 Jahre, um aus dem Getto in die Opposition zu marschieren. Schon während des Vietnam-Krieges traten katholische Priester und Nonnen als besonders sichtbare Anti-Kriegs-Demonstranten hervor. Der Episkopat stand ihnen damals noch mißtrauisch und mißbilligend gegenüber. Doch inzwischen ist unter den Bischöfen ein Generationswechsel im Gange, und etliche, gerade der jüngeren Bischöfe, leiten vom 2. Vatikanischen Konzil ein Mandat zum moralischen Rigorismus her. (SAD)

8002b



Mit einer Lebensversicherung haben Sie gleich mehrere Trümpfe in der Hand:

Sofortige finanzielle Sicherheit, gezielte Vermögensbildung, hohe Gewinnbeteiligung und Steuerersparnis.



Sicherheit mit Dividende Lebensversicherung
Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen e.V.

Mertes stellt Bedeutung Chinas heraus

AP, Bonn

Die Bundesregierung hat ihre Absicht bekräftigt, auch künftig die politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zur Volksrepublik China auszubauen. Nach der nur kurzen Behandlung, die Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung der Rolle Chinas zuteil werden ließ, unterstrich Staatsminister Alois Mertes ausführlich die Bedeutung Chinas für den Weltfrieden und sein Gewicht in den internationalen Beziehungen.

In einem Beitrag für den CDU-Pressedienst stellte Mertes klar, daß die neue Bundesregierung wie ihre Vorgänger nur ein China kenne und mit der diplomatischen Anerkennung der Volksrepublik auch deren Vertretungsrecht für Taiwan anerkannt habe. Aus diesem Grund hätten es alle Bundesregierungen auch bisher abgelehnt, amtliche Beziehungen zu den Behörden in Taipeh aufzunehmen. In Kürze würden die ersten deutsch-chinesischen Konsultationen über Fragen gemeinsamen Interesses auf der kommenden UNO-Vollversammlung stattfinden.

Bush: Reagan wird wieder kandidieren

AP, Louisville

Der amerikanische Vizepräsident George Bush ist nach seinen eigenen Worten überzeugt davon, daß US-Präsident Ronald Reagan bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr für eine weitere Amtszeit kandidieren wird. Auf einem Diner in Louisville, mit dem Spenden für die Republikanische Partei des Staates Kentucky mobilisiert werden sollten, sagte Bush, Reagan habe zwar noch nichts über seine Absichten mitgeteilt, aber für ihn, Bush, stehe ebenso wie für alle Anwesenden fest, daß der jetzige Präsident für weitere vier Jahre ins Weiße Haus gehöre.

Warnke nach Kenia und Togo

gil. Bonn

Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU) reist heute nach Kenia und Togo. In Nairobi (Kenia) nimmt er an der Jahresversammlung der Afrikanischen Entwicklungsbank teil, dem die Bundesrepublik Deutschland im Februar durch Kapitalzeichnung beigetreten war. Warnke will den Kenia-Besuch zu einem Treffen mit Staatspräsident Arap Moi und Vizepräsident Mwei Kibaki nutzen. Außerdem möchte sich der Minister über deutsche Entwicklungsprojekte im Land informieren. Dies ist auch der Schwerpunkt seines Besuches in Togo, wo er mit Staatspräsident Gnassinghé Eyadéma entwicklungspolitische Probleme erörtern will.

Sofia verschärft Visa-Vorschrift

AP, München

Die bulgarische Regierung hat nach Angaben des ADAC die Visa-Bestimmungen für Urlauber aus der Bundesrepublik Deutschland verschärft. Im Gegensatz zu früher benötigen jetzt Touristen für die Einreise in das Ostblockland ein Visum, auch dann, wenn sie vorausgebucht und bezahlt hätten, teilte der Automobilklub in München mit. Ausnahmen gelten lediglich noch für Reisen in einer Gruppe von mehr als fünf Personen und für Reisende mit Kindern unter 16 Jahren. Die Antragsunterlagen können bei den bulgarischen Visabüros in Bonn, Berlin oder München mit Freiumschlag angefordert werden. Der ADAC wies zugleich darauf hin, daß Touristen, die sich länger als zwei Tage in Bulgarien aufhalten wollen, zu einem etwa 75 Prozent günstigeren Kurs wechseln könnten.

„Kooperation mit der Regierung ist an Bedingungen geknüpft"

WELT-Gespräch mit Anke Fuchs, Vorsitzende des SPD-Arbeitskreises Sozialpolitik

GISELA REINERS, Bonn

Mehrfach hat die SPD-Opposition Bundesarbeitsminister Norbert Blüm Zusammenarbeit beim schwierigen Thema Renten angeboten. Die WELT fragte die Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik in der SPD-Fraktion, Anke Fuchs, nach ihren konkreten Vorstellungen.

WELT: Bei welchen Einzelfragen sehen Sie Möglichkeiten, beim Thema Renten mit der Regierung zusammenzuarbeiten?

Fuchs: An den Rentenreformen von 1957 und 1972, die große Fortschritte für die Rentner gebracht haben, hatten Union und Sozialdemokratie ihren Anteil. Jetzt müssen die Sozialpolitiker – gleich welcher politischen Couleur – die Weichen für eine weitere Reform stellen, die in die Zukunft trägt. Dabei darf es nicht nur um die gesetzliche Rentenversicherung gehen, sondern um unsere Alterssicherung insgesamt. Zu lösen sind wichtige Fragen. Die Gleichstellung von Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung steht an. Und wir müssen die Konsequenzen aus veränderten und sich verändernden ökonomischen und demographischen Bedingungen ziehen.

Ich habe Bundesarbeitsminister Blüm unsere Zusammenarbeit angeboten. Allerdings habe ich Herrn Blüm, der es weiterhin sehr schwer haben wird, mit den Herren Lambsdorff und Stoltenberg ins reine zu kommen, beileibe keinen Blankoscheck ausgestellt. Unsere Kooperationsbereitschaft ist vielmehr an Konditionen geknüpft.

WELT: Wie kann diese Zusammenarbeit konkret aussehen? Auf welchen Gebieten können Sie sich keinerlei Gemeinsamkeit vorstellen?

Fuchs: Die Konkretisierung der Zusammenarbeit ist in erster Linie Aufgabe der Bundesregierung im allgemeinen und des Bundesarbeitsministers im besonderen. In eine mögliche gemeinsame Arbeit würden wir sozialdemokratische Positionen einbringen. Um nur einige Punkte zu nennen: Wir wollen eine lohnbezogene dynamische Rente, einen verläßlichen Bundeszuschuß, eine sozial ausgewogene Lastenverteilung zwischen Beitragszahlern, Rentnern und Staat. Und wir wollen dafür sorgen, daß die Rentenfinanzen unabhängiger von der Arbeitsmarktentwicklung werden, indem die Bundesanstalt für Arbeit für ihre Leistungsbezieher wieder ausreichende Rentenversicherungsbeiträge zahlt.

Eine Kooperation mit der Bundesregierung wird scheitern, wenn uns die FDP-Pläne angedient werden, die Lohnersatzfunktion der Rente auszuhebeln, die Lebensstandardsicherung preiszugeben, die Rente lediglich als Grundsicherung anzulegen und die Arbeitnehmer im übrigen auf die Privatversicherung zu verweisen. Auch kurzatmige, unsystematische Eingriffe in die Rentenversicherung nach dem Muster des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 und des neuen Koalitionspapiers können keine Grundlage für eine Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten sein.

WELT: Welche Aussicht auf Erfolg hat Ihrer Ansicht nach die Einbeziehung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes in die gesetzliche Rentenversicherung?

Fuchs: Die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes gehören der gesetzlichen Rentenversicherung an, und sie verfügen über zusätzliche Alterssicherungseinrichtungen. Eine wichtige Aufgabe ist die notwendige Harmonisierung der Alterssicherungssysteme. Harmonisierung bedeutet für mich eine schrittweise Angleichung mit dem Ziel, daß gleiche soziale Tatbestände auch zu gleichwertigen Leistungen und Finanzierungsbeiträgen führen. Die Angleichung darf sich nicht nur auf die gesetzliche Rentenversicherung und die Altersversorgung des öffentlichen Dienstes einschließlich der Beamtenversorgung erstrecken, sondern auf alle Standard- und Sondersysteme. Und auf diesem Felde hat sich ja einiges historisch entwickelt und verfestigt.

Es war richtig, daß noch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung eine Sachverständigenkommission eingesetzt hat, die Harmonisierungsmöglichkeiten aufzeigen soll. Die Kommission wird im Herbst ihre Arbeitsergebnisse vorlegen. Darauf bin ich ebenso gespannt wie auf die Folgerungen, die Herr Blüm daraus ableiten wird. Was den öffentlichen Dienst anbelangt, stehen Herrn Blüm noch aufschlußreiche Gespräche mit Herrn Zimmermann bevor.

WELT: Wie beurteilen Sie den Plan des Arbeitsministers, die Renten künftig nur in dem Maße steigen zu lassen wie die verfügbaren Arbeitnehmereinkommen.

Fuchs: Herr Blüm hat bisher keinen Plan. Wir brauchen aber einen neuen, systematischen Ansatz, der gewährleistet, daß sich die Alterseinkommen und die verfügbaren Arbeitnehmereinkommen im Gleichklang zueinander entwickeln. Dies gehört in eine Reformkonzeption.

WELT: Welche Chancen räumen Sie einer eigenständigen Alterssicherung für die Frau ein?

Fuchs: Angesichts des Finanzierungsproblems muß ich die Chancen leider als gering ansehen. Wir Sozialdemokraten halten es nach wie vor für sozial gerecht, ein Kindererziehungsjahr bei der Rentenberechnung zu berücksichtigen. Aber auch dafür steht auf absehbare Zeit kein Geld zur Verfügung. Und ich mache keine Versprechungen, die nicht einzulösen sind. Dies überlasse ich Herrn Bundeskanzler Kohl, der im Wahlkampf den Frauen in einem Interview versprochen hat, eine Hausfrauenrente einzuführen und der damit bei Sachkennern nur Kopfschütteln hervorgerufen hat.

Bonn schätzt Chance für Freilassung der acht Deutschen positiver ein

Jüngster Austausch nach langen Verhandlungen erreicht / Neues Gespräch in Tripolis?

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Bundesregierung bemüht sich weiter intensiv um die Freilassung von acht Deutschen, die seit Anfang April in Libyen festgehalten werden. Nachdem am Samstag zwischen Bonn und Tripolis vier zu langen Freiheitsstrafen verurteilte Bundesbürger gegen einen Libyer ausgetauscht worden waren, werden die Chancen für eine baldige Lösung positiver eingeschätzt. Allerdings wird nicht ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit noch einmal ein Regierungsmitglied zu Verhandlungen in die libysche Hauptstadt reisen muß.

Eine maßgebliche Rolle bei der Freilassung der vier und den inzwischen erreichten Erleichterungen für die noch festgehaltenen acht Deutschen hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, gespielt. Möllemann war in der zweiten April-Hälfte im Auftrag der Bundesregierung für zwei Tage nach Tripolis gereist.

Der erste Erfolg bestand darin, daß die acht Mitarbeiter deutscher Firmen in einem Privathaus in Tripolis interniert wurden. Außerdem wurde ihre ärztliche Betreuung – einer von ihnen ist zuckerkrank – sichergestellt. Bonns Botschafter Günter Held, der sie bisher einmal für 30 Minuten sprechen konnte, versicherten sie, daß sie korrekt behandelt würden. Libyen wirft den acht Bundesbürgern vor, unter anderem Spionage betrieben zu haben. Auf die Erhebung einer Anklage wurde aber bisher verzichtet.

Parallel zu den Bemühungen um ihre Freilassung hatte sich Bonn nachdrücklich für vier weitere Deutsche eingesetzt. Sie waren seit 1979 und 1981 in libyschen Gefängnissen. Zwei von ihnen waren zu lebenslangen Freiheitsstrafen, die anderen beiden zu drei und sieben Jahren verurteilt worden. Ihnen war unter anderem Geheimnisverrat, Verschwörung und Alkoholschmuggel angelastet worden. Aufgrund der schweren Haftbedingungen bestand zuletzt „erhebliche Besorgnis" wegen des Gesundheitszustands von drei der vier Männer.

Ihre Entlassung war in langen geheimen Verhandlungen in der vergangenen Woche in Bonn erreicht worden. Zu den vertraulichen Gesprächen war ein offiziell als „hochgestellte Persönlichkeit" bezeichneter Libyer in die Bundeshauptstadt gekommen. Beide Seiten hatten sich schließlich darauf verständigt, daß im Gegenzug der Libyer Bashir Ehmida abgeschoben wurde. Ehmida hatte nach Feststellung des Bonner Landgerichts den früheren Finanzattaché der Botschaft, El Madawi, im Auftrag des libyschen Revolutionskomitees auf offener Straße erschossen. Er war deshalb am 22. Dezember 1980 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Seine Ausweisung wird von der Bundesregierung mit übergeordneten Interessen und humanitären Aspekten begründet. Die Strafprozeßordnung sieht im Paragraphen 456 a eine solche Möglichkeit vor. Das Land Nordrhein-Westfalen, wo Ehmida seine Strafe verbüßte, hatte der Bitte Bonns unter Zurückstellung erheblicher justizpolitischer Bedenken entsprochen.

Bei den bisherigen Verhandlungen zeigte sich, daß beide Seiten ein deutlich erkennbares Interesse daran haben, den Fall der acht Deutschen zu lösen und auch die gestörten bilateralen Beziehungen zu verbessern. Allerdings dringt Libyen darauf, daß Mustapha Zaidi und Abdullah Salem Yahia quasi als Gegengeschäft in ihre Heimat zurückkehren können. Die beiden müssen sich gegenwärtig in Bonn unter der Anklage der Folterung von Landsleuten verantworten. Die Bundesregierung hat Tripolis jedoch wiederholt klargemacht, daß sie keinen Einfluß auf die deutsche Justiz nehmen kann.

Schwimmbäder und die Fehler der Kommunen

Die Zuschüsse sind versiegt / Mangelnde Lebensqualität

Von R. v. WOIKOWSKY

Der öffentliche Schwimmbad-Bau – ob im Freien oder als Halle – ist längst zum Erliegen gekommen. Mehr noch, die vorhandenen Bäder werden später geöffnet und früher geschlossen, die Wassertemperaturen werden herabgesenkt, um Heizkosten zu sparen, Hallenbäder werden teilweise während der Freibadsaison völlig geschlossen, und vereinzelte Kommunen, wie beispielsweise Warlstein, haben aufgrund der hohen Folgekosten den Stolz von einst, das Schwimmbad, in private Hände veräußert.

Ganz anders verhält sich da die Stadt Rheinbach, zwanzig Kilometer von der Bundeshauptstadt entfernt, 23 000 Einwohner und Hauptwohnsitz von vielen im nahen Bonn beschäftigten Bundesbeamten: Für 8,9 Millionen Mark hat Rheinbach jetzt ein bereits vorhandenes Hallenbad zu einem Schwimm- und Erholungszentrum mit neuem Wellen- und zusätzlichem Freibad umgebaut. „Nur" 3,8 Millionen Mark davon sind Eigenleistung der Stadt, der große Rest sind Zuschüsse von Bund und vor allem Land, womit Rheinbach in die deutsche Bädergeschichte eingehen dürfte: Das wohl jüngste Schwimmbad in der Bundesrepublik ist auch das letzte, das in Nordrhein-Westfalen mit öffentlichen Mitteln bezuschußt wird.

Stadtdirektor Heinrich Kalenberg weist denn auch erhobene Vorwürfe, er wolle sich mit dem Bad in der Stadt ein Denkmal setzen, weit von sich. In der Tat, die Zuweisungen sprechen für die Bauwilligkeit des Verwaltungschefs. Schon in den vergangenen Jahren flossen die Gelder aus Düsseldorf nur äußerst dürftig in die kommunalen Kassen. So förderte das Land Nordrhein-Westfalen 1977 nur zwei Maßnahmen für 240 000 Mark, 1978 waren es acht Schwimmbäder mit 13,9 Millionen Mark, 1979 wurde die gleiche Summe auf fünf Maßnahmen verteilt, und 1980 konnten sich nur noch vier Kommunen über 9,7 Millionen Mark erfreuen.

Stadtdirektor Kalenberg kann denn auch mit Stolz darauf hinweisen, daß seine Stadt etwa die Hälfte dieser letzten Summe in diesem Jahr allein erhalten hat. Eine Summe, die wohl kaum ein Stadtdirektor abschlagen könnte und die bei Nichtabrufung verfallen wäre.

Hinzu kommt, daß es Rheinbach mit dem neuen Schwimmbad gelungen ist, einen bereits vor Jahren gebauten Freizeitpark von 165 000 Quadratmetern mit Sportstadien, Grün und Seenanlagen jetzt völlig fertigzustellen. Dieser Freizeitpark, nach der Rheinaue (ehemalige Bundesgartenschau-Gelände) im benachbarten Bonn der zweitgrößte seiner Art in der ganzen Region, hat einschließlich des neuen Schwimmbades 27 Millionen Mark gekostet, 19 Millionen davon sind Zuschüsse von Bund und Land.

Kalenberg glaubt auch nicht, dem Zuweisungs-Füllhorn des Landes erlegen zu sein. Für die Bürger Erholungswerte zu schaffen, hält er für vordringlich und würde immer wieder so entscheiden. Bei einer Verschuldung von 50 Millionen Mark hatte dagegen die oppositionelle Rheinbacher SPD darauf gedrängt, auf den Zuschuß zu verzichten und die 3,8 Millionen Mark Eigenleistungen für das neue Bad beispielsweise für den Bau einer Sonderschule oder anderer dringend notwendiger Projekte zu verwenden. Vor allem die hohen Folgekosten, so argumentierten die Sozialdemokraten, könne sich eine solch kleine Kommune ohne schmerzhafte Einschneidungen für andere Bereiche kaum erlauben.

Gerade diese Folgekosten haben in anderen deutschen Städten dazu geführt, daß der Badebetrieb teilweise stark eingeschränkt wurde und vereinzelte Städte bereits an eine Privatisierung ihrer Schwimmburgen denken. Die drei Freiburger Freibäder machten zum Saisonende 1981 1,1 Millionen Mark Defizit, die Einnahmen deckten nicht einmal die Personalkosten. In Kerpen mußten im gleichen Jahr 2,3 Millionen Mark zugeschossen werden, die Besucher zahlten nur 16 Prozent der Kosten. In Bonn, so berichtet die Fachzeitschrift „Kommunalpolitische Blätter", ist der Zuschußbedarf seit 1976 bis 1981 um 1,7 Millionen Mark auf 7,4 Millionen Mark angestiegen. In Bielefeld waren es 8,5 Millionen, in Duisburg 21 Millionen und in Essen sogar 27,5 Millionen Mark, die aus dem Stadtsäckel zum Schwimmvergnügen der Bürger zugeschossen werden mußten. Hinzu kommt, daß, wenn auch aus der Sicht der Statistiker der Bundesbürger achtmal jährlich schwimmen geht, generell die Besuchszahlen im gesamten Bundesgebiet eine rückläufige Tendenz haben.

Dies dürfte vor allem an der stark zunehmenden Konkurrenz der privaten Erholungszentren mit Saunen, Bädern und Solarien liegen, aber auch daran, daß – wie es Professor Horst Opuschowski vom Institut Familien- und Sozialpädagogik der Universität Hamburg formuliert – bei den öffentlichen Bädern ein „Mangel an persönlicher Betroffenheit" bestehe. „Öffentliche Bäder haben im Verbraucherbewußtsein wenig mit persönlicher Lebensqualität zu tun, sondern gleichen staatlichen Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern, Ämtern und Behörden – abstrakten Möglichkeiten ohne wirklichen Bezug zu ihren konkreten Wünschen und persönlichen Bedürfnissen."

Landesbericht Nordrhein-Westfalen

Opuschowski verweist darauf, daß das Badepersonal Kontrolleur und Aufpasser fungiere und der Badegast in den herkömmlichen kommunalen Bädern in ein starres Ablaufchema gepreßt werde, gegen das er – wie bei anderen Behörden – nicht ankommen könne. Auch die deutsche Gesellschaft für das Badewesen fordert die Abkehr vom Bad als „Bedürfnisanstalt" und „hin zum Spaßbad oder Freizeitbad".

Gerade hier will Kalenberg in Rheinbach ansetzen. „Das Sportbad ist tot, nur das Erholungszentrum hat eine Chance." Hier hofft er durch das Wellenbad, durch den gesamten Freizeitpark Besucher nach Rheinbach zu locken. Solarien, Sprudelpools, spezielle Kindereinrichtungen, bis in die Abendstunden verlängerte Öffnungszeiten, eine preiswerte Mehrfachkarte (3,30 Mark statt sieben Mark Einzelpreis) und eine preisgünstige Restauration zollen den Anreiz erhöhen.

Die Rechnung des Stadtdirektors enthält allerdings einen Risikofaktor. 1,2 Millionen Mark Folgekosten haben das inzwischen geschlossene alte Freibad und das bisherige Hallenbad verschlungen. Mehr soll und darf es laut Etatentwurf auch bei dem neuen Schwimmzentrum nicht sein. Um das zu schaffen, müßten statt der bisher 120 000 Besucher in das neue Zentrum etwa 300 000 Besucher jährlich kommen.

Stadtdirektor Kalenberg jedenfalls ist zuversichtlich, durch die Attraktionen des neuen Bades seine Kalkulationen realisieren zu können.

Barschel: Bonn muß den Werften helfen

AP, Hamburg

Die vier norddeutschen Küstenländer wollen künftig ihre Interessen in Bonn nachdrücklicher zur Geltung bringen als bisher. Vor der Hamburger Landespressekonferenz sagte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU), der Norden müsse stärker berücksichtigt werden, besonders bei bundespolitischen Entscheidungen über die Wirtschaftspolitik und die Infrastruktur.

Nach den Worten Barschels werden gegenwärtig auf verschiedenen Ebenen Gespräche über eine Hilfe Bonns für die norddeutschen Werften geführt. Als oberste Entscheidungsinstanzen sind Bundeskanzler Helmut Kohl, Finanzminister Gerhard Stoltenberg und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff von führenden norddeutschen Politikern angeschrieben worden.

Der schleswig-holsteinische Regierungschef, der vorher mit dem Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) zusammengetroffen war, ermahnte die Hansestadt, sich nicht nur als ein eigenständiger Stadtstaat zu verstehen, sondern auch Verantwortung als Metropole für die nördliche Region zu tragen. Durch jüngste SPD-Parteitagsbeschlüsse habe sich Hamburg von früheren Gemeinsamkeiten abgemeldet.

Urteil über ABM-Stellen

rtr, Kassel

Ein sachlicher Grund für die Befristung von Arbeitsverträgen ist gegeben, wenn deren Dauer mit dem Finanzierungszeitraum einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) des Arbeitsamtes übereinstimmt, hat das Bundesarbeitsgericht in Kassel in einem jetzt veröffentlichten Urteil entschieden. (AZ: 7 AZR 622/80). Vor Gericht geklagt hatte ein Ingenieur, der im Verlauf von zwei Jahren vier aus ABM-Mitteln finanzierte Arbeitsverträge erhalten hatte. Er vertrat die Auffassung, daß es sich dabei um unzulässige Kettenarbeitsverträge handele. Insbesondere die Befristung des letzten Arbeitsvertrages sei unwirksam, weil seinem Arbeitgeber, einer Fachhochschule, eine Planstelle zugewiesen worden sei, die dem von ihm ausgeübten Aufgabenbereich entsprochen habe.

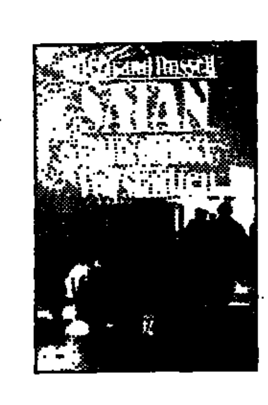
Der 7. Senat des BAG schloß sich dieser Auffassung nicht an: es sei davon überzeugt, daß die befristete Einrichtung einer solchen ABM-Stelle aus „sachlichen Erwägungen" vorgenommen werde, erklärte das Gericht.

Funkspruch aufgefangen

dpa, Stockholm

Die schwedische Marine hat am elften Tag der Suche nach einem oder mehreren fremden U-Booten angeblich verschlüsselte Funkmeldungen in russischer Sprache aufgefangen, die von einem Sender in der Gegend der Stadt Sundsvall ausgestrahlt worden sein sollen. Die schwedische Nachrichtenagentur TT berichtete gestern, Analytiker hätten die entschlüsselten Meldungen als „interessant" bezeichnet. Ungeklärt blieb, ob die Sendungen mit der seit elf Tagen andauernden Jagd nach einem vermuteten U-Boot in der Bucht von Sundsvall in Verbindung stehen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



ein Ullstein Buch

Bertrand Russell
Satan in den Vorstädten
Phantastische Erzählungen, in denen Russell skrupelloses Machtstreben, Tugendbolderei und Heuchelei geißelt.
20330/DM 5.80

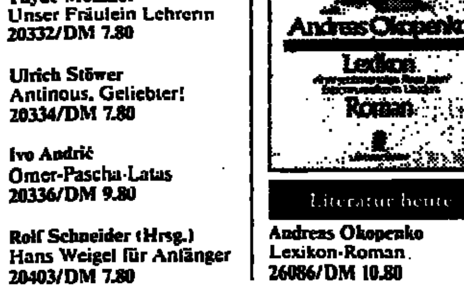
James Dillon White
Kelso wird Kommodore
20331/DM 6.80

Thyde Monnier
Unser Fräulein Lehrerin
20332/DM 7.80

Ulrich Stöwer
Antinous, Geliebter!
20334/DM 7.80

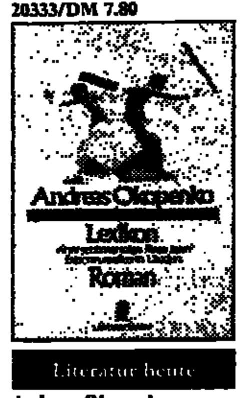
Ivo Andrić
Omer-Pascha-Latas
20336/DM 9.80

Rolf Schneider (Hrsg.)
Hans Weigel für Anfänger
20403/DM 7.80





Ephraim Kishon
Kishons beste Reisegeschichten
»Wenn du deinem Paßbild ähnlich zu sehen beginnst, ist es höchste Zeit wegzufahren«, ist das Motto dieser köstlichen Sammlung von Satiren um Reisen und Reisende.
20333/DM 7.80



Literatur heute

Andreas Okopenko
Lexikon-Roman
26086/DM 10.80

Klett-Cotta

Erich Benz
Das Recht auf Faulheit
39061/DM 7.80

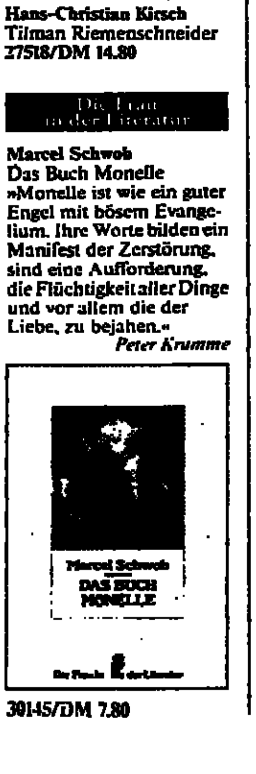
Wilhelm Muster
Silbermeister
39069/DM 12.80

Lebensbilder

Hans-Christian Kirsch
Tilman Riemenschneider
27518/DM 14.80

Die Frau in der Literatur

Marcel Schwob
Das Buch Monelle
»Monelle ist wie ein guter Engel mit bösem Evangelium. Ihre Worte bilden ein Manifest der Zerstörung, sind eine Aufforderung, die Flüchtigkeit aller Dinge und vor allem die der Liebe, zu bejahen.«
Peter Krumme



30145/DM 7.80



Die Bücher des Monats Mai '83



»Joseph Wulf hat dafür gesorgt, daß wichtige Dokumente vor dem Verschwinden in Archiven gerettet wurden. Da er nicht vergessen konnte, wollte er anderen das Vergessen wenigstens schwermachen. Seine Dokumentationen sind einzigartige Arbeiten, heute genauso wichtig und wertvoll wie vor 20 Jahren, als sie zum ersten Mal erschienen und die ersten dieser Art waren« *Henryk M. Broder*



Zeitgeschichte

Joseph Wulf
Die bildenden Künste im Dritten Reich
33030/DM 16.80

Joseph Wulf
Theater und Film im Dritten Reich
33031/DM 16.80

Joseph Wulf
Musik im Dritten Reich
33032/DM 16.80



Ullstein Sachbuch

Wolfgang Venohr
Dokumente deutschen Daseins 1445-1945
Ein Lehr- und Lernstück deutscher Nationalgeschichte
34141/DM 9.80

Immanuel Velikovsky
Die Seevölker
34139/DM 8.80

Helmuth Schneider (Hrsg.)
Geschichte der Arbeit
34140/DM 12.80



Michael Dauderstädt/ Alfred Pfaller (Hrsg.)
Unfähig zum Überleben? Reaktionen auf den Brandt-Report
Was hat der »Brandt-Report« bewirkt? Der Band faßt Reaktionen von Wissenschaftlern, Politikern und Gewerkschaftlern aus aller Welt zusammen.
34137/DM 9.80

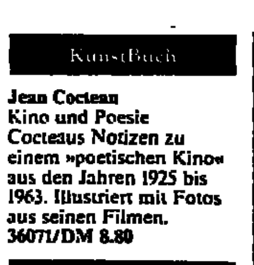
Maureen Herzfeld/ Sybille Heppner
Spanisch in der Tasche
34184/DM 6.80

Charlotte Binder-Rohde
Französisch in der Tasche
34181/DM 6.80

Materialien

Otto Fenichel
Psychoanalytische Neurosenlehre Band 2
35165/DM 16.80

Carl von Linné
Nemesis Divina
35168/DM 16.80



KunstBuch

Jean Cocteau
Kino und Poesie
Cocteaus Notizen zu einem »poetischen Kino« aus den Jahren 1925 bis 1963. Illustriert mit Fotos aus seinen Filmen.
36071/DM 8.80



Werkausgaben

Hermann Kesten
Dichter im Café
37105/DM 12.80

Krimis

Ruth Rendell
Der Herr des Moors
10200/DM 6.80

Jim Thompson
1280 schwarze Seelen
10201/DM 5.80

Ellery Queen
Die indische Seidenschnur
10202/DM 5.80

Alfred Hitchcocks
Kriminalmagazin Band 147
10203/DM 5.80

Science Fiction

Ronald M. Hahn
Ein Dutzend H-Bomben
31052/DM 6.80

Richard A. Lupoff
Space War Blues
Der menschliche Geist hat sich den Weltraum untertan gemacht – und dafür gesorgt, daß eine Hölle aus ihm wird …
31055/DM 7.80

Das neue farbige Gesamtverzeichnis gibt's bei Ihrem Buchhändler. Oder direkt beim Ullstein Taschenbuchverlag Lindenstraße 76, 1000 Berlin 61
Sollte Ihr Buchhändler den einen oder anderen Titel nicht haben – der Verlag nennt Ihnen gern Bezugsquellen.

Jetzt geht es in Bonn um den Bundeshaushalt 1984

Am 18./19. Mai will Kabinett im Grundsatz entscheiden

HEINZ HECK, Bonn

Nach der Aussprache über die Regierungserklärung in der vergangenen Woche rücken jetzt der Bundeshaushalt 1984 und die Begleitgesetze in den Mittelpunkt des Bonner Interesses. Noch in dieser Woche muß Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) die Kabinettsvorlage für die Sitzung am 18. und 19. Mai verschicken. An diesen beiden Tagen will die Bundesregierung die Grundsatzentscheidung über den Bundeshaushalt 1984, die notwendigen Einsparungen und die Eckwerte zum Steuergesetz treffen.

Stoltenberg bleiben dann ganze sechs Wochen bis zur Kabinettssitzung am 29. Juni. An diesem Tag wird das Kabinett den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts und die Mittelfristige Finanzplanung (1983 bis 1987), das Steuergesetz, das Vermögensbildungsgesetz und das Haushaltsbegleitgesetz verabschieden. Um diesen Termin einhalten zu können, müssen nach Stoltenbergs Planung die sogenannten „Chefgespräche", also die letzten Verhandlungen auf Ministerebene, zu noch offenen Fragen der einzelnen Etats, sowie die „Feinabstimmung" über die Begleitgesetze beendet sein.

Als sicher gilt, daß der Ausgabenrahmen 1984 gegenüber 1983 nur um etwa zwei Prozent auf 258 Milliarden Mark erhöht werden soll.

Um die Nettokreditaufnahme 1984 bei maximal 39 (1983: 40,9) Milliarden Mark zu halten und damit das angekündigte Signal zur allmählichen Verringerung der Neuverschuldung zu setzen, sind Einsparungen von 6,5 Milliarden Mark erforderlich.

Stoltenberg will nicht nur beim öffentlichen Dienst (Überversorgung), den Leistungen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, einer Reform des Schwerbehindertenrechts und der Rentenversicherung ansetzen, sondern auch die Subventionen weiter kürzen.

Hier lauern jedoch Risiken in Milliardenhöhe allein bei der Stahlindustrie, den Werften, der EG-Finanzierung, (wo sich Bonn massiv gegen die Brüsseler Aufstockungswünsche zur Wehr setzt, (WELT vom 6. und 7. Mai), so daß schon die Vermeidung eines weiteren Anstiegs ein Erfolg wäre.

Auf jeden Fall will Bonn an die Kappung des Bauherrenmodells heran, um auch unter dem Aspekt der sozialen Symmetrie ein Signal zu setzen. Künftig sollen maximal 50 Prozent der Steuerschuld durch Verlustzuweisungen eingespart werden können.

Inwieweit 1984 eine weitere Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr vermieden werden kann, ist noch Gegenstand der Verhandlungen mit Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU), der bis zum 29. Juni seine Alternativvorschläge in verabschiedungsreifer Form präsentieren muß.

Viele Einschnitte versprechen auch Entlastung nur auf Dauer, so zum Beispiel die Senkung der Eingangsbesoldung im öffentlichen Dienst, die noch dazu vor allem den Ländern und Gemeinden in ihrer Wirkung zugute käme.

Auch der Ende Juni auslaufende Modernisierungsparagraph (Paragraph 82 der Durchführungsverordnung zum Einkommensteuergesetz) mit seinen jährlich rund 600 Millionen Mark Mindereinnahmen wird selbst bei voller Streichung noch die nächsten zehn Etats – mit immer geringeren Beträgen allerdings – belasten, da der Anspruch auf zehnprozentige Abschreibung der Modernisierungsaufwendungen sich über zehn Jahre erstreckt. Inzwischen wird allerdings mit einer eingeschränkten Verlängerung gerechnet.

Die noch zu verteilenden Mehreinnahmen aus der am 1. Juli in Kraft tretenden Umsatzsteuererhöhung von etwa vier Milliarden Mark sollen zur Hälfte über eine Senkung der Vermögensteuer „zurückgegeben" werden. Zur Entlastung der Wirtschaft sollen etwa 1,5 Milliarden Mark durch Verdoppelung des Verlustrücktrags auf zehn Millionen Mark und durch Sonderabschreibungen für Forschung und Entwicklung verwandt werden. Rund 500 Millionen blieben für den Ausbau der Vermögensbildung.

Der Bundesrat befaßt sich voraussichtlich am 2. September mit den Begleitgesetzen, am 7. Oktober mit dem Haushaltsentwurf sowie am 16. Dezember (2. Durchgang) mit dem gesamten Paket. Dem Bundestag bleiben fast drei Monate für die Beratung. Die Erste Lesung ist für die zweite Septemberwoche (nach dem Ende der Parlamentsferien) vorgesehen, die Zweite und Dritte Lesung für den 30. November bis 2. Dezember.

Jetzt wartet die CSU auf den Auftritt Heigls in München

Aussagen des Nachrichtenhändlers in Nizza belasten SPD-Fraktionsvize Hiersemann

PETER SCHMALZ, München

Das bayerische Spektakel um Geheimdienste und Geheimnisverrat strebt einem neuen Höhepunkt entgegen: Der Nachrichtenhändler Frank Heigl wird seinen sicheren Zufluchtsort Nizza verlassen und zum zweiten Mal innerhalb Jahresfrist vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß als Zeuge erscheinen. Anfang Juni soll die Befragung stattfinden, falls bis dahin freies Geleit zugesichert ist.

Beim ersten Treffen im Juni vergangenen Jahres erzählte Heigl noch unter wohlwollender Zustimmung der SPD-Mitglieder dem Untersuchungsausschuß, wie der frühere bayerische Staatsschutzchef, Ministerialdirigent Hans Langemann, bündelweise Geheimmaterial herbeischleppte und damit die abenteuerlichsten Agentengeschichten untermauerte. Heigl hatte einen Teil des brisanten Materials an die Zeitschrift „konkret" verkauft und damit den bisher größten bayerischen Geheimschutz-Skandal ausgelöst. Beim zweiten Treffen soll Heigl nun einem weiteren Untersuchungsausschuß Rede und Antwort stehen, ob seine Behauptungen zutreffen, daß ihm zwei SPD-Politiker nun ihrerseits geheimes Material aus dem ersten Langemann-Ausschuß überlassen haben, das wenig später in der Illustrierten „Bunte" zu sehen war.

Der neue Ausschuß kann sich vieler Namen rühmen: Offiziell heißt er langatmig „Untersuchungsausschuß zur Prüfung von in der Presse erhobenen Vorwürfen gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Karl-Heinz Hiersemann und gegen den Assistenten der SPD-Landtagsfraktion Günther Plass wegen des Verdachts der Weitergabe geheimer Unterlagen aus dem Untersuchungsausschuß ‚Dr. Langemann'".

Die CSU macht's wesentlich kürzer: Sie spricht mit sichtlicher Genugtuung vom „Hiersemann-Untersuchungsausschuß". Die SPD dagegen möchte den allein schon durch die Namensnennung unvermeidlichen Makel von ihrem Fraktionsvize weitgehend fernhalten und spricht nur vom „Bunte-Untersuchungsausschuß".

Hiersemann bestreitet, die Weitergabe von Akten gebilligt oder auch nur von ihr gewußt zu haben. Der Rechtsanwalt aus Erlangen weiß, daß diese Anschuldigungen eine ernste Gefahr für seine weitere politische Laufbahn bedeuten. Der 38jährige Aspirant auf den Fraktionsvorsitz ist bemüht, seine Kontakte zum Nachrichtenhändler Heigl, den er einst als willkommenen Kronzeugen gegen die CSU und vor allem gegen den damaligen Innenminister Gerold Tandler sah, so unbedeutend wie nur irgend denkbar darzustellen.

Doch dabei hat er erhebliche Hindernisse zu überwinden. Unbestreitbar ist die Tatsache, daß Heigl in Besitz von Geheimprotokoll-Kopien des Langemann-Ausschusses kam. Nach anfänglichem Zögern



Heinz Hiersemann

mußte Hiersemann auch zugeben, daß sein Assistent Plass für ihn auf dem SPD-Kopierer im Landtag geheime Papiere vervielfältigte, obwohl diese Unterlagen nur im Besitz von Abgeordneten sein dürften.

Heigl behauptet auch gegenüber der WELT, ihm seien von Plass große Mengen von Ausschuß-Unterlagen nach Frankreich gebracht worden. Eidesstattlich versicherte er sogar: „Hiersemann wußte unmittelbar von mir, daß ich von Plass geheime Dokumente erhalten habe." Unbestritten ist auch, daß Hiersemann mit Heigl telefonierte und einmal sogar eine Art Geheimtreffen an einem Autobahnrastplatz in Österreich vereinbaren wollte, zu dem es dann auf Anraten des Geschäftsführers der SPD-Fraktion, Uwe Janssen, nicht gekommen ist.

Von den engen Kontakten zwischen Plass und Heigl will der Abgeordnete nichts gewußt haben, obwohl der Fraktionsvize mit seinem Assistenten das Zimmer teilt. Plass selbst verweigert vor dem Ausschuß die Aussage, er besteht darauf, daß vor ihm erst Heigl gehört wird. Da gegen ihn die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts des Geheimnisverrats ermittelt, steht für ihn im Falle einer Anklage und anschließender Verurteilung die berufliche Existenz als Anwalt auf dem Spiel.

Bisher hat Plass nur zugegeben, das Protokoll einer öffentlichen Ausschuß-Sitzung nach Südfrankreich geschafft zu haben – und das auch nur, weil ihn Heigl mit der Zusicherung geködert habe, er könne ihm Material über ein Schweizer Nummernkonto der Strauß-Ehefrau Marianne liefern, das im Zusammenhang stehe mit der HS-30-Affäre. Ein Stern-Reporter traf Heigl jedoch zufällig auf dem Flughafen von Nizza und will von ihm erfahren haben, er warte auf Plass, der ihm geheime Unterlagen bringen wolle. Auch Heigls Freundin Christina Stenberg beteuert eidesstattlich, Plass habe bei einem Besuch einen Bildband von New York mitgebracht, der mit geheimen Papieren angereichert war. Plass habe das Fotobuch wieder mitgenommen, weil ihm angeblich viel an ihm liege. Ein solcher Band befindet sich tatsächlich in der Wohnung von Plass.

Als bemerkenswert empfindet „Bunte"-Redakteur Lutz Bergmann, daß nach dem Erscheinen des ersten Artikels über die Verbindungen der SPD zu Heigl Plass auf den Antrag einer einstweiligen Verfügung verzichtete und dafür eine Klage ankündigte, die aber nach vier Monaten noch immer nicht eingereicht ist. Bergmann vermutet: „Die spielen auf Zeit."

Ob die angeschlagenen SPD-Politiker damit durchkommen werden, erscheint zweifelhaft. Heigl, der nicht nur dem Landtagsausschuß, sondern auch der Staatsanwaltschaft als Zeuge zur Verfügung stehen will, hat seine Erlebnisse mit Plass und Hiersemann inzwischen in eidesstattlichen Versicherungen dokumentiert. „Herr Hiersemann", so schreibt er, „wußte unmittelbar von mir, daß ich von Plass geheime Dokumente erhalten habe." Und daß Hiersemann erst nach dem dritten Treffen zwischen dem SPD-Assistenten und Heigl von Plass über die enge Zusammenarbeit informiert worden sein will, weist Heigl in den Bereich der Fabel.

„In Kuba wimmelt es nur so von Sachsen"

„DDR"-Ingenieur berichtet nach Flucht über Erfahrungen

XING-HU KUO, Frankfurt

Auf dem Umweg über Havana ist einem Diplom-Ingenieur aus der „DDR" vor einiger Zeit die Flucht in die Bundesrepublik gelungen. In einem WELT-Gespräch berichtete der jetzt im Großraum Frankfurt lebende Fachmann für Verfahrenstechnik über die Hintergründe dieser abenteuerlichen Flucht. Rainer Kaufmann (Name von der Redaktion geändert) studierte in Dresden Maschinenbau. Er promovierte dort auch zum Dr. Ing. und galt bald als Spezialist.

Diesem Umstand verdankte es Kaufmann – verheiratet, zwei Kinder –, daß er, obwohl parteilos und „gesellschaftlich" eher passiv, nach Kuba geschickt wurde, um Fidel Castro „beim Aufbau des Sozialismus" aktiv zu unterstützen. In Kuba selber wohnte er, ähnlich wie die anderen Experten aus der „DDR" („in den kubanischen Ministerien wimmelt es nur so von Sachsen") in einem Ausländergetto am Rande der Stadt. In der großen „DDR"-Kolonie galt er jedoch alsbald als „Außenseiter".

Im Gegensatz zur kubanischen Bevölkerung lebten die „Companeros" (Genossen) aus der „DDR", der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten in Kuba sehr gut: „Wir hatten Sonderläden, in denen es für uns alles gab, was die Kubaner nicht oder kaum kaufen können." Nicht ohne Neid wurden daher die „Gäste" oft von den Einheimischen betrachtet. Allerdings waren allzu intensive Kontakte, vor allem private, sowohl von „DDR"- als auch von kubanischer Seite unerwünscht und höchst selten. Wurde man zu einer kubanischen Feier dennoch eingeladen, so baten die Gastgeber nicht selten, den Rum selber mitzubringen.

Lebten die „DDR"-Diplomaten und Experten wie Kaufmann ohnehin weitaus besser als der Durchschnitts-Kubaner – „verglichen mit ihm lebt der DDR-Bewohner im Paradies", so der Flüchtling, so gibt es zwei neue „Klassen", denen es noch besser geht.

Das sind einmal die Experten aus „kapitalistischen" Ländern, darunter auch Techniker aus der Bundesrepublik, mit denen Kaufmann sich unterhalten konnte: „Für diesen Personenkreis gab es Extra-Läden, in denen noch mehr Mangelwaren angeboten werden als in den Sondergeschäften für die Bürger der sogenannten Bruderstaaten." Und auch die oberste Partei- und Funktionärsschicht in Kuba beginnt sich der Annehmlichkeiten eines „kapitalistischen Lebens" zu besinnen und bezieht mehr und mehr die Luxusvillen der einstigen Batista-Elite.

Ähnlich wie in den meisten Fällen mußte auch Kaufmann die Familie in der „DDR" zurücklassen. Vor dem Abflug nach Kuba wurde ihm jedoch verbindlich zugesichert, daß wenigstens die Ehefrau ihn einmal besuchen dürfte.

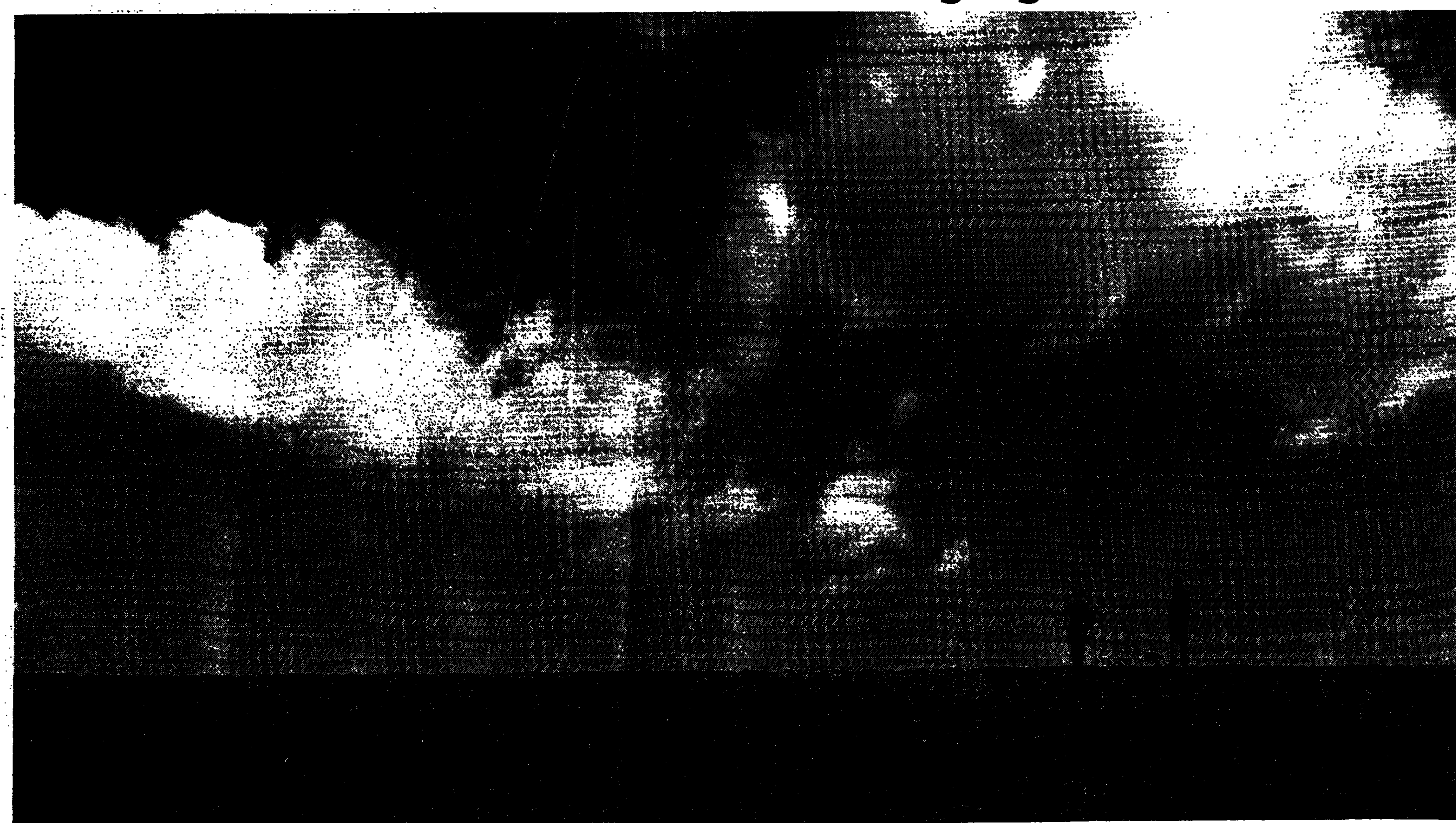
Aus bis heute ungeklärten Gründen erhielt Frau Kaufmann jedoch im letzten Augenblick vor der Reise nach Havana keine Ausreisegenehmigung. Diese „Verschaukelung", so der Flüchtling, war „der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte". Von Kuba aus nahm er Kontakt mit Freunden in der Bundesrepublik auf. Ein Fluchtplan wurde ausgearbeitet, der reibungslos funktionierte:

Als Kaufmanns Auftrag nach sechs Monaten beendet war, buchte er ein Ticket Havana–Ost-Berlin bei der kubanischen Fluggesellschaft. Denn im Gegensatz etwa zur „DDR"-Fluggesellschaft „Interflug" macht die kubanische Linienmaschine einen einstündigen Aufenthalt in Madrid. Hier gelang es Kaufmann, vor einem Jahr, mit Hilfe der eingeschalteten Freunde den Transitraum des Flughafens unbehelligt zu verlassen und von Madrid aus nach Frankfurt weiterzufliegen.

Wegen seiner fachlichen Qualifikation bekam der Maschinenbau-Spezialist bereits wenige Monate nach seiner Ankunft auch in der Bundesrepublik eine gute Position. Schwierig dagegen ist die Lage für die Familie. Nach üblichem „Sippenhaft"-Muster gerieten die Angehörigen in der „DDR" nach Bekanntwerden der Flucht in große Schwierigkeiten: „Meine Frau, eine Pädagogin, wurde von heute auf morgen fristlos entlassen. Meine älteste Tochter wurde von der Universität exmatrikuliert. Mein 14jähriger Sohn darf nicht in die Oberschule, die zum Abitur führt." Als Haushälterin versucht die Ehefrau, die inzwischen vergeblich zahlreiche Ausreiseanträge gestellt hat, die Familie zu ernähren.

Auch Kaufmann selber schreibt ständig Briefe an führende Politiker im In- und Ausland, an die UNO-Menschenrechtsorganisation und an humanitäre Organisationen in der Bundesrepublik. Darin bittet er um Hilfe, daß seiner Familie die Ausreise genehmigt wird.

Lohnt sich hier ein Auslieferungslager?



Nicht immer sind die naheliegenden Möglichkeiten für Ihr Unternehmen die günstigsten. Rentabilitätsberechnungen und Standortanalysen sind allemal eine gute Grundlage für eine Entscheidung. Ähnlich ist es bei der Finanzierung. Kreditmodell ist nicht gleich Kreditmodell. Wir können Ihnen eine ganze Palette verschiedener Kredite anbieten. Gleichbleibende Raten über die gesamte Laufzeit, einmalige Tilgung durch den Abschluß einer Kapital-Lebensversicherung, zwei tilgungsfreie Anlaufjahre – das sind nur einige Stichworte. Es gibt auch zahlreiche Förderungsprogramme der öffentlichen Hand.

Sie finden uns in allen größeren Städten. Ob in Flensburg oder Passau, immer reden Sie mit einer Bank, die auch bei größeren Projekten rasch entscheiden kann. Seit Jahren arbeiten wir mit dem Mittelstand zusammen und haben daher gute Branchenkenntnisse.

Fordern Sie uns.

BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein anderer Vergleich

Sehr geehrte Redaktion,
in seinem Leserbrief „Neue Geldquellen" in der WELT vom 29. April behauptet der Leser H. Behrendt, das durchschnittliche Einkommen im öffentlichen Dienst habe 1980 DM 37 000,– erreicht, das in der freien Wirtschaft dagegen nur 30 276,– DM jährlich. Er verrät jedoch nicht, woher er diese Zahlen hat. Einen Aussagewert hätten sie nur, wenn die Zusammensetzung und Qualifikation der im öffentlichen Dienst tätigen Personen genau die gleiche wäre wie in der privaten Wirtschaft. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall.

Der öffentliche Dienst benötigt einen großen Anteil höher qualifizierter Personen; man denke nur an Universitäten, Gymnasien, wissenschaftliche Institute, Gerichte, Finanz- und Baubehörden. In der Privatwirtschaft besteht dagegen ein großer Teil aus einfachen Fabrikarbeitern und ungelernten Arbeitskräften. Außerdem sind im Durchschnittseinkommen der Privatwirtschaft wahrscheinlich die selbständigen Unternehmer, von denen laut einer in der WELT DER WIRTSCHAFT vor kurzem veröffentlichten Statistik allein 60 Prozent ein Jahreseinkommen von mindestens 48 000,– DM haben, nicht berücksichtigt, während die Führungskräfte im öffentlichen Dienst (Präsidenten, Staatssekretäre usw.) im Durchschnittseinkommen miterfaßt sind.

Wenn man also einen Vergleich dieser Art aufstellen will, so darf man nur gleichwertige Tätigkeiten miteinander vergleichen, etwa das Gehalt eines Richters mit dem des Syndikus einer Versicherungsgesellschaft oder das eines Staatssekretärs mit dem eines Vorstandsmitgliedes des Volkswagenwerks oder eines anderen großen Industrieunternehmens. Wer bei diesem Vergleich in der Regel besser abschneidet, dürfte kaum zweifelhaft sein.

Herr Behrend will die Zahlung eines Weihnachtsgeldes im öffentlichen Dienst von einem ausgeglichenen Haushalt abhängig machen, damit also praktisch abschaffen. Er meint, in der freien Wirtschaft müßten die Weihnachtsgelder verdient werden, was offenbar heißen soll, daß sie im öffentlichen Dienst nicht „verdient" würden. Tatsächlich werden jedoch heutzutage die Weihnachtsgelder in der freien Wirtschaft überwiegend auf Grund von Tarifverträgen unabhängig von besonderen Leistungen oder von Unternehmensgewinnen gezahlt. Die dazu erforderlichen Mittel werden von der Allgemeinheit über die Preise aufgebracht.

Genauso werden im öffentlichen Dienst die Mittel über Steuern und Gebühren aufgebracht, die ja nichts anderes sind als die Preise für die vom Staat für die Bürger erbrachten Leistungen, nur daß diese etwas gerechter nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen bemessen werden. Bei manchen Staatsbetrieben wie z. B. Post und Bundesbahn ist ohnehin kein Unterschied in dieser Beziehung festzustellen.

Herr Behrendt wendet sich ferner gegen eine prozentuale Erhöhung der Gehälter mit der Begründung, daß dabei hohe Einkommen überproportional begünstigt, die kleinen Einkommen aber benachteiligt würden. Das Gegenteil ist richtig, denn infolge der Steuerprogression ist die Erhöhung des Nettoeinkommens bei den hohen Gehältern stets geringer als bei kleinen Gehältern. Die Preise erhöhen sich jedoch für beide Gruppen um denselben Prozentsatz, so daß sie eigentlich Anspruch auf eine dementsprechende Erhöhung ihres Nettoeinkommens hätten, solange die Progression des Steuertarifs nicht der Inflationsrate angepaßt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Detlev Himer,
Hamburg 65

Ohne Ersatz?

Sehr geehrte Herren,
mit Bestürzung lese ich in der WELT vom 30. April: „Aufsichtsrat soll auf Senatskurs – Umbesetzungen bei HEW, um den Ausstieg aus Brokdorf durchzusetzen".

Es ist ein trauriges Schauspiel daß um der ideologischen Voreingenommenheit einer Partei willen, ja nur von Teilen einer Partei, die Organe eines Energieunternehmens ohne Rücksicht auf die Gesamtheit (Gemeinwohl, nein danke?) an die Kandarre gelegt werden sollen. Dabei haben sie von Gesetzeswegen allein die Aufgabe, für das Gedeihen des Unternehmens zu sorgen. Würden sie gegen diese Pflicht verstoßen, wären sie schadensersatzpflichtig. Wie auch schadensersatzpflichtig wäre, „wer vorsätzlich unter Benutzung seines Einflusses auf die Gesellschaft ein Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrats ... dazu bestimmt, zum Schaden der Gesellschaft zu handeln" (Paragraph 117 AktG).

Vielleicht könnten nach den nächsten Senatswahlen – die Ersatzansprüche verjähren erst in fünf Jahren – hieraus einmal Folgerungen gezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Erich Eyermann,
München 70

Arzt im Krieg

„Wenn Ärzte verweigern": WELT vom 28. April

Sie hätten erwähnen müssen, daß der Präsident der Bundes-Ärztekammer, Dr. Karsten Vilmar, dem Dritten Medizinischen Kongreß zur Verhütung eines Atomkrieges (23.–24. 4. 1983 München) in einer Botschaft mitteilte: „... Ich selbst habe vielfach davor gewarnt, die Folgen eines Atomkrieges herunterzuspielen, weil die Ärzteschaft nicht in der Lage ist, politische Fehlentscheidungen mit der Folge kriegerischer Auseinandersetzungen zu heilen ..."

Es ist bedauerlich, daß es den Bemühungen der Kongreß-Teilnehmer offenbar nicht gelungen ist, Ihnen die Wahrheit dieser Feststellung „In einem nuklearen Krieg in Mitteleuropa gibt es keine Möglichkeit ärztlicher Hilfe!" begreiflich zu machen. Darauf allein kam es aber bei den drei Medizinischen Kongressen zur Verhütung eines Atomkrieges im Hamburg, Berlin und München an.

Mit freundlichem Gruß
Dr. med. Dr. sc. pol. H. Göttig,
Göttingen-Geismar

Personalien

EHRUNGEN

Der mit 10 000 Mark dotierte Friedrich-Gundolf-Preis für Germanistik im Ausland ist an Prof. Dr. **Jean Fourquet**, emeritierter Dozent an der Pariser Sorbonne, verliehen worden. In der Laudatio erklärte die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, der Nestor der deutschen Sprachwissenschaft in Frankreich habe der Germanistik in seinem Land neue Wege geebnet.

Der ebenfalls mit 10 000 Mark ausgestattete Johann-Heinrich-Voß-Preis für Übersetzung wurde dem an der Universität Bonn lehrenden Slawisten Prof. Dr. **Rolf-Dietrich Keil** zuerkannt. In seinen Übersetzungen aus dem Russischen sei es ihm gelungen, Lebendigkeit und stilistische Vielfalt deß Originals zu erhalten.

Der zur Erinnerung an den 1981 ermordeten hessischen Wirtschaftsminister gestiftete Heinz-Herbert-Karry-Preis, der mit 10 000 Mark dotiert ist, wurde dem bis 1973 in Tübingen lehrenden Politikwissenschaftler Prof. Dr. **Theodor Eschenburg** als „Wächter im Verfassungsleben der Bundesrepublik" und für seinen Einsatz für den freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat verliehen.

Das japanische Parlament hat dem Leichtathletik-Trainer Professor Dr. **Berno Wischmann** für seine Verdienste um den Sport den von **Kaiser Hirohito** gestifteten „Kaiserlichen Orden der aufgehenden Sonne" verliehen. Wischmann, bei über 200 Länderkämpfen Cheftrainer des Deutschen Leichtathletik-Verbandes und ein in der ganzen Welt begehrter „Entwicklungshelfer", hat sich auf vielen Vortrags- und Lehrgangsreisen große Verdienste um die Entwicklung der japanischen Leichtathletik erworben. Nach dem einstigen Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, **Avery Brundage**, ist der ehemalige Leiter des Mainzer Instituts für Leibesübungen der zweite Ordensträger aus dem Gebiet des Sports.

ERNENNUNG

Als neuen Chef des Protokolls von Berlin im Range eines Senatsdirektors (Staatssekretärs) hat der Regierende Bürgermeister **Richard von Weizsäcker Leopold-Bill von Bredow** gewonnen. Die Neubesetzung des Postens war durch den plötzlichen Tod von **Erwin Freiherr von Schacky** notwendig geworden. Von Bredow, bisher stellvertretender Protokollchef der Bundesregierung, ein Urenkel Otto von Bismarcks, ist Jurist und seit 1961, zuletzt im Range eines Gesandten, im Auswärtigen Amt tätig. Bei der Suche für einen Nachfolger für Freiherr von Schacky hatte sich angesichts der politischen Bedeutung des Berliner Postens auch Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** eingeschaltet.

GEBURTSTAGE

Sein 60. Lebensjahr vollendet Ing. **Kurt Michels**, seit 1975 Vorsitzender des Fachverbandes Sanitär, Heizung, Klima Nordrhein-Westfalen. Die Vereinigung, der über die Innungen über 7000 Mitgliedsbetriebe des Handwerks angeschlossen sind, verdankt Michels, daß die alle zwei Jahre in Essen veranstaltete Fachmesse eine führende Position erreicht hat.

Der Geologe Prof. **Eugen Seibold**, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), vollendet am 11. Mai sein 65. Lebensjahr. Der gebürtige Stuttgarter studierte in Tübingen und Stuttgart und lehrt seit 1958 in Kiel. 1970 wurde er zum Präsidenten der DFG berufen, die als zentrale Förderungsorganisation der Bundesrepublik maßgeblichen Anteil am Fortschritt der Wissenschaften und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses hat.

VORLESUNG

Der Schriftsteller, Kunstsammler und Maler Prof. **Lothar Günther Buchheim** hat einen Lehrauftrag im Fach Kunst an der Gesamthochschule Duisburg übernommen. Buchheim, dem jüngst anläßlich seines 65. Geburtstages vom Land Nordrhein-Westfalen der Professorentitel verliehen worden war, will seine Antrittsvorlesung über „Konzeption und Rezeption von Kunst" am 18. Mai halten.

Wort des Tages

» Auch ist jede lebhafte Freude ein Irrtum, ein Wahn, weil kein erreichter Wunsch dauernd befriedigen kann, auch weil jeder Besitz und jedes Glück nur vom Zufall auf unbestimmte Zeit geliehen ist. «

Arthur Schopenhauer, dt. Philosoph (1788–1860)

S-Klasse.
Ihre Spitzentechnik macht die Urlaubsfahrt zum ersten erholsamen Ferientag.

In einer S-Klasse-Limousine wird die Fahrt in den Urlaub zum ersten erholsamen Ferientag. Fünf Personen können, im Wortsinn, „Platz" nehmen. Auf Sitzen, die ergonomisch vorbildlich geformt sind: rundum komfortabel, um Sie auch auf langen Fahrten nicht zu strapazieren. Aber gleichzeitig straff genug gepolstert, um Ihnen festen Halt zu geben – ein wesentlicher Beitrag zur Schonung Ihrer Kondition.

Ein vierstufiger Luftmengenregler sorgt für die nötige Frischluftzufuhr. Die Heizleistung kann für die linke und rechte Fahrzeughälfte individuell eingestellt werden. Der besonderen Annehmlichkeit der Fondpassagiere dient eine eigene, beliebig regulierbare Frischluftdüse. Alle drei Minuten wird die Luft komplett ausgetauscht.

Sämtliche Instrumente und Hebel sind klar und verwechslungssicher in ihrer Funktion. Statt Beschäftigungstherapie mit verwirrender Übertechnik vermittelt die S-Klasse dem Fahrer ein Gefühl der Ruhe und Beruhigung: Sie halten souveränen Abstand von den Belastungen des Verkehrs.



Der Innenraum als Insel der Ruhe.
Die Kultur von Motor und Fahrwerk und das anspruchsvolle Isolierungskonzept sorgen für ein extrem niedriges Geräuschniveau im Innenraum. So können Sie sich bei voller Fahrt in Zimmerlautstärke mit Ihrer Familie unterhalten. Oder sich in Stereo-Qualität musikalisch auf Ihren Urlaub einstimmen.

Das Erlebnis der S-Klasse.
Ihr unverwechselbarer Charakter ermöglicht die vielleicht entspannteste Form des Autofahrens – das leise, schwerelose Gleiten in einer S-Klasse-Limousine: Der lange Radstand von 2935 mm und die großen Spurweiten vorne und hinten gleichen, in Verbindung mit der sorgfältig abgestimmten Federung und Dämpfung, Fahrbahn-Unebenheiten bis zur Unmerklichkeit aus.

Das gleiche Automobil läßt Sie auch alle Emotionen einer ambitionierten Fahrweise auskosten: durch die blitzschnell aktivierbaren Leistungsreserven der Sechs- und Achtzylinder-Triebwerke. Durch die subtile Fahrwerkstechnik, durch die Präzision der Servolenkung.

Zur Ruhe des Fahrers die Sicherheit des Fahrzeugs.
Damit Sie gut ausgeruht an Ihr Urlaubsziel und noch besser ausgeruht wieder nach Hause kommen – dafür sorgt natürlich nicht nur der Komfort der S-Klasse. Sondern auch ihre umfassende aktive und passive Sicherheit.

Eine zusätzliche, besondere Art von Sicherheit garantiert die sprichwörtliche Zuverlässigkeit des Mercedes: Nach allen TÜV- und ADAC-Statistiken sehen Sie mit einem Mercedes Reparaturwerkstätten am seltensten von innen.

Und zu guter Letzt können Sie noch mit dem beispielhaft hohen Wiederverkaufswert eines Mercedes rechnen.

S-Klasse: Damit Sie auch auf weiten Reisen der Streß nicht einholt.
Die sinnvollen Funktionen einer Langstrecken-Limousine sind in den Modellen der S-Klasse mit überlegener Qualität verwirklicht. In den Sechszylinder-Modellen 280 S (115 kW/156 PS) und 280 SE/SEL (136 kW/185 PS). In den Achtzylinder-Modellen 380 SE/SEL (150 kW/204 PS) und 500 SE/SEL (170 kW/231 PS).

Sie verkörpern in ausgewogener Weise das Höchstmaß an Komfort, Sicherheit und Leistung, das Mercedes-Benz seinen Kunden bietet.

Nach Ihrer ersten Reise in einer S-Klasse-Limousine werden Sie wissen, warum es für viele anspruchsvolle Autofahrer über weite Strecken nichts anderes gibt. Was Sie auf großer Urlaubsfahrt an der S-Klasse schätzen lernen, erleben Sie in komprimierter Form auf geschäftlichen Reisen, im Berufsalltag. Dann sorgt die S-Klasse von Mercedes für den sicherlich erholsamsten Teil Ihrer Arbeitszeit.

Mercedes-Benz.
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Hanois „gelber Regen" führt in Laos und Kambodscha zum Massensterben

Einsatz von B- und C-Waffen wird von Sowjets „beaufsichtigt" / Erdrückende Beweislast

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Die Ausstellung des Bremer Überseemuseums über langfristige Folgen der amerikanischen Giftstoffeinsätze in Vietnam soll nach den Worten von Direktor Ganslmayr eine zweite Tragödie dieser Art in anderen Ländern verhüten helfen. Aber während Hanoi die Amerikaner weltweit verdammt, weil es tonnenweise Entlaubungsmittel versprühte, verhalten sich seine Truppen in Kambodscha und Laos nicht anders. Sie führen einen systematischen Giftstoffkrieg mit biologischen und chemischen Waffen.

Nach Hanois Darstellung haben die Amerikaner ihr „Agent orange" nur zur Entlaubung von Wäldern und zur Zerstörung von Feldern eingesetzt. Die Folgen der Naturverseuchung sind verheerend, die Giftstoffe wirkten sich auch auf die Menschen und deren Nachkommen aus – nicht nur Vietnamesen, auch Amerikaner. Nichts soll beschönigt werden. Festzuhalten bleibt die Motivation. Die Amerikaner wollten Kommunistenverstecke und Pfade sichtbar machen, die Vietnamesen wollen mehr: Sie wollen töten und dabei verschiedene Arten chemisch-biologischer Waffen testen. Die hochentwickelten Kampfstoffe stammen aus sowjetischer Produktion, und ihr Einsatz erfolgt unter ständiger Aufsicht sowjetischer Experten.

Seit der Machtübernahme der Kommunisten in Laos Ende 1975 berichten Flüchtlingsscharen vom „gelben Regen", der ihre Bäche und Quellen vergifte, ihre Felder vernichte und diejenigen töte, die von ihm getroffen werden. Der in Amerika lebende Führer der Bergstammes der Hmongs – auch Meos genannt –, General Vang Pao, behauptet, 50 000 seiner Stammesleute seien bislang an den Folgen des „gelben Regens" umgekommen. Tausende überlebten, von Leiden geplagt, die die Ärzte nicht erklären können.

Der amerikanische Journalist, Sterling Seagrae, der 1981 nach jahrelangen Forschungen sein Buch „Yellow Rain" veröffentlichte, schätzt die Zahl der durch chemische Giftstoffe getöteten Hmongs auf 15 000 bis 20 000. Seit dem Einmarsch der Vietnamesen in Kambodscha Ende 1978 fällt gelber Regen auch dort. Manchmal, so schildern Augenzeugen, ist er auch blau, violett, rot, grün, weiß oder farblos. Je nachdem sind offenbar die Folgen. Manche Stoffe bewirken, daß sich binnen weniger Minuten das Fleisch von den Knochen löst und die Körper schnell verwesen, andere führen zum Tod durch heftige Krämpfe oder Blutungen. Wieder andere lassen die Opfer erbrechen, erzeugen Atembeschwerden, Schwindel, Hautverletzungen und Blasen.

Im März meldeten kambodschanische Widerstandsgruppen das Auftauchen von zwei neuen Giftstoffarten. Die eine führe zu Bewußtlosigkeit, was die Vietnamesen nutzten, um Dörfer auszurauben und Menschen gefangenzunehmen. In Afghanistan, wo sowjetische Truppen ihre chemisch-biologischen Kampfstoffe selbst ausprobieren, ist ein so wirkendes Gift unter der Bezeichnung „Blue X" bekannt. Die andere Giftstoffart wirke ansteckend. Ihre Symptome: aufspringende Lippen, Hautrisse, Erbrechen von Blut, Schwierigkeit beim Wasserlassen. Gesunde, die solche Opfer behandelten, würden selber krank. Einige seien gestorben.

Ende November 1982 bestätigte das amerikanische Außenministerium: „Wir wissen jetzt, daß der gelbe Regen Trichothecen, Toxine und andere Substanzen enthält." Washington basierte seine Aussage auf der wissenschaftlichen Untersuchung von 350 Beweisstücken, darunter Blut- und Urinproben, in denen Trichothecenspuren entdeckt wurden. Mycotoxine, wie sie die Sowjetunion aus Giftpilzen in Fermentierungstanks gewinnt, gehören zur äußerst tödlichen Trichothecengruppe „T 2". Die Opfer und diejenigen Augenzeugen, die den gelben Regen überlebten, sind also keine Phantome; was sie sagen, entspricht der entsetzlichen Wirklichkeit.

Daß trotz solcher Beweise das UNO-Untersuchungsteam noch Ende 1982 erklärte, es könne den den Vietnamesen gemachten Vorwurf über illegalen Einsatz von Toxinen nicht nachweisen, ist geradezu grotesk. Hanoi hat von vornherein erklärt, das Vorhaben dieses Teams sei eine „Farce", dessen Ergebnisse ungültig sein würden. Konsequenterweise verweigerten die von den Vietnamesen kontrollierten Behörden in Laos und Kambodscha dem UNO-Team die Einreise.

Seinerseits hat das UNO-Team die Beleidigung, eine Farce zu sein, eher bestätigt als entkräftet. Es beschränkte seine Untersuchungen auf Flüchtlingslager in Thailand, stand unter Zeitdruck, befragte nur wenige Giftopfer und wartete nicht einmal die Ergebnisse der Blut- und Urinproben ab.

Mit einer solchen Haltung liegt die UNO auf der Linie führender humanitärer Organisationen wie der hohen Flüchtlingskommission und des Internationalen Roten Kreuzes. Deren Bangkoker Büros wissen, daß die Vietnamesen Giftstoffe sprühen oder giftstoffgeladene Munition abfeuern. Sie kennen die Leiden der Menschen, aber sie schweigen – aus politischen Gründen.

Das ist Wasser auf die Mühlen der Propagandisten in Moskau und Hanoi. Sie sprechen von „unverschämten Lügen" und „Verleumdungen der westlichen Presse", was den Giftstoffkrieg betrifft. Bleibt zu fragen, ob Hanoi selbst log, als es am 19. April den 25jährigen Geburtstag seiner chemischen Kampftruppe mit auffallend viel Lob bedachte.

Haddad: Fehler bei den Verhandlungen

JÜRGEN LIMINSKI, Tyros

Der libanesische Major Haddad sieht in dem libanesisch-israelischen Abkommen „nur einen ersten Schritt zu einem vollen Friedensvertrag zwischen beiden Ländern". In einem Gespräch mit der WELT zeigt sich der Major jedoch skeptisch über die syrischen Absichten, Libanon zu verlassen: „Das syrische Nein war zu erwarten. Es war überhaupt ein Fehler, zuerst mit Israel Verhandlungen aufzunehmen. Die Abzugsabsicht Israels konnte zu keinem Moment ernsthaft in Zweifel gezogen werden. Zuerst hätte man mit Syrien verhandeln sollen."

Sich selbst sieht der Milizführer nicht als Hindernis. Haddad: „Ich bin zu allererst Libanese. Das Wohl meines Landes hat für mich oberste Priorität." Deshalb hänge seine persönliche Zukunft auch von „der Zukunft Libanons ab. Ich bin für ein geeintes, freies, sicheres und dem Westen verbundenes Libanon. Wir sind ein Teil des Westens und müssen es bleiben". Dazu wolle er beitragen, das sehe er als eine Aufgabe an. „Wenn diese Aufgabe beendet ist, werde ich mich aus der Politik und in mein Haus zurückziehen." Allerdings sei augenblicklich Libanon von diesem Ziel noch weit entfernt. Immer mehr PLO-Terroristen kämen zurück, „auch nach West-Beirut". Sie würden über Syrien eingeschleust.

Die Kriegsgefahr ist nach den Worten Haddads „nicht akut". Sollte es aber tatsächlich zu Kämpfen kommen, so könnte Libanon wahrscheinlich wieder nur auf die Hilfe Israels zählen. Haddad: „Nur Israel stand uns zur Seite, als die Syrer und Palästinenser angriffen und unser Land erobern wollten."

Wahlsieg festigt die beherrschende Position der spanischen Sozialisten

González' Partei gewinnt in großen Städten und in elf Regionen / Beteiligung ging zurück

ROLF GÖRTZ, Madrid

Bei den Kommunal- und Regionalwahlen in Spanien konnte die sozialistische Regierungspartei ihre führende Position behaupten. Die großen Städte wie Madrid, Barcelona und Sevilla bleiben sozialistisch. Dennoch mußte die Partei des Ministerpräsidenten Felipe González mit 43,5 Prozent der abgegebenen Stimmen gegenüber den Parlamentswahlen vom 27. Oktober vergangenen Jahres einen Verlust von etwa fünf Prozentpunkten hinnehmen. Die konservative Volksallianz Fraga Iribarnes errang dennoch nur einen Prozentpunkt mehr als früher und schnitt mit 26,4 Prozent ab. Beobachter schließen daraus, daß die ehemaligen Wähler der im Oktober gestürzten und danach verschwundenen Regierungspartei, der Union des Demokratischen Zentrums, zumindest vorübergehend ihr Interesse an den Konservativen verloren haben.

Dies erklärt auch den gestiegenen Prozentsatz der Nichtwähler. Beteiligten sich im Oktober etwa 80 Prozent der Wahlberechtigten an den Parlamentswahlen, so waren es bei den Kommunalwahlen nur etwa 64 Prozent. Ein Rückgang, der sich nicht allein damit erklären läßt, daß zum ersten Mal an einem Sonntag gewählt wurde. In Katalonien und im Baskenland blieb an manchen Orten jeder zweite Wähler zu Hause. Die Parteien deuten das Interesse verschieden. Vorherrschend dürfte jedoch das Mißtrauen der Bürger gegenüber der nicht mehr übersehbaren Autonomiepolitik sein. „Wir wollen baskisch sein, aber deshalb nicht das riskante Abenteuer einer Selbständigkeitsbewegung mitmachen." Der Stimmenzuwachs der Sozialisten im Baskenland kommt denn auch auf das Konto einer entschlossenen Nationalpolitik dieser Partei. Das Baskenland zählt neben Katalonien, Galizien, Andalusien und Valencia zu den Ländern, die bereits über eine eigene Landesregierung verfügen. In allen anderen Landesteilen – auch in Madrid – wurde zum ersten Mal ein Länderparlament gewählt. In elf der insgesamt 16 Länder Spaniens stellen die Sozialisten nunmehr die Landesregierung. In drei Ländern, Galizien, Kantabrien und auf den Balearen setzten sich die Konservativen als Sieger durch, während im Baskenland und in Katalonien die bisherigen bürgerlichen Nationalistenparteien an der Macht blieben.

Felipe González

Neben der Baskischen Nationalistenpartei (PNV), die 2,4 Prozent der Gesamtstimmen erzielte, und der Nationalpartei in Katalonien (drei Prozent) erreichte nur die CDS-Partei des früheren Ministerpräsidenten Adolfo Suárez mehr als ein Prozent (1,8 Prozent der Stimmen. Die neue Liberale Partei schaffte nicht einmal ein Prozent.

Politische Analytiker glauben, daß die bürgerliche Volksallianz den Sozialisten nur gefährlich werden kann, wenn ihr Chef nicht Fraga Iribarne hieße. Allein eine andere Persönlichkeit, die die nötige Autorität besäße, um die bürgerlichen Politiker Spaniens zu disziplinieren, kann zur Stunde niemand nennen.

Bedeutet die Wahl eine Bestätigung, gar eine Stärkung der Regierung der Sozialistischen Partei in Madrid? Regierungschef Felipe González sagte noch in der Wahlnacht: „Wir sind noch nicht lange genug an der Macht, als daß sich schon jetzt Zustimmung oder Kritik wirklich bemerkbar machen könnte." Der hohe Prozentsatz der Stimmenthaltung scheint den Ministerpräsidenten zu bestätigen. Auf der anderen Seite bestätigt die Wahl, daß man zwischen González und der Sozialistischen Partei unterscheiden muß. Nicht die ideologisch gebundene Partei der Sozialisten konnte die drei Millionen „Überläufer" der von ihrer einstigen Partei (UCD) enttäuschten bürgerlichen Wähler überzeugen, sondern allein die Persönlichkeit Felipe González.

Nur im scheinbaren Zusammenhang mit der Wahl erklärte er, daß es „keine Veränderungen im Kabinett" geben werde. Das ging an die Adresse der Kommunisten und des linken Flügels der eigenen Partei. Sie hätten es begrüßt, wenn die eklatanten Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierungschef und Außenminister Fernando Morán noch weitere Kreise gezogen hätten. Morán hatte während der Reise González' in die Bundesrepublik Deutschland seinen Rücktritt angeboten. Er protestierte schriftlich gegen den Besuch des Ministerpräsidenten an der Berliner Mauer und gegen dessen Zustimmung zum Doppelbeschluß der NATO. Morán ließ hier erneut seine eigene, an der Dritten Welt orientierte Außenpolitik erkennen. González konnte ihn jedoch von der Realität einer an den Westen gebundenen Politik überzeugen: „Doppelbeschluß und Mauerbesuch sind nun einmal die Preise für unsere Aufnahme in die EG."

(SAD)

Der Europarat will die Todesstrafe ein für allemal abschaffen

Zwölf Mitglieder unterzeichneten / Wiedereinführung auf nationaler Ebene ist nicht möglich

ULRICH LÜKE, Straßburg

Einen neuen Vorstoß zur Ächtung der Todesstrafe in den demokratischen Staaten Europas hat jetzt der Europarat unternommen. Zwölf der 21 Mitgliedsstaaten unterzeichneten in Straßburg ein Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention, das die Todesstrafe ein für allemal für aufgehoben erklärt. Das Protokoll tritt in Kraft, wenn es von fünf nationalen Parlamenten ratifiziert worden ist.

Neben der förmlichen Abschaffung der Todesstrafe, die für die meisten Staaten des Europarates nur eine Bekräftigung schon bestehender nationaler Gesetzgebung ist, hat das Protokoll eine weitere wesentliche Bestimmung. Es verbietet ausdrücklich eine zukünftige neue nationale Gesetzgebung, mit der die Todesstrafe wieder eingeführt werden könnte. Die Unterzeichnerstaaten üben also einen deutlichen Souveränitätsverzicht. Dieser Verzicht ist um so bedeutsamer, als in periodischen Abständen in einzelnen Mitgliedsstaaten der Ruf nach der Todesstrafe immer wieder laut wird. Beispielsweise in Großbritannien, als sich die Attentate in Nordirland häuften oder in Frankreich im Zusammenhang mit der Auslieferung Klaus Barbies.

An Frankreichs sozialistischer Regierung lag es vor allem, daß das neue Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention im vergangenen Dezember nach jahrelangen Vorarbeiten und nach jahrelanger Weigerung durch Paris verabschiedet werden konnte. Als eine ihrer ersten Taten hatte die Regierung Mitterrand im Oktober 1981 die Todesstrafe abgeschafft. Frankreichs Europaminister André Chandernagor begrüßte auch deshalb die Initiative des Europarates ausdrücklich, weil sie nationalen Institutionen in dieser Frage Fesseln anlege. Denn auch er wollte nicht ausschließen, daß eines Tages eine andere Mehrheit in Paris die Abschaffung der Todesstrafe wieder hätte rückgängig machen wollen. Immerhin waren in Frankreich unter Charles de Gaulle noch elf, unter George Pompidou drei und unter Giscard d'Estaing zwei Menschen mit der Guillotine hingerichtet worden.

Unter den zwölf Unterzeichnerstaaten des neuen Zusatzprotokolls finden sich zunächst einmal neun der zehn Europaratsstaaten, die die Todesstrafe zum Teil bereits seit längerer Zeit gänzlich abgeschafft haben: Österreich, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg, Norwegen, Portugal, Schweden, die Niederlande und eben Frankreich. In diesen Ländern wurde die Todesstrafe endgültig in den siebziger Jahren abgeschafft, die Bundesrepublik war mit ihrer Entscheidung von 1949 unter den ersten.

Auch Spanien, die Schweiz und Belgien haben die Konvention bereits unterzeichnet, obwohl in diesen Ländern die Todesstrafe noch nicht gänzlich abgeschafft ist. Spanien und der Schweiz war die Zustimmung möglich, weil auch das Zusatzprotokoll des Europarates die Ächtung der Todesstrafe auf Friedenszeiten begrenzt, für Kriegszeiten also nicht ausschließt. Bemerkenswert ist der Schritt Belgiens, da dort auf 18 Verbrechen immer noch die Todesstrafe steht. Vollzogen wurde die letzte Hinrichtung jedoch 1918.

Neben Belgien kennen Zypern, Griechenland, Irland, Großbritannien, Liechtenstein und die Türkei noch die Todesstrafe. Allerdings bisher mit sehr unterschiedlichen Anwendungen. So wurde in Liechtenstein die letzte Todesstrafe 1795 verhängt, während es in der Türkei allein seit der Machtübernahme der Militärs im September 1980 mehr als drei Dutzend Todesurteile gab.

Einem Problem ist man ausgewichen: Nimmt man den exakten Wortlaut der Menschenrechtskonvention, so müßte sie nach Ratifizierung des Zusatzprotokolls eigentlich neu formuliert werden. Aber die Pragmatiker in Straßburg wollen nach der langen Vorgeschichte des Zusatzprotokolls trotz einer entsprechenden Forderung ihrer parlamentarischen Versammlung nun nicht auch noch an der Konvention rühren.

Südafrika räumt künftigem Präsidenten Allmacht ein

Verfassungsentwurf vorgelegt / Kritik von allen Seiten

HANS GERMANI, Johannesburg

Der Entwurf einer neuen Verfassung Südafrikas, die zum ersten Mal neben den Weißen auch Farbige (Kapmischlinge und Inder, aber nicht Schwarze) an einer Zentralregierung beteiligt, ist jetzt dem Parlament in Kapstadt zugeleitet worden. Der umfangreiche und teilweise schwer verständliche Entwurf, der nur knapp vor wichtigen Nachwahlen vorgelegt wurde, löste bei der Opposition scharfe Kritik aus.

Der Kern der Verfassung besteht in der Festschreibung einer fast totalen Macht der künftigen Staatspräsidenten. Für dieses Amt ist bereits der gegenwärtige Premier Botha im Gespräch.

Der Präsident wird laut Entwurf von 50 Wahlmännern von den Mehrheiten der drei Parlamentskammern – Weiße, Kapmischlinge, Inder – gewählt. Da alle Wahlmänner einer Kammer ihrer Mehrheit angehören, hat Botha eine eingebaute Mehrheit, solange die Nationale Partei eine solche in der weißen Kammer behält. Dem Präsidenten obliegt es auch, den Kriegs- oder Ausnahmezustand zu verhängen, die nur ihm verantwortlichen Minister der rassisch gemischten Zentralregierung zu berufen und entlassen. Darüber hinaus kann er aus eigener Machtvollkommenheit bestimmen, ob eine Staatsangelegenheit Sache einer Rasse ist und daher der Entscheidung eines Parlaments unterliegt, oder ob es sich um eine „Gemeinschaftsangelegenheit" handelt, über die ihm letztlich allein die Entscheidung zusteht.

Die drei Kammern und die aus ihnen gewählten drei Regierungen jeder Rasse sind nur zuständig für Erziehung, Bildung, Wohlfahrt, Gesundheitswesen, Landwirtschaft und Wohngebiete. Alle anderen Angelegenheiten wie Außenpolitik, Verteidigung, Inneres, Justiz, Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Post gelten als „Gemeinschaftsfragen" und werden von der Zentralregierung verwaltet, die der Präsident aus Angehörigen der drei Rassen auswählt. Gesetze dieser Regierung bedürfen der Mehrheit in allen drei Kammern.

Die Führer der zwei größten Oppositionsparteien, der rechten Konservativen Partei und der linken Fortschrittspartei, verurteilten den Entwurf, weil er dem Präsidenten diktatorische Macht einräumt. Die Rechte kritisiert außerdem die Bildung einer Gemeinschaftsregierung statt einer „getrennten Unabhängigkeit" von Weißen, Kapmischlingen und Indern. Die Linke weist darauf hin, daß die Schwarzen ignoriert wurden.

Die sonst regierungsfreundliche Zeitung „Citizen" verweist ebenfalls auf die Vollmachten des Staatspräsidenten und fragt: „Man spricht von einem wohlwollenden Diktator, aber wie ‚wohlwollend' wird er sich wirklich erweisen?"

(SAD)

In Berlin supermoderne Radaranlage

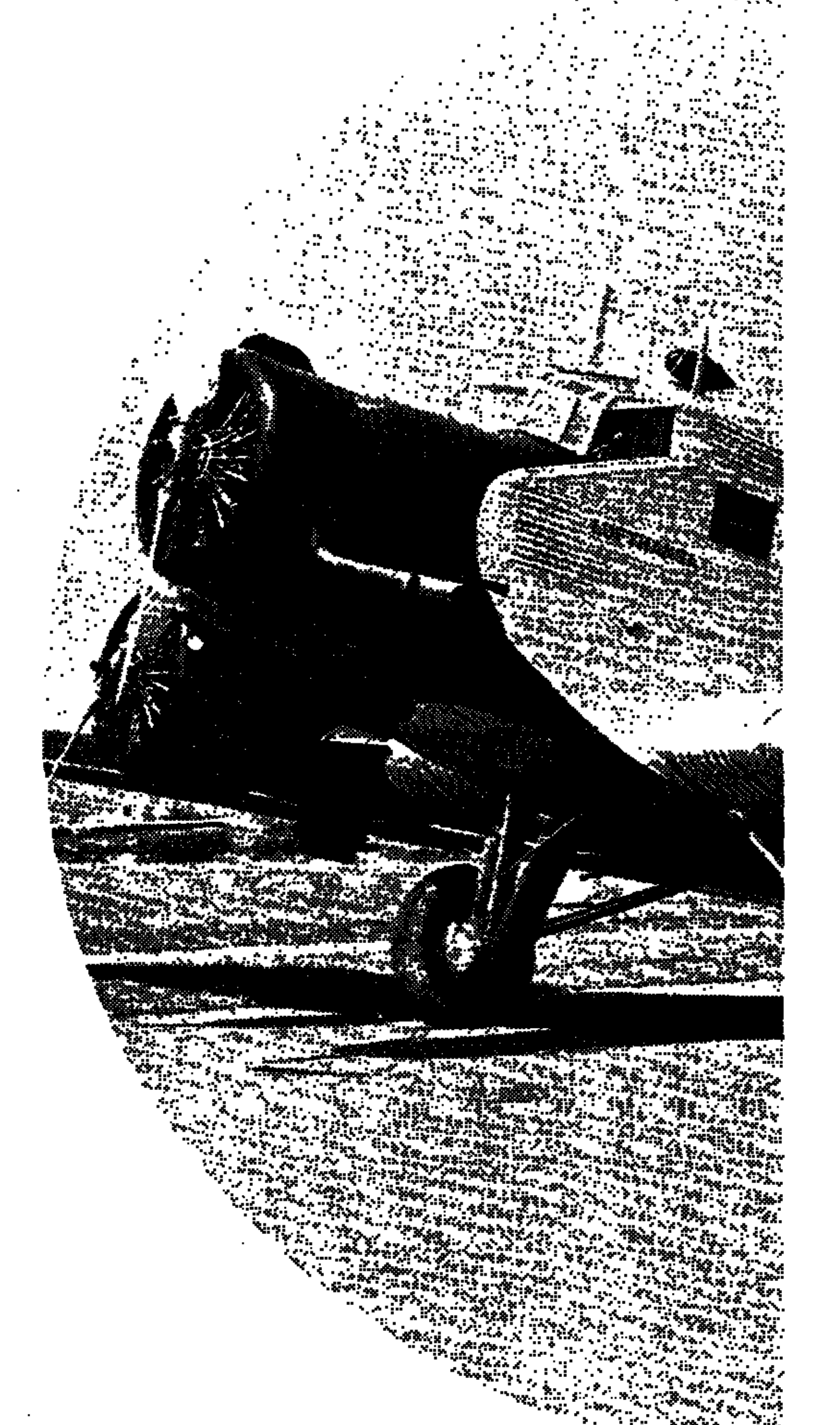
cvb. Brüssel

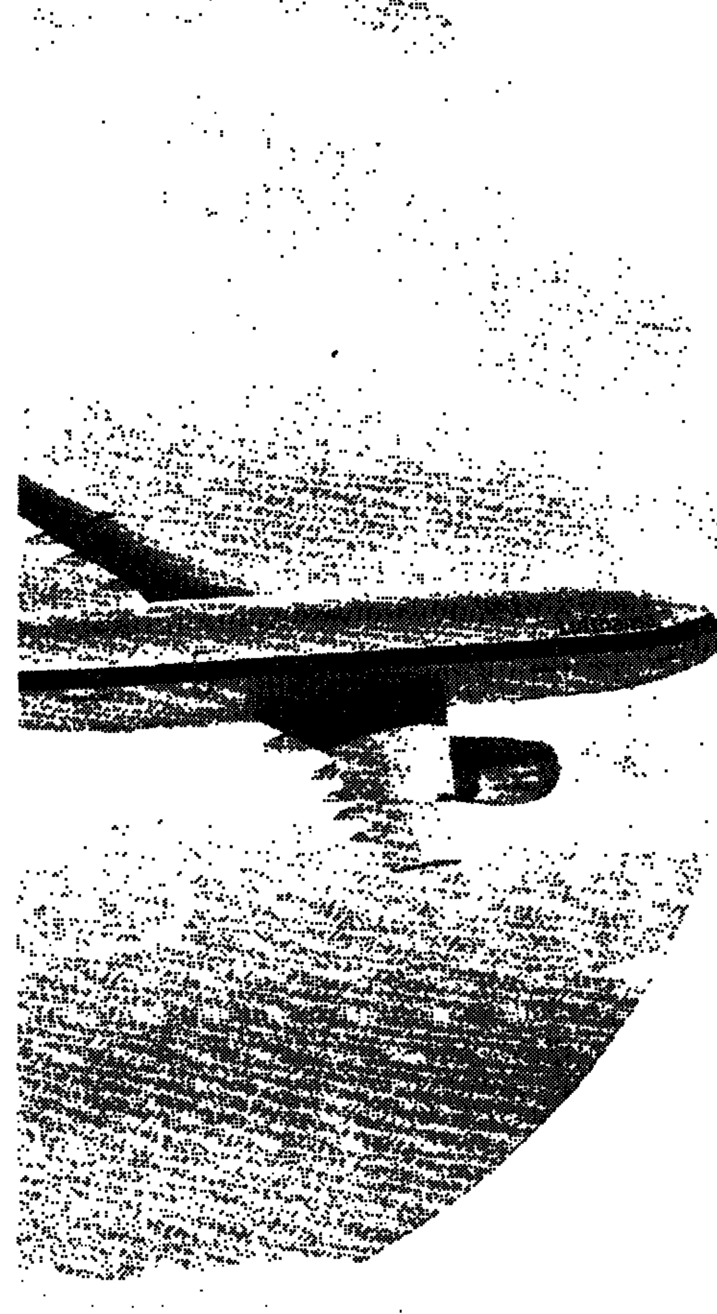
Auf dem Flughafen Tempelhof in Berlin installiert die amerikanische Luftwaffe gegenwärtig für 60,7 Millionen Mark eine supermoderne Radaranlage. Sie steht auf einem 70 Meter hohen Turm, der von vier Stahlsäulen getragen wird. Dem Typ nach handelt es sich um ein militärisches Luftverteidigungsradar. Es soll jedoch der Kontrolle des Luftverkehrs dienen.

Außer Frage steht jedoch für Fachleute, daß dieses Radar auch alle militärischen Flugbewegungen in einem Umkreis von 360 Kilometern vom Standort der Radarantenne registrieren kann. Die Bedeutung des Radars ergibt sich mit einem Blick, wenn man von Berlin aus einen Kreis mit einem Halbmesser von 360 Kilometern um die Stadt schlägt. Der bis in 30 Kilometer in die Höhe reichende Radarstrahl reicht im Norden fast bis an die schwedische Küste, endet im Osten kurz vor Warschau, geht im Süden an die tschechisch-österreichische Grenze und schließt im Westen noch Orte wie Münster in Westfalen ein. Die Höhe des Radarturms sorgt dafür, daß der Tiefflug-Verkehr in der „DDR" erfaßt werden kann.

Daß von General Electric entwickelte Radar trägt die Typenbezeichnung AN/FPS-117. Es gehört zu den leistungsstärksten Geräten seiner Art in der Welt. Die von ihm aufgenommenen Signale werden vierfarbig auf Bildschirmen gezeigt. Alle festgestellten Flugbewegungen werden von Mikroprozessoren für eine Datenbank zerlegt und gespeichert.

Der Aufschwung braucht den Sparer.





Ein Düsenjet ist flotter als die alte Tante Ju.

Junkers baute einst das erste Ganzmetall-Flugzeug, liebevoll Tante Ju genannt. Heute haben deutsche Firmen bei Bau und Ausrüstung modernen Fluggeräts wieder internationalen Anschluß gefunden. Die Investitionen waren und sind beträchtlich. Sie werden auch aus den privaten Sparaufkommen finanziert. Damit schaffen und sichern die Sparer Arbeitsplätze.

Guter Wille allein bringt keinen Jet in die Luft.

Was nutzt das schönste Flugzeug, wenn es keine Passagiere hat? Urlaubsflüge fangen mit Sparen an. Schließlich ist Reisen eines der beliebtesten Sparziele der Bundesbürger. So disponiert der Sparer zwar für sich, für seine schönste Zeit im Jahr, aber er schafft damit zugleich eine Grundlage für große Investitionen.

Die Sparkassen



In Polen formiert sich neue ‚Gewerkschaftsfront'

Appell an den Sejm: Amnestie und Pluralismus

AFP, Warschau

Die von dem Militärregime General Jaruzelskis betriebene Ablösung der unter Kriegsrecht verbotenen freien Gewerkschaften durch die regierungsgelenkten „Betriebsgewerkschaften" ist auf neue Widerstände gestoßen.

Nachdem die neuen Betriebsgewerkschaften bereits von den Millionen Anhängern der „Solidarität" boykottiert worden waren, schlossen sich der Forderung Walesas nach Wiederherstellung des Gewerkschaftspluralismus nun auch die Führer der ehemaligen Lehrergewerkschaft, der autonomen Gewerkschaften und, was erstaunlich erscheint, die Vertreter der aufgelösten „Branchengewerkschaften" an. Die Branchengewerkschaften waren nach August 1981 die Nachfolger der bis dahin offiziellen Gewerkschaften geworden.

Walesa und mehrere seiner ehemaligen Berater waren am vergangenen Freitag in einer Warschauer Wohnung mit den Vertretern der zwei anderen aufgelösten Gewerkschaften zusammengetroffen, wie gestern aus sicherer Quelle verlautete. Auf der Sitzung, die von der Miliz aufgelöst wurde, gründeten die Versammelten eine „Gewerkschaftsfront". Außerdem wurde ein Appell an das Parlament mit der Forderung nach Amnestie für alle unter Kriegsrecht verurteilten Personen, nach Wiedereinstellung der aus politischen Gründen entlassenen Arbeiter und nach Wiederherstellung des gewerkschaftlichen Pluralismus unterzeichnet.

Die Miliz, die Walesa offensichtlich von Danzig aus gefolgt war, hatte zunächst an ein weiteres Treffen des Arbeiterführers mit der Untergrundführung von „Solidarität" (TKK) geglaubt. Nach Aussagen von Augenzeugen drangen die Polizisten mit dem Ruf „Wo ist Bujak?" in die Wohnung ein. Zbigniew Bujak ist der ehemalige Vorsitzende der Warschauer Solidaritätssektion „Mazowsze" und der bekannteste Vertreter der „TKK".

Walesa hatte die Sitzung kurz zuvor verlassen. Er wurde später in der Nähe des Sekretariats des Warschauer Bischofs von der Polizei festgenommen und mit einer Eskorte nach Danzig zurückgebracht.

Unter politischen Beobachtern in Warschau wurde die Frage diskutiert, weshalb an der Sitzung auch Vertreter der ehemaligen Branchengewerkschaften teilgenommen haben. Es erscheint als ausgeschlossen, daß dieser Schritt ohne die Zustimmung gewisser Parteikreise, die allgemein als besonders „orthodox" gelten, unternommen wurde. Hinter diesen Ereignissen zeichnet sich die Möglichkeit umfangreicher politischer Manöver ab, die ihren Ausgang in Moskau finden könnten.

Helmut Kohl fordert Alternativen zum Hochschulstudium

Vor den Rektoren tritt der Kanzler für eine Aufwertung der beruflichen Bildung ein

dpa, Darmstadt

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich für die Entwicklung von Alternativen zum Hochschulstudium ausgesprochen. „Zu der Einbahnstraße zum *Studium muß ein parallel*er Weg zur beruflichen Bildung aufgezeigt werden", erklärte Kohl gestern auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in Darmstadt. Der Kanzler sicherte den Spitzenvertretern der 150 Hochschulen Bemühungen der Bundesregierung zu, die Universitäten offenzuhalten, um den aktuellen Studentenandrang zu bewältigen.

Kohl, dessen Ausführungen von etwa 150 gegen die BAföG-Kürzungen demonstrierenden Studenten zeitweise gestört wurden, verwies auf die Schwierigkeiten, dem Bürger die Notwendigkeit einer weiteren Steigerung der Studentenzahl bei gleichzeitig wachsender Akademikerarbeitslosigkeit und öffentlicher Finanznot noch plausibel zu machen. Sobald der Nachfragedruck in der beruflichen Bildung nachlasse, werde es dringend erforderlich sein, die Abiturienten aufzufordern, ihre Entscheidung für ein Studium besonders sorgfältig zu prüfen.

Der Kanzler sprach von der Sorge über die aktuelle Lage der Universitäten mit steigenden Studentenzahlen auf inzwischen über 1,1 Millionen. Für die trotz großer Ausbauleistungen von Bund und Ländern spürbar verschlechterte Situation machte er auch Bürokratisierung und Organisationsfehler an den Hochschulen verantwortlich. Kohl forderte ein neues Klima des Vertrauens und der Risikobereitschaft sowie den Mut, wissenschaftlich besonders produktive Institute gezielter zu fördern und mehr als bisher zwischen guten und weniger guten Hochschulen zu differenzieren. Der wissenschaftliche Wettbewerb müsse wieder Vorrang haben, nachdem der Begriff des Forschers in der Hochschulpolitik der letzten Jahre „in inflationärer Weise" erweitert worden sei, meinte Kohl offenkundig mit Blick auf die Hochschulpolitik der früheren sozialliberalen Bundesregierung.

Zum Auftakt des zweitägigen Kongresses hatte WRK-Präsident Professor George Turner die staatliche Seite davor gewarnt, die Hochschulen jetzt „im Regen stehen zu lassen". Er forderte verläßliche Rahmenbedingungen, längerfristige Perspektiven und ein Klima, das zu Einsatz und Leistung ermutige. Zum Leitthema der Tagung „Hochschule und technologischer Wandel" sagte er, die Universitäten wirkten mit an vorderster Front des technischen Fortschritts, trügen aber auch Mitverantwortung für die Folgen. Trotz vielerlei Bedenken sei ein Ausstieg aus dem technologischen Wandel weder für die Gesellschaft noch für die Hochschulen möglich. Wer die Zukunft des Landes sichern wolle, dürfe an Forschung und wissenschaftlichem Nachwuchs nicht sparen.

Der Präsident der TH Darmstadt, Professor Helmut Böhme, der sich ausdrücklich für die Studentenaktion beim Kanzler entschuldigte, bezeichnete unter Hinweis auf die weiter steigenden Studentenzahlen eine entsprechende Finanzausstattung als notwendig. Eindringlich warnte er vor Änderungen am Hochschulrahmengesetz, wie es in Bonner Unionskreisen erwogen wird, und plädierte für „Organisationsruhe" an den Universitäten.

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) wandte sich gegen eine Abwendung von der Hochschulreform und gegen eine Rückkehr der Universitäten zur „elitären Idylle Humboldtscher Prägung". Die eigentliche Fachberatung des Tagungsthemas leitete Professor Hans L. Merkle vom Bosch-Unternehmen mit der These ein, daß neue Techniken, wie etwa die Mikroelektronik, zwar ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit verlangten, aber keine Gefahr für die soziale Stabilität darstellen.

Ärztetag berät über medizinische Versorgung

Probleme der Weiterbildung bleiben zunächst ungelöst

ALBERT MÜLLER, Bonn

Der heute in Kassel beginnende Deutsche Ärztetag wird sich mit der Ärzteschwemme und ihren Konsequenzen für die medizinische Versorgung der Bevölkerung in den 80er Jahren beschäftigen.

Als Kassel 1881 Ort des Ärztetages war, gab es im damaligen Deutschen Reich 14 300 Ärzte, in der kleinen Bundesrepublik sind es heute 178 000. Kamen vor 102 Jahren drei Ärzte auf 10 000 Einwohner, so sind es heute auf sehr viel kleinerem Raum 45. Bundesärztekammerpräsident Karsten Vilmar: „Ein weiterer starker Anstieg der Ärztzahlen in der Bundesrepublik steht bevor."

Die Fachärzte haben ihren zahlenmäßigen Vorsprung gegenüber den Allgemeinmedizinern ausgebaut. Ihre Zahl nahm von 1975 bis 1982 um 38,4 Prozent zu, die der Praktiker, die als die eigentlichen Hausärzte gelten, um 2,2 Prozent ab.

Im Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer heißt es dazu: „Die gewünschte Relation innerhalb der freipraktizierenden Ärzteschaft von 50 Prozent Allgemeinärzten/praktischen Ärzten zu 50 Prozent Spezialisten wird durch den bisherigen Anteil und die Zunahme letzterer nicht erreicht werden.

Ebenso besteht keine Aussicht, daß die lange diskutierten Probleme der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin und der Vorbereitung auf die Kassenarzttätigkeit bald gelöst werden können.

Der Vorstand der Bundesärztekammer: „Die vorgesehene Weiterbildung zum Allgemeinarzt als Voraussetzung für die selbständige Berufsausübung in einer Allgemeinpraxis läßt sich nur durch eine Reform des Ausbildungsrechts erreichen." Zwar sei die Verlängerung der Ausbildung um ein Pflichtassistentenjahr – zur Sicherung der Qualität primärärztlicher Versorgung – in der Diskussion, aber nicht vor 1988/89 möglich.

Was die Kassenärzte betrifft, so habe sich eine zweijährige Eignungszeit vor der Zulassung wegen rechtlicher Bedenken einiger Ressorts nicht durchsetzen lassen. Der Bundesarbeitsminister wolle eine Vorbereitungszeit von 18 Monaten baldmöglichst regeln, doch würde sie nur für deutsche Ärzte, nicht für solche aus anderen EG-Ländern gelten.

Auch kann nach Ansicht der Akademie für Allgemeinmedizin „eine kassenärztliche Vorbereitungszeit ungeachtet ihrer Zeitdauer die Weiterbildung zum Allgemeinarzt nicht ersetzen". Von den Problemen, die den letztjährigen Deutschen Ärztetag beschäftigten, ist also insoweit keines gelöst.

Moskau schweigt zur Balkan-Visite Yaobangs

Emissäre Chinas werden auch die „DDR" besuchen

dpa, Belgrad

Das Grollen Moskaus, das vor fünf Jahren dem Besuch von Mao-Nachfolger Hua Guofeng auf dem Balkan besondere Brisanz verlieh, ist bisher ausgeblieben: Durch eine Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen Chinas zu Rumänien und Jugoslawien wollen sich die Sowjets anscheinend nicht beirren lassen, den vorsichtig angebahnten Dialog mit Peking fortzusetzen.

Die Reise des Generalsekretärs der chinesischen Kommunisten, Hu Yaobang, der nach Gesprächen mit Rumäniens Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu in dieser Woche in Jugoslawien Station macht, endet diesmal auch nicht auf der bewährten Achse Bukarest–Belgrad: Seine Emissäre werden anschließend in Bulgarien, Ungarn, der CSSR, Polen und der „DDR" erwartet. Bisher ist Rumänien das einzige Land des Warschauer Paktes, das mit Peking eine traditionell gute Zusammenarbeit pflegt. Nach dem Bruch zwischen China und der Sowjetunion besuchte Ceausescu 1971 als erster Spitzenpolitiker des Ostblocks das „Reich der Mitte". Auch Maos Nachfolger hielten an dieser Verbindung fest. Dies allerdings unter *dem Argwohn der sowjetischen* Führung, die eine Einkreisungsstrategie Chinas befürchtete.

Als Hua Guofeng 1978 just zum zehnten Jahrestage des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Staaten in Prag die beiden Balkan-Staaten besuchte, sprach das Moskauer Politbüro anschließend von einer ernsten Bedrohung des Friedens und des Sozialismus. Hu Yaobang zollte seinen von Moskau unabhängigen außenpolitischen Kurs steuernden Gastgebern jetzt Anerkennung: „In schwierigen Augenblikken sei Rumänien mutig aufgestanden, um China wertvolle Unterstützung und Vertrauen entgegenzubringen."

Das Verhältnis Jugoslawien–China war lange Zeit getrübt. Für Mao war der blockfreie kommunistische Vielvölkerstaat unter Tito nach 1958 ein Hort des „verräterischen Revisionismus" und „Werkzeug des amerikanischen Imperialismus". Die Normalisierung der Beziehungen auch auf Parteiebene wurde 1977 mit einer Reise Titos nach Peking besiegelt. Bereits 1970 gab es wieder diplomatische Vertretungen in beiden Hauptstädten. 1971 gehörte Jugoslawien zu den 18 Ländern in der UNO, die einen Antrag Albaniens zum Ausschluß Taiwans und Aufnahme der Volksrepublik China unterstützen.

Der derzeitige Parteichef in Belgrad, Mitja Ribicic, von 1969 bis 1971 jugoslawischer Ministerpräsident, bezeichnete es als eine der größten Leistungen seines Kabinetts, eine dauerhafte Regelung der Beziehungen Jugoslawiens mit China hergestellt zu haben. In einem Gespräch mit jugoslawischen Journalisten lobte Hu die Tito-Kommunisten: „Die damalige Kritik an Jugoslawien ist ein Fehler gewesen, der auch die chinesische Partei trifft."

Die Balkan-Politik Pekings, die die Zusicherung jeglicher Unterstützung mit dem chinesischen Sprichwort „Entferntes Wasser löscht keinen Brand" einschränkt, erlitt ebenso Rückschläge. Jahrelang genoß in der Außenpolitik Albanien Priorität. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre schlug die Freundschaft jedoch in Feindseligkeit um. Nach Titos Asien-Reise 1977 verkündete Tirana: „Mit der jugoslawischen Führung gemeinsame Sache zu machen und sich ideologisch auszusöhnen, bedeutet, kein Marxist, sondern Revisionist zu sein."

Konferenz bei Strauß

Kontroversen über Deutschlandpolitik

PETER SCHMALZ, München

Die Frage der Deutschlandpolitik hat innerhalb der CSU zu Kontroversen geführt, die gestern bei einem internen Gespräch in der Münchner Staatskanzlei unter Vorsitz von Ministerpräsident Franz Josef Strauß geklärt werden sollten. Zu dem Treffen waren auch der Vorsitzende der Jungen Union Bayern, der CSU-Bundestagsabgeordnete Alfred Sauter, geladen. Sauter hatte sich am Wochenende auf einer JU-Tagung gegen die „dauernden Querschüsse" aus München beklagt und den Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, attackiert.

Der frühere CSU-Generalsekretär Stoiber reagierte empört, als ihm die Sauter-Sätze übermittelt wurden. Danach soll Sauter, ohne Stoiber zu nennen, gesagt haben, „dieser Mann kann nicht der Allroundman der bundesdeutschen Politik" sein.

Die CSU solle sich hüten, auf jeden groben Klotz, der in Bonn produziert wird, aus München noch einen größeren draufzusetzen. Wörtlich meinte Sauter: „Die CSU im Bundestag ist Manns genug, sich des Grafen in Bonn selbst zu erwehren."

Auch CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu wird heute vor führenden CSU-Politikern seine Wochenend-Rede vor der Jungen Union erläutern müssen, nachdem berichtet wurde, er habe geäußert, „die CSU dürfte unterschiedliche Auffassungen nicht zu Spannungen hochstilisieren, *um sich auf Kosten* der Koalition zu profilieren".

Dieser Satz sei weder wörtlich noch sinngemäß gefallen, betonte Wiesheu gestern. Für die CSU gebe es keinen Kurswechsel in der Deutschlandpolitik.

„Stern" zeigt Reporter an

■ Fortsetzung von Seite 1

hingewiesen worden, berichtete der Frankfurter Rechtsanwalt Robert Kempner, nach dem Krieg stellvertretender amerikanischer Hauptankläger bei den Nürnberger Prozessen. Kempner schrieb in einem Beitrag für die Gewerkschaftszeitschrift „Metall", es sei unerklärlich, warum das Kanzleramt „die Veröffentlichung dieses Mischmachs wegen seiner politischen Gefährlichkeit nicht hat verhindern können". Das Bundesverteidigungsministerium *sei* seinerzeit auf die angeblichen Tagebücher aufmerksam gemacht worden, als ein „Stern"-Redakteur und Reserveoffizier einer routinemäßigen Sicherheitsüberprüfung unterzogen worden sei, berichtet der Anwalt.

Nach Ostreisen befragt, habe dieser Journalist den vernehmenden Beamten erklärt, er sei wegen der angeblichen Hitler-Tagebücher in die „DDR" gefahren. Dies sei vom Verteidigungsministerium an die im Kanzleramt tätigen Aufsichtsbeamten der Geheimdienste weitergemeldet worden, ohne daß etwas geschehen sei. Mit dieser Unterlassung sollten sich jetzt die für die Kontrolle der Geheimdienste zuständigen Bundestagsabgeordneten befassen, fordert Kempner.

Die Frau des Reporters Heidemann, Gina, war von der Londoner Zeitung „Sunday Times" mit der Bemerkung zitiert worden, die „Hitler-Tagebücher" seien von einem hohen Beamten aus der „DDR" gekommen.



FORD IN AKTION.
DAS NEUE VOLLSERVICE-LEASING-PROGRAMM.



Unerwartete Kostenschwankungen können Ihren Bewegungsspielraum ganz schön einschränken. Auch wenn es um Ihre Firmenwagen geht. Warum also unnötige Risiken in Kauf nehmen? Schließlich hat die Ford Credit Bank ihr Leasing-Angebot jetzt um das neue Vollservice-Leasing-Programm erweitert. Da bleibt der Aufwand für Wartung und Verschleiß fest. Und Sie bleiben flexibel, wenn Sie Investitionsentscheidungen in anderen Bereichen Ihres Unternehmens zu treffen haben.

Sie gewinnen Zeit. Weil Ihnen dieses neue Programm der Ford Credit Bank auch eine Menge Arbeit abnimmt. Und Ihr Kopf bleibt frei für die Aufgaben, die wirklich nur Sie erledigen können.

Und nun wählen Sie – 3 Pakete stehen zur Verfügung.

Paket A: Umfaßt die Kosten für Wartung und Verschleißreparaturen. Inklusive Material. Ganz egal, wie sich die Kostensituation entwickelt – Sie zahlen monatlich immer nur den gleichen Betrag.

Paket B: Umfaßt zusätzlich den Ersatz von fabrikneuen Sommerreifen. Inklusive Montage und Auswuchten (nur zusammen mit Paket A).

Paket C: Umfaßt die Kfz-Haftpflicht- und -Vollkaskoversicherung inklusive Reparaturkosten-Verauslagung und Schadenabwicklung bei Unfällen. Und wenn Sie wollen, ist sogar noch mehr möglich: Insassen-Unfallversicherung, Auto-Schutzbrief, Verkehrsrechtsschutz und Kfz-Steuer. Das Paket C können Sie auch gesondert – also ohne die Pakete A und B – in Anspruch nehmen.

3 Pakete, die auch Ihre Mitarbeiter entlasten. Ihr Fahrer erhält für das geleaste Fahrzeug einen Leasing-Ausweis. Damit kann er bargeldlos die entsprechenden Dienstleistungen nutzen. Bei allen Ford-Händlern bzw. bei den benannten Reifenfirmen, überall in der Bundesrepublik.

Flexibel bleiben Sie auch bei der Entscheidung, welchen Ford Sie leasen wollen. Vom spritzigen Fiesta über den neuen Sierra bis hin zum bewährten Ford Transit.

Fragen Sie Ihren Ford-Händler.



FORD FIESTA · FORD ESCORT · FORD SIERRA · FORD CAPRI · FORD GRANADA · FORD TRANSIT

Jung und selbständig

Py. – Obwohl sich die „Wende" in der Wirtschaftspolitik bisher nur angekündigt, aber längst nicht durchgesetzt hat, ist das Streben nach Selbständigkeit ungebrochen. Handwerker und Jungmanager setzen zunehmend auf eigene Initiativen und Produktideen. Was fehlt ist jedoch ausreichendes Kapital. Und das trotz – oder auch gerade wegen der rund 200 öffentlichen Kredit-, Förder- und Subventionsprogramme für Existenzgründer. Den Jungunternehmern droht spätestens nach zwei oder drei Jahren nach Steuersätzen von bis zu 25 Prozent auch noch das „Unternehmer-Aus".

Wenn die Wirtschaftsjunioren Deutschlands dazu aufgerufen haben, Beteiligungskapital zur Gründung neuer erfolgreicher Unternehmen auf einer neuen Existenzgründungsbörse anzubieten, bringt das neben einer guten Verzinsung des Risikokapitals auch neue Arbeitsplätze.

Kleine und mittlere Betriebe, das wird oft vergessen, sind weniger krisenanfällig, bestreiten 41 Prozent aller Investitionen, geben 64 Prozent aller Beschäftigten Arbeit, finanzieren aber leider auch fast 88 Prozent eines außerordentlich erfindungsreich geschnürten Subventionspakets, von dem nur Großunternehmen profitieren. Steuererleichterungen in der Anlaufphase der Existenzgründer sind nicht nur Investitionen in die Zukunft, sie bringen auch mehr Wettbewerb.

Brüssel in Finanznot

Von WILHELM HADLER

Beliebt macht sich derzeit niemand, der dem Bundesfinanzminister mehr Geld abverlangt. Auch die EG-Kommission wußte dies, als sie ihre Vorschläge für eine Aufstockung der Einnahmen der Gemeinschaft formulierte. Dennoch war es nicht Leichtfertigkeit oder Übereifer, was sie zum Handeln trieb. Auch Bonn wird in den nächsten Monaten nicht umhinkommen, sich erneut mit dem Gedanken höherer Finanzzuweisungen für Europa vertraut zu machen.

Grund dafür ist, daß sich die Gemeinschaft auf eine gefährliche Finanzkrise zubewegt. Sie droht wieder einmal, den Bestand und die Kontinuität des Erreichten in Frage zu stellen. Diesmal geht es nicht um die Belastung der einzelnen Mitgliedsstaaten, sondern um die Finanzierbarkeit des gemeinsam Beschlossenen. Die Erwartungen und Wünsche an die EG sind überdies derart widersprüchlich geworden, daß sie innerhalb des gegebenen Finanzrahmens kaum noch konsensfähig sind.

Bis vor kurzem noch hatten sich die deutschen Finanzpolitiker damit begnügt, in Brüssel den Sack locker zuzubinden und allenfalls bei allzu forschen Ausgabewünschen auf die schwindenden Ressourcen der Gemeinschaft hinzuweisen. Ihre Maxime war aber von geringem Weitblick: Die EG müsse sich wie jeder Mitgliedsstaat nach der Decke strecken und ihre Ausgaben nach den verfügbaren Eigenmitteln gestalten, hieß es. Wenn der Löwenanteil ihres Geldes für die Agrarpolitik draufgehe, dann lasse sich eben entsprechend weniger für andere Politiken bereitstellen. Falsch eingeschätzt wurde dabei zunächst die Entschiedenheit, mit der das direktgewählte Europäische Parlament im Zusammenwirken mit den begünstigten EG-Staaten für eine Aufstockung der „nicht obligatorischen" EG-Ausgaben streitet (z. B. für den Regional- und Sozialfonds).

Auch die Beurteilung der finanziellen Risiken der Brüsseler Agrarpolitik erwies sich als ziemlich unrealistisch. Das geltende System der Absatz- und Einkommenssicherungen für die Landwirte ist in seinen finanziellen Auswirkungen immer schwerer zu berechnen: Verändern sich die Weltmarktpreise und Wechselkurse, muß automatisch weit weniger Geld für den Export von Überschüssen aufgeboten werden.

So hat es manche Beobachter überrascht, daß sich die EG plötzlich am Rande des finanziellen Kollapses befindet. Um 35 Prozent liegen seit Jahresbeginn die Agrarkosten höher als vorgesehen. Sie machen einen Ergänzungshaushalt von vier Milliarden Mark nötig. Der Ein-Prozent-Plafonds der Mehrwertsteuer ist damit fast gänzlich erschöpft.

Dabei ist heute schon sicher, daß die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal erst dann zum Kern vorstoßen können, wenn sich die EG über die (notgedrungen kostspieligen) agrarpolitischen Absicherungen und ihrer Mittelmeer-Landwirte verständigt hat. Ebenso unabweislich, wenn auch dem Umfang nach diskutabel, sind die Forderungen der „ärmeren" EG-Länder nach Strukturhilfen der Gemeinschaft. Der freie Warenverkehr wird in dem Maße bedroht bleiben, wie sich das wirtschaftliche Gefälle in der EG vergrößert. Von daher besteht auch für die wohlhabenden Länder durchaus ein Interesse an neuen Gemeinschaftspolitiken.

„Pferdefuß" der Kommissionsvorschläge bleibt freilich, daß jede Anhebung der Eigenmittel die Bemühungen um eine Reform der Agrarpolitik weniger dringlich erscheinen läßt. Könnte durch eine Verweigerung der Finanzen wirklich ein Druck ausgeübt werden, wäre sie vielleicht zu erwägen. Die bisherige Erfahrung lehrt allerdings, daß der politische Wille zu grundlegenden Veränderungen im Agrarbereich gering ist. Es genügen gelegentliche Ermahnungen des französischen Staatspräsidenten, um auch in Bonn jedermann einsichtig zu machen, daß der Agrarmarkt noch immer eine wichtige Klammer für den Zusammenhalt der EG darstellt.

Man sieht: Die Aussichten, den Deckel auf dem Kessel zu halten und die EG in ihrem jetzigen Finanzrahmen „einzumauern", sind denkbar schlecht. Wenn nicht in diesem Jahr, wird im nächsten der Schritt zur Ausweitung der Einnahmen getan werden müssen. Die Kommission steht ohnehin mit dem Rücken zur Wand. Sie muß sogar vergegenwärtigen, daß das EG-Parlament sie im kommenden Jahr in die Wüste schickt.

INTERNATIONALE ENERGIE AGENTUR / Sicherheitsstudie abgesegnet

Lambsdorff: Erdgasimporte werden soweit wie möglich diversifiziert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Unter günstigen Vorzeichen wurde gestern in Paris die Jahrestagung des Ministerrats der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eröffnet. Verschiedene Delegationen wagten schon die Prognose, daß deshalb der Wirtschaftsgipfel von Williamsburg (USA) den sieben Staats- und Regierungschefs eine wesentliche Annäherung ihrer wirtschaftspolitischen Strategie erlaube. Das kritische Ost-West-Handelsproblem soll dort (laut OECD) „nicht zu hoch" gehängt werden.

Der bis heute abend andauernden OECD-Konferenz, an der die Wirtschafts-, Außen- und Außenhandelsminister der 24 westlichen Industriestaaten teilnehmen, war das jährliche Ministertreffen der 21 Mitgliedstaaten der bei der OECD bestehenden Internationalen Energie Agentur (IEA) vorangegangen.

Dabei war die Energiesicherheitsstudie des IEA-Sekretariats, in welcher vor einer zu großen Erdgasimportabhängigkeit aus Nicht-OECD-Ländern gewarnt wird, von den Ministern ohne Korrekturen abgesegnet worden. Die zu erwartende Zunahme der Erdgasimporte, so heißt es in der Studie, dürfte zwar die Abhängigkeit von Öleinfuhren vermindern helfen, sie könnte aber zu einer starken Abhängigkeit einiger Länder von nur einer Erdgasversorgungsquelle führen. Die Minister beschlossen, ihre Bemühungen zu verstärken, eine „übermäßige Abhängigkeit von jeweils einer einzigen Erdgasimportquelle zu vermeiden.

Die amerikanische Regierung hat ihre frühere Forderung aufgegeben, wonach kein OECD-Land mehr als 30 Prozent seiner Erdgasversorgung aus einem einzelnen Nicht-OECD-Land – sprich Sowjetunion – beziehen dürfte. Die Bundesrepublik, Frankreich und Italien würden diese Schwelle nach Fertigstellung der westeuropäisch-sowjetischen Erdgaspipeline aber wohl überschreiten. Washington hatte allerdings schon bei den vorbereitenden Gesprächen seine Forderung abgemildert.

Ob die Erdgasimporte des OECD-Raums aus einer einzigen Quelle einen so großen Teil der Gesamtversorgung ausmachen, daß Bedenken hinsichtlich der „rechtzeitigen Erschließung der einzelnen Ressourcen" und der „Störungsanfälligkeit der Versorgung" aufkommen müßten, soll im Rahmen der (normalen) jährlichen Länderexamen der IEA geprüft werden. Auf ein besonderes Konsultationsverfahren wurde verzichtet.

Von deutscher Seite war auf der IEA-Konferenz darauf hingewiesen worden, daß die Gefahr von Lieferstörungen auch aus anderen OECD-Ländern drohen könnte, wie die Erfahrungen (zum Beispiel Türkei) gezeigt haben. Die Bundesrepublik werde jedenfalls ihre Energieimporte so weit wie möglich diversifizieren, insbesondere durch den verstärkten Import von norwegischem Erdgas, erklärte Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff.

Zu der Feststellung des Ministerrats, daß gegenwärtig in den westlichen Industriestaaten „keine krisenhafte Energieversorgungslage" besteht und insbesondere die Ölversorgung „ohne Probleme" ist, vermerkte Lambsdorff, daß das Mineralöl auf die Dauer ein knapper Rohstoff bleiben wird. Deshalb müßte zu einem späteren, von dem Minister nicht näher bezeichneten Zeitpunkt mit wieder steigenden Ölpreisen gerechnet werden.

Denn der sich jetzt abzeichnende Wirtschaftsaufschwung wird laut Lambsdorff auch den Energieverbrauch der OECD-Zone wieder ansteigen lassen. Außerdem könne es jederzeit wegen militärischer Konflikte (im Nahen Osten) zu einer Versorgungskrise kommen. Deshalb müßte die Ölersatz- und Öleinsparungspolitik konsequent fortgesetzt werden. In diesem Punkt waren sich sämtliche IEA-Minister einig.

Gewisse Meinungsverschiedenheiten ergaben sich in der Energiepreispolitik. Manche Mitgliedstaaten wie insbesondere Kanada glauben immer noch, die Ölproduktenpreise staatlich subventionieren zu dürfen und damit den Verbrauch künstlich anzuheizen. Andere Länder wie Frankreich haben die jüngsten Preissenkungen am Weltölmarkt durch eine Sonderabgabe weggesteuert.

KONJUNKTUR

Im Revier hat die Wirtschaft die Talsohle durchschritten

HANS BAUMANN, Essen

Nach fast dreijährigem Abschwung hat die Konjunktur im Ruhrgebiet in den letzten Monaten die Talsohle durchschritten. Das stellen die fünf Industrie- und Handelskammern des Reviers in ihrem gemeinsamen Bericht über die wirtschaftliche Lage im Frühjahr 1983 fest. Nach Auskunft von Rudolf Brickenstein, Präsident der federführenden Kammer Dortmund, stützt sich das Urteil der Kammern auf unmittelbare Aussagen von 1220 Unternehmen im Revier mit insgesamt 523 000 Beschäftigten.

Die generell positiven Feststellungen der Kammern werden jedoch ein wenig eingeschränkt mit dem Hinweis, daß die „Stimmung in der Ruhrwirtschaft gegenwärtig besser ist als die tatsächliche Lage". Vor dem Hintergrund erheblicher Umsatzrückgänge bei Industrie und Handel im vergangenen Jahr werde die derzeitige Situation noch recht verhalten beurteilt, wenn auch gegenüber Herbst 1982 eine leichte Besserung (vor allem im Handel) eingetreten sei. Der Stimmungsumschwung bei den Betrieben zeige sich aber eindeutig in der Einschätzung der Zukunft.

Nach der Kammer-Analyse rechnen 25 Prozent der Unternehmen mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im nächsten Halbjahr. In Herbst 1982 waren es nicht einmal 5 Prozent. Nur knapp 16 Prozent der Betriebe fürchten ein weiteres Abgleiten der Konjunktur; im Herbst waren es noch 46 Prozent. „Offenbar ist der langanhaltende Pessimismus gebrochen", schließt Präsident Brickenstein.

Als Gründe für die Klimaverbesserung im Revier werden angeführt das niedrigere Zinsniveau, die spürbare Beruhigung der Preise sowie die wirtschaftspolitischen Aktionen der Bundesregierung, die einen Anstieg der Auftragseingänge vor allem aus dem Inland bewirkten. „Alles spricht dafür, daß die Rolle des Konjunkturmotors diesmal der Inlandsnachfrage zufallen wird", meint Brickenstein. Dagegen lasse die Bestelltätigkeit aus dem Ausland noch zu wünschen übrig. Fast ein Drittel der exportierenden Betriebe befürchte eine Beeinträchtigung der Exportmöglichkeiten.

Höherer Auftragseingang und bessere Einschätzung der künftigen Chancen habe auch die Investitionsbereitschaft etwas belebt. Es sei allerdings zu früh, von einer Investitionskonjunktur zu sprechen. Der Investitionsspielraum werde noch eingeengt durch die nach wie vor unbefriedigende Kapazitätsauslastung und Ertragslage.

Mit einer durchgreifenden Besserung der Arbeitsmarktlage im Revier rechnen die Kammern vorerst nicht. Erst müßte einmal die Kurzarbeit abgebaut werden. Selbst wenn wieder neue Kräfte eingestellt werden sollten, sei eine Verringerung der Zahl der Arbeitslosen unwahrscheinlich, weil die Zahl der ins Erwerbsleben Eintretenden größer sei als die der Ausscheidenden, meint Brickenstein.

AUF EIN WORT

„Die verhältnismäßig gute Stellung der deutschen Autohersteller im internationalen Wettbewerb ist auf ihre konsequente Produktpolitik in der Anpassung an veränderte Marktanforderungen nach den Ölpreiskrisen zurückzuführen."

Dr. Gerhard Prinz, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, Stuttgart FOTO: JUPP DARCHINGER

AKTIENBÖRSE

Gewinne höher eingeschätzt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Eine durchschnittlich nahezu 15prozentige Steigerung der Unternehmensgewinne erwartet die BHF-Bank für dieses Jahr, womit die in eine Gewinnschätzung der Bank einbezogenen Unternehmen in etwa wieder das Ertragsniveau von 1979 erreichten.

Auf Basis der neuen Schätzungen werden die Aktien dieser Gesellschaften durchschnittlich mit dem 13,5fachen der für dieses Jahr erwarteten Erträge bewertet, was nicht als überhöht anzusehen sei.

Gegenüber der Analyse zum Jahreswechsel hat die BHF-Bank die geschätzten Ergebnisse pro Aktie (ohne Steuerguthaben) bei einigen Titeln deutlich heraufgesetzt. So von 11 auf 16 Mark für Karstadt, von 12 auf 16 Mark bei Kaufhof, von 1 auf 4 Mark bei Horten, von 12 auf 15 Mark für KHD und von 5 auf 8 Mark bei VW. Für Siemens erwartet die BHF-Bank eine Steigerung von 35 auf 42 Mark. Bei einer Bewertung mit dem 8,7fachen des Gewinns gehört Siemens nach wie vor zu den preiswertesten Aktien.

Gleiches gilt für den blue chip Daimler, für den die Börse mit 550 Mark das 8,9fache des Gewinns bezahlt. Bei Lufthansa rechnet die BHF-Bank mit einer Ertragsverbesserung von 6 auf 10 Mark, bei Bayer und BASF jeweils mit 14 nach bisher 12,50 Mark.

STEINKOHLE

EG-Absatzhilfe noch bis 1988

HH. Bonn

Die europäische Absatzbeihilfe für Kokskohle wird allmählich eingestellt. Zwar will die Kommission im Zeitraum 1984–88 die Beihilfe, wie berichtet, auf sechs Ecu (ein Ecu = 2,24 D-Mark) verdoppeln. Doch soll sich diese 1984 nur noch auf zehn (derzeit 14) Millionen Tonnen Koks erstrecken und dann jährlich um je zwei Millionen Tonnen vermindert werden, so daß die Beihilfe Ende 1988 ausliefe.

Die Modernisierung der Eisenproduktion und der verstärkte Einsatz von Schweröl haben den Koksverbrauch gedrosselt. 1953 waren es 970 Kilo je Tonne Roheisen; heute sind es noch 530 Kilo.

Zugleich aber ging die Eisen- und Stahlproduktion zurück, während die Einfuhr aus Nichtmitgliedstaaten trotz Kokskohlenbeihilfe stark zunahm.

Die Neuregelung soll nach der Vorstellung der Kommission der Stahlindustrie eine sichere Versorgung zu angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen gewährleisten.

Die öffentlichen Beihilfen dürften allerdings nicht dazu führen, die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung unvermeidlich gewordenen Anpassungsentscheidungen zu verzögern. Die befristete Abweichung vom Subventionsverbot sei nur unter diesen Voraussetzungen zu rechtfertigen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Dyckerhoff wieder mit fünf Mark Dividende

Wiesbaden (VWD) – Eine unveränderte Dividende von fünf Mark je 50-Mark-Aktie wird die Hauptversammlung der Dyckerhoff Zementwerke AG, Wiesbaden, am 29. Juni für das Geschäftsjahr 1982 vorschlagen. Dies teilte das Unternehmen im Anschluß an die Aufsichtsratssitzung am Montag mit. Gewinnberechtigt sind 92,496 Millionen Mark Grundkapital. Für 1981 war ein Bilanzgewinn von 9,249 Millionen Mark ausgewiesen worden.

Wienerwald

München (rtr) – Die in Vergleich gegangene deutsche Wienerwald GmbH hat das Gebäude ihrer Hauptverwaltung sowie das Tourotel in München verkauft. Wie die Geschäftsführung des Gastronomie-Konzerns am Montag weiter mitteilte, lag der Verkaufserlös über den Werten, die im Vergleichsstatus angesetzt waren. Konkrete Zahlen wurden aber nicht genannt. Die Geschäftsführung verwies darauf, daß damit „ein weiterer wichtiger Schritt zur Erfüllung des Vergleichs getan" worden sei.

Notierung ausgesetzt

Caracas (VWD) – Die Notierung des venezolanischen Bolivar an der Devisenbörse von Caracas bleibt vorübergehend ausgesetzt. Das gab die Regierung am Sonntag bekannt. Heute soll zwischen Regierung und Notenbank ein neuer Kurs für die venezolanische Währung gegenüber dem US-Dollar festgesetzt werden. Für Montag hatten die Banken den Umtausch von einem Dollar gegen zehn Bolivar angekündigt. Der gespaltene Kurs soll beibehalten werden.

Keine Abspaltung Harrods

London (VWD) – Mit knapper Mehrheit haben die Aktionäre der House of Fraser PLC gegen eine Abspaltung Harrods von der Gruppe gestimmt. Der Antrag war von der Lonrho PLC gestellt worden, die zu 30 Prozent an House of Fraser beteiligt ist. Das Management der House of Fraser hatte gegen die Abspaltung votiert und auf einer außerordentlichen Hauptversammlung die Abstimmung über Harrods mit der Vertrauensfrage verbunden. Lonrho besteht allerdings darauf, eine erneute Abstimmung über die von ihr gewünschte Herauslösung von Harrods auf der regulären Hauptversammlung am 30. Juni zu erzwingen.

Niederlassungsprogramm

Hamburg (VWD) – Für das laufende Jahr stehen noch rund 50 Millionen Mark für Darlehenszusagen aus dem Niederlassungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KFW) zur Verfügung, teilte die deutsch-südamerikanische Bank AG, Hamburg, mit. Im Rahmen des 1979 eingeführten Niederlassungsprogramms gewährt die KFW Darlehen an kleine und mittlere deutsche Unternehmen, deren Umsatz – von Ausnahmen abgesehen – 200 Millionen Mark nicht überschreitet (einschließlich Umsatz verbundener Unternehmen). Diese Darlehen dienen der Investitionsfinanzierung in Entwicklungsländern, wobei die Wirtschaftsentwicklung des Anlagelandes zu fördern ist.

ITT-Financial-Anleihe

Frankfurt (VWD) – Die ITT Financial Corp. wird innerhalb der nächsten drei Monate zum ersten Mal eine Dollar-Anleihe auf dem Euromarkt begeben. Das Volumen werde über 50, vermutlich 100 Millionen Dollar betragen, sagte der Finanzchef der ITT-Tochter, W. Gene Gerard. Konsortialführerin wird die Deutsche Bank AG. Über den genauen Zeitpunkt der Emission und mögliche Konditionen wollte Gerard noch keine Angaben machen. Eine Delegation von ITT Financial unter Chairman und President Robert E. Laws hält sich zur Zeit zu Gesprächen bei der Deutschen Bank auf.

Inflationsrate gestiegen

Mexiko-Stadt (rtr) – In den zwölf Monaten von April 1982 bis zum April 1983 stieg der Verbraucherpreisindex in Mexiko nach Angaben der Zentralbank um 117,2 Prozent, nach einer Zunahme um 115,4 Prozent im Jahr zum März 1983.

TK senkt Beitragssatz

Düsseldorf (Py.) – Die Techniker-Krankenkasse, Hamburg, drittgrößte Krankenkasse in der Bundesrepublik mit über 2,3 Millionen Versicherten, senkt zum 1. Juli 1983 ihren Beitragssatz von derzeit 11,2 auf 10,7 Prozent. Ermöglicht wurde diese Kostenentlastung vor allem durch die Wirksamkeit von Kostendämpfungsmaßnahmen bei allen Beteiligten im Gesundheitswesen einschließlich der Versicherten.

Fachhochschüler gefragt

Bonn (Rei.) – Absolventen von Fachhochschulen haben auf dem Arbeitsmarkt vergleichsweise gute Chancen für den Aufstieg in Führungspositionen. Wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln in einer Studie feststellt, erfüllen sie weitgehend die Erwartungen, die die Betriebe in sie setzen wie: praxisnahe Qualifikation, Mobilität, Fremdsprachenkenntnisse, Planungs- und Organisationstalent.

BUNDESPOST

Wird Fernmelde-Monopol auf Breitbandmedien ausgedehnt?

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Deutsche Bundespost ist allem Anschein nach bestrebt, ihr Fernmelde-Monopol ungeachtet aller anderslautenden Erklärungen auch auf das gesamte Feld der neuen Breitbandmedien auszudehnen. Diesen Schluß jedenfalls läßt eine „23. Verordnung zur Änderung der Fernmeldeordnung" zu, die dem Postverwaltungsrat am 6. Juni zur Entscheidung vorliegen wird.

Darin heißt es: „Das öffentliche Breitbandnetz wird von der Deutschen Bundespost zur allgemeinen Benutzung bereitgehalten. Es wird von der Post im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten sowie des Bedarfs an Dienstleistungen ausgebaut". Und: Die örtlichen Breitbandverteilnetze, Bestandteile des Gesamtnetzes „bestehen aus den zentralen Einrichtungen, den Teilnehmereinrichtungen und den Leitungen zwischen diesen Bestandteilen". Worauf die Post mit der 23. Änderung tatsächlich abzielt, geht aus den Erläuterungen zum Verordnungswerk sehr anschaulich hervor. Danach sind Teilnehmereinrichtungen die Breitbandanschlüsse und -anlagen, die daran anschließbaren Endeinrichtungen – „z. B. Rundfunk- und Fernsehgeräte" und private Zusatzeinrichtungen.

Im Klartext: Auch die Rundfunk- und Fernsehgeräte sollen künftig unter das Vertriebsmonopol der Post fallen. Schon früher war vom Elektrohandwerk die Befürchtung geäußert worden, die Post könnte in bislang privat- und marktwirtschaftlich geführte Gebiete einbrechen. Der neue Entwurf geht offensichtlich sogar noch darüber hinaus.

ARBEITSLOSIGKEIT / Mit jedem Mann werden zwei Frauen entlassen

Geißler will Rückkehrwilligen helfen

GISELA REINERS, Bonn

Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) will sich dafür „einsetzen, daß Frauen, die sich längere Zeit ausschließlich um die Familie gekümmert haben, wieder leichter in den Beruf zurückkehren können". So steht es in einer Pressemitteilung seines Hauses. Weiter wird in der Verlautbarung festgestellt, daß die Gleichberechtigung der Frau in der Praxis immer noch hinter der Rechtsentwicklung zurückbleibe.

Nur ein paar Wochen zuvor hatte die Europäische Gemeinschaft Zahlen veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß bei zunehmender Verschlechterung der Wirtschaft die Arbeitslosigkeit der Frauen überproportional gestiegen ist. 1970 waren in der EG 1,5 Millionen Männer und rund 600 000 Frauen ohne Arbeit. Ende 1982 waren es 6,9 Millionen Männer und 4,9 Millionen Frauen. „Vereinfacht kann behauptet werden", so die Europa-Abgeordnete Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), „daß mit jedem Mann gleichzeitig zwei Frauen entlassen wurden". Frauen hätten einen Anteil an den Erwerbslosen von 42,2 Prozent, stellten unter den Berufstätigen jedoch nur einen Anteil von 37 Prozent. In der Bundesrepublik waren Ende April entsprechend ihrem Anteil an der Erwerbsbevölkerung 8,3 Prozent der Männer ohne Arbeit, aber 10,6 Prozent der Frauen.

Hinzu kommt, so Frau Wieczorek-Zeul, eine wachsende Dunkelziffer. Mädchen bleiben wegen der aussichtslosen Lage häufig gleich zu Hause und suchen weder Ausbildungs- noch Arbeitsplatz; viele Frauen geben die Arbeitssuche auf und ziehen sich an den häuslichen Herd zurück, womit sie nicht mehr in den Statistiken erscheinen.

Mädchen haben auf dem Arbeitsmarkt sowieso die schlechteren Karten. Auf ihre Bewerbungen um eine Lehrstelle bekommen sie häufiger überhaupt keine Antwort als Jungen. Das stellte kürzlich das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung in Nürnberg fest. Und selbst wenn sie die besseren Noten und Beurteilungen haben, werden sie häufig nicht genommen.

Angesichts dieser Fakten mutet es etwas hilflos an, wenn das Familienministerium sich darum bemühen will, den Berufsrückkehrerinnen zu helfen. Vielleicht wäre es sinnvoller, ihnen erst einmal zu helfen, überhaupt einen Platz zu finden und sie vor Benachteiligungen und vorschneller Kündigung zu schützen.

Wie wichtig ein starker Partner ist, zeigt sich besonders jetzt.
Deshalb Mietfinanz, wenn es um die Finanzierung von Investitionen geht.



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 011245, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

BRAUER / „DDR"-Angebote ohne Herkunftsangabe

Protest gegen Dumping-Bier

HANS BAUMANN, Essen

In Schreiben an das Bundeswirtschaftsministerium und an den Bundesgesundheitsminister protestiert der Bundesverband mittelständischer Privatbrauereien gegen „ruinöse Bier-Dumping-Importe" aus der „DDR". Zum größten Teil seien diese Biere nicht gegen die nach den für die Bundesrepublik Deutschland geltenden Kennzeichnungsvorschriften deklariert.

Nach Auskunft des Verbandes werden diese „DDR"-Biere im Lebensmitteleinzelhandel zu Preisen zwischen 5,98 und 7,45 Mark für den Kasten mit 20 Halbliterflaschen angeboten – wobei das Leergut noch in der Bundesrepublik verbleibt. Diese „weiße Ware" aus der „DDR" enthalte keinerlei Hinweise auf Namen und Ort der Herstellerbrauerei, auch fehle der Hinweis, daß es sich überhaupt um in der „DDR" ansässige Brauereien handele.

Der Protest der Brauer hat einen handfesten wirtschaftlichen Hintergrund: 1982 ist die Einfuhrmenge an Vollbieren (Stammwürzegehalt zwischen 11 und 14 Prozent) aus der „DDR" in die Bundesrepublik um fast 70 Prozent auf fast 200 000 Hektoliter gestiegen. Gleichzeitig aber ist der Warenwert je Hektoliter von 59,21 auf 52,85 Mark gefallen. Der ohnehin stark umstrittene deutsche Biermarkt werde durch solchen unlauteren Wettbewerb zusätzlich verunsichert und die Existenz westdeutscher Betriebe gefährdet.

Die Brauer fordern, daß die Billigbiere aus der „DDR" Namen und Ort der herstellenden Brauerei ausweisen, wie es die Kennzeichnungsvorschriften auch für westdeutsche Biere fordern. Meint der Verband: „Wahrscheinlich haben aber die Hersteller aus den volkseigenen Brauereien in der DDR ihre Gründe, die Herkunft dieser Biere zu verschweigen." Die Namen dieser Biere seien reine Phantasiebezeichnungen.

CHEMIE / Frankreich beendet Reorganisation

Elf Aquitaine an der Spitze

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die von der französischen Regierung Ende letzten Jahres eingeleitete Reorganisation des verstaatlichten Chemiesektors ist jetzt weitgehend zum Abschluß gebracht worden. Nach Durchführung der kapitalmäßigen Veränderungen wird Elf Aquitaine vor Rhône-Poulenc der größte Chemiekonzern Frankreichs sein.

Kernstück der Umstrukturierung ist die Übernahme von PCUK (Produits Chimiques Ugine-Kuhlmann), einer Tochtergesellschaft von Pechiney Ugine-Kuhlmann (PUK), durch Elf Aquitaine, Rhône-Poulenc und CDF-Chimie, einer Tochter der Charbonnages de France (Kohlenbergbau). Die neuen Beteiligungsverhältnisse bleiben geheim, jedoch dürfte Elf Aquitaine den Löwenanteil erhalten. Der Kaufpreis ist in drei bis vier Jahren nach staatlicher Zwischenfinanzierung zu bezahlen.

Zuvor wird die tief in den roten Zahlen steckende PCUK saniert. Dafür erhält sie drei Milliarden Franc, von denen der Staat die eine Hälfte und PUK die andere gegen entsprechende staatliche Kapitaldotation erbringt. PCUK ihrerseits wird ihr Personal von zur Zeit 12 000 Personen bis 1986 um 16 Prozent abbauen.

Gleichzeitig wird die Düngemittelindustrie umstrukturiert, wobei unter anderem CDF-Chimie den Branchenführer Gesa (Générale de Engrais) aus dem Besitz von Rhône-Poulenc übernimmt. Dieser zur Zeit noch größte französische Chemiekonzern will sich außerdem von der Düngemittelgesellschaft Cofaz-Sopay trennen, während sich die private Total-Gruppe (CFP) von der zusammen mit Elf Aquitaine unterhaltenen Chemiegruppe Ato zurückziehen will.

In Ungarn mehr Privatunternehmen

AP, Budapest

Der ungarische Finanzminister Istvan Hetenyi hat private Unternehmen, Handwerker und Kleinbauern in Ungarn gelobt. In einem von der Regierungszeitung „Magyar Hirlap" veröffentlichten Interview teilte er mit, daß seit Anfang 1982 in Ungarn 13 000 kleine Privatunternehmen mit 60 000 Arbeitskräften gegründet wurden. Diese Betriebe funktionierten „so gut, wie erwartet". Der private Sektor der Wirtschaft in dem kommunistisch regierten Land habe sich als ziemlich flexibel erwiesen, und die Arbeiter hätten ihre vorherigen Arbeitsplätze nicht aufgeben müssen. Drei Viertel der privaten ungarischen Unternehmen sind Industriebetriebe. Zwei Drittel ihrer Mitarbeiter sind im Rahmen der „zweigleisigen Wirtschaft" des Landes noch in einem anderen Betrieb tätig. Hetenyi sagte, derzeit gebe es in Ungarn nur rund 140 000 selbständige Handwerker und 20 000 private Geschäftsleute. Kritik übte der Minister an „bürokratischen Praktiken" der Aufsichtsbehörden.

Arbeiter-Jobs sind nur wenig gefragt

J. G. G. Warschau

Die in der polnischen Industrie laufende Aktion, Verwaltungs- und Bürokräfte zu bewegen, in die Produktion zu gehen, hat bisher keine nennenswerten Erfolge gehabt. Zwangsweise Umstufungen von Angestellten zu Arbeitern haben zur Folge, daß die Betroffenen bald darauf Arbeitsplatz und notfalls auch Wohnort ändern, klagt das KP-Organ „Trybuna Ludu". Die Zeitung wirft den Betroffenen „falsches Prestigedenken" vor und spricht von einer „Barriere der Ablehnung". In den Betrieben ist das Verhältnis Angestellte:Arbeiter weiterhin 40:60 Prozent. Unter den Belegschaften dagegen wächst die Unruhe über die zunehmende „Bürokratisierung" der Betriebe. Die Regierungszeitung „Rzeczpospolita" (Die Republik) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß diese Umstufung schon deswegen glücklos sei, weil es in der gesamten Wirtschaft und Verwaltung insgesamt 256 000 vakante Stellen gebe, jedoch nur 6600 registrierte Arbeitslose.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Sind Beihilfen mit dem EG-Vertrag vereinbar?

Streit um Sekt aus deutschen Weinen

HANNA GIESKES, Bonn

„Beihilfen sind grundsätzlich unzulässig." Bastian van der Esch, Chefberater im Juristischen Dienst der Europäischen Gemeinschaft, hält es „auch in der Rezession" für *ein vordringliches Ziel des EWG-*Vertrages, den Wettbewerb gegen Verfälschungen zu schützen. Die Kommission sei darum verpflichtet, so van der Esch, während eines internationalen Forums der Studienvereinigung Kartellrecht in Brüssel, bei der Prüfung der Vereinbarkeit von Beihilfen mit dem Vertrag wettbewerbsverzerrende *Subventionen zu verbieten. Allerdings* müsse sie „die übrigen Vertragsziele mit in Rechnung stellen".

Was dabei herauskommen kann, verdeutlicht eine Kontroverse zwischen der deutschen Sektindustrie und der EG-Kommission: Zwecks Sekterzeugung aus deutschen Weinen sollen rheinhessische Winzer aus dem Agrarfonds eine knappe Million Mark erhalten. Davon sind vor allem die in der Nähe des Standorts Mainz-Bodenheim gelegenen sieben kleinen Sektkellereien betroffen – Familienbetriebe mit etwa einer Million Mark Umsatz im Jahr – die nach der Anhebung der Sektsteuer ohnehin gegen Absatzschwund zu kämpfen haben.

Nun werden sie sich auch noch gegen subventionierten Sekt der Winzergemeinschaft Rheinhessen wehren müssen, und dies, so befürchten sie, werde nicht ohne Abbau von Kapazitäten und mithin dem Verlust von Arbeitsplätzen *möglich sein. Vor* allem aber befürchtet die deutsche Sektindustrie, daß das Beispiel Schule machen und auch andere Winzergenossenschaften zur Erzeugung von subventioniertem Sekt anregen wird.

Die von Chefberater van der Esch zitierte Verpflichtung der Kommission, eine Störung des Wettbewerbs durch Beihilfen nicht zu dulden, scheint offenbar dann nicht zu bestehen, wenn es um landwirtschaftliche Erzeugnisse geht. Wenn etwa Molkereigenossenschaften von Subventionen aus dem Agrarfonds Trockenmilchwerke errichten, dann benachteiligt dies die Milchindustrie; wenn Fischereigenossenschaften von Subventionen Fischverwertungsbetriebe aufbauen, dann geschieht dies zu Lasten der Fischindustrie. Das darf indes nicht sein: Es gibt eine Verordnung des Rates vom 15. Februar 1977, wonach „die Beteiligung des EG-Fonds die Wettbewerbsverhältnisse nicht in einer Weise verändern darf, die mit den im Vertrag enthaltenen Grundsätzen unvereinbar ist".

Die weitaus größeren Sünden wider die freie Marktwirtschaft wurden in den Bereichen Kohle und Stahl begangen, obwohl laut „Vertrag über die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl" ein grundsätzliches Subventionsverbot besteht. In beiden Fällen sind zwar die Zeiträume für die staatlichen Beihilfen begrenzt – bei Stahl bis 1985, bei Kohle bis 1987 – „und prinzipiell kehren wir zu den Bestimmungen des Vertrages zurück". Die tatsächlichen Möglichkeiten dazu beurteilt van der Esch jedoch eher skeptisch.

Mit der massivsten *Form* von Subventionierung, nämlich der Verstaatlichung ganzer Industrien wie in Frankreich, braucht sich die Kommission überhaupt nicht zu beschäftigen; die Ausgestaltung des öffentlichen Sektors ist als nationales Recht in den Verträgen verankert. Einige Diskussionsredner empfanden dies als sehr unbefriedigend, denn verstaatlichte Unternehmen seien ja immerhin von dem Zwang befreit, Gewinne zu erwirtschaften; darum brauchten sie sich auch nicht zu verhalten wie „normale" Wettbewerber. Der Kommission seien jedoch, so die Antwort ihres juristischen Beraters, bisher noch keine Konfliktfälle auf den Tisch gekommen. Offenbar vertraut sie in die höhere Einsicht der französischen Regierung.

ITALIEN / Gewerkschaften für Lohnschlichtung

Stabilitätsziel gefährdet

GÜNTHER DEPAS, Mailand

In Italien zeichnet sich eine Schlichtung der Regierung in den Arbeitskämpfen um die Erneuerung der großen dreijährigen Manteltarifverträge ab. Die Gewerkschaftszentralen haben Arbeitsminister Vincenzo Scotti aufgefordert, sich in die seit Wochen mühsam dahinschleppenden Verhandlungen einzuschalten. Ziel der Arbeitnehmerorganisationen ist es, die neuen Verträge noch vor den auf Ende Juni angesetzten Parlamentswahlen über die Bühne zu bringen. Sämtliche zur Erneuerung anstehenden Tarifabkommen, darunter die der personalstärksten Bereiche, der Metallbranche, der Textilindustrie und des Baugewerbes, sind seit über einem Jahr abgelaufen. Eine Erneuerung haben die Arbeitgeber bisher verweigert mit der Begründung, daß die Annahme der Gewerkschaftsforderungen das von der Regierung gesetzte und von den Sozialpartnern akzeptierte Inflationslimit von 13 Prozent im laufenden und von zehn Prozent im kommenden Jahr sprengen würde.

Der Widerstand der Unternehmer richtet sich vor allem, wie jetzt der Vizepräsident des Spitzenverbandes der italienischen Industrie, Walter Mandelli, erklärte, gegen die von den Linksparteien und den Gewerkschaften vertretene „Philosophie des weniger arbeiten und mehr verdienen". Zu dem in der vergangenen Woche erfolgten Abbruch der Tarifverhandlungen in der Textilindustrie betonte Mandelli am Wochenende in einer Stellungnahme, daß die Arbeitskosten in diesem Bereich inzwischen selbst die in der Bundesrepublik Deutschland überträfen. Dieser Verlust an Konkurrenzfähigkeit könne auf die Dauer durch die Kreativität der italienischen Stilisten und Designer nicht wettgemacht werden.

Die gleichen Konkurrenzsorgen bewegen den Maschinen- und Fahrzeugbau. Auch hier steht die Erneuerung des dreijährigen Tarifabkommens noch aus, weil die Arbeitgeber nicht gewillt sind, auf die Arbeitnehmerwünsche nach Arbeitszeitverkürzung einzugehen. Im Maschinenbau konnten die italienischen Hersteller in den letzten Jahren dank ihres kosten- und preisgünstigen Angebots, vor allem in unteren und mittleren Technologiebereichen, international gut Fuß fassen. In Einzelfällen, beispielsweise in der holzverarbeiten*den Industrie, gelang es ihnen* sogar, die Branchenführung zu übernehmen. Diese Positionen sind neuerdings immer mehr gefährdet, da in den gängigen Maschinenbausparten Produzenten aus Ländern nachrücken, die ein wesentlich niedrigeres Kostengefüge aufweisen als Italien.

In italienischen Unternehmerkreisen ist man sich in diesem Zusammenhang im klaren darüber, daß die italienische Wirtschaft bei Fortdauer des jetzigen Inflations- und Kostengefälles gegenüber dem Ausland (hier eine Inflation von derzeit über 16 Prozent, in der Bundesrepublik von unter vier Prozent) große Gefahr läuft, preislich ins Aus zu geraten. Die kritische Phase, in der die Unternehmen in der Kosten-Preis-Schere zerstückelt werden könnten, droht, wie Fiat-Vizepräsident Umberto Agnelli in einem Interview mit der Wochenzeitung „L'Espresso" erklärte, im Jahre 1984, für das in Italien eine Inflationsgrenze von – theoretisch – zehn Prozent gesetzt wurde, in dem aber die Inflation „an der Schwelle von fünf Prozent" liegen müßte, um die Wirtschaft international konkurrenzfähig zu halten.

RASSELSTEIN

In der Stahlkrise beachtlich stabil

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Anders als das Gros der Branche, hat die Rasselstein AG, Neuwied, auch das achte Stahlkrisenjahr 1901/82 (30. 9.) in beachtlicher Stabilität überstanden. Dies sowohl in der Beschäftigtenzahl von 3687 (3693) Mitarbeitern als auch bei dem aus 1,51 (1,49) Mrd. DM Umsatz erzielten Netto-Organschaftsgewinn von 14,6 (14,9) Mill. DM. Den teilen sich die beiden Paritätspartner Thyssen- und Otto Wolff-Konzern, die bis März 1983 das Rasselstein-Aktienkapital in zwei Etappen und ohne Agio auf 106 (56) Mill. DM erhöht haben.

Der kräftige Kapitaleinschuß hat nichts mit etwa besserer Einschätzung der Stahlkonjunktur zu tun. Er begleitet nur die 127 Mill. DM teure Großinvestition zum Bau einer Durchlaufglühe, die im Weißblechgeschäft dem Trend zu dünneren und härteren Verpackungsblechen folgen soll. Das führte 1981/82 bereits zu einem Anstieg der Sachinvestitionen auf 52 (35) Mill. DM bei 34 (31) Mill. DM Abschreibungen.

Aus Thyssen-Vormaterial produzierte dieser „Stahlveredeler" im Berichtsjahr noch 719 000 (742 000) t Weiß- und 394 000 (409 000) t Feinblech. Die Gesamtproduktion von 1,11 Mill. t blieb zwar erneut nur geringfügig hinter der des letzten Stahlboomjahres 1973/74 (mit 1,12 Mill. t) zurück, doch mußte wiederum Kurzarbeit eingelegt werden.

In dem nur noch zu 51 (55) Prozent aus Exporten stammenden Weißblechgeschäft erwartet der Vorstand für 1982/83 nach schwachem Beginn einen weiteren Absatzrückgang. Auch bei den ohnehin „unzureichenden" Mengen des Feinblechgeschäfts mit nur noch 34 (41) Prozent Exportanteil zeichne sich für die nahe Zukunft keine Besserung ab, sondern eher das Gegenteil.

FRANKREICH / Austerity-Plan zum Teil verwirklicht

Staatsausgaben gekürzt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Ausgaben-Etat des französischen Staatshaushalts von 724 Milliarden Franc ist jetzt durch Regierungsverordnung um sieben Milliarden Franc oder ein Prozent gekürzt worden. Das Parlament erteilte dazu eine gesetzliche Ermächtigung. Im Unterschied zu den anderen Teilen des Austerity-Plans von Ende März wurde dieser bei den Einsparungen des Staates ohne Abstriche verwirklicht.

Sie betreffen vor allem 4,6 Milliarden Franc der geplanten Investitionsausgaben, die um neun Prozent reduziert werden. Die Ausgaben für staatliche Interventionen vermindern sich um 2,1 Milliarden Franc oder 0,7 Prozent. Von den laufenden Verwaltungsausgaben des Staates wurden 200 Millionen Franc gestrichen.

Darüber hinaus wurden bei den sogenannten Programmermächtigungen, die erst in den nächsten Jahren zu effektiven Ausgaben führen, 8,5 Milliarden Franc Kürzungen vorgenommen. Die Steuereinnahmen für die gestrichenen Ausgabenbeträge werden dem zur Zeit mit 20 Milliarden Franc dotierten budgetären Regularisierungsfonds zugewiesen.

Premierminister Mauroy widersprach früheren Andeutungen seines Wirtschaftsministers Delors, wonach das diesjährige Preisstabilisierungsziel (höchstens acht Prozent Inflation) leicht überschritten würde.

Die Attacke auf den Franc, zu der es letzte Woche kam, erklärte Mauroy mit den ungeordneten Kursschwankungen des Dollars und mit der Zinserhöhung in verschiedenen Nachbarländern. Die Devisenrückflüsse nach der letzten Franc-Abwertung (21. März) seien zwei- bis dreimal höher gewesen als nach der vorletzten (12. Juni 1982).

ÖSTERREICH / Hohe Verluste der Staatsbetriebe

Zuschüsse aus Steuergeldern

W. FREISLEBEN, Wien

Kaum verbessert haben sich die Aussichten der verstaatlichten Industrie in Österreich. So wie schon in den letzten Jahren werden daher auch 1983 wieder Milliardenzuschüsse aus Steuergeldern notwendig sein, um den meisten Unternehmen überhaupt die Bilanzerstellung zu ermöglichen.

Insgesamt wird seitens der verstaatlichten Holding ÖIAG mit einer Finanzhilfe von vier bis fünf Milliarden Schilling (570 bis 714 Millionen DM) gerechnet, um wenigstens die in diesem Jahr anfallenden Verluste auszugleichen. *Darüber hinaus dürfte nochmals* der gleiche Betrag gefordert werden, um die ausgehöhlte Kapitalbasis des einen oder anderen Unternehmens zu stärken. Damit würde sich der Gesamtbetrag der vom Staat für die verstaatlichten Industriebetriebe seit 1981 aufgewendet wird, auf fast 19 Milliarden Schilling erhöhen.

Die beiden größten Unternehmen Österreichs, die VÖEST-Alpine AG und ihre Tochtergesellschaft Vereinigte Edelstahlwerke (VEW), werden in den Bilanzen zusammen etwa 3,3 (5) Milliarden Schilling Verlust ausweisen, die *Chemie-Linz und der Buntmetall*konzern VMW-Ranshofen haben 1982 jeweils rund 700 Millionen Schilling verloren. Der Elektrokonzern ELIN wird mit etwa 300 Millionen Verlust nur ein unwesentlich besseres Ergebnis ausweisen als im Vorjahr. (434 Millionen Schilling Verlust.)

Der Umsatz der verstaatlichten Industriegruppe stagnierte 1982 bei 166 Milliarden Schilling, während der Export gleichzeitig um 14 Prozent auf 60,7 Milliarden Schilling zunahm. Zum Jahresende betrug der Auftragsbestand 89,4 Milliarden Schilling.

JUNGE UNTERNEHMER / Giersch fordert:

Marktzugang vereinfachen

GISELA REINERS, Bonn

„Knapp ist nur Lohnarbeit. In der Schattenwirtschaft, wo keine Tariflöhne, Steuern und Sozialabgaben gezahlt werden, ... herrscht emsiges Schaffen." Um Arbeitswilligen den Zugang zum Markt zu ermöglichen, müßten „institutionelle Hemmnisse und Verkrustungen" abgebaut, am besten dem Bewerber ein einklagbarer Rechtsanspruch auf leichten Marktzugang verbürgt werden. Diese Auffassung vertrat Professor Herbert Giersch gestern vor dem Bundesverband Junger Unternehmer (BJU) in Bonn, der ihm die Medaille für Verdienste um das selbständige Unternehmertum überreichte.

Der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft stimmte in dieser Meinung überein mit dem BJU-Vorsitzenden Thomas Selter, der zuvor gesagt hatte, die Schattenwirtschaft widerlege die These vom Nachfragemangel nach Arbeit. Zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation schlug er deshalb vor, die Arbeitskosten unter anderem dadurch zu senken, daß „eine Entlastung bei den Kosten der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle zur Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung herangezogen werden kann". Eine 20prozentige Eigenbeteiligung würde etwa 10 bis 12 Milliarden freisetzen. Könnten die Gewerkschaften sich zu einer Diskussion darüber bereitfinden, würden die Unternehmer sicher über Arbeitszeitverkürzung mit sich reden lassen.

Dagegen wollte Giersch von weniger Arbeitszeit nichts wissen. Er setzt mehr auf vereinfachte Steuern, die einen Anreiz zur Bildung von Risikokapital geben sollen. Auch könne man Arbeitslosen, die sich selbständig machen wollten, ihre Unterstützung auf einmal auszahlen.

Steuervergünstigungen selbstverständlich, Arbeitsbedingungen ideal:

Ein kleiner Schritt nach Puerto Rico, U.S.A., und Sie stehen mit beiden Beinen fest im amerikanischen Markt.

Auslandsinvestitionen Ihres Unternehmens? Winken Sie nicht ab! Puerto Rico könnte auch für Sie der Einstieg in den amerikanischen Markt sein. Warum?

Puerto Rico ist assoziierter Staat der USA: Nord-, Süd- und Mittelamerika liegen vor Ihrer Haustür.

Mit einer Niederlassung Ihres Unternehmens in Puerto Rico steht Ihnen der Markt in den USA offen: ohne Importsteuern, und der US-Dollar ist das Zahlungsmittel, hier wie dort. Außerdem gibt es in Puerto Rico die erste Freihandelszone, die von den USA außerhalb des Festlands autorisiert wurde.

Für einen reibungslosen Start in Puerto Rico steht für Sie ein Team von Experten bereit. Es hilft bei der Standortbestimmung Ihrer Niederlassung, bei der Personalsuche, bei der Erarbeitung von Trainingsprogrammen. Und falls es schneller gehen muß: Die Regierung bietet schlüsselfertige Produktionsgebäude zu äußerst günstigen Bedingungen. Sie brauchen nur noch einzuziehen.

Denn auf der Insel, die für viele nur das Bild vom Urlaub in der Karibik weckt, wird hart und produktiv gearbeitet.

New York
Washington
San Juan
Caracas
Madrid

Entfernungen z. B.: Frankfurt – Puerto Rico 10 Stunden, New York – Flugzeit 3½ Stunden, Seeweg ca. 3 Tage, Caracas – Flugzeit 1 Stunde, Seeweg ca. 2 Tage.

Die Leute von Puerto Rico sind qualifizierte Mitarbeiter. Sie lernen begierig und schnell, selbst wenn es sich um schwierige technische Vorgänge handelt. Kurzum: nice people to know.

Was können wir noch tun, um Sie für Puerto Rico, USA, zu interessieren?

Vielleicht das beste Argument für Puerto Rico sind die guten Erfahrungen von Unternehmen, die schon hier sind. Unternehmen wie Rodenstock aus Deutschland, Hoffmann La Roche und Nestlé aus der Schweiz, und über 1.000 namhafte Firmen vom amerikanischen Festland, die sich bereits für eine Niederlassung auf der Insel entschieden haben.

Aber Fakten überzeugen besser als Worte: Für verschiedene Industriezweige haben wir Fallstudien erstellt. Kreuzen Sie die gewünschte Fallstudie an und Sie bekommen umgehend die vielleicht interessanteste Lektüre seit Ihrem letzten Jahresabschluß.

Oder noch einfacher, Sie wählen die Telefonnummer 06 11/74 26 44 und rufen Herrn Carl Jahns an. Unser Mann in Frankfurt. (Telex Nr. 4189 257). Er wird Ihnen auf gut deutsch alles erklären.

Mich würden Investitionsmöglichkeiten in Puerto Rico, USA, interessieren und was andere Industrien dort für Erfahrungen gemacht haben. Bitte schicken Sie mir Informationen und Fallstudien über

- ☐ die Computer-Industrie und Zulieferer von elektronischen Bauteilen
- ☐ die Elektro- und Elektronik-Industrie in Puerto Rico mit Referenzliste
- ☐ die Maschinen- und Maschinenzubehör-Industrie
- ☐ die Textil-Industrie mit Referenzliste der Textil-verarbeitenden Industrie
- ☐ die Schuh-Industrie
- ☐ die Schmuck-Industrie
- ☐ die Pharma-Industrie
- ☐ die Metall-Industrie
- ☐ Freihandelszonen
- ☐ das Arbeitskräfte-Potential auf Puerto Rico
- ☐ Finanzierungsmöglichkeiten
- ☐ die Infrastruktur
- ☐ das Transport- und Verkehrswesen
- ☐ Erfahrungsberichte von Investoren

Name: w 5/1
Firma:
Adresse:
Tel.:

An Herrn C. H. Jahns, Director Europe, Government of Puerto Rico, Mendelssohnstraße 53, 6000 Frankfurt/Main 1



WELLA / Chancen im schlechten Jahr genutzt

Friseurgeschäft vergrößert

INGE ADHAM, Frankfurt

„Für Wella hat sich die alte Erfahrung bewahrheitet, daß auch eine schlechte Wirtschaftslage gute Chancen in sich birgt", schreibt die Wella AG, Darmstadt, in ihrem Geschäftsbericht für 1982. Der Darmstädter Familien-AG ist es in der Tat gelungen, auch im vergangenen Jahr auf Wachstumskurs zu bleiben.

Auf fünf Prozent beziffert Vorstandsvorsitzender Karl Heinz Krutzki das Umsatzplus der AG, die 383,2 (i. V. 369,7) Mill. DM Umsatz ausweist (ohne Berücksichtigung der Oreg/Ondal Regeltechnik GmbH errechnet sich ein Plus von 3,6 Prozent). Damit hat Wella seinen Marktanteil im Friseurgeschäft, dem mit rund 200 Mill. DM Anteil nach wie vor stärksten Bein, weiter vergrößert, denn insgesamt haben die 43 692 (i. V. 44 190) deutschen Friseursalons im vergangenen Jahr real 16 Prozent weniger eingekauft als im Jahr zuvor.

Echte Wachstumschancen bot aber nur das Auslandsgeschäft: Die in mehr als 140 Ländern präsente Ströher-Gruppe mit weltweit 10 100 Beschäftigten weist 1,5 Mrd. DM Weltumsatz aus, sieben Prozent mehr als im Vorjahr. (Zu Kursen von 1981 berechnet ergäbe sich ein Plus von 26 Prozent.) Daran ist Europa (ohne Bundesrepublik mit 28 Prozent Anteil) mit 33 Prozent beteiligt, auf den pazifischen Raum einschließlich Afrika entfallen 33 Prozent und auf Amerika 22 Prozent.

Entscheidende Basis für die ungebrochene Lust an Auslandsengagements (jüngstes Kind: ein joint venture mit China) ist die Tatsache, daß auch im Ausland die Umsatz/Gewinn-Rate „stimmt". Für die AG macht sie 3,8 (3,7) Prozent aus. Im vergangenen Jahr hat Wella mit vier Zukäufen im Ausland sein Programm abgerundet. Das Unternehmen will, wie Krutzki betonte, weiter „am Ball" bleiben, wenn Zukäufe „Sinn machen".

Im Mittelpunkt der ausländischen Wella-Bemühungen steht in diesem Jahr das US-Geschäft; nach dem Erwerb der Wella Corporation zu Jahresanfang (bisher ohne Wella-Einfluß geführt) ist für Wella der Weg auf den amerikanischen Markt, den man sehr vorsichtig angehen will, frei.

Zielstrebig weiter arbeiten will das Management auch daran, die Wella AG so schnell wie möglich kapitalmarktreif zu machen. Das wohlgepolsterte Unternehmen (Eigenkapitalquote derzeit 45,6 (35,6 Prozent) möchte Wachstumsspielraum behalten. Daß in diesem April nochmals von den Eigentümern zu pari auf 96 (i. V. 77 nach 26) Mill. DM aufgestockte Grundkapital der Wella AG sowie die hohe Liquidität lassen derzeit freilich keinen Kapitalbedarf erkennen.

Mit der Bereinigung der Konzernstruktur, wobei die Wella AG dann wie eine Holding fungiert, hofft man in diesem Jahr zu Ende zu kommen. Derzeit liegt die Leitungsfunktion für einen Teil der Auslandsbeteiligungen noch bei der Schweizer Managementgesellschaft Ströher S. A.

An die Familieneigner werden aus dem Jahresüberschuß der AG (14,4 nach 13,7 Mill. DM) wieder 14 (i. V. 14 + 2 Prozent Bonus) Prozent Dividende ausgeschüttet, 35 Mill. DM junge Aktien sind zur Hälfte gewinnberechtigt. In diesem Jahr wird bei steigenden Umsätzen (erstes Quartal plus 12 Prozent) mit einem leichten Anstieg des Jahresüberschusses gerechnet.

MIETFINANZ / Fast 47 Prozent Gesamtausschüttung

Ertragskraft demonstriert

HANS BAUMANN, Essen

Man darf gewiß sein, daß die Mietfinanz GmbH das allgemein schlechte Geschäftsjahr 1982 nutzt, um heftig an ihrem Image zu polieren. Das gelingt dem Finanzier aus Mülheim/Ruhr mit einer Gesamtausschüttung von fast 47 Prozent auf das Stammkapital von 15 Mill. DM. 3,75 Mill. DM werden als Dividende gezahlt, hinzu kommt ein Bonus von 0,75 Mill. DM. Für die Gesellschafter erhöht sich der Betrag um die Steuergutschrift von 2,53 Mill. DM, womit insgesamt auf das Stammkapital von 15 Mill. DM 7,03 Mill. DM gezahlt werden. Netto beträgt die Ausschüttung immer noch 30 Prozent. Die Gesamtausschüttung liegt um 20 Prozent über der des Vorjahres.

Daß die Mietfinanz mit dem Bizeps spielt, hat seine Gründe. Am Leasingmarkt weht ein rauher Wind. Insgesamt 575 Leaser sind in die Handelsregister eingetragen, viele erst in jüngster Zeit, um in den Genuß der Investitionszulage zu kommen. Und diese Investitionszulage war es auch, die die Geschäfte der Leaser schlechter laufen ließ, weil die bisherigen Leasing-Kunden nun klassisch investierten. Das Gesetz schrieb vor, daß 10 Prozent staatliche Prämie gewährt wurden für jeden Investitionsaufwand, der den Durchschnitt der Investitionen der Jahre 1979 bis 1981 überschritt.

Das Ergebnis für die Mietfinanz: Rückgang der Brutto-Bilanzsumme von 1,8 auf 1,7 Mrd. DM. Das aber konnte die Geschäftsführung unter dem geschäftsführenden Gesellschafter Gerd Koenig nicht hindern, dem Markt die Kraft der Mietfinanz zu demonstrieren. Nicht nur die Aufstockung der Ausschüttung beeindruckt, sondern auch die Erhöhung der offenen Rücklagen von 15 auf 16 Mill. DM, die damit das Stammkapital übersteigen. Und wer sich so als Herkules der Branche geriert, der kann auch mit Freude verkünden, daß im ersten Quartal des neuen Jahres das Neugeschäft um 20 Prozent zugenommen hat.

Die Erfolge des Hauses sind um so beachtlicher, als die Mietfinanz es strikt ablehnt, Restwerte bei ihren Leasing-Verträgen zu kalkulieren oder zu bilanzieren. Angesichts der wachsenden Bonitätsrisiken will sich die Mietfinanz auch künftig auf das reine Maschinenleasing beschränken, also auf Mobilien.

In einem Konjunkturspiegel (Stichtag 5. Mai) erkennt die Mietfinanz, daß die Investitionsneigung deutlich gestiegen ist. Es sei allerdings nicht mit einem Boom, wohl aber mit einer anhaltenden Belebung zu rechnen. Starke Bedeutung komme dabei dem Zinsrückgang zu, da die Wirtschaft nur über rund 20 Prozent Eigenkapital verfüge. Angesichts der erheblichen Ansprüche der öffentlichen Hände an den Kapitalmarkt rechnet Koenig „bestenfalls" auf mittlere Sicht mit einem stabilen Zinsniveau, möglicherweise aber sogar mit einem neuen leichten Auftrieb. Koenig teilt die Meinung nicht, daß die Stimmung in der Wirtschaft besser sei als die Lage. Es müsse berücksichtigt werden, daß sechs bis neun Monate vergehen, ehe ein Investitionsbeschluß abgewickelt werde.

RÜTGERSWERKE / Preisbedingtes Minus beim Umsatz – Baugeschäft am stärksten betroffen

Bessere Stimmung, aber die Nachfrage fehlt noch

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Zwar ist Heinz-Gerhard Franck, Vorstandsvorsitzender der Rütgerswerke AG, Frankfurt, der Meinung, daß die deutsche Chemie „den Tiefpunkt ihrer Entwicklung durchschritten" hat. Diese Meinung gründet sich freilich in erster Linie auf „die deutliche Verbesserung der Stimmung bei unseren Kunden": Eine nachhaltige Nachfragesteigerung auf den eigenen Märkten ist derzeit noch nicht zu sehen.

In den ersten vier Monaten 1983 ist der Konzernumsatz weiter um runde 3 Prozent zurückgegangen. Die Schuld daran trug freilich der Preisverfall: Real nahm das Geschäft um tröstliche 0,5 Prozent zu, getragen von einer Belebung im Kunststoff-Bereich, die Franck vor allem auf den Lagerabbau bei wichtigen Abnehmern zurückführt.

Auch der Umsatzrückgang 1982 um 2 Prozent auf 2,5 (2,55) Mrd. DM war preisbedingt – real wurde die Vorjahresleistung wieder erreicht. Damit blieb auch die Kapazitätsauslastung auf dem Vorjahresniveau. Vom Preisrückgang am stärksten betroffen war das Baugeschäft, dessen Umsatzeinbuße um 5 Prozent mit 4 Prozentpunkten preisbedingt war. Das Auslandsgeschäft des Teerchemie-Unternehmens konnte dagegen nach einer Ausweitung um 2 Prozent den Umsatzanteil auf 31 (30) Prozent stärken.

Am Ertrag konnten die Marktprobleme kaum spurlos vorübergehen. Zwar wurde mit 22,3 (20,3) Mill. DM ein um 10 Prozent höheres Betriebsergebnis ausgewiesen. Doch daran waren außerordentliche Erträge (aus Grundstücksverkäufen, Auflösung von Rückstellungen) maßgeblich beteiligt.

Der Rückgang des Betriebsergebnisses wird vom Vorstand mit 10 Prozent beziffert. Noch deutlichere Auskunft über die Ertragsentwicklung geben der Rückgang des DVFA-Ergebnisses je Aktie um 23,8 Prozent auf 22,25 (29,20) DM und der gesunkene Brutto-Cash-flow (siehe Tabelle). Die Aktionäre werden an der Gewinnminderung mit einer Rücknahme der Dividende auf 7,00 (8,50) DM je 50-DM-Aktie „beteiligt", allerdings auf ein auf 100 (98) Mill. DM erhöhtes Grundkapital.

Die Sachinvestitionen, die 1982 auf 114 (108) Mill. DM bei 118 (102) Mill. DM Abschreibungen gestiegen waren, werden in diesem Jahr wieder auf 108 Mill. DM zurückgenommen. Davon werden 20 Prozent auf neue Produkte und Erweiterungsinvestitionen entfallen, 28 Prozent auf Kostensenkungsmaßnahmen und 52 Prozent auf Ersatzinvestitionen.

Die Konzernbelegschaft wurde bis zum Jahresende – vor allem bedingt durch die Probleme der Bausparte – um 2 Prozent auf 11 132 Mitarbeiter reduziert. Dabei wurde im Kunststoffbereich (Umsatzanteil 34 nach 32 Prozent) das Personal sogar um 2 Prozent aufgestockt. Positiv wertet Franck die Aussichten der Produktlinien Ausgangsstoffe und Wirkstoffe für Pflanzenschutz und Kosmetik, Spezialerzeugnisse für Elektrotechnik und Elektronik sowie neuer Produkte im Bereich der Kfz-Ausstattung.

Rütgerswerke	1982	±%
Gruppenumsatz¹) (Mill. DM)	3 109	–0,3
Konzernumsatz	2 495	–2,0
dav. Ausland (%)	31	(30)
Mitarbeiter	11 264	– 3,7
Nettoerg.²)	44	–18,5
Brutto-Cash-flow³)	140	–23,5
Netto-Cash-flow⁴)	93	–29,9
in % d. Ges.-Inv.	75	(117)

¹) Konzern plus wichtigste Beteiligungen anteilig;
²) Ergebn./Aktie 2225 (29,20) DM n. Ang. d. Untern.;
³) Jahresübersch. + Zuf. zu lfr. Rückst. u. Sonderposten + Abschreibungen ± ao. Positionen + EEV-Steuern;
⁴) Brutto – Steuern u. Dividende

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bocholt: Cortex Ges. f. Immissionsschutz, Industriefilter u. Abgasanlagen mbH, Heiden; **Hamm:** Otto-Robert Schneider; **Idar-Oberstein:** Ulrich E. Stiemer, Architekt, Herrstein/Nahe; **Köln:** TECHNOMONT Ges. f. Industrielle Planung u. Montage; Nachl. d. Bernd Jakob Möltgen, Stommeln; Jürgen Zimmermann Elektrogeräte GmbH; **Leverkusen:** Helmut Krohn GmbH, Leichlingen; Helmut Krohn GmbH & Co. KG, Leichlingen.

Anschlußkonkurs eröffnet: Alfeld (Leine): Schuhmaschinen-Ges. Hanke u. Co. mbH.

Vergleich beantragt: Bad Kreuznach: Heinrich Baacke KG, Maschinen- u. Getriebefabrik; **Hamburg:** Kurt Kampffmeyer, Kaufmann, Alleininh. d. Fa. E. Kampffmeyer; Kurt Kampffmeyer Mühlenvereinigung KG.

NAMEN

Dr. Werner Gugelmeier, zuletzt Vorstandsmitglied der Henninger-Bräu AG, Frankfurt, tritt ab 2. Juli 1983 als Generalbevollmächtigter in die Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen, ein.

Peter Giernoth, zuletzt Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Brasilianischen Industrie- und Handelskammer in São Paulo, wird am Anfang Juni 1983 neuer Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der deutschen Maschinen-Industrie. Sein Vorgänger, **Dr. Klaus Mangold**, scheidet auf eigenen Wunsch aus.

Ernst Oswald Hesse, Seniorchef der Künstlerfarbenfabrik H. Schmincke & Co., Erkrath, wurde 75 Jahre alt.

PSV durch AEG stark belastet

dpa/VWD, Köln

Der Pensions-Sicherungs-Verein VaG, Köln, war im Geschäftsjahr 1982 durch den AEG-Vergleich mit laufenden Leistungen von rund 950 Mill. DM einer außerordentlichen Belastungsprobe unterworfen. Die Verwaltung hofft aber, im jetzigen Geschäftsjahr den Beitragsersatz von zuletzt 6,9 (1981: 2,0) Promille bei einer Beitragsbemessungsgrundlage von 145 (134) Mrd. DM Ende 1983 wieder deutlich senken zu können. Der Verein verzeichnete im Berichtszeitraum 330 (245) Sicherungsfälle und ein Schadenvolumen von 1,22 (0,28) Mrd. DM. Die Beiträge konnten, unter anderem durch Rückgriff auf den jetzt mit 11,1 (156,1) Mill. DM ausgewiesenen Ausgleichsfonds auf rund 1 Mrd. DM begrenzt werden.

Bei Miele geht das Wachstum weiter

hdt. Gütersloh

Um fast 5 Prozent auf 1,65 (1,57) Mrd. DM konnte die Miele-Gruppe, Gütersloh, ihren Gesamtumsatz im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 6.) steigern. Wie aus dem jetzt veröffentlichten Konzernabschluß der Miele & Cie. GmbH & Co, Obergesellschaft der Gruppe, hervorgeht, erhöhte sich der Umsatz des Hausgeräteherstellers im Inland um 6 Prozent auf 1,37 Mrd. DM.

Die Investitionen im Berichtsjahr in Höhe von 143 (115) Mill. DM überschritten die Abschreibungen um mehr als das Doppelte. Der Ausweitung der Geschäftstätigkeit entsprechend wurde das Eigenkapital um 14 Mill. auf 213 Mill. DM aufgestockt. Die Gruppe beschäftigte zur Jahresmitte nahezu unverändert 11 430 Mitarbeiter.

NE-METALLINDUSTRIE / Nach dem Ende von Langzeitverträgen droht vielen Unternehmen der Kollaps

Strompreise haben die „Schmerzgrenze" erreicht

D. SCHMIDT, Wilhelmshaven

Noch ist das, was auf die Alcan-Aluminiumhütte in Ludwigshafen zugekommen ist, ein Einzelfall. Anderen Betrieben der NE-Metall-Industrie indes droht früher oder später ähnliches. Dann nämlich, wenn die derzeit noch gültigen langfristigen Verträge mit den Energieversorgungsunternehmen (EVU) auslaufen und die Strompreise neu verhandelt werden. Fest steht nämlich, daß die EVU solch günstige Konditionen, wie sie Anfang der 70er Jahre mit Großabnehmern vereinbart wurden, nicht wieder einräumen werden.

Die Folgen für die Hersteller von Aluminium, Zink oder Kupfer, deren Energiekostenanteil an den Gesamtkosten schon heute zwischen 25 Prozent (Kupfer) und 40 Prozent (Aluminium) erreicht, liegen auf der Hand. Günther Saßmannshausen, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle und als Vorstandschef der Preussag AG einer der unmittelbar Betroffenen (Preussag-Zinkhütte in Nordenham), formuliert das so: „Die steigenden Energiekosten und die Belastungen aus dem Bereich des Umweltschutzes haben zum Teil bereits eine nachhaltige Verlustsituation bewirkt, die zu einer existentiellen Gefährdung unserer Standorte geführt hat oder in den nächsten Jahren führen wird."

Die Probleme der Branche werden von den EVU durchaus gesehen. Hermann Krämer, Vorstandsvorsitzender der Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) in Hamburg – die NWK versorgt die an der Küste gelegenen Hütten und Elektrolysen –, spricht denn auch von einer „Schmerzgrenze", die die Strompreise erreicht haben. Die Chancen für eine Anschlußregelung nach Auslaufen der Verträge seien jedoch gering. Die eigene Kostenstruktur erlaube es nicht, derart billigen Strom weiter zu liefern. Krämer: „Es werden Preise herauskommen, mit denen die NE-Metall-Industrie nicht mehr leben kann."

Beide Seiten sprechen sich, gewissermaßen als letzten Ausweg, für eine „Revision der energiepolitischen Strategie in der Bundesrepublik" aus. Dem wiederum steht das Votum des Bundeskartellamtes entgegen. Die Berliner Behörde will Sonderregelungen für einzelne Unternehmen nicht zulassen, erkennt Wettbewerbsverstöße. Hinzu kommt, daß der unter Einstandspreisen gelieferte Strom auf die Tarife anderer Abnehmer durchschlagen würde.

Deutliche Worte zu dieser Thematik fand Gerhardt Behrendt vom Bundeswirtschaftsministerium. Der kündigte schon bald entsprechende Gespräche mit den Vertretern der NE-Metall-Industrie an. Derzeit befinde sich Bonn aber noch im „Stadium der Bestandsaufnahme". Ausgeschlossen ist aus seiner Sicht eine unbefristete Subventionierung der Strompreise. Die Besserstellung eines Industriezweiges gegenüber anderen sei nicht akzeptabel.

Die Vorstellungen der NE-Metall-Industrie sind dagegen präziser. Sie beginnen bei der Beibehaltung der Präferenzen für Schmelzstrom und führen über die befristete Verstromung von Importkohle zu Grenzkosten und die Inanspruchnahme des europäischen Stromverbundnetzes bis hin zur „grundsätzlichen Freistellung von der Erhebung der Ausgleichsabgabe". Ein wesentlicher Aspekt sei in diesem Zusammenhang die Entlastung der EVU und der stromintensiven Grundstoffindustrien von Aufwendungen, „die die ausländischen Wettbewerber nicht zu tragen haben". Hierzu zählten vor allem die Belastungen aus dem Umweltschutz und der Entsorgung.

Nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Metalle hat die ausländische Konkurrenz erhebliche Kostenvorteile. So würden die Strompreise in Frankreich um 25 Prozent, in den USA um 30 Prozent, in Australien und Brasilien um 40 Prozent und in Kanada um rund 60 Prozent unter dem Niveau in der Bundesrepublik liegen. Vor diesem Hintergrund seien Überlegungen zu sehen, deutsche Hütten-Standorte aufzugeben. Davon wären 10 000 Arbeitsplätze direkt betroffen.

Einschließlich der Weiterverarbeitung beschäftigt die NE-Metall-Industrie rund 110 000 Personen. Sie erzeugen jährlich 1,1 Mill. t Aluminium, über 400 000 t Kupfer und 390 000 t Zink. Neben diesen mengenmäßig wichtigen NE-Metallen werden auch andere für die industrielle Weiterverarbeitung unverzichtbare Grundstoffe wie Selen, Wismut und Cadmium gewonnen. Insgesamt werden an die weiterverarbeitende Industrie jährlich 2,3 Mill. t Metallhalbzeug und 0,5 Mill. t Metallguß geliefert.

Die Wirtschaftsvereinigung verweist ferner auf die Versorgungssicherheit. Bei Aufgabe der Primärstufen müßte die Bundesrepublik die Aluminiumeinfuhren zusätzlich um gut 45 Prozent, die von Kupfer um 78 Prozent und die von Zink um mindestens 74 Prozent erhöhen. Dabei bleibe die Förderung der inländischen Blei- und Zinkerze unberücksichtigt.

FREUDENBERG

Neue Impulse in den USA

nl. Weinheim

Die Freudenberg-Gruppe – Gummi- und Kunststoffverarbeitung, Vliesstoff- und Ledererzeugung sowie Schuhfertigung – erwartet 1983 Impulse im Auslandsgeschäft. Bei den deutschen Gesellschaften wird dagegen, wie die Freudenberg & Co., Weinheim, mitteilte, nur mit leichtem Wachstum ohne zusätzliche Beschäftigung gerechnet. Die Wirtschaftsbelebung in den USA lasse dagegen 1983 eine stärkere Umsatzzunahme vor allem bei den US-Gesellschaften der Gruppe erwarten. Mit fast 400 Mill. DM Umsatz sind die USA für Freudenberg inzwischen wichtigster Auslandsmarkt geworden.

Die Freudenberg-Gruppe konnte ihren konsolidierten Umsatz 1982 um 3,9 (5,0) Prozent auf 2,45 (2,36) Mrd. DM steigern. Der Inlandsumsatz erhöhte sich um 5 Prozent auf 1,10 Mrd. DM, der Auslandsumsatz um 3 Prozent auf 1,35 Mrd. DM, davon 577 Mill. DM (plus 5,3 Prozent) Exporte aus der Bundesrepublik. Die Auslandsgesellschaften, die in den letzten Jahren Zuwachsraten von nahezu 20 Prozent erreichten, kamen 1982 nur auf einen Umsatzanstieg von 1,3 Prozent auf 774 Mill. DM. Die nicht konsolidierten Umsätze der Minderheitsbeteiligungen (Vliesstoffe/Japan, Naturin) lagen mit 1,34 Mrd. DM in Vorjahreshöhe. Das Stammhaus Carl Freudenberg, Weinheim, entwickelte sich 1982 mit einem Umsatzplus um 5,7 Prozent auf 1,15 Mrd. DM ähnlich wie die Gruppe.

Die Ertragslage der Gruppe – Zahlen werden nicht genannt – habe sich, so hieß es, 1982 verbessert, doch sei das Niveau früherer Jahre nicht erreicht worden. In Teilbereichen habe ein ruinöser Wettbewerb zu scharfem Kostendruck geführt. Die Investitionen lagen 1982 mit 139 Mill. DM nach einem mehrjährigen Investitionsstoß wieder auf „normal hohem Niveau" von 5,7 (nach 8) Prozent des Gruppenumsatzes. Die Gruppe beschäftigte Ende 1982 rund 21 600 (22 700) Mitarbeiter, 14 000 davon im Inland.

Nordinvest setzt auf Rohstoffaktien

C. DERTINGER, Frankfurt

Als günstig schätzt die Nordinvest, Tochter der Vereins- und Westbank, die künftige Wertentwicklung ihres im Februar aufgelegten Australien-Pazifik-Fonds ein, dessen Anteile bisher eine Wertsteigerung von gut sechs Prozent aufweisen. Die Fondsmanager gehen davon aus, daß die Preise von Rohstoffen, die den Anlageschwerpunkt dieses Fonds bilden, bei einer Belebung der Weltkonjunktur kräftig steigen. In australischen Aktien war der Fonds Ende März mit 37,3 Prozent investiert. Weitere 27 Prozent des Fondsvermögens waren in kanadischen und amerikanischen Rohstofftiteln sowie in amerikanischen und japanischen Technologieaktien angelegt.

Auch der Japan-Pazifik-Fonds setzt auf eine Rohstoffhausse und hat verstärkt in Australien, aber auch in den USA investiert. In der ersten Hälfte des am 1. Oktober begonnenen Geschäftsjahres stieg der Anteilswert um 9 Prozent. Der Nordrenta International (Wertsteigerung 9,8 Prozent) legte die neu zugeflossenen Mittel fast ausschließlich in hochverzinslichen Dollaranleihen an. Der internationale Aktienfonds Wekanord tauschte US-Anleihen in US-Aktien und baute eine kleine Australien-Position auf. (Wertsteigerung 14,9 Prozent).

Partner für Immobilien-Leasing – Deutsche Leasing

Ihre Immobilien-Investitionen erfordern in jeder Hinsicht sorgfältige Planung, fachmännischen Rat und Hilfestellung bei der Realisierung.

Gleich welche Objekte Sie planen – Verwaltungs- und Fabrikationsgebäude, Lagerhallen, Märkte –, nutzen Sie das gesamte Dienstleistungspaket der Deutschen Leasing.

Die Erfahrungen unserer Leasing-Spezialisten geben Ihnen die Sicherheit für Ihre Entscheidungen.

Wir sind für Sie ein wertvoller Partner
- bei der Objekt-Bewertung und Projektsteuerung
- bei der Schaffung einer soliden Finanzierungs- und Kalkulationsgrundlage
- bei der Freisetzung stiller Reserven, die Ihren Handlungsspielraum erweitern.

Erhalten Sie sich die finanzielle Flexibilität Ihres Unternehmens und treffen Sie Ihre Investitionsentscheidung mit der Deutschen Leasing gemeinsam.

Deutsche Leasing AG. Hungener Straße 6–12, 6000 Frankfurt/M. 60, Tel. (0611) 15291
Geschäftsstellen: Hamburg (040) 201661, Hannover (0511) 345814, Bielefeld (0521) 68090, Dusseldorf (0211) 80434, Köln (0221) 624051, Frankfurt (0611) 666 4011, Nürnberg (0911) 37173, Karlsruhe (0721) 22952, Stuttgart (0711) 299681, München (089) 5027061

Deutsche Leasing


Aktiengeschäft flaute weiter ab

Aber spekulative Käufe bei AEG und Hoesch

DW. – Der Mangel an ausländischen Kaufaufträgen und auch die nachlassende Anlagebereitschaft der Inländer ließen am Wochenbeginn bei den Aktien keine eindeutige Tendenz aufkommen. Lediglich dort, wo besondere Anregungen vorlagen, wurde der Handel lebhafter. Das war insbesondere bei den AEG-Aktien der Fall, die mit 80 DM (plus 4 DM) einen neuen Jahreshöchstkurs erreichten. Spekulationen auf höhere Verkaufserlöse für angegebene Beteiligungen regten hier die Phantasie an. Bei Hoesch sorgte die geplante Umstellung des Konzerns sowie seine sich bessernde Ertragslage für anhaltende Kaufbereitschaft.

Ein gewisser Kursdruck ging von Siemens aus, wo das Bezugsrecht mit 12,30 DM (minus 0,20 DM) seinen bisher niedrigsten Stand erreichte. Siemens-Aktien fielen gleichzeitig um knapp 5 DM zurück. Bank- und Großchemieaktien wurden auf Basis der Freitag-Kurse gehandelt. Bei den Autoaktien gab es gewisse Ermüdungserscheinungen. Der Daimler-Kurs wurde um 3 DM zurückgenommen. Im Versorgungsbereich konnte sich der HEW-Kurs trotz des sich zuspitzenden Streits um die Geschäftspolitik der Gesellschaft nahezu behaupten.

Düsseldorf: Nach deutlichen Anfangsgewinnen kam es im Sitzungsverlauf verstärkt zu Gewinnmitnahmen, so daß per saldo nur geringe Kurssteigerungen verblieben. Biewag erhöhten sich um 5 DM auf 187 DM, Gerresheimer Glas zogen um 2,50 DM auf 102,50 DM an und Dahlbusch Vz. befestigten sich um 10 DM auf 460 DM. Pongs und Zahn gaben um 5 DM auf 160 DM nach und Allianz Leben fielen um 20 DM auf 2210 DM.

Frankfurt: Linde konnten sich auf 397 DM plus 9 DM verbessern, AEG auf 77,90 DM plus 1,80 DM, der Druck auf die Siemens-Aktie hielt an, der Kurs wurde um 4,30 DM auf 344,50 DM zurückgenommen, das Bezugsrecht lag bei 12,30 DM und damit leicht über Parität bei 50 000 Stück Umsatz. Von Spezialaktien blieben Riebeck-Montan nach Abweisung der neuesten Klage von Riebeck-Aktionären 240 DM minus 46 DM bei 34 000 Reichsmark Umsatz. Pfälzische Hypothekenbank 610 DM plus 12 DM, Mannheimer Versicherung 445 DM plus 10 DM, Mainzer Aktienbier 288 DM plus 8 DM und Binding 237,50 DM plus 7,50 DM!

Hamburg: Beiersdorf verbuchten einen Gewinn von 3 DM, die Versorgungswerte gaben um 1 DM nach (HEW und NWK Vz.). Conti Gummi waren mit 93,50 DM behauptet, und Phoenix Gummi lagen bei 115,10 DM um 2,90 DM schwächer. Um je 2 DM verbesserten sich Haller Meurer und Triton. Hapag waren mit 44,90 DM und 1,50 DM fester.

München: Agrob Vz. verminderten sich um 3 DM auf 328 DM und Dywidag sanken um 5 DM auf 275 DM. Augsburger Kammgarn stiegen um 2 DM auf 78 DM, Diamalt verbesserten sich um 5,50 DM auf 155 DM und Flachglas konnten sich um 5 DM auf 325 DM befestigen.

Berlin: Forst Ebnath wurden um 30 DM höher taxiert. Lehmann konnten sich um 5 DM, Berthold um 4 DM, AEG um 3,60 DM, Adca um 3,50 DM und BHF-Bank um 2 DM erholen.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Junge Aktien

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York | Toronto | London | Amsterdam | Mailand | Wien | Tokio | Kopenhagen | Zürich | Brüssel | Hongkong | Singapur | Madrid | Paris | Sydney

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9. 5.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅝–8⅞	4½–4¾	4¼–4½
3 Monate	8¾–8⅞	4⅞–5⅛	4⅛–4⅜
6 Monate	8¾–9	5 –5¼	4¼–4⅜
12 Monate	9 –9¼	5¼–5½	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 5.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,2–5,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 9. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 9. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 9. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1335,00	1621,55
10 US-Dollar (Indian)**)	1008,00	1201,32
5 US-Dollar (Liberty)	413,00	562,74
1 £ Sovereign alt	244,00	298,32
1 £ Sovereign Elizabeth II	246,00	300,58
20 belgische Franken	185,00	242,95
10 Rubel Tscherwonez	257,00	318,66
2 südafrikanische Rand	242,00	296,06
Krüger Rand, neu	1075,00	1259,95
Maple Leaf	1073,00	1257,69
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	252,00	318,66
20 schweiz. Franken „Vreneli"	217,00	273,46
20 franz. Franken „Napoléon"	206,00	261,03
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1000,00	1192,15
20 österr. Kronen (Neuprägung)	201,00	249,73
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	135,60
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	461,00	560,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	146,90

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Trotz eines leichten Anstiegs der amerikanischen Goldmengengröße um 1,4 Mrd. Dollar verstärkte sich die Markterwartung am 9. Mai auf eine baldige Diskontsatzsenkung durch die Federal Reserve Bank. Der Handel verlief in sehr ruhigen Bahnen mit Kursen zwischen 2,4300 und 2,4360. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,4346 festgestellt. Dabei glich die Bundesbank die Nachfrage mit einem Verkauf von 9,5 Mill. Dollar aus. Das Britische Pfund schwächte sich leicht um 0,9 Pf auf 3,845 ab und konnte keine neue Aufwärtsimpulse aus der heutigen Bekanntgabe des 9. Juni als vorgezogenen Wahltermin ziehen. Der Schweizer Franken befestigte sich um 21 Pf auf 119,23. Die höchste Notierung seit dem 18. 12. 1981 erreichte der japanische Yen mit einem Tagesgewinn von 0,6 Prozentpunkten auf 1,0450. Die übrigen amtlich notierten Währungen veränderten sich nur geringfügig gegenüber der D-Mark. Dollar in Amsterdam 2,7400; Brüssel 48,67; Paris 7,3420; Mailand 1451,30; Zurich 2,0419; Ir. Pfundd/DM 3,159; Pfund/DM 3,159.

Devisenterminmarkt

Die Deports für FF bildeten sich am 9. Mai zurück, da sich die Situation am Kasse Markt weiter entspannte. Dollar/DM-Deports wurden etwas erhöht gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,94/0,84	2,38/2,28	4,64/4,44
Pfund/Dollar	0,21/0,18	0,48/0,44	0,75/0,70
Pfund/DM	2,6/1,2	5,5/4,1	9,6/8,2
FF/DM	32/16	85/69	190/174

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/5 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,50 (5,29) – 7,50 (5,79) – 8,00 (6,18) – 8,50 (6,50). Ausgabe 1983/6 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,50 (5,33) – 7,50 (5,87) – 8,00 (6,29) – 8,50 (6,66) – 8,50 (6,92)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,10, 2 Jahre 6,00

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,20, Rendite 7,20.

Devisen und Sorten

Optionshandel

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Renten überwiegend abwärts

Da aus den USA positive Zinssignale ausblieben, wurde die in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche zeitweise freundlichere Tendenz am Rentenmarkt durch verbreitete Kursrückgänge bei den öffentlichen Anleihen abgelöst. Hier gab es Einbußen bis zu 0,30 Prozentpunkte. Der Markt ist durch die neue Bundesanleihe verstopft, für die nirgends Interesse besteht. Bei den Pfandbriefen blieb das Geschäft schleppend. Nennenswerte Kursveränderungen gab es hier ebensowenig wie bei den DM-Auslandsanleihen, wo ebenfalls über geringe Nachfrage geklagt wird.

Wandelanleihen

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Katholische Kirche unter Fremdherrschaft

Ihre Wiedererhebung im Zeichen der ewigen Wahrheiten, im Zeichen Mariens und des Meßopfers aller Zeiten.

Alles für wahre Erneuerung im Geist und in der Wahrheit
UND ALLES GEGEN VERPÖBELUNG UND ENTGEISTUNG.

Alles für vertiefende Einweihung
UND ALLES GEGEN SEICHTE, ANTICHRISTLICHE „FORTSCHRITTS"-IDEOLOGIE.

Samstag und Sonntag, den 14. und 15. Mai 1983:

Erzbischof Lefebvre in der Olympiahalle zu München!

Programm rund um die Uhr.

Schwerpunkte:

Samstag, den 14. 5.: 17.00 Uhr Rede des Hochwürdigsten Herrn Erzbischof Marcel Lefebvre
19.30 Uhr Rede von Herrn Dr. Rudolf Krämer-Badoni
20.30 Uhr Lichterprozession
Sonntag, den 15. 5.: 8.30 Uhr Rede von H. H. Pfarrer Hans Milch
10.00 Uhr **PONTIFIKALAMT**

Eintritt frei! Es wird sich ein Wochenende in München lohnen.

In der Umgebung sind noch Zimmer frei. Anschließend einige **Telefonnummern:** Rosenheim (0 80 31) 6 78 05, 6 64 25, 6 62 36; Erding (0 81 22) 1 41 40, 21 13, 1 41 52; Tutzing (0 81 58) 62 71, 19 93; Herrsching/Ammersee (0 81 52) 12 63, 67 55, 20 81.

Verantwortlich: Pfarrer Hans Milch, Oranienstraße 38, 6200 Wiesbaden

FACTORING
FACTORING
FACTORING
FACTORING
FACTORING
FACTORING
FACTORING

Wir haben etwas gegen Ihre hohen Außenstände: Factoring.

Bremsen Sie Ihre Umsatzentwicklung nicht durch mangelnde Liquidität. Lassen Sie Ihre Außenstände zu Bankguthaben werden – ohne Einschränkung der übrigen Kreditlinien, ohne Verkürzung der gewährten Zahlungsziele.
Factoring mit Delkredereschutz: Liquidität und Sicherheit für mittelständische Unternehmen von einem der ältesten und größten Factoring-Institute der Bundesrepublik. Hinter uns steht die DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank, das Spitzeninstitut der Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie ihrer regionalen Zentralbanken.
Sprechen Sie mit uns – damit wir in Abstimmung mit Ihrer Hausbank für Sie ein individuelles Angebot ausarbeiten können.

DG DISKONTBANK AG
Kaiser-Friedrich-Str. 7, 6500 Mainz 1
Tel. (0 61 31) *10 40, Telex 4 187 754

Im Verbund der Volksbanken/Raiffeisenbanken und ihrer regionalen Zentralbanken.



Warenpreise – Termine

Fest schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Bei Kaffee wurden leichte Abschläge verzeichnet. Die Kakaonotierungen schlossen unverändert bis geringfügig fester.

Getreide und Getreideprodukte

	6. 5.	5. 5.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	354,50	354,00
Juli	362,75	363,00
Sept	372,00	372,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif	6. 5.	5. 5.
St Lawrence 1 CW	241,16	241,81
Amber Durum	243,11	245,21
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	117,50	116,80
Juli	120,20	119,90
Sept	125,30	124,90
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	97,20	97,00
Juli	94,80	94,80
Sept.	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	6. 5.	5. 5.
Mai	159,00	155,75
Juli	162,75	161,25
Sept	165,75	165,75
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	317,25	319,00
Juli	317,25	318,25
Sept	309,30	310,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	6. 5.	5. 5.
Mai	107,00	107,60
Juli	107,20	107,50
Sept.	108,30	108,30
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	6. 5.	5. 5.
Mai	9,90	9,90
Juli	10,23	10,24
Sept.	10,48	10,46
Nov	10,68	10,64
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	19,50	18,50
Sept	19,00	19,00

Genußmittel

	6. 5.	5. 5.
Kaffee		
New York (c/lb)	6. 5	5. 5.
Terminkontr. Mai	126,25	126,85
Juli	125,50	126,35
Sept.	123,20	124,20
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1870	1865
Juli	1889	1888
Sept.	1910	1910
Umsatz	1659	2921
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	8,82	8,57
Sept.	9,11	8,90
Okt.	9,39	9,10
Jan.	9,89	9,70
März	10,23	9,99
Umsatz	12 350	10 785
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6. 5. / 7,78	5. 5. / 7,73
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	6. 5.	5. 5.
Kontrakt Mai	1860–1864	1850–1853
Juli	1652–1654	1650–1651
Sept.	1578–1579	1584–1586
Umsatz	1833	2152
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1274–1278	1285–1286
Juli	1307–1308	1314–1315
Sept.	1313–1314	1320–1321
Umsatz	1417	2892
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Aug.	141,45–141,50	138,00–138,25
Okt.	148,25–148,60	145,60–145,75
Dez.	153,00–153,25	151,25–151,75
März	160,25–160,60	158,00–158,25
Mai	164,75–165,00	162,00–162,25
Aug.	–	–
Umsatz	3301	3002

	6. 5.	5. 5.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	6. 5.	5. 5.
schw. Sarawak spez.	250,00	250,00
weißer Sarawak	345,00	345,00
weißer Muntok	350,00	350,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	6. 5.	5. 5.
Mai	115,50	115,50
Juli	112,50	120,50
Sept.	111,30	111,25
Nov.	110,75	107,85
Jan.	102,55	102,60
Umsatz	225	300

Öle, Fette, Tierprodukte

	6. 5.	5. 5.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	6. 5.	5. 5.
Südstaaten fob Werk.	27,00	26,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,50	22,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	19,55	19,57
Juli	19,78	19,78
Aug.	19,90	19,88
Sept.	20,03	20,00
Okt.	20,15	20,12
Dez.	20,52	20,50
Jan.	20,70	20,68
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	23,50	23,25
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	17,50	17,25
Choise white hog 4% fr. F.	16,25	16,25
Talg		
New York (c/lb)		
top white	16,00	16,00
fancy	15,50	15,50
bleichfähig	15,25	15,25
yellow max.10% fr. F.	13,50	13,50
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Juni	49,20	49,60
Juli	49,80	49,70
Aug.	47,45	47,30
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Mai	69,15	67,80
Juli	67,40.	67,10
Aug.	64,60	64,65

	6. 5.	5. 5.
Häute		
Chicago (c/lb)	6. 5.	5. 5.
Ochsen einh. schwere River Northern	49,50	49,50
Kühe einh. schwere River Northern	44,00	44,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	628,50	630,75
Juli	644,50	646,50
Aug.	649,50	652,00
Sept.	656,00	657,00
Nov.	667,00	668,50
Jan.	679,00	680,50
März	691,50	693,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	184,50	185,00
Juli	187,90	188,80
Aug.	189,40	190,30
Sept.	191,00	191,80
Okt.	192,60	193,30
Dez.	197,00	198,00
Jan.	199,10	199,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	6. 5.	5. 5.
Mai	288,70	287,00
Juli	291,00	290,60
Okt.	301,50	301,20
Kokosöl		
New York (c/lb)	6. 5.	5. 5.
Westküste fob Werk	28,50	28,25
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	6. 5.	5. 5.
jegl. Herk. cif	530,00	520,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	405,00	405,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	452,50	437,50
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	119,00	121,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	660,00	642,50
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	244,50	243,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	6. 5.	5. 5.
Baumwolle		
New York (c/lb)	6. 5.	5. 5.
Kontrakt Nr. 2:		
Mai	71,03	70,29
Juli	72,38	71,50
Okt.	73,20	72,40
Dez.	73,31	72,60
Jan.	74,40	73,85
Mai	74,80	74,50
Kautschuk New York		
(c/lb): Händlerpreis loco RSS –1	56,75	57,50
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	6. 5.	5. 5.
Mai	430	422
Aug.	445–447	442–447
Okt.	444–447	445–447
Umsatz	67	93
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	6. 5.	5. 5.
Mai	43,50	43,50
Juli	43,85	43,85
Okt.	44,30	44,30
Dez.	44,90	44,90
Umsatz	0	0
		Tendenz: ruhig
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	6. 5.	5. 5.
Mai	566,0–569,0	560,0–560,5
Juli	585,0–587,0	582,0–583,0
Okt.	577,0–578,0	577,0–577,5
Umsatz	70	74
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	6. 5.	5. 5.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	6. 5.	5. 5.
Mai	13 999	geschl
Juni	14 080	geschl.
Kautschuk		
London (p/kg)	6. 5.	5. 5.
Nr. 1 RSS loco	72,25–74,00	71,00–72,50
Juni	72,90–73,40	71,40–72,00
Juli	72,80–73,00	71,50–71,90
Juli/Sept.	72,90–73,10	71,70–71,90
Tendenz: ruhig		

	6. 5.	5. 5.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	6. 5.	5. 5.
Nr 1 RSS loco	241,00–242,00	239,00–240,00
Mai	241,00–242,00	239,00–240,00
Juni	245,00–246,00	243,00–244,00
Nr 2 RSS Mai	236,00–237,00	234,00–235,00
Nr 3 RSS Mai	232,50–233,50	230,50–231,50
Nr 4 RSS Mai	226,00–227,00	224,00–225,00
Tendenz: unsicher		
Jute London (£/lgt)	6. 5.	5. 5.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 R – 76 WD – (–): BTC – (–): BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	9. 5.	6. 5.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	107,86–108,06	106,85–107,05
drittfolg. Monat	111,91–112,09	110,71–110,81
Zink: Basis London		
laufend. Monat	184,61–184,70	178,76–178,96
drittfolg. Monat	187,21–187,40	183,59–183,78
Produz.-Preis	182,90	183,60
Reinzinn 99,9%	3633–3669	3638–3674

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9. 5.	6. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	436,43–438,74	433,59–435,91
Blei in Kabeln	115,50–116,50	114,50–115,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	9. 5.	6. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	355–367	354–365
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	397–398	395–396
MS 63	402–405	400–403

Zinn-Preis Penang

	6. 5.	5. 5.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring 1kg)	31,41	31,45

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	9. 5.	6. 5.
Leg. 225	311–313	311–313
Leg. 226	314–315	314–315
Leg. 231	345–351	345–351
Leg. 233	356–361	356–361

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	9. 5.	6. 5.
Platin (DM je g)	36,458	37,40
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr	34 500	34 500
Rücknahmepr.	33 700	33 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr	34 470	34 290
Rücknahmepr.	33 440	33 260
verarbeitet	36 180	35 980
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 210	34 000
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr	1003,50	990,70
Rücknahmepr.	968,40	956,00
Verarbeitet	1048,00	1034,70

Internationale Edelmetalle

	9. 5.	6. 5.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	435,00	431,50
15.00	434,00	431,25
Zürich mittags	434,75–435,50	431,00–431,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 350	102 850
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	797,85	785,95
3 Monate	817,40	804,65
6 Monate	836,90	823,40
12 Monate	876,50	862,50
Platin (£-Feinunze)	6. 5.	5. 5.
London fr. Markt	277,05	278,50
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	81,20	81,65

New Yorker Preise	6. 5.	5. 5.
Gold H & H Ankauf	431,25	433,75
Silber H & H Ankauf	1340,00	1253,00
Platin fr. Händlerpr.	435,00–439,00	435,00–439,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr	129,00–131,00	128,00–130,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	1279,00	1249,00
Juni	1277,50	1253,00
Juli	1294,00	1267,00
Sept.	1313,00	1285,00
Dez.	1343,00	1318,00
Jan.	1345,90	1321,20
März	1365,90	1345,00
Umsatz	23 000	25 000

New Yorker Metallbörse

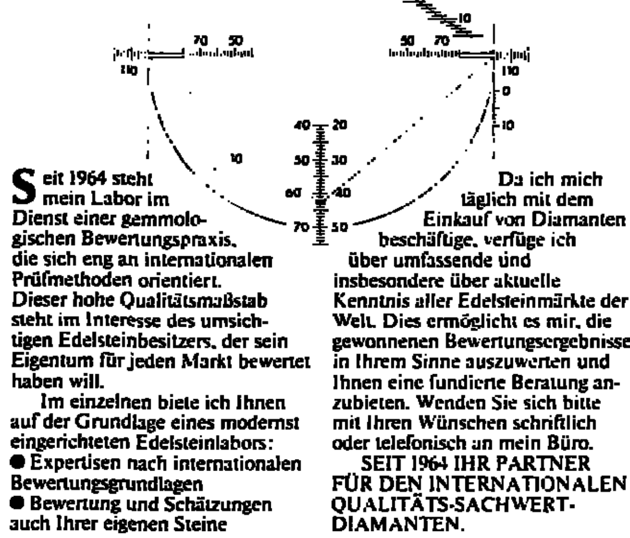
Kupfer (c/lb)	6. 5.	5. 5.
Mai	80,00	78,65
Juni	80,10	79,30
Juli	80,90	80,05
Sept.	82,05	81,35
Dez.	84,00	83,00
Jan.	84,30	83,50
März	85,40	84,60
Umsatz	8000	6500

Londoner Metallbörse

	9. 5.	6. 5.
Aluminium (£/t)		
Kasse	881,00–881,50	870,50–871,00
3 Monate	907,50–908,00	895,50–896,00
Blei (£/t) Kasse	280,00–280,50	277,00–278,00
3 Monate	290,50–291,00	287,00–288,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1120,5–1121,0	1110,5–1111,0
3 Monate	1146,0–1146,5	1134,5–1135,5
abends Kasse	–	1112,5–1113,5
3 Monate	–	1137,5–1138,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1087,0–1089,0	1078,0–1079,0
3 Monate	1115,0–1116,0	1107,0–1108,0
Zink (£/t) Kasse	479,25–479,50	463,50–464,00
3 Monate	486,0–486,5	475,5–476,0
Zinn (£/t) Kasse	8608–8610	8650–8655
3 Monate	8630–8635	8650–8655
Quecksilber		
$/Fl)	–	290–305
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	–	88–91







Seit 1964 steht mein Labor im Dienst einer gemmologischen Bewertungspraxis, die sich eng an internationalen Prüfmethoden orientiert. Dieser hohe Qualitätsmaßstab steht im Interesse des umsichtigen Edelsteinbesitzers, der sein Eigentum für jeden Markt bewertet haben will.

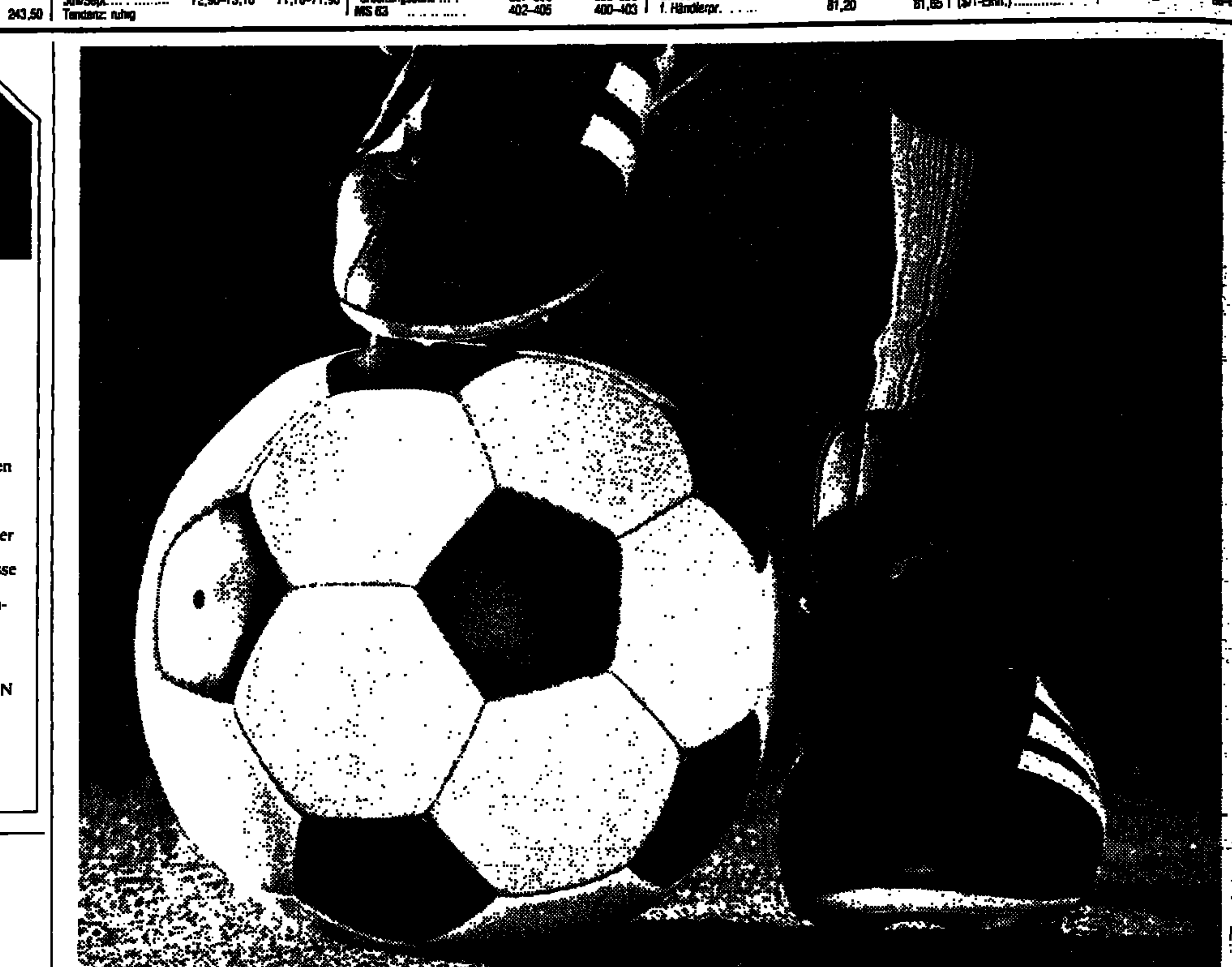
Im einzelnen biete ich Ihnen auf der Grundlage eines modernst eingerichteten Edelsteinlabors:

- Expertisen nach internationalen Bewertungsgrundlagen
- Bewertung und Schätzungen auch Ihrer eigenen Steine

Da ich mich täglich mit dem Einkauf von Diamanten beschäftige, verfüge ich über umfassende und insbesondere über aktuelle Kenntnis aller Edelsteinmärkte der Welt. Dies ermöglicht es mir, die gewonnenen Bewertungsergebnisse in Ihrem Sinne auszuwerten und Ihnen eine fundierte Beratung anzubieten. Wenden Sie sich bitte mit Ihren Wünschen schriftlich oder telefonisch an mein Büro.

SEIT 1964 IHR PARTNER FÜR DEN INTERNATIONALEN QUALITÄTS-SACHWERT-DIAMANTEN.

Susann Lange-Mechlen, DIAMOND CORPORATION
Marktplatz 6/IV, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/297481



Nur montags haben wir Konkurrenz!

In Sachen Sport stehen die HANDELSBLATT-Leser gewissermaßen abseits. Weil eine wirtschaftspolitische überregionale Zeitung jede Zeile für Business-News braucht, müssen sie die Sportnachrichten einer normalen Tageszeitung entnehmen, die von allem ein wenig bringt. Und dafür ihrerseits weniger Platz für Insider-Wissen aus der Wirtschaftswelt hat. Aber dieser Verzicht bringt Ihnen als HANDELSBLATT-Leser eine Menge Gewinn: Das HANDELSBLATT berichtet aus allen Branchen und Märkten, damit Unternehmer und Führungskräfte, Bankiers und Finanzexperten, Marketing- und Verkaufsfachleute beruflich am Ball bleiben. Und auf diesem Gebiet hat die wirtschaftspolitische überregionale Zeitung wohl kaum Konkurrenz!

Handelsblatt

So wichtig wie seine Leser

Verlagsgruppe Handelsblatt, Postfach 1102, 4000 Düsseldorf 1

Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft hat am 9. Mai 1983 entsprechend den Vorschlägen von Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1982 in Höhe von DM 25.020.00,– wie folgt zu verwenden:

a) Zahlung einer Dividende von DM 11,– je Aktie im Nennwert von DM 50,– auf das Grundkapital von DM 66.000.000,– DM 14.520.000,–
b) Zuführung zur gesetzlichen Rücklage DM 10.500.000,–

Die Dividende wird ab 10. Mai 1983 an den Kassen der Gesellschaft in Köln und Berlin sowie bei allen Banken und Sparkassen im Bundesgebiet und in West-Berlin gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 34 gezahlt. Der Steuerabzug beträgt 25% Kapitalertragsteuer.

Aus unserem Jahresabschluß 1982

AKTIVA	1982 Mio DM	1981 Mio DM
Ausleihungen mit vereinbarter Laufzeit von vier Jahren oder länger	20.120	17.861
Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand	34	37
Anleihen, Schuldbuchforderungen, Schatzanweisungen und Schatzwechsel des Bundes und der Länder sowie Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind	264	188
Flüssige Mittel und täglich fällige Forderungen und solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren	1.380	1.208
Eigene Schuldverschreibungen	88	38
Sonstige Aktivposten	452	357

PASSIVA	1982 Mio DM	1981 Mio DM
Begebene Schuldverschreibungen	19.138	16.975
Verpflichtungen zur Lieferung von Schuldverschreibungen	387	146
Aufgenommene Darlehen mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger	674	734
Täglich fällige Verbindlichkeiten und solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren	662	590
Rückstellungen	63	56
Grundkapital	66	66
Offene Rücklagen	436	401
Bilanzgewinn	25	25
Sonstige Passivposten	887	696
Bilanzsumme	22.338	19.689

AUFWENDUNGEN	1982	1981
Zinsen für Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen	1.550	1.256
Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehnsgeschäft	88	73
Gehälter und Löhne, soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	29	25
Sachaufwand für das Bankgeschäft	10	9
Steuern	53	53
Sonstige Aufwendungen	15	3
Jahresüberschuß	50	50

ERTRÄGE	1982	1981
Zinsen aus Darlehensgeschäften	1.593	1.306
Andere Zinsen und zinsähnliche Erträge	87	79
Einmalige Erträge aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	114	84
Sonstige Erträge	1	–
Summe der Erträge und Aufwendungen	1.795	1 469

Der ungekürzte Jahresabschluß 1982 wird im Bundesanzeiger Nr. 88 veröffentlicht.

Berlin/Köln, im Mai 1983
Der Vorstand

Centralboden

Ihre Hypothekenbank — damit's am Geld nicht scheitert

Deutsche Centralbodenkredit-AG
Hauptverwaltung: 5000 Köln 1 · Kaiser-Wilhelm-Ring 27-29 · Telefon (0221) 57211
Vertreten in allen großen Städten der Bundesrepublik sowie West-Berlin

"...This is a well produced newspaper with several firstclass correspondents..."

Das schrieb die Londoner TIMES in einer Dokumentation zum Thema „Weltpresse" über die WELT.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

W 3453

VIELE REDEN VOM FRIEDEN.



WIR ARBEITEN FÜR IHN.



Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2
3500 Kassel
Postscheckkonto
Hannover 103360-301



GALOPP

Nun soll Orofino in Paris laufen

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Neben der Galopprennbahn im englischen Ascot gilt Paris-Longchamp als die Nobelbahn des europäischen Galopprennsports. Alljährlich wird dort Anfang Oktober der Prix de l'Arc de Triomphe, eines der größten Rennen der Welt, ausgetragen.

Am 29. Mai 1983 steht dort der Prix Dollar auf dem Programm, das 1950-Meter-Rennen zählt zur Europa-Gruppe-II-Kategorie. 250 000 Franc (ca. 100 000 DM) stehen für den Sieger bereit. In diesem international durchaus renommierten Rennen soll Deutschlands Spitzengalopper, der fünfjährige Hengst Orofino aus dem Mönchengladbacher Gestüt Zoppenbroich, seinen ersten Auslandsstart absolvieren. In 14 Rennen ausschließlich auf deutschen Bahnen hat Orofino insgesamt 939 425 DM gewonnen, die letzten 44 000 DM bei seinem Erfolg am Sonntag im Kölner Gerling-Preis gegen Anno und Kaiserstern, die er um zwei Längen besiegte.

Trainer Sven von Mitzlaff (68): „Das Rennen hat er bestens überstanden. Wenn wir schon ins Ausland gehen, dann je früher desto besser. Mit der Distanz von 1950 Metern sehe ich keine Probleme. Longchamp ist eine große Bahn, außerdem hat Orofino schließlich auch das Henckel-Rennen über 1600 Meter gewonnen. Im Prix Dollar wollen wir seinen internationalen Wert einmal testen, später möchte ich mit ihm schon die großen Rennen in Deutschland bestreiten. Es geht schließlich vor allem darum, das Gestüt Zoppenbroich zu erhalten. Die Besitzerin, Frau Bresges, ist nicht so reich wie andere."

Auslandsstarts sind für Orofino in den letzten Monaten von vielen Seiten gefordert worden. Besitzerin Bresges war sogar nicht abgeneigt, Orofino im Vorjahr in Longchamp im Prix de l'Arc de Triomphe laufen zu lassen, Hotelzimmer für die Familie waren schon bestellt, aber von Mitzlaff riet ab: „Orofino war im Haarwechsel."

Helga Bresges vom Gestüt Zoppenbroich ist natürlich daran interessiert, den internationalen Marktwert ihres Hengstes zu steigern: „Das ist auch im Sinne meines verstorbenen Mannes. Er wollte immer Internationalität. Unser Gestüt soll keine kleine Klitsche sein."

FUSSBALL / Hat Frankfurts Vizepräsident Wolfgang Zenker einige Profis bei Immobiliengeschäften über den Tisch gezogen?

Fest steht: Bum Kun Cha ist zahlungsunfähig

MARTIN HÄGELE, Bonn

Sechster Juni 1971, nachmittags, bei der Geburtstagsfete des Offenbacher Vereinspräsidenten Horst Gregorio Canellas. Plötzlich stellt der Kickers-Präsident ein Tonbandgerät auf den Gabentisch und drückt auf den Knopf. Die Gäste sind erschüttert. Sie hören Mitschnitte von Telefongesprächen: wie Spiele frisiert und Siege verkauft wurden – der Bundesliga-Skandal.

6. April 1983, am späten Nachmittag in der Kanzlei des Offenbacher Steuerberaters Thomas Zahn. Der Koreaner Bum Kun Cha, Torjäger der Frankfurter Eintracht, und dessen Berater Holger Klemme verlangen die Unterlagen und Steuerbescheide des Fußballstars. Er müsse sich darum kümmern, die beiden Häuser zu verkaufen, die Cha 1980 über Wolfgang Zenker erstanden habe, falls Cha nach Italien wechsele, erklärt Klemme dem verdutzten Steuerberater. Zahn bringt die beiden zur Tür, verabschiedet sie mit den Worten: „Das ist ja wahnsinnig teuer von Zenker."

Draußen auf der Straße schaut Cha seinen Manager ungläubig an und fragt in gebrochenem Deutsch: „Warum Thomas Zahn mir nichts sagen vor drei Jahren, daß Häuser zu teuer. Warum erst jetzt sagen'" In diesem Augenblick kommt der Stein ins *Rollen.* Die Bundesliga hat ihren zweiten Skandal. Es geht um Immobilien. Diesmal sind es die Spieler, die gutgläubig über den Tisch gezogen worden sind.

Zur Hauptperson: Wolfgang Zenker (37), Teilhaber der Südwestdeutschen Unternehmen- und Finanzberatungsgesellschaft. Frankfurts Fußballidol Jürgen Grabowski führte ihn vor Jahren bei der Eintracht ein. Der steinreiche Immobilienmann schmückt sich mit den Stars des Fußballs, kümmert sich um die Geschäfte von Pezzey, Borchers & Co., wird schließlich 1982 Vizepräsident des Bundesligaklubs. Er bezeichnet sich gern als Freund der Spieler, spielt schon mal den Butler mit dem Rolls-Royce, und er rät zum Kauf von Immobilien in Bauherrenmodellen.

Nach eigenen Angaben hat Zenker schon für 80 Spieler bauen lassen. Unter anderem auch für Bum Kun Cha. Zwei Häuser in Velbert bei Wuppertal. Preis 900 000 DM. In Chas Unterlagen finden sich keine Baupläne, keine Baubeschreibungen. Nichts. Nur der Kaufvertrag und die Grundstücksgröße. Während der Bauphase fallen für Cha noch einmal 40 Prozent Gebühren, also 360 000 DM, an. Normal wären zehn Prozent.

Der Immobiliensachverständige, der Chas Unterlagen jetzt geprüft hat, kommt zu dem Schluß: „Wahnsinnig überteuert." Klemme spricht von Ganoven in weißen Kragen. Klemme: „Ich bin von der moralischen Verwerflichkeit von Zenkers Tun erschüttert. Cha hat *1980,* als das mit den Häusern passierte, gerade zehn Worte Deutsch gesprochen. Cha ist der Mann, dem die Eintracht in den vergangenen Jahren am meisten verdankt. Und dann legt ihm Zenker eine Hand auf die Schulter und nimmt ihn gleichzeitig mit der anderen Hand aus wie eine Weihnachtsgans."

Tagelang tarnt der Torjäger seine Enttäuschung hinter den Schlitzaugen. Mit asiatischer Geduld. Nicht reden, nur lächeln. Und wenn sie ihn immer wieder nach den verschwundenen Akten fragen, kommt immer wieder die stereotype Antwort: „Klemme fragen, vielleicht Klemme-Anwalt Akten haben."

Der Manager und sein Klient aber haben Zeit. Sie wollen die Generalversammlung (16. Mai) und die Wahlen abwarten. Und sie wissen, daß diese Bombe in den Akten der entscheidende Trumpf sein kann, wenn sich das Eintracht-Präsidium *bei Chas Transfer im Sommer* nicht so verhält, wie sie das wollen. Erst anschließend soll Cha Schadensersatzklage gegen Zenker einreichen. Erst dann, so rechnen sie, wird es auch zu einem Ermittlungsverfahren kommen.

Bei diesem Zeitspiel verliert die Gegenseite die Nerven. Der Gehaltspfändungsbeschluß M 1204/83, ausgefertigt am 22. April vom Amtsgericht Seligenstadt, wird Bum Kun Cha und seinem Arbeitgeber Eintracht Frankfurt zugestellt. 200 000 DM für ein Teildarlehen aus dem Häuserkauf fordert Gerichtsvollzieher Stock. Frankfurts teuerster Spieler (Jahresverdienst 400 000 DM) ist zahlungsunfähig.

Doch nicht nur Cha wachsen die Häuser des „Freundes" Zenker über den Kopf. Jürgen Pahl, zur Zeit Ersatztorwart der Eintracht, kann ohne Prämien seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. In seiner ohnmächtigen Wut soll er Freunden gegenüber geäußert haben: „Den Zenker bringe ich um."

Verteidiger Uwe Schreml ist de facto pleite. Wolfgang Trapp, früher Eintracht, heute bei Darmstadt 98 unter Vertrag, geht es ähnlich. Josefine Eigendorf, Gattin des tödlich verunglückten Fußballprofis Lutz Eigendorf, weigert sich, das Erbe ihres Mannes anzutreten, „weil da nur Schulden sind".

Schließlich wurde der Rückkauf des einstigen Frankfurter Spielmachers Norbert Nachtweih am vergangenen Freitag nur möglich, weil dieser bei Zenker tief in der Kreide steht. Nachtweih besaß bei *Bayern München* einen leistungs- und prämienbezogenen Vertrag. Als Ersatzmann aber reichte das Geld für die Abzahlungen nicht mehr.

Diese Geschichten kursieren in der Frankfurter Szene. Die ersten Reporter werden nervös. Und Axel Schander, der Präsident der Eintracht, bekommt das große Fracksausen. Am Sonntagabend informiert er eine Frankfurter Zeitungsredaktion, drängt darauf, seinen Vize Wolfgang Zenker hochgehen zu lassen.

Über Bord, wer kann. Der Kapitän greift als erster zum Rettungsring. Axel Schander, der vom Faschingspräsidenten zum Boß eines Bundesligaklubs aufgestiegen ist, wittert so kurz vor der Generalversammlung seine große Chance, als Saubermann des Klubs aufzutreten.

Doch die Frage bleibt: Waren sie nicht alle Mitglieder im Präsidium der Eintracht? Warum haben sie zugelassen, daß ein Mann mit seinen Immobilien fast die ganze Mannschaft und damit den Club beherrschen konnte? Und warum hat niemand Bum Kun Cha aus Korea, Jürgen Pahl, Nobert Nachtweih, Lutz Eigendorf (alle aus der „DDR") oder Uwe Schreml aus Bayreuth vor dem Glanz des großen Freundes und Immobilienkönigs gewarnt? Schlußfrage: Ist Wolfgang Zenker ein Erlemann des Fußballs? Der Abschreibungsexperte Erlemann, der den Eishokkey-Club Kölner EC großgemacht hatte, wurde rechtskräftig verurteilt und ist heute schon wieder Freigänger.



Ist zahlungsunfähig: Bum Kun Cha. FOTO: WITTERS

Er soll gleich mehrere Profis bei Immobiliengeschäften benachteiligt haben: Frankfurts Vizepräsident Wolfgang Zenker. Rechts: Präsident Axel Schander FOTO: BAADER

STANDPUNKT / *Stefan Bellofs Zwischenspurt*

Er hatte geschaltet, hatte den richtigen Gang eingelegt: Stefan Bellof, 25 Jahre alt, Autorennfahrer aus Gießen. In Silverstone gewann er gemeinsam mit seinem Partner Derek Bell aus England auf einem Porsche 956 den zweiten Lauf zur Langstrekken-Weltmeisterschaft. Es war Bellofs Debüt in dieser Serie, und der Sieg von Silverstone kann der Grundstein internationaler Triumphe sein.

Wer bei der Zuffenhausener Sportwagen-Schmiede einen Vertrag als Werksfahrer unterschrieb, fuhr bisher allemal gut. Bellof ist der jüngste Werksfahrer bei Porsche, und er startete im Handumdrehen mit einem Sieg. Das war kein Zufallstreffer, das war gewissermaßen die Morgengabe eines Talentes.

Nachdem es in der Formel 2 zur Zeit für Bellof nicht viel zu gewinnen gibt, weil die Schwierigkeiten seines Münchner Maurer-Teams mit einem Liechtensteiner Motoren-Tuner die schnellen Renner vorerst ins Trudeln gebracht haben, steigt Bellof in der Langstrecken-Weltmeisterschaft aufs Karriere-Pedal.

Auf den ersten Blick erscheint dieser Zwischenspurt in Richtung Formel 1 inkonsequent. Aber nur auf den ersten Blick. Ein Langstrecken-Weltmeister Stefan Bellof mit dem Know-how des Hauses Porsche im Rücken – das wäre durchaus auch eine Zugnummer für die höchste Klasse des internationalen Motorsports, für die Formel 1. Und Porsche steigt mit einem Motor für Niki Lauda noch in diesem Jahr in dieses Geschäft ein.

Wenn sich Bellof nicht verschaltet, nicht selber ausbremst, kann ihm außer Erfolg eigentlich gar nicht viel passieren. K. Bl.

TISCHTENNIS

Abstand zu Chinesen noch größer

sid, Tokio

Einmal mehr bewiesen die chinesischen Tischtennisspieler ihre Klasse und den großen Vorsprung, den sie gegenüber dem Rest der Welt halten. Bei den 37. Weltmeisterschaften gingen sechs der sieben Titel nach China, lediglich im Herren-Doppel gab es einen europäischen Erfolg durch die Jugoslawen Dragutin Surbek und Zoran Kalinic. Zwar gelang den Chinesen nicht die Wiederholung des Erfolges von Novi Sad, wo sie vor zwei Jahren alle sieben Goldmedaillen gewonnen hatten, doch ihre Überlegenheit dokumentierten die Besetzungen der Halbfinals im Herren-Einzel, Damen-Doppel und Mixed.

Hier waren sie unter sich, und die Weltmeisterschaft geriet zu chinesischen Titelkämpfen. Wie 1981 setzte sich im Herren-Einzel der 27 Jahre alte Guo Yaohua durch. Im Finale gewann er gegen seinen Landsmann Cai Chenhua mit 21:15, 19:21, 21:18, 21:18. Zusammen mit Ni Xialian sicherte sich Guo im Mixed seinen zweiten Weltmeistertitel. Nach der 2:3-Niederlage von Xi Saike/Jiang Jialing im Herren-Doppel gegen die beiden Jugoslawen Surbek/Kalinic drohte den *Chinesen* im *Damen-Einzel* ein weiterer Titelverlust, nachdem die Südkoreanerin Yang Young Ja im Halbfinale Titelverteidigerin Tong Ling ausgeschaltet hatte. Doch im Endspiel präsentierten die Chinesen den 10 000 Besuchern, darunter der japanische Kaiser-Sohn Kiromiya, mit Coa Yenhua wiederum die Weltmeisterin. Vor zwei Jahren war die Sportstudentin im Finale noch gegen Tong Ling unterlegen. Nach ihrem Erfolg (21:9, 10:21, 21:9, 21:13) über Yang Young Ja sagte Cao Yenhua: „Es war ein schönes Spiel. Ich hätte nie gedacht, so leicht Weltmeisterin werden zu können." Den Titel im Damen-Doppel gewannen schließlich Shen Jianping/Dai Lili. Nach Abschluß der Titelkämpfe meinte der frühere schwedische Weltmeister Stellan Bengtsson, der in der Bundesliga für Saarbrücken Punkte sammelt, resignierend: „Der Abstand zu den Chinesen ist noch größer geworden. Wir kennen kein Mittel gegen diese Spieler." Für die deutschen Teilnehmer war die Weltmeisterschaft eine Enttäuschung. In den Einzel-Wettbewerben waren sie spätestens in der dritten Runde ausgeschieden.

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden

FINANZANZEIGE

SCHERING

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Schering Aktiengesellschaft Berlin und Bergkamen

(Wertpapier-Kenn-Nummern 717 200 und 717 202)

Wir berufen hiermit unsere ordentliche Hauptversammlung ein auf Mittwoch, 22. Juni 1983, 10 Uhr, im Internationalen Congress Centrum Berlin, Saal 3, Messedamm/Ecke Neue Kantstraße, 1000 Berlin 19 (Charlottenburg)

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1982 mit dem Bericht des Aufsichtsrats

Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1982

2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands
4. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats
5. Beschlußfassung über die Änderung der Ermächtigung zur Begebung von Optionsteilschuldverschreibungen
6. Beschlußfassung über die Schaffung eines genehmigten Kapitals in Höhe von DM 25.000.000,—
7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983

Die vollständige Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 88 vom 10. Mai 1983 enthalten. Bitte entnehmen Sie dieser Bekanntmachung Einzelheiten über die Tagesordnung und über die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung. Letzter Hinterlegungstag ist Mittwoch, 15. Juni 1983.

Allen Kreditinstituten, die Schering-Aktien verwahren, haben wir die Mitteilungen für die Aktionäre gemäß § 125 AktG und die Kurzfassung unseres Geschäftsberichts für das Jahr 1982 mit der Bitte um Weiterleitung an jeden Schering-Aktionär übersandt. Wir bitten diejenigen Aktionäre, die ihre Schering-Aktien durch eine Bank verwahren lassen und von dieser wider Erwarten nicht bis Mitte Juni 1983 diese Unterlagen erhalten haben, sie bei ihrer Bank anzufordern.

Berlin, 10. Mai 1983 Der Vorstand



Veronica Carstens, Ärztin und Frau des Bundespräsidenten, Schirmherrin der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft

„Multiple Sklerose Kranke dürfen nicht länger im Schatten leben"

Multiple Sklerose ist eine Entmarkungs-Krankheit des Zentralnervensystems mit Lähmungserscheinungen unterschiedlichen Schweregrades, sowie Seh- und Hörstörungen.

Die MS-Krankheit kann jeden von uns treffen.

Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft berät und betreut MS-Patienten und fördert die medizinische Forschung über diese rätselhafte Krankheit.

Ihre Spende hilft uns, den Kranken zu helfen.

Spendenkonto Nr. 313131 PSA Köln/Stadtsparkasse München

Beispiel

Niger: In der Provinz Dosso entstehen 200 neue Brunnen. Dorfbewohner graben sie selbst. Dazu wird einfaches Gerät und Baumaterial benötigt. Eine Schaufel kostet DM 20,–.

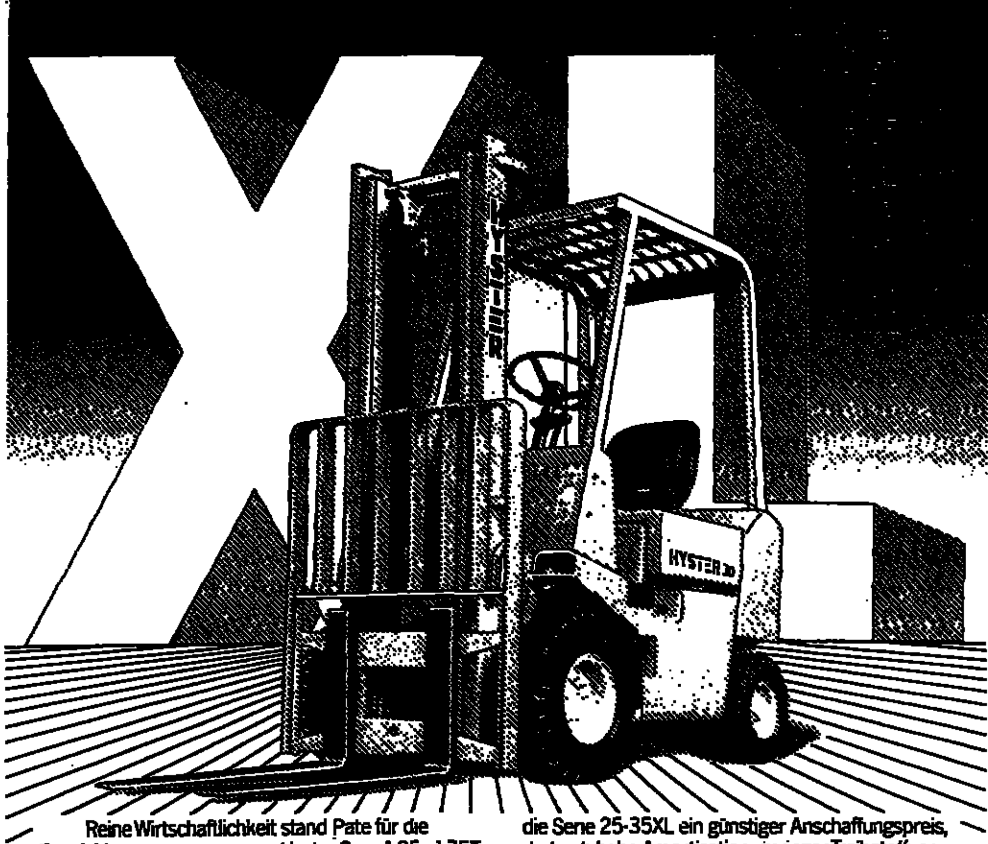
Brot für die Welt

Postscheck Köln 500 500-500

HYSTER 25-35XL

DIE 1,25-1,75T SERIE

Die neuesten Sparstapler von Hyster.



Reine Wirtschaftlichkeit stand Pate für die Entwicklung zu unserer neuen Hyster-Serie 1,25–1,75T Challenger und SpaceSaver.

Eine Kosten/Nutzen-Relation, die auch Sie überzeugen wird.

Unsere Investition, eine der modernsten Gabelstaplerfabriken der Welt mit den neuesten Technologien für die Fertigung von Gabelstaplern zu bauen, zahlt sich für Sie aus.

Selbstverständlich sind auch für die Serie 25-35XL ein günstiger Anschaffungspreis, dadurch hohe Amortisation, geringer Treibstoffverbrauch, einfache Bedienung und wenig Wartung standard.

Damit der Qualitätsanspruch gewahrt bleibt, dafür sorgen unsere Hyster-Vertretungen mit Ersatzteilen, Wartung und Inspektion.

Hyster-Gabelstapler – eine Investition mit hoher Rendite. Informieren Sie sich.

HYSTER

gte mbH 2000 Norderstedt 3 Tel (040) 52 34 086
gte mbH 4018 Langenfeld Tel (02173) 1090
gte mbH 6072 Dreieich 1 Tel (06103) 3576
gte mbH 7000 Stuttgart 31 Tel (0711) 83 42 90
A.I.V. Welter K.G. 1000 Berlin 13 Tel (030) 344 3061
Schlachter Fördertechnik 8000 München 50 Tel (089) 145050
Alexus Fördertechnik 8501 Schwarzenbruck Tel (09128) 3051
Gerlach Baumaschinen 8700 Würzburg Tel (0931) 93081

Stahlhallen nach Anforderungen

Heute nach den Anforderungen gebaut, für morgen leicht veränderbar.
Trotzdem Kosten und Termine kennen.
Wir bieten aus einer Hand:
Stahlkonstruktion, Dach, Lichtbänder, Tore, Krane, Förderanlagen...
Informationen anfordern:
Christmann & Pfeifer · Postf. 48
3565 Breidenbach-Wiesenbach

LEICHTATHLETIK / Marathon-Star Susi Riermeier

Ohne Skier läuft es bei ihr noch besser

KLAUS BLUME, Bonn

Als nach 42 Kilometern und 195 Metern die Uhren stehenblieben, registrierten sie eine Zeit von 2:36:29 Stunden. Das sei für den ersten Versuch einer Hobby-Läuferin nun doch schon ziemlich schnell, fand die 22 Jahre alte frühere Skilangläuferin Susi Riermeier. Denn diese Zeit, gelaufen auf der klassischen Marathondistanz am Sonntag in München, bedeutet in der ewigen deutschen Bestenliste bereits Rang vier. Zum Vergleich: Schneller als Susi Riermeier waren bisher nur Charlotte Teske (2:29:02), Christa Vahlensieck (2:33:45) und Monika Lövenich (2:35:16).

Bei allen drei handelt es sich um gelernte Marathonläuferinnen und um Athletinnen, die in diesem Jahr die ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften Anfang August in Helsinki sowie die Olympischen Sommerspiele im nächsten Jahr in Los Angeles im Visier haben. Und Susi Riermeier? „Vielleicht", sagt sie, „werde ich im nächsten Jahr auch ernsthaft laufen."

Um diese Aussage in die richtige Relation zu setzen, noch einmal Zahlen: Am letzten April-Tag startete Susi Riermeier beim Bonner Läufertag über 10 000 Meter. Sie lief eine Zeit von 36:09,60 Minuten als Zweite des Rennens und qualifizierte sich damit recht mühelos für die Deutschen Meisterschaften Ende Juni in Bremen. Wenn ihr nun der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) die Nominierung für die Nationalmannschaft ins Haus schicken würde, wie würde sie reagieren? „Ich glaube, ich möchte doch lieber meine Freiheit haben", sagt sie.

Nicht von irgendeinem Verband gegängelt zu werden, das war schließlich vor eineinhalb Jahren auch eine der Ursachen, warum Susi Riermeier mit dem Skilanglauf Schluß machte – jedenfalls als Mitglied der Nationalmannschaft und immerhin als zwölfmalige Deutsche Meisterin. Da war das Medizinstudium und gleichfalls die Anforderung des Verbandes, wegen des Skilanglaufs auf ständige Reisen zu gehen. Denn wer es als Mitteleuropäerin in diesem Metier zu etwas bringen will, muß möglichst irgendwo in Skandinavien trainieren – schon wegen der Schneeverhältnisse. Dieser Aufwand steht jedoch in keinem Verhältnis zum Erfolg. „Man krebst ja trotzdem irgendwo hinter der wirklichen Weltspitze her."

Hinzu, so sinniert Susi Riermeier, kämen die Schwierigkeiten mit dem Material. „Bei einem Marathonlauf", sagt sie, „zieht man sich die Turnschuhe an, und dann geht es los. Und wenn du richtig funktionierst, dann funktioniert es auch. Beim Skilanglauf kannst du in Superform sein, doch wenn der Ski nicht läuft, dann läuft gar nichts."

So entschloß sie sich neben dem Medizinstudium – „Mitte August geht es ins Staatsexamen" – zu Bergläufen. Prompt gewann sie den Berg-Europapokal. „Das waren", erzählt sie, „immer so acht bis 15 Kilometer lange Rennen und die Steigung betrug pro Kilometer einhundert Meter." Als sie damit begann, gemeinsam mit ihrem Freund, dem deutschen 5000-Meter-Vizemeister Christoph Herle, zu trainieren, attestierte er ihr eine Menge Talent. Immer dann, wenn Herle einen Zwischenspurt einlegte und Susi Riermeier dennoch neben ihm herrannte, sagte er erstaunt: „Du schnaufst ja gar nicht."

Derart auf Trab gebracht, entschloß sie sich, etwas ernsthafter zu trainieren – in den letzten eineinhalb Monaten waren es 140 Kilometer in der Woche, die sie allemal schneller als im Zuckeltrab zurücklegte. Allerdings war das eine Beschäftigung in den Semesterferien und deshalb eine Ausnahme.

„Der Verband muß sich etwas überlegen", hat Marathon-Bundestrainer Erich Vellage schon in München gesagt. Und von ihrem Freund Christoph Herle erfuhr Susi Riermeier, daß sich der Bundestrainer bereits über sie erkundigt habe. Das alles schmeichelt ihr, macht ihr aber auch bange. Denn wenigstens noch in diesem Sommer möchte sie nur laufen, weil es ihr Spaß macht – „bitte, keine Termine, die mir der Verband vorschlägt". Das würde sie allzu sehr an ihre Zeit als Skilangläuferin erinnern.

Dennoch: Ilse Bechtold, die Vize-Präsidentin des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV), wird mit ihr am kommenden Wochenende beim Sportfest in Fürth reden. Dabei kann es durchaus, wegen der Olympischen Spiele 1984, um sehr konkrete Pläne gehen ...

SPORT-NACHRICHTEN

Bochum holt Amateure

Bochum (sid) – Der vom Lizenzentzug bedrohte Fußball-Bundesligaklub VfL Bochum hat für die neue Saison zwei Amateure verpflichtet. Frank Benatelli (19) aus dem eigenen Nachwuchs und Peter Grünberger (20) von Bayern München unterschrieben bei den mit fast fünf Millionen Mark verschuldeten Bochumern jeweils einen Zwei-Jahres-Vertrag.

Europapokal im Fernsehen

Düsseldorf (sid) – Das Deutsche Fernsehen (ARD) überträgt das 23. Endspiel um den Fußball-Europapokal der Pokalsieger zwischen Real Madrid und dem FC Aberdeen in Göteborg morgen von 20.10 Uhr an live. Der Einsatz von Uli Stielike bei Real Madrid ist wegen seiner Oberschenkelverletzung noch fraglich. Das Spiel pfeift der Italiener Gianfranco Menegali (49), der damit seine Schiedsrichter-Laufbahn beendet.

UdSSR siegte mit Florett

Mannheim (sid) – Mannschafts-Weltmeister UdSSR gewann in Mannheim das Sieben-Nationen-Turnier der Florett-Fechter vor Polen und Frankreich. Die deutsche Mannschaft belegte Platz vier. – Das sechste und letzte Weltcup-Turnier der Säbelfechter entschied der Ungar Imre Gedovari in Abano Terme (Italien) für sich.

Junioren ohne Drehsen

Hannover (dpa) – Ohne den bereits in der Fußball-Bundesliga eingesetzten Hans-Georg Drehsen (Mönchengladbach) reist die Junioren-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) zur Europameisterschaft (13.–22.5.) nach England. Dietrich Weise, Trainer der „U 18", schickte Drehsen wegen seiner Oberschenkelzerrung aus dem Vorbereitungslager in Lenzkirch-Saig wieder nach Hause.

McEnroe schlug Gerulaitis

New York (dpa) – John McEnroe (USA) gewann in Forest Hills bei New York das Finale beim Tennis-Turnier der Meister gegen Vitas Gerulaitis (USA) mit 6:3, 7:5. McEnroes Siegprämie beträgt umgerechnet rund 250 000 Mark.

Geldstrafe für Stuttgart

Frankfurt (sid) – Wegen der Zuschauer-Angriffe auf Schiedsrichter Manfred Uhlig (Dortmund) beim Fußball-Bundesligaspiel gegen den 1. FC Kaiserslautern (1:1) im Dezember 1982 wurde der VfB Stuttgart wegen mangelnden Schutzes vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes zu einer Geldstrafe von 1500 Mark verurteilt.

AS Rom Fußballmeister

Rom (dpa) – Der AS Rom wurde durch ein 1:1 beim FC Genua bereits einen Spieltag vor Saisonschluß italienischer Fußballmeister.

Schach-Titel an München

Frankfurt (DW.) – Die Außenseitermannschaft von Bayern München mit Großmeister Helmut Pfleger am Spitzenbrett sicherte sich am letzten Spieltag der Schach-Bundesliga die Deutsche Meisterschaft.

Bellof startete mit Sieg

Silverstone (sid) – Gleich bei seinem ersten Einsatz im Porsche-Werksteam startete Stefan Bellof (Gießen) beim 1000-Kilometer-Rennen in Silverstone (England) mit einem Sieg. Auf einem Porsche 956 gewann Bellof den zweiten Lauf zur Langstrecken-Weltmeisterschaft zusammen mit seinem Partner Derek Bell (England).

Sieg für Spanien

Düsseldorf (DW.) – Im Finale um die Mannschafts-Weltmeisterschaft im Tennis in Düsseldorf gewann Spanien. Higueras gewann das erste Einzel gegen den Australier Mark Edmondson mit 6:2, 6:4. Im zweiten Einzel siegte Orantes über Cash mit 6:3, 6:2. Damit stand es vor dem Doppel bereits 2:0 für Spanien.

ZAHLEN

WASSERBALL

3. Weltcup-Turnier in Malibu, 2. Spieltag: Deutschland – Kuba 11:7 (4:0, 3:2, 2:0, 2:1), UdSSR – Italien 6:6, Spanien – Niederlande 8:9, Ungarn – USA 9:9. – Die Tabellenspitze: 1. Deutschland (19:15/3:1), 2. UdSSR (17:13/3:1), 3. USA (20:17/3:1), 4. Italien (14:11/3:1).

GOLF

Länderpokal der Deutschen Landes-Verbände in Timmendorfer Strand (Standard und Par 72): 1. Nordrhein-Westfalen 65 Schläge über Standard, 2. Niedersachsen-Bremen 82, 3. Baden-Württemberg 96, 4. bis 5. Bayern und Rheinland-Pfalz je 120, 6. Hessen 121, 7. Hamburg 129, 8. Schleswig-Holstein 140, 9. Berlin 141 und 10. Saarland 192 Schläge in gewerteten drei von vier Vierern und zweimal sechs von acht Einzeln. **Bester Einzelspieler:** Thielemann (Hubbelrath) 75 + 73 = 148 vor Domin (Hannover) 71 + 78 = 149 und Beer (Hanau) 76 + 75 = 151 Schläge. – Vierer: Schulte/Städler (Sauerland/Wuppertal) 75 vor Haeffs/Heinrigs (Hubbelrath/Aachen) 76 Schläge.

Ob Krimi oder Faust – Manfred Krug spielt

Charakterkopf für alle Fälle

Von seiner Stirnglatze sind die Kameraleute wie hypnotisiert. Das war schon drüben so. Würde Krug wieder in Honeckers Rumpfstaat reisen, wenn man ihn ließe? „Na, sofort. Aber die kommen nicht. Wer heute aus der DDR weggeht und diesen unverzeihlichen Satz ausspricht: ‚Ich gehe jetzt!' oder ‚Ich habe die Nase voll', der ist nun mal Verräter. In der DDR ist jemand Verräter, der gehen will. Verräter an der Arbeiterklasse und am Sozialismus. Aber die Menschen drüben, die werde ich nie vergessen." Krug war drüben Publikumsliebling Numero eins. Als Moderator, Filmschauspieler und Jazz- oder Schlagersänger – bis die Hatz auf Biermann begann. „Und das reichte mir dann. Ich packte die Sachen."

Wer raucht die letzte? – ZDF, 19.30 Uhr

Das war im Juno 1977. 50 Spielfilme, 40 Fernsehstücke und 12 Langspielplatten lagen hinter dem renommierten Ost-Berliner aus Duisburg. Doch in West-Berlin verhielt sich Krug zunächst zurückhaltend. Er verzichtete auf politische Bemerkungen. Westwärts wie ostwärts ... „Ich mußte die Morgenluft erstmal schnuppern lernen."

Der ideologische Schickeria-Verbund zögerte deshalb bei Krug, wobei das Fernsehen mit ihm den Pfundsproleten erfinden wollte. Schon 1977 dreht er mit mäßigem Erfolg den Fernsehfilm „Paul kommt zurück", ein Jahr darauf den Kinofilm „Die Faust in der Tasche" und sechs Folgen als Lkw-Typ in der Folge „Auf Achse". Der zweiteilige Fernsehfilm mit Peter Beauvais „Phantasten" entsteht. Es folgen pointierte große Rollen, so in „Flächenbrand" und die Ehegeschichte „Ein Mann fürs Leben".

Bei Intercord bringt er seine erste West-LP heraus: „Da bist du ja", ein Meisterstück schlagerhafter Popballaden. Und heute abend spielt er den Teilnehmer an einer Gruppentherapie.

Sechs Jahre nach seinem Abgang aus der „DDR" zählt Krug zur festen Besetzung des deutschen Bildschirms. Er hat sich mittlerweile in die zweifellos andersartige schauspielerische Arbeit hier hineingearbeitet. Dabei kamen ihm seine Professionalität und Arbeitswut zugute. So wurde Manfred Krug sukzessive ausgebucht, findet nicht einmal mehr Zeit, seinem Hobby Musik zu frönen, um endlich wieder eine Schallplatte zu machen, mit dem, was er Schlager nennt: jazzprallen „Gewitzten, Balladen." Krug wurde am 8. 2. 1937 in Duisburg geboren. Sein Vater war Eisenhütteningenieur. Nach dem Krieg ließen sich seine Eltern scheiden. Es folgten Jahre zwischen Mutter im Westen und Vater



Den Glimmstengel zu überwinden, das hat sich Manfred Krug auch privat vorgenommen FOTO: TW

im Osten. 12 verschiedene Schulen – bis Manfred Krug endlich bei seinem Vater drüben blieb.

Nach einer Stahlwerkerausbildung, bei der er sich auch die Stirnnarbe hinzuzog, wechselte er ins Schauspielfach und wurde zum ersten und einzigen musischen Selfmademan der „DDR". Er spielte alles von Faust bis zum Krimi.

Aber Theaterkarriere will er nicht machen ... „Diese Fürstentümer liegen mir nicht." Er zieht die Faszination des Fernsehens vor. Gerade dreht er die letzten Folgen der Lastwagen-Serie „Auf Achse" – in Budapest. Manfred Krug hat sich nach wenigen Jahren unentbehrlich gemacht. Er ist für das Fernsehen aller Kanäle zum begehrten Charakterkopf für alle vorkommenden Film-Fälle geworden.

REGINALD RUDORF

KRITIK

Ein Krimi in Aquarell

Vier Teile hat der japanische Film **„Mordprozeß Hiroshi Ueda" (ZDF)**, und schon beim ersten Teil stellte sich eine eigenartige Faszination ein. Die Bilder sind von einer geradezu kandierten Klarheit und Durchsichtigkeit; da kann doch nichts Böses drin stekken scheint es. Aber es steckt, es steckt.

Freilich nicht wie in unseren Krimis in der fein gesponnenen Tarnung eines Täters und der ebenso fein gesponnenen Spürarbeit des Detektivs, sondern es entsteht mehr aus der übergroß werdenden *Not der Menschen, in der* Verstrikkung, der keiner entgehen kann, kurz: Es ist ein Film von Menschen und nicht allein von Handlungen.

Die Regie führt Yoshiyuki Takamatsu. Er tut es mit dem behutsamen Pinsel eines Aquarellmalers, läßt auch gelegentlich den Zuschauer warten: Menschen brauchen eben viel mehr Zeit als die so sehr beschworene Action.

Die deutsche Fassung leidet bedauerlicherweise an den Studiostimmen. Das Allerwelts-Synchron-Deutsch, das unter den japanischen Bildern liegt, wird von dem Film abgestoßen wie ein fremdes Implantat in der Verpflanzungschirurgie. Es behindert streckenweise den gedanklichen und sinnlichen Nachvollzug der *darstellerischen Qualitäten.*

VALENTIN POLCUCH

Psycho-Wirrwarr mit Happy-End

Einen eindeutigen Vorzug hat der *französische Spielfilm* **„Schatten der Erinnerung" (ZDF)** von Michel Drach für einen Kritiker diesseits des Rheines: Hier kennt wenigstens niemand den Roman von Dominique Saint-Alban, die Vorlage für das Drehbuch, und weiß niemand, daß dieser Autor nicht nur der Auflage nach irgendwo zwischen Courths-Maler und Konsalik anzusiedeln ist.

Ein Mann, dem die geliebte Frau davongelaufen ist, benützt deren *Autounfall mit anschließender Amnesie*, um ihr mit viel Erfindungsgabe eine neue Vergangenheit zu verpassen. Natürlich eine, in welcher der Nebenbuhler gar nicht vorkommt. Der Film bringt dies bestimmt weit interessanter als die uns unbekannte Romanvorlage, denn so etwas geht mit dem Zauberarsenal an Rückblenden und Überblendungen einfach besser.

Natürlich merkt die Frau, daß etwas nicht stimmt, und sie dröselt die Lügen allmählich auf. Eine Glanzrolle für Marie-José Nat, die so eine Art Frau Schell auf französisch ist – auf Problemfrauen abonniert. Übrigens läßt dieser Film uns nicht am Schluß frustriert zurück. Anderthalb Stunden Psychowirrwarr münden in ein wohlverdientes Happy-End. Als der hartnäckige Ehemann endlich seiner Frau verzweifelt den Weg zum Nebenbuhler freigibt, belohnt sie ihn mit der sofortigen Rückkehr ins Ehebett.

ANTON MADLER

Führt Fortschritt zur Apparatemedizin?

DIE ANTWORT:

Die aktuelle Arztkritik sieht in der zunehmenden Technisierung der modernen Praxis eine Abkehr von der fürsorglichen Krankenbetreuung und eine Hinwendung zur Apparatemedizin, die den Kranken zum „Meßdatenpatienten" macht.

Durch die Nutzung moderner labor- und medizintechnischer Geräte ist es jedoch möglich, viele Erkrankungen früher zu erkennen und damit die Heilungsaussichten entscheidend zu verbessern. Wo die körperliche Untersuchung in Verbindung mit der Vorgeschichte oft nur eine erste Verdachtsdiagnose zuläßt, kann der Arzt durch technische Hilfsmittel seine Diagnose überprüfen und sichern und somit über die entsprechenden Behandlungsmaßnahmen schneller entscheiden.

Während die medizinische Versorgung des Patienten durch den gezielten Einsatz der Technik verbessert wurde, ist die Arbeitsbelastung des Arztes eher größer geworden. Der technische Fortschritt erfordert eine ständige Fortbildung des Arztes auch auf diesem Gebiet. Doch auch eine noch so hoch entwickelte Apparate-Diagnostik kann niemals das vom gegenseitigen Vertrauen geprägte persönliche Gespräch zwischen Arzt und Patient ersetzen.

MEDIKAMENTE ALLEIN MACHEN NOCH NICHT GESUND.

ESKOM

ARD  III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Geheimsender 1212
11.35 Kontakte
12.20 Einander verstehen – miteinander leben
12.25 Kontraste
12.55 Presseschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Man war nicht erwünscht
Deutsche Literatur zwischen 1933 und 1950
Hermann Kesten und Fritz Landshoff im Gespräch mit Jürgen Boettcher
Am 10. Mai vor 50 Jahren wurden die Bücher der Schriftsteller verbrannt, die vom nationalsozialistischen Regime verfemt wurden. Damit verlor das geistige Deutschland seine besten Köpfe. Trotz ihrer Verfolgung unter Hitler fanden die Schriftsteller in den umliegenden Ländern schwer Aufnahme und erst recht keine *Arbeitsmöglichkeiten.*
17.00 Der große Märchenfilm:
Prinz und Abendstern (1)
Regie: Vaclav Vorlicek
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Mit Schraubstock und Geige
Eine Nonsens-Parade mit Jochen Pützenbacher
21.00 Panorama
Thema: Hitler-Tagebücher – Die große Fälschung
Moderator: Peter Gatter
21.45 Der Aufpasser
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend ...
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Liselotte Pulver
Ausgerüstet mit einem Diplom als viersprachige Sekretärin verließ *Liselotte Pulver eine Töchterhan*delsschule in ihrer Heimatstadt Bern. Anschließend vertiefte sie durch privaten Unterricht ihre großartigen schauspielerischen Fähigkeiten, mit denen sie schon bei Schulaufführungen besonders aufgefallen war.
23.45 Tagesschau

ZDF

15.10 Einführung in das Strafverfahrensrecht
Der bessere Herr, Teil 2
Wesentliche Verfahrensgrundsätze
Gegen Herrn Pfister ist das Ver*fahren eröffnet worden, in dem* die Frau des Getöteten als Nebenklägerin auftritt. In der Gerichtsverhandlung sagen Zeugen und Sachverständige aus.
16.00 heute
16.04 Mosaik
Luftig und kleidsam / Schlanker werden und bleiben
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Strandpiraten
Die gestohlene Statue
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Wort aus Musik
Mit Heinz Eckner u. a.
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Wer raucht die letzte
Fernsehfilm von Barbara Enders
Mit Ingred van Bergen, Monika Lundi, Edeltraud Elsner *u. a.*
21.00 heute-journal
21.20 Die Zeiten ändern sich
4. Es geht auch ohne euer Geld!
22.05 L. van Beethoven
3. Klavierkonzert c-Moll
Die Deutsche Lesegesellschaft erinnert in einer Reihe von Veranstaltungen an den 50. Jahrestag der Bücherverbrennung durch die Nazis. Den Abschluß dieser Veranstaltungen bildete am 8. Mai ein Konzert in Berlin mit der Jungen Deutschen Philharmonie unter Leitung von Zubin Metha, dem Chefdirigenten des New Yorker Philharmonischen Orchesters.
23.00 Aspekte extra
Strandgut Europa. Werner Lansburgh – 50 Jahre im Exil
23.30 heute



Ein ungleiches Gespann: Terry (George Cole, l.) ist Gelegenheitsarbeiter, Arthur (Dennis Waterman, r.) ist sein Vermittler – „Der Aufpasser", ARD, 21.45 Uhr FOTO: TB

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Tier-Report
Arche 2000
21.00 Formel-Eins-Hitparade
21.45 Landesspiegel
22.15 Deutscher Alltag
23.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Wüste siegt (6)
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus
19.30 Landwirtschaft heute
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sinne (1. Sehen)
21.00 Die eigene Geschichte
21.45 Panorama-Nachfrage
22.30 Science-fiction
00.05 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Durch's wilde Kurdistan (1)
19.00 Formel-Eins-Hitparade
19.45 Praktische Tips
20.00 Tagesschau
20.15 Stromstörung
21.15 Drei aktuell
21.30 Das Wort hat Herr Jedermann
Hyde Park Corner
22.15 Zeitgeschichte im Fernsehen
Nationalsozialismus im Alltag (2)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Algebra (18)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Selbsthilfegruppen
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Frauen im Hause Württemberg
Sibylle von Anhalt
20.35 Marktplatz
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Magazin Sport regional
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Sternenhimmel im Mai
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Griecke sucht Griechin
Dt. Spielfilm, 1966
22.45 Les Gammas! Les Gammas!

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Gespräche mit Christen
19.30 Formel-Eins-Hitparade
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Das historische Stichwort
Bücherverbrennung
21.05 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.55 Im Gespräch
Türken – Ungeliebte Gäste?
22.15 Dallas
23.40 Rundschau



Schnittiges Klo-Design

PHG – „Das geniale Design der 80er Jahre – Objekte der Sehnsucht und des täglichen Gebrauchs" – mit diesem saloppen Titel steigt das Internationale Design Zentrum in Berlin huldvoll eine Stufe vom Sockel des hohen Anspruchs herab, der sich mit Vokabeln wie „Gute Form" und „good design" drapierte. Da wurde aus Kaufhaus, Auto- und Sportgeschäft zusammengesucht, was beliebt und verkäuflich ist, „vorurteilsfrei" angeblich, dennoch aber mit sublim herablassender Ironie zu verfremdenden Ensembles inszeniert.

E. T. zum Aufblasen, Automobil, Stilbarock und Wegwerfgeschirr, Flipper und Sturzhelme, Stereoanlage – ein ziemlich buntes Vielerlei, bis hin zum schnittigen Colani-Klo. Was allerdings damit ausgedrückt wird, daß man Muskelhanteln auf ein Doppelbett legt, verschweigen die Ausstellungsregisseure wohlweislich. Sie jonglieren lieber mit Klischees wie „realkulturell existent" und plappern von „demokratisierter Schönheit". Daß sie aber insgeheim die eingeübte Geschmacksapostel-Rolle nicht abgelegt haben, verraten sie, wenn sie durch die Blume flüstern, „wir als Gebildete" wüßten schon, was gut und schön sei. Nun ist aber die Gleichsetzung von Bildung und gutem Geschmack erwiesenermaßen genauso blödsinnig wie diese ganze Unternehmung.

Gleichzeitig zeigt das IDZ nämlich die Ergebnisse seines vierten Forum-Wettbewerbs, der das Motto „Gestaltung zwischen ‚good design' und Kitsch" hatte. Da sollte „das traditionelle, veraltete Entwurfsdenken in Frage" gestellt und für ein geschmacklich vertretbares Massen-Design plädiert werden. Nur zeigen beide Ausstellungen, daß es jenes Kompromiß- und Durchschnittsdesign längst gibt. Es wird von morgens bis abends verkauft.

Auch wenn jahrzehntelange vergebliche sozialästhetische Anstrengungen einer weitstreuenden Geschmackserziehung nicht den gewünschten Erfolg brachten und jetzt offenbar zur Identitätskrise der Design-Fachleute führen: Der sogenannte gute Geschmack entwickelt sich noch am ehesten zwischen den extremen Polen der „guten Form" und des formlosen Nippes. Das vorsätzliche Mittelmaß muß nicht erst noch erfunden werden. Wie sehr es wuchert, hat man hier unfreiwillig selbst demonstriert.

Hans Jonas wird 80

Das Sollen bestimmt das Sein

Nicht alle Philosophen setzen in ihren Betrachtungen beim Säugling ein. Der Religionswissenschaftler Hans Jonas, der heute 80 Jahre alt wird, tut es. Er tut dies aber nicht mit dem Blick des Biologen, Mediziners oder Physikers, sondern er spricht als Ethiker. Vor sich einen jungen Erdenbewohner, interessiert Jonas weniger die Faktizität des neuen Lebens und das daran abzuleitende Faktum des auf Nützlichkeit abgerichteten Gesellschaftswesens Mensch. Für ihn sind vielmehr die „Phänomene des Lebens in einer Ontologie" wichtig, „die nicht mehr einseitig beherrscht wird von dem Modell der naturwissenschaftlichen Realität". Über das rein Phänomenologische hinausgreifend, führt Jonas die Kategorie der Verantwortung ein, ein ethisches Prinzip, das als Frage nach dem Sollen der Frage nach dem Sein die Zügel anlegt.

Lehrt das Prinzip Verantwortung: Hans Jonas FOTO: SUHRKAMP

Beides, Sollen und Sein, sind freilich aufeinander bezogen. Dennoch kommt dem Sollen eine besondere Bedeutung zu. Als Ideenquelle mit ethischem Grundmuster treibt es die Verwirklichung des Seins an, bestimmt sie gar erst einmal, ordnet Zwänge und Zwecke. Mit diesem „Prinzip Verantwortung" (so der Titel eines 1979 erschienenen Buches von Jonas) lenkt er den Blick auf eine gegenüber Natur und Technik zu praktizierende Vernünftigkeit mit Zukunftsverantwortung.

Jonas' Ruf als Wissenschaftler und Lehrer ist erst in den letzten Jahren voll erwacht. In den 30er Jahren seinen Ausgang mit Arbeiten zur Gnosis nehmend, emigrierte er 1933 nach Palästina, ging nach Kanada und lehrte bis 1976 in New York. Mit seinem Werk von 1979 meldete sich der ehemalige Husserl-, Heidegger- und Bultmann-Schüler bei uns wieder zu Wort. Es war nach fast 50 Jahren das erste in deutscher Sprache geschriebene Buch von Hans Jonas. DW.

Lebendiger Broadway: Höhepunkte der Saison

Gratwanderung mit Liz und Richard

Dank einiger beachtlicher neuer Stücke und der Wiederaufführung alter Musicals wurde der New Yorker Broadway lebendig wie lange nicht mehr. Publicityträchtiger Höhepunkt: die Wiederaufführung von Noël Cowards „Private Lives", einer Ehe- und Scheidungskomödie mit den zweimal miteinander verheirateten und geschiedenen Elizabeth Taylor und Richard Burton – zu Preisen von 100 Dollar pro Ticket und auf Wochen ausverkauft schon vor der Premiere.

Zweifellos der größte Broadway-Erfolg eines Dramas seit längerer Zeit und mit dem begehrten Pulitzer-Preis ausgezeichnet ist „'night, Mother" von Marsha Norman. Und tags zuvor wurde das Stück „K 2" von Patrick Meyers aus der Taufe gehoben.

Nach außen hin kann man sich kaum gegensätzlichere Stücke vorstellen als diese beiden: Normans Drama spielt in einem typisch amerikanischen Wohnzimmer mit Küche, Meyers' Stück auf einem schneebedeckten Felsvorsprung, 400 Meter unter dem zweithöchsten Gipfel der Welt in der Himalaja-Kette. Dennoch sind die dramaturgischen Ähnlichkeiten frappant: Beides sind Zweipersonenstücke, beide rollen in 90 Minuten, ohne Pause, ab, und bei beiden Paaren geht es um Leben und Tod.

In „K 2" sind es zwei Männer, die durch eine Lawine von den übrigen Mitgliedern ihrer Expedition abgeschnitten wurden. In „'night, Mother", einem Dialog von Mutter und Tochter, verkündet letztere gleich zu Beginn, sie wolle sich noch an diesem Abend das Leben nehmen. In einem Falle kämpft der eine Bergsteiger mit Worten, um den anderen doch noch zu bewegen, die fast aussichtslose Rettung zu wagen, im anderen die Mutter, ihre Tochter von dem selbstmörderischen Vorhaben abzubringen.

Die Autoren arbeiten mit ganz verschiedenen Mitteln. In „K 2" erzählen die beiden Protagonisten in zum Teil überlangen Monologen Einzelheiten ihres Vorlebens, in Normans Stück wird in knappen, treffsicheren Dialogen nur das unbedingt Notwendige aus dem früheren Leben der beiden Frauen bekannt und im übrigen die Ruhe und Entschlossenheit der Selbstmörderin der Hysterie und Kindlichkeit ihrer Mutter gegenübergestellt. Dieser Dialog ist aber weitaus packender als der der beiden Männer. Beide Stücke werden von in New York bisher nicht aufgetretenen Schauspielern meisterhaft dargestellt und sind ebenso inszeniert: Theaterabende, von denen anzunehmen ist, daß sie bald auch dem europäischen Publikum zugänglich gemacht werden.

Sang- und klanglos, wie fast schon üblich, ging ein weiterer Versuch Edward Albees unter, sich doch noch einmal am Broadway Gehör zu verschaffen. Vielleicht hat er schlechtere Stücke geschrieben als „The Man Who Had Three Arms", aber sicherlich kein geschmackloseres. Denn was er hier zum besten gibt, ist eine autobiographische Publikumsbeschimpfung, bei der man aber nur wehmütig an Handke denkt.

„Himself" war einst ein berühmter Mann, weil ihm ein dritter Arm auf dem Rücken wuchs und er auf der ganzen Welt als eine Sensation herumgereicht wurde. Zu Beginn des Stücks macht er seinem Ärger Luft, daß sich nun niemand mehr um ihn kümmere, nachdem der dritte Arm wieder eingeschrumpft ist. Er macht Gott und die Welt (vor allem aber die Theaterkritiker) für sein trauriges Los verantwortlich. In wüster Weise wird auch gegen die Frauen zu Felde gezogen, und der Höhepunkt dieser geschmacklosen Übung wird erreicht, als der Redner (das Stück ist praktisch ein Monolog) sein Martyrium mit demjenigen von Jesus vergleicht.

Shakespeares „Ende gut, alles gut" wird nicht allzuoft gespielt – ganz offensichtlich deshalb, weil die Regisseure nicht viel damit anzufangen wissen. Der einfallsreiche Trevor Nunn von der Londoner Royal Shakespeare Company zeigt, daß es sehr wohl geht. Er transponiert das Lustspiel mit sanfter Hand von der elisabethanischen Zeit in eine köstliche Fin-de-siècle-Stimmung, ohne sich daran zu stoßen, daß es um diese Zeit einen König von Frankreich nicht mehr gab. Auf diese Weise erreicht er, daß die Hauptfigur der Helena, einer bei aller Zurückhaltung emanzipierten Frau, überhaupt erst verständlich wird, was in einem 300 Jahre älteren Milieu unglaubhaft wirken muß.

Jerome Kerns „Show Boat" aus dem Jahre 1926, Gershwins „Porgy and Bess" (1935) und ein aus seinen Melodien der zwanziger Jahre zusammengebrautes Musical, „My One and Only", sind zwar in dieser Saison zu einem bescheidenen bis respektablen Erfolg gekommen, lassen aber erkennen, daß das amerikanische Musiktheater heute vom musikalischen Gehalt her den damaligen Evergreens nichts an die Seite zu stellen hat.

Die Volksoper „Porgy and Bess" käme sicherlich zu besserer Wirkung, würde sie nicht in der für eine Bühnenaufführung viel zu großen Radio City Music Hall gegeben, die mit ihren 6000 Plätzen zwar eine Menge Geld einspielen kann, aber mit einer solchen Häufung elektronischer Mittel arbeiten muß, daß der im weiten Rund des Theaters verlorene Zuschauer oft nicht mehr festzustellen vermag, wer gerade singt.

In „My One and Only" wurde um ein Potpourri von Melodien aus längst untergegangenen Musicals Gershwins eine nicht ungeschickte Handlung gewoben, aber Musik und Tanz (mit Tommy Tune und der kurvenlosen Twiggy als den Stars), bleiben die Hauptattraktion dieser Neuschöpfung, die die Voraufführungen in Boston fast nicht überlebt hätte. Inzwischen ist so viel geändert worden, daß „My One and Only" zumindest eine reelle Erfolgschance eingeräumt werden muß. Und „Show Boat" wurde derart gekürzt, daß man kaum noch ahnen kann, wie sich das Original vor 57 Jahren dargeboten hat.

Und „Private Lives" von Noël Coward? Man sollte meinen, daß es mit Elizabeth Taylor und Richard Burton nicht schiefgehen könnte. Aber tatsächlich geht den beiden die Jugend und Leichtigkeit ab, die die beiden Hauptrollen erfordern. Ganz abgesehen davon, daß die beiden Darsteller solch peinlich-autobiographische Dialoge sprechen müssen wie diesen: Amanda: „Wirklich, ich habe etwas Angst vor dem Heiraten." Elyot: „Es ist eine faule Sache." Amanda: „Ich glaube, es lag an der Tatsache, daß wir verheiratet und in den Augen der Öffentlichkeit verklammert waren, daß wir Schiffbruch erlitten." Elyot: „Ja, und weil wir nicht miteinander auskommen konnten." – Eine vertrackte Gratwanderung zwischen Leben und Spiel. HENRY MARX

Wien: H. Kaisers „Bis aufs Blut" uraufgeführt

Der Bauchaufschlitzer

Wie sieht ein Dramatiker der jungen Generation sein Metier? In einer Grundsatzerklärung sagt der fleißig aufgeführte und erfreulich produktive Autor Herwig Kaiser aus Graz recht klischeehaft: „Theater ist für mich ... die Bewußtmachung sozialer Mechanismen und Zwänge, insbesondere ... am Beispiel von Außenseitern und Randgruppenschicksalen, in denen sich gesellschaftliche Strukturen besonders kraß manifestieren." Punkt.

Sein neuestes Werk wurde jetzt im Rahmen des vom Wiener Theater in der Josefstadt unternommenen Versuchs, progressive Stücke zusammen mit dem Fernsehen live ans Publikum zu bringen, uraufgeführt. Es nennt sich „Bis aufs Blut".

Die Außenseiterschicksale, die gezeigt werden, muten nicht eben ungewöhnlich an: Ein von Krista Stadler minutiös gegebenes Strichmädchen scheitert beim Versuch, aus dem Dirnenmilieu auszubrechen. An ihrer Seite zwei zwielichtige Herren mit brutalem Hintergrund und als Gesamtatmosphäre die völlige Ausweglosigkeit, die das im buchstäblichen Sinn bis aufs Blut gepeinigte Mädchen zum wiederum blutigen Selbstmord treibt. Szenen also aus einer, wie der Autor sagt, „Randgruppe", wie man sie allgemein kennt, beklemmend als Realität, aber fürwahr nicht eben neu. Spätestens seit Wedekind bühnenfähig, in vielen Büchern geschildert: eine Sumpfblase in dem bösen Leben, das sich die menschliche Gesellschaft geschaffen hat.

Man fragt sich, was der Verfasser mit der Verarbeitung eines Primanerthemas aussagen wollte, gesteht ihm aber gern gewisse dramatische Fähigkeiten zu, die besonders von den Schauspielern geschätzt werden: ein lockerer Dialog, der mitunter aufregend auf die Spitze getrieben wird, schonungslose Szenen, gut getroffene Menschentypen, welche weitgehend von den ausgewählten Darstellern (Krista Stadler, Dietrich Siegl und Georg Nenning) profitieren.

Ein Sonderfall die Figur des unheimlichen Bauchaufschlitzers Franz, der kein Wort zu sprechen hat, aber als stummer Barkeeper im Bordell unerhört präsent ist. Regie führte Gernot Friedel, dem offenbar das Klima der Improvisation, wie es von diesen Aufführungen im Malersaal des Theaters gefordert wird, gut liegt. Als Bühnenbildner in diesem bescheidenen Rahmen stand ihm Wolfgang Müller-Karbach zur Seite.

Nun, der Autor sagt auch zu seinen Absichten etwas aus: „Verstörung im Zuschauer ... empfinde ich als produktive Kraft." Produktiv war zumindest der Beifall. Verstört waren vermutlich nur wenige. ERIK G. WICKENBURG



Grelle Farbtupfer in der Biscayne Bucht: Christos mit breiten Kunststoffbahnen umrahmte „Surrounded Islands" vor der Vollendung. FOTO: ACTION PRESS

Christos neueste Aktion: Plastikfolie umspannt Inseln von Miami Beach

Rosa Kommandos aus dem Megaphon

Auf dem John F. Kennedy Causeway, einer über Brücken führenden Schnellstraße, die den nördlichen Teil von Miami Beach mit dem Festland verbindet, stauen sich die Fahrzeuge staunender Autofahrer. Links und rechts eröffnet sich ein faszinierender Anblick: Die grünen Inseln in der blauen Biscayne-Bucht sind rosa umrahmt. Es gibt kaum jemand, der nicht weiß, wer für diesen neuen grellen Farbtupfer in dieser von Wasser dominierten Szenerie verantwortlich zeichnet. Christo und seine „Surrounded Islands" (etwa „umgebene Inseln") sind Stadtgespräch.

Es werde, hatte Christo-Sprecher Burt Chernow verkündet, „so präzise wie ein Countdown in Cape Canaveral" realisiert. Doch der stürmische Wind machte einen Strich durch den Terminplan. Am vorigen Mittwoch mußte die Aktion unterbrochen werden, jede der elf Inseln, die eine fast elf Kilometer lange Kette bilden, mit einem rund 65 Meter breiten Ring aus rosa Plastikfolie zu umgeben. Erst am Sonnabend war das Werk vollendet.

Die Idee ist drei Jahre alt. Die Stadtväter hatten den berühmten Amerikaner aus Bulgarien zunächst gebeten, das „Art Festival" 1982 mit einem Beitrag zu bereichern. Christo fand jedoch kein Gebäude, das sich verpacken ließ. Dagegen erweckten die künstlich geschaffenen Inseln der Biscayne Bay seine Aufmerksamkeit.

Die Vorbereitungen dauerten 30 Monate. Zehn Behörden mußten ihre Zustimmung erteilen, in sieben öffentlichen Hearings wurde das Für und Wider beredet, viermal urteilten Richter, zum letzten Mal vor vierzehn Tagen, als der Vogelfreund Jack Kassewitz einen brütenden Fischadler auf der Insel Nr. 9 bedroht sah. Der Richter James Lawrence King entschied schließlich zugunsten der Christo-Anwälte. Allerdings mußte Christo bei den Verpackungsarbeiten eine Gruppe von Umweltschützern als Beobachter zulassen.

Das Projekt, wie alle Christo-Werke aus eigener Tasche finanziert, kostete 3,1 Millionen Dollar. Zum ersten Mal mußte der Künstler einen Kredit aufnehmen, 700 000 Dollar. Er hofft jedoch, durch die kommerzielle Vermarktung seiner Insel-Kunst die Auslagen wieder hereinzubekommen.

Der Countdown begann bereits im November, als die erste Sendung des in Stuttgart hergestellten synthetischen Materials (Polypropylene) eintraf. Insgesamt kam Kunststoff von etwa neun Kilometer Länge. Er wurde auseinandergeschnitten und wieder zusammengenäht. 40 Männer und Frauen verrichteten die Näharbeiten. Im Januar warfen Taucher 610 speziell gefertigte Anker um die Inseln. Andere Arbeiter errichteten an den Küstenstreifen Befestigungsvorrichtungen – nachdem sie tonnenweise Müll beseitigt hatten. In den letzten Wochen waren mehr als 400 Personen – in rosafarbenen Hemden – pausenlos im Einsatz, von Christo und seiner energischen französischen Frau Jeanne-Claude mit Megaphonen kommandiert. Meist inspizierten beide von Booten aus die Fortschritte, gelegentlich aber auch von einem Hubschrauber.

Die Bevölkerung reagierte zunächst mit Skepsis auf Christos Aktivitäten. Doch ihr folgte nun eine Art Faszination. Wenn die Leute die Inseln betrachten, sind Kommentare wie „great", „beautiful" oder zumindest „interesting" zu hören. Christo erntet Applaus, wenn er sich in der Öffentlichkeit zeigt.

Die Stadtväter denken weniger an den künstlerischen Wert als an die Werbewirkung. Pressevertreter und Fernsehteams aus allen Teilen der Welt kamen und kommen nach Miami, um über die umspannten Inseln zu berichten. Bürgermeister Maurice Ferre strahlte: „Ich finde das fantastisch, was Christo macht. Das bringt uns internationale Publicity." Vierzehn Tage lang kann sich die Stadt nun an diesem Schauspiel ergötzen. Und die Stadtväter genauso wie Christo selbst hoffen, daß sich das am Ende auszahlt. Der Künstler meint jedenfalls, daß seine „Surrounded Islands" doppelt so viel einbringen, wie sie gekostet haben, nämlich rund sieben Millionen Dollar. WERNER THOMAS

Meisterwerk des Films: Alain Tanners „Die weiße Stadt" mit Bruno Ganz

Seemannsgrüße eines Taugenichts

Dieser stille, nachdenkliche und auf rare Weise lebensheitere Film von Alain Tanner lief auf der letzten Berlinale. Beachtet wurde er, mit Sympathie aufgenommen. Ausgezeichnet wurde er nicht. Tanners, des Schweizer Alleingängers, Kinostücke scheinen alle eher gemacht für happy few. Tanner trumpft nie auf. Er will nie erschrecken, nie imponieren.

Er geht immer eher mit Vorsicht und einer ruhigen Intensität zu Werke. Seine Filme stellen Fragen. Sie verzichten auf laute oder vorschnelle Antwort. Sie enden meist mit einem ehrlichen Achselzucken. Tanner stellt, was er sah, was er fand, was er oft mit einer heiteren Ironie darstellt oder optisch streichelt, zur Diskussion. Er erweckt eine Art philosophischer Nachdenklichkeit. Er ist ein rarer, stiller Kopf in der lärmenden Rotte der Kinomacher.

Diesmal zeigt er einen Schweizer Ingenieur auf einem total entromantisierten Schiff, das mit Containern beladen über unsere Meere wie menschenleere Fabriken schippert. Der Mann, in einem Anfall von Freiheitsdrang und romantischer Neugier, verläßt im Hafen von Lissabon sein technisiertes Totenschiff. Er taucht in der „weißen Stadt" unter. Er genießt das Gewimmel. Er bleibt allein. Er läßt die portugiesisch helle Welt um sich rauschen. In einer gemütlich vergammelten Absteige nimmt er Quartier, ein abwartend fröhlicher Aussteiger. Er taucht unter, seine totale neue Freiheit genießend.

Mit seiner kleinen Super-8-Kamera führt er Tagebuch, und Tanner läßt uns seine rührend verwakkelten, optischen Aufzeichnungen zwischendurch immer wieder sehen. Die Filme schickt der entlaufene Seemann seiner Freundin in Basel nach Haus. Er schreibt nicht. Er filmt. Seine Adresse bleibt postlagernd.

Er findet ein Zimmermädchen in seinem Gammelhotel. Sie wird die einzige Person, mit der er spricht. Es beginnt eine Liebe. Eine kurze Leidenschaft blüht auf. Das strenge Mädchen verschwindet aus seinem Blickfeld. Er sucht sie. Er findet sie nicht wieder.

Beim einsamen Billardspiel in einer Kneipe wird er ausgeplündert. Seine Identität und sein Geld sind dahin. Er bleibt gelassen. Er verhökert seine Schweizer Uhr. Er meldet seiner Freundin nach Basel seinen Zustand ohne Wehleid oder Klage. Er wird weiter in die Fremde, in die „weiße Stadt" einsinken. Er ist zufrieden. Seine Heimat bleibt das Meer. Sonst hat er keine. Ein philosophisch heiterer Aussteiger lebt weiter in einem sanften Schwebezustand.

Bruno Ganz spielt faszinierend den Schweizer Taugenichts, ganz unaufdringlich und mit einer sozusagen heiteren Melancholie. Lissabon, schön, aufregend oder abstoßend, spielt ständig mit. Tanners Film ist ein sanftes Meisterwerk. Wer noch Augen hat zu sehen (und sehend zu denken), sollte ihn nicht auslassen. FRIEDRICH LUFT

Die passende Musik zum Aerobic: Jennifer Muller und ihr New Yorker Ballett-Ensemble „The Works" FOTO: DIE WELT

Jennifer Muller auf Tournee durch Deutschland

Tanz in der Wasserwanne

Auf einer Blitztournee durch acht Städte der Schweiz und der Bundesrepublik machte Jennifer Muller mit ihrem Ensemble „The Works" in Krefeld Station. Dort feiert man eben die „Philadelphiade – 300 Jahre Deutsche in Amerika". Die Geschichte der kleinen elfköpfigen Kompagnie klingt in der Tat wie eine echt amerikanische Erfolgsstory aus der Pionierzeit. 1974 gegründet, hat die Truppe inzwischen fast alle Kontinente bereist und ist im Ausland bekannter als in der Heimatstadt New York.

Als Jennifer Muller 1975 zum ersten Mal in Europa choreographierte, war sie die Sensation des Holland-Festivals. Das Programm, das sie jetzt in Krefeld zeigte, überspannt den Zeitraum von 1973 bis 1981 und belegt minutiös, warum die Muller nicht alle Hoffnungen der Ballettwelt erfüllen konnte und vielleicht auch nicht wollte. Nie hat sie in ihren Tanzschöpfungen den Anspruch erhoben, die großen Themen der Philosophie und Literatur zu behandeln, allenfalls schrieb sie satirische Fußnoten zu Zeiterscheinungen. Im Vordergrund stehen für Jennifer Muller die formalen Aspekte des Tanzes.

In „Tub" aus dem Jahre 1973 zeigt sie zu einer Musikcollage von Burt Alcantara, wie sechs (bekleidete) Tänzer nacheinander und miteinander in einer Plastikwanne mit dem Medium Wasser in Berührung kommen und sich dadurch in den Ausdrucks- und Bewegungsmöglichkeiten verändern – eine spannende Studie, die Assoziationen freien Raum läßt. In „Speeds" aus dem Jahre 1974 läßt Jennifer Muller die Möglichkeiten des Bewegungsrhythmus und der Bewegungsabläufe variieren und erfindet dazu eine Vielfalt tänzerischer Gruppierungen – eine unterhaltsame Reise durch das Reich der Choreographie.

Bei „Terrain", ihrer jüngsten Schöpfung aus dem Jahre 1981, ist weder ein ästhetisches noch ein thematisches Konzept zu erkennen. 25 lange Minuten führen schöne Menschen schöne Bewegungen vor, mal strahlend freundlich, mal melancholisch, mal in stimmungsvoll blauen Kostümen, mal in braunen Kostümen. Zum Geklingel einer sterilen Supermarktmusik bekommt das Publikum manche Anregung für das nächste Aerobic-Programm. Wegen ihrer verständlichen Skepsis gegenüber den grüblerischen Anstrengungen europäischer Choreographen droht Jennifer Muller nun der Vergleich mit den Show-Tanz-Gruppen der Nachtclubs von Las Vegas. ALBIN HÄNSEROTH

JOURNAL

Arthur Miller inszenierte eigenes Stück in China

AP, Peking

Nach über einmonatiger Probezeit erlebte Arthur Millers Theaterstück „Tod eines Handlungsreisenden" im Pekinger Volkskunsttheater jetzt seine chinesische Erstaufführung in einer Inszenierung, die der amerikanische Bühnenautor selbst leitete. Miller war voll des Lobes über den Professionalismus der chinesischen Schauspieler. Bald nach seiner Ankunft hatte er den Schauspielern nahegelegt, sie sollten sich nicht darum bemühen, Amerikaner darzustellen, denn das Ergebnis wäre eine „zweitklassige amerikanische Inszenierung" gewesen. Der Darsteller des Willy Loman, Ying Ruocheng, übersetzte das Stück ins Chinesische. Es sei „unglaublich", wie er Sprachrhythmus und Timing dem englischen Original angeglichen habe, meinte Miller.

Prick nach Berlin, Rennert freier Dirigent

Reg. Mannheim/Karlsruhe

Sowohl das Badische Staatstheater Karlsruhe wie auch das Mannheimer Nationaltheater müssen zur Spielzeit 1985/86 einen neuen Generalmusikdirektor suchen: Unabhängig voneinander haben Christof Prick und Wolfgang Rennert gekündigt. Prick zieht es – nach acht Jahren Karlsruhe – nicht zuletzt deshalb als Staatskapellmeister an die Deutsche Oper Berlin, weil er dort bessere Konditionen hat und eine reizvollere Aufgabe sieht; Rennert hat offenbar das feste Arbeitsverhältnis satt und möchte künftig wieder als freier Dirigent arbeiten.

Fördermittel von 1,2 Mill. des Literaturfonds

DW. Darmstadt

Der Deutsche Literaturfonds hat für das Jahr 1982 Fördermittel in Höhe von 1,2 Millionen Mark bewilligt. Von den 382 eingereichten Anträgen wurden 58 genehmigt, davon 44 Stipendienanträge. Neue Anträge können noch bis zum 30. Juni bei der Geschäftsstelle (Alexandraweg 23, 6100 Darmstadt) eingereicht werden. Im September veranstaltet der Deutsche Literaturfonds einen Wettbewerb, bei dem 25 Autoren, die in den beiden vergangenen Jahren ein Stipendium erhalten haben, aus dem vom Fonds geförderten Werk lesen. Für den Gewinner ist ein Preis in Höhe von 10 000 Mark ausgesetzt.

Edinburger Festival: Jahrhundertwende in Wien

Reg. Edinburg

Mit Wien um die Jahrhundertwende beschäftigt sich das diesjährige Internationale Festival in Edinburg. Auf dem Programm stehen vor allem Stücke von Bruckner, Mahler, Strauss, Lehár, Schönberg, Berg, Webern und Zemlinsky. Die „Letzten Tage der Menschheit" von Karl Kraus und „Die Seele eines Juden – die letzte Nacht des Otto Weiniger" von Yehoshua Sobol werden vorgestellt. Glen Tetley erarbeitet mit dem Ballett Rambert eine Choreographie zu Kokoschkas Schauspiel „Mörder, Hoffnung der Frauen" und verwendet dabei Schönbergs Kammersinfonie, op. 9. Abgerundet wird das Festival durch die Ausstellung „Wien 1900" im National Museum of Antiquities of Scotland.

Václav Havel gratuliert Abt Opasek

rst. Rohr

Der erst kürzlich nach mehr als vierjähriger Haft aus dem Gefängnis entlassene tschechische Dramatiker Václav Havel hat dem jetzt in der Benediktiner-Abtei Rohr in Niederbayern lebenden Abt Dr. A. Opasek zu seinem 70. Geburtstag telegrafisch herzliche Glückwünsche übersandt. Abt Opasek, Autor einiger Poesiebände, war in den fünfziger Jahren in der CSSR zu lebenslanger Haft verurteilt worden und erst im Prager Frühling 1968 rehabilitiert worden. Seit der Okkupation der CSSR lebt er in der Bundesrepublik Deutschland, wo er auch Vorsitzender der tschechisch-deutschen katholischen kulturpolitischen Organisation „Opus Bonum" ist.

Alfred Weidenmann 65

Sein Weg ist typisch für eine ganze Generation von Film-Regisseuren, die ihren Anfang bei der alten Ufa genommen haben. Alfred Weidenmann, der heute 65 Jahre alt wird, hat in den fünfziger Jahren beträchtliche Triumphe verzeichnen dürfen – vor allem „Canaris" (1954) hat seinen Namen bekannt gemacht –, ist dann in die in den sechziger Jahren einsetzende deutsche Filmkrise hineingerissen worden und schließlich beim Fernsehen gelandet. Versuche, zum Film zurückzukehren, zum letzten Mal 1977 mit der Verfilmung von Theodor Storms „Schimmelreiter", sind allesamt fehlgeschlagen.

Weidenmann zählt damit zu jener Generation, die für immer ein Loch in der Tradition des deutschen Films hinterlassen hat. Schade eigentlich, denn was ihm an künstlerischer Vorstellungskraft fehlen mag, das hat er durch handwerkliche Präzision zum Teil immer wieder wettgemacht. Und seine „Buddenbrooks"-Verfilmung von 1959 ist wenigstens noch interessant mißlungen. Heute also nur noch Fernsehen, oft mit dem Krimi-Autor Herbert Reinecker zusammen. Und dazu hat Weidenmann ein Hobby zum Nebenberuf gemacht: Er schreibt gerne Jugendbücher. S. H.

Hochmoore verschwinden langsam in Blumenkästen

Der „Bund Naturschutz" befürchtet, daß die Torfproduktion zur ernsten Bedrohung für deutsche Moore wird

PETER SCHMALZ, **München**

Verschwinden unsere Moore nach und nach in deutschen Blumenkästen und Vorgärten? Das befürchtet zumindest der Bund Naturschutz und sagt deshalb dem industriellen Abbau der Moore den Kampf an. Denn nach Ansicht der Naturschützer sind Gartenbesitzer, die ihre private kleine Grünfläche zu einem ökologischen Prunkstück kultivieren wollen, oftmals unbewußt mitverantwortlich für die Zerstörung der Moore, nachdem Torf in den Ruf gekommen ist, den Gartenboden zu verbessern.

80 bis 90 Prozent der elf Millionen Kubikmeter Torf, die jedes Jahr in der Bundesrepublik gestochen werden, verschwinden als Bodenverbesserer wieder in der Erde. Der Rest wird für Moorbäder, zur Herstellung von Aktivkohle und als Brennstoff verwendet.

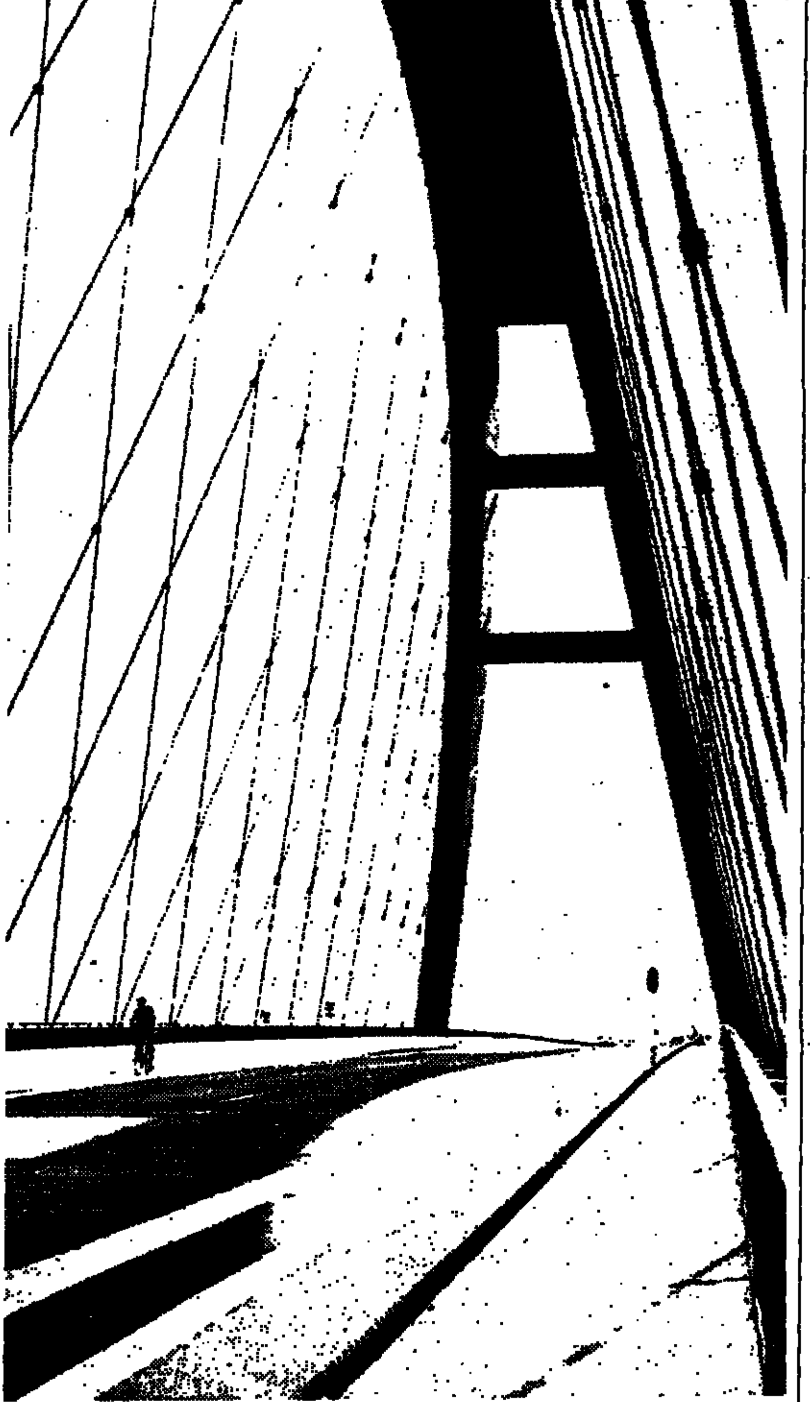
Der grüne Boom der Hobby-Gärtner in den vergangenen Jahren hat den Torfabsatz sprunghaft ansteigen lassen. Ganz zu Unrecht aber, so meint der bayerische Geschäftsführer des „Bund Naturschutz", Reinhold Kaub, denn Torf habe kaum Nährstoffe und halte das Wasser auch nur für kurze Zeit, weil er sich in durchlüfteten Böden schnell zersetzt. Weitere Nachteile: Durch die Versauerung der mit Torf vermischten Böden tritt Nährstoffmangel ein, der durch Dünger ausgeglichen werden muß; die wasserziehende Kraft des Torfs schädigt Pflanzenwachstum und Bodenleben; selbst zersetzter Torf liefert kaum Humus, der für die Bodenfruchtbarkeit entscheidend ist.

Daß der Torf dennoch in Schrebergärten wie in Balkonkästen ein Verkaufsschlager wurde, ist für die Naturschützer nur auf eine geschickte Werbung zurückzuführen, mit der sich die Torfindustrie ein neues Absatzgebiet erschlossen hat. Ein bayerischer Naturschützer: „Ende der 50er Jahre hat sich die Ölheizung fast überall durchgesetzt, Torf als Brennstoff verlor entsprechend an Bedeutung. Die Torfstecher mußten sich eine neue Kundenschicht erschließen." Heute sind in der deutschen Torfindustrie 4500 Arbeitskräfte beschäftigt, der Jahresumsatz wird mit 270 Millionen Mark angegeben.

Geht der Abbau in den Mooren jedoch unvermindert weiter, dann sind das nach Ansicht der Naturschützer nur noch Arbeitsplätze auf Zeit. Hubert Weiger vom „Bund Naturschutz Bayern": Bei anhaltendem Verbrauch wären die Torfvorräte in 30 bis 40 Jahren endgültig erschöpft." Im vergangenen Jahrhundert hat sich die deutsche Moorfläche ohnehin um 80 Prozent verringert, durch den Abbau des Torfs werden jährlich 1000 Hektar Hochmoorfläche trockengelegt.

1880 hatte Niedersachsen noch 250 000 Hektar Hochmoor, ein Jahrhundert später war die Fläche auf ein Zehntel geschrumpft. Und davon befinden sich zur Zeit 5000 Hektar in der Austorfung. In Schleswig-Holstein ist die Moorfläche in diesem Zeitraum von 53 000 auf 5500 Hektar gesunken. Bayern besitzt zwar noch 200 000 Hektar Moor, davon aber 141 000 Hektar sogenannte Niedermoore und nur 59 000 Hektar Hochmoore, die zum Torfabbau geeignet sind.

Bayerische Naturschützer sorgen sich besonders um den Hochmoorkomplex Kendlmühlfilz (Filz ist der altbayerische Ausdruck für Hochmoor) am südlichen Chiemseeufer. Von den einstigen 2500 Hektar sind noch 700 vorhanden, die bereits Mitte der 70er Jahre mit Zustimmung der Gemeinde, des Landratsamtes und der Regierung von Oberbayern unter Naturschutz gestellt werden sollten. Doch der bayerische Staat entschloß sich 1976 überraschend, den ihm gehörenden nördlichen Teil an ein Abbau-Unternehmen zu verpachten und den Naturschutzgebietsantrag für den südlichen Teil, der zumeist in privatem Besitz ist, bis heute ruhen zu lassen. Für den Staat zahlt sich die Naturschutz-Sünde in klingender Münze aus: Für jeden abgebauten Kubikmeter Torf erhält er 1,85 Mark. Weitere 25 Pfennig gehen an einen Lehrstuhl an die Landwirtschaftliche Hochschule Weihenstephan bei München, der sich mit den Restaurierungsmöglichkeiten von Mooren befaßt.



Leerlauf

Am Fehmarnsund fotografiert von BRUNO GERLT

Seveso-Gift: Neue Spuren weisen nach Deutschland

JOCHEN LEIBEL, **Paris**

Die Pariser Wochenzeitschrift „Le Point" glaubt einen neuen Beweis dafür gefunden zu haben, daß sich das Dioxin aus Seveso in der Bundesrepublik Deutschland befindet. Die Zeitschrift veröffentlicht in ihrer jüngsten Ausgabe die Fotokopie des Briefes einer deutschen Firma, in der die Übernahme der Dioxin-Rückstände angeboten wird.

Bei dem Dokument handelt es sich um den Brief der „Badischen Rückstandsbeseitigungs GmbH" in Neckar-Steinach, die dem zur Zeit in einem französischen Gefängnis sitzenden Bernard Paringaux ihre Bereitschaft mitteilt, die „Rückstände" zu übernehmen. Bernard Paringaux war von Mannesmann-Italia mit der Beseitigung der Seveso-Rückstände beauftragt worden. Das Dioxin gelangte bis nach Saint-Quentin in Frankreich, dann verläuft sich die Spur. Paringaux weigerte sich bislang, den Ort der endgültigen Lagerung mitzuteilen und sitzt deshalb in Beugehaft.

In dem von „Le Point" veröffentlichten Schreiben vom 30. November 1981 heißt es: „Unter höflicher Bezugnahme auf das mit Ihnen geführte Gespräch teilen wir mit, daß eine Lagerung der im Betreff genannten Rückstände möglich ist. Voraussetzung ist die übliche Genehmigung durch die Behörde."

Der Inhaber der deutschen Firma, Jürgen Weber, erklärte in diesem Zusammenhang im französischen Fernsehen, er habe tatsächlich mit Paringaux in Verhandlung gestanden, das Geschäft sei jedoch dann nicht zustande gekommen.

Die Zeitschrift „Le Point" nimmt jedoch das Dementi des Deutschen nicht ernst und veröffentlicht dafür ein zweites Schreiben, das Paringaux ein Jahr später angeblich an den ursprünglichen „Besitzer" des Dioxin richtete, an die italienische Niederlassung von Hoffmann-La Roche. In diesem Brief bestätigt Paringaux die Übernahme von 6,5 Tonnen Dioxin-Rückständen und erklärt, sie würden – entsprechend der Bestätigung der deutschen Firma „Badische Rückstandsbeseitigungs GmbH" – ordnungsgemäß gelagert.

Für die Pariser Zeitschrift sind diese beiden Schreiben der Beweis dafür, daß das gesuchte Dioxin in Deutschland lagert. (SAD)

20 000 Quadratmeter voll von Phantasie

Ein Festival in Wien soll alle Sinne schärfen

KURT POLLAK, **Wien**

Einen nahezu vollwertigen Ersatz für die Benutzung einer Psychiatercouch bieten die eben eröffneten „Wiener Festwochen 1983". Neben einem umfangreichen kulturellen Programmangebot kann sich das internationale Publikum bei einem „Festival der Phantasie" Rezepte zur Persönlichkeitsverwirklichung verschreiben lassen.

Die Organisatoren dieser „Phantasie-Orgie" gehen davon aus, daß der Mensch unserer Tage mitten in einer „Hoffnungskrise" steckt, die eine Aktivierung seiner individuellen Fähigkeiten sowohl im Privaten wie im Beruflichen mehr als nötig macht. Propagiert werden Ideen zur Selbstverwirklichung im Do-it-yourself-Verfahren, die den jedem Menschen angeborenen Phantasiereichtum zur Entfaltung bringen sollen. Zu sehen sind mehr als 30 000 Exponate aus Menschenhand, die alle Albert Einsteins Erkenntnis „Phantasie ist wichtiger als Wissen" gemeinsam haben.

Auf 20 000 Quadratmetern der „Jesuitenwiese" im Wiener Prater werden den Besuchern Dinge gezeigt, die ihre eigene Phantasie anregen und sie zum Mitmachen ermuntern sollen. Durch „Aufstoßen eines Tores, das in die Traumstraße der eigenen Kindheitsphantasie führt", so die Werbung, soll jeder seine ganz persönliche Lebensqualität verbessern.

Psychologen, Wissenschaftler und Künstler aus aller Welt haben dieses „Festival der Phantasie" mitgestaltet. Und die Besucher aller Altersklassen, die sich in dieses Land der Phantasie begeben, erfahren: „Sag' nicht: ‚Als ich jung war, habe ich gespielt. Spiel' und sei jung!"

Die Möglichkeit dazu bietet etwa eine Ausstellung von ungewöhnlichen, selbstgebastelten Dingen. Es sind kuriose, abstruse und naive Dinge die da der menschlichen Phantasie entsprungen sind, meist ohne materiellen Wert. Ihr wahrer Sinn, so heißt es, lag darin, sich selbst aus seelischen Tiefs herauszuholen. Die Zahl der Phantasieprodukte ist verwirrend: Zu den Höhepunkten zählt eine mannshohe Windmühle, die der Dachdeckermeister Otto Austinat aus Essen aus 9000 Wäscheklammern hergestellt hat. „Ich habe alle einschlägigen Geschäfte im Raum Essen, Duisburg und Gelsenkirchen geplündert, um zu meinem Baumaterial zu gelangen", erzählt der Hobbykünstler stolz den Besuchern.

Der Rentner Hans Misbach aus Frankfurt hat aus seiner Leidenschaft, dem Zigarren-Rauchen, auch ein Hobby gemacht: „Mir war schon immer leid um die schönen bunten Bauchbinden auf meinen Zigarren." Er löste das Problem, indem er diese zu eindrucksvollen Städtebildern zusammenklebte. Der Betriebsleiter einer Vorarlberger Weberei hat seiner Briefmarken-Sammelleidenschaft die Krone aufgesetzt: Aus 2500 englischen 5-Pence-Marken setzte er ein Portrait von Königin Elizabeth II. zusammen.

Psychologen sorgen für den wissenschaftlichen Unterbau solcher Hobbys: „Damit schafft sich der Mensch eine eigene kleine Welt, in der er sich von der Anonymität abheben kann, in der er oft lebt. Das Suchen nach Ergänzung einer Sammlung bewirkt automatisch eine Kommunikation mit anderen Menschen. Sammler sind glücklichere Menschen."

Höhepunkt des schillernden Festivals ist das „Zelt der fünf Sinne"; dort wird dem Besucher eine Begegnung der „phantastischen Art" mit seinen eigenen, oft durch das Leben vernachlässigten Empfindungen ermöglicht. Spielerisch und unterhaltend wird ihm eine Welt des Spürens, Fühlens, Tastens, des Hörens und Sehens vermittelt, um ihn „in einer Welt voll von Verboten" wieder das Erleben zu lehren.

Das „Festival der Phantasie" soll zu einer ständigen Einrichtung werden und schon nach den Wiener Festwochen unter dem von Sokrates geprägten Motto „Die Phantasio bereichert die Realität" als Wanderausstellung durch die Bundesrepublik Deutschland ziehen.

Kind nach Entführung aus Kirche befreit

rtr, **München**

Die Münchner Polizei hat am späten Sonntagabend einen zweijährigen Jungen, der zwölf Stunden zuvor aus einer Kirche verschleppt worden war, unversehrt aus der Gewalt seiner beiden Entführer befreit.

Die Täter, ein 18jähriger arbeitsloser Gartengestalter und eine befreundete 20jährige Altenpflegerin, wurden bei der Lösegeldübergabe in der Nähe des Dachauer S-Bahnhofs festgenommen. Sie hatten, wie die Polizei gestern erklärte, zunächst 50 000 Mark gefordert und sich dann auf 30 000 Mark herunterhandeln lassen. Nach ihrer Festnahme legten sie ein Geständnis ab.

Als Tatmotiv nannte die Polizei die „finanziell bedrängte Lage" des Paares. Die beiden seien „pleite" gewesen, da er keine Arbeit gehabt und sie nur wenig Geld verdient habe. Der zweijährige Andreas war am Sonntagvormittag gegen 10.00 Uhr aus einem Spielzimmer in der Kirche der „Christlichen Hausgemeinschaft" entführt worden, während sein Vater, ein Reinigungsfachmann, an einem Gottesdienst teilnahm.

Der Junge war nur für einige Minuten unbeaufsichtigt, als sein Vater den Gemeindemitgliedern von der Geburt seines zweiten Kindes erzählte. Der 18jährige Kidnapper, der nach Angaben der Polizei vorher schon an Gottesdiensten der Glaubensgemeinschaft teilgenommen hatte und daher von dem Spielzimmer wußte, trug den Zweijährigen, der dort alleine spielte, auf die Straße.

Die beiden Kidnapper brachten den Jungen dann mit der S-Bahn nach Dachau in das Haus eines verreisten alten Ehepaares, das von der Altenpflegerin betreut wurde.

Bei insgesamt acht Telefonanrufen verlangte das Paar dann von der Kirchengemeinde die Zahlung des Lösegeldes. Der 18jährige Kidnapper drohte nach Angaben der Polizei damit, das Kind ansonsten „in die Mülltonne" zu werfen.

Die Polizei griff sofort nach der Lösegeldübergabe zu und nahm das Paar fest. Der Junge hatte mit der Altenpflegerin auf der Bank eines Kinderspielplatzes gewartet.

LEUTE HEUTE

Kein Mann fürs Grüne

Wie das Frankfurter Szene-Magazin „Pflasterstrand" meldet, hat die Landtagsgruppe der Grünen im Hessischen Landesparlament zwecks Überwindung des ständigen internen Streits kürzlich einen Gruppentherapeuten bestellt. In einer zweistündigen Sitzung (400 Mark) habe der „Psychomann" **Lukas Maria Möller** das Gruppengespräch („Jetzt finde ich, sollte jeder mal erzählen, wie er die Situation hier so empfindet, fang du doch mal an da ...") dermaßen genial moderiert, daß sich nach „ermüdendem Geseich" am Ende „alles in eitel Sonnenschein auflöste".

Rekord-Segler

Bei einer Einhandsegelregatta um die Erde hat sich der Franzose **Philippe Jeanot** gestern den Sieg mit der inoffiziellen Weltrekordzeit von 159 Tagen, zwei Stunden und 26 Minuten gesichert. Jeanot kreuzte die Ziellinie in Newport im amerikanischen Staat Rhode Island mit einem Vorsprung von zehn Tagen vor dem Zweiten, dem Südafrikaner **Bertie Reed**. Der bisherige Weltrekord war im Jahr 1974 mit 169 Tagen, vier Stunden und elf Minuten aufgestellt worden.

69 Tage im Berg

Die beiden jungen spanischen Bergsteiger **José Luis Garcia Gallego** und **Miguel Angel Diez Vives** haben in der Nacht zum Montag nach 69tägigem Kampf die senkrechte Westwand des 2516 m hohen nordspanischen Berges „Naranjo de Bulnes" in den schroffen „Picos de Europa" bezwungen. Damit stellten sie einen neuen Weltrekord im „Ausharren in einer Steilwand" auf.

Beste unter Schlechten

„Das Kamel starb ziemlich plötzlich am zweiten Reisetag und Selina schüttelte sich mißgestimmt und polierte sich die Fingernägel, die ohnehin tadellos waren und die sie sich bereits mehrfach seit Beginn dieser Reise gefeilt hatte und fragte sich mit Sarkasmus, ob die ganze Geschichte nur eine Aufreihung kleiner Schwierigkeiten bleiben würde, wie auch sämtliche anderen Ferien, die sie gemeinsam mit Basil verbracht hatte." Mit diesem Satz gewann die 38jährige Amerikanerin **Gail Cain** den Titel „Bester schlechter Autor" der Welt.

Der Papst lenkt ein im „Fall Galilei"

AP, **Rom**

Rund 350 Jahre nach der Aburteilung des Mathematikers, Astronomen und Philosophen Galileo Galilei durch ein Inquisitionsgericht der katholischen Kirche hat gestern Papst Johannes Paul II. einen weiteren Schritt getan, das Verhältnis der Kirche zu dem Wissenschaftler nachträglich ins reine zu bringen. Vor einer internationalen Wissenschaftlergruppe sagte er bei einer Audienz im Vatikan, Galilei habe unter Teilen der Kirche zu leiden gehabt.

Galileo Galilei hatte im Jahr 1632 in einem Buch das von der Kirche anerkannte Ptolemäische Weltbild verworfen, das die Erde als Mittelpunkt des Universums ansah, und sich ausdrücklich hinter die von Kopernikus vertretene, von der Kirche jedoch 1616 als gefährlich für den Glauben verurteilte Theorie gestellt, daß die Erde als einer von mehreren Planeten um die Sonne kreise. 1633 mußte Galilei abschwören und wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Allerdings wurde die Strafe praktisch in Hausarrest abgeändert.

1979 hatte Papst Johannes Paul einen ersten Schritt getan, der Kirche die Erblast des damaligen Fehlurteils zu erleichtern. Er hoffe, daß Theologen, Historiker und Naturwissenschaftler den Fall gründlicher untersuchen würden, „damit Fehler erkannt werden können, von wem auch immer sie begangen wurden", sagte er. Er beauftragte sodann eine vatikanische Kommission mit der Untersuchung des Falles.

Mit dem Fall Galilei befaßt sich auch die gestern in den Vatikan geladene Wissenschaftlergruppe „Wissenschaft für Frieden" auf einer Arbeitstagung in Rom. Von vatikanischen Beobachtern sind Mutmaßungen angestellt worden, daß der Papst offiziell die von Galilei vertretenen Theorien „rehabilitieren" werde. Solche Spekulationen erhielten unlängst Auftrieb durch einen Artikel in der führenden katholischen Zeitschrift „Civilta Cattolica", in dem es zum Prozeß gegen Galilei unter anderem hieß: „Es besteht kein Zweifel daran, daß das oberste Kirchengericht die Grenzen seiner Befugnisse überschritten hat."

Millionenbetrug vor Gericht

dpa, **Essen**

Wegen Betrugs und Untreue in Millionenhöhe sowie der Beihilfe dazu müssen sich von heute an der Gründer und lanjährige Leiter des Sozialwerks St. Georg in Gelsenkrichen, Johannes Hennemeyer (56), und vier Mitangeklagte vor Gericht verantworten.

3 Tote bei Explosion

AP, **Bilbao**

Bei einer Explosion in einer Sprengstoff-Fabrik sind gestern in Galdacano bei Bilbao drei Arbeiter ums Leben gekommen und 25 weitere verletzt worden.

Tödliches Feuerwerk

AP, **Mexiko**

Bei der Explosion von Feuerwerkskörpern in einer Kirche sind am Wochenende nahe der mexikanischen Hauptstadt mindestens neun Menschen ums Leben gekommen. Nach Angaben der Polizei waren die Feuerwerkskörper für ein für heute geplantes Fest bestimmt.

Autobahn blockiert

dpa, **Montabaur**

Etwa 10 000 Kubikmeter Erdreich haben in der Nacht zum Montag die Autobahn A 48 (Koblenz–Trier) blockiert. Die Erdmassen waren in der Nähe von Montabaur (Westerwaldkreis) auf den Streckenabschnitt in Richtung Dernbacher Dreieck kurz vor der Anschlußstelle Koblenz abgerutscht. Bevor der betroffene Autobahnabschnitt abgesichert werden konnte, rasten ein Personenwagen und anschließend ein Lastkraftwagen in das Hindernis. *Die* Fahrer blieben jedoch unverletzt.

Von Tigern zerfleischt

dpa, **Yamaguchi**

Drei bengalische Tiger haben gestern einen japanischen Zoowärter im „Safariland" nahe der westjapanischen Stadt Yamaguchi getötet. Nach Angaben der Polizei wurde der 40jährige Noriaki Matsui im Tigerreservat des Parks angefallen.

WHO untersucht Aids

dpa, **Genf**

Mediziner aus aller Welt wollen im Dezember am Sitz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf über die neuartige, überwiegend in den Vereinigten Staaten auftretende Krankheit Aids beraten. Menschen, die unter Aids („aquired immune deficiency syndrome") leiden, verlieren ihre natürliche Immunität gegen Infektionen.

ZU GUTER LETZT

„Journalisten, die am Samstag hartnäckig immer wieder versuchten, einen der drei Chefredakteure oder den Herausgeber des Hamburger Wagnis Stern ans Telefon zu bekommen ..." Aus „Süddeutsche Zeitung"

WETTER: Einzelne Schauer

Wetterlage: Die Schlechtwetterfront eines kräftigen Tiefs nordwestlich der Britischen Inseln überquert Deutschland im Tagesverlauf, ihr folgt erneut kühle Meeresluft.



Vorhersage für Dienstag:

Bundesgebiet und Berlin: In Bayern zunächst noch bedeckt und Regen, im Tagesverlauf auch hier, wie bereits im übrigen Deutschland, Übergang zu wechselnder, meist starker Bewölkung mit Schauern, örtlich auch kurzen Gewittern. Tageshöchsttemperaturen 12 bis 17 Grad. Tiefsttemperaturen zwischen 10 und 5 Grad.

Weitere Aussichten

Fortdauer der überwiegend kühlen Witterung mit Schauern.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	30°
Bonn	13°	Kopenh.	9°
Dresden	14°	Las Palmas	20°
Essen	11°	London	10°
Frankfurt	12°	Madrid	17°
Hamburg	15°	Mailand	16°
List/Sylt	13°	Mallorca	23°
München	9°	Moskau	14°
Stuttgart	11°	Nizza	19°
Algier	19°	Oslo	9°
Amsterdam	11°	Paris	13°
Athen	19°	Prag	12°
Barcelona	20°	Rom	17°
Brüssel	13°	Stockholm	15°
Budapest	13°	Tel Aviv	30°
Bukarest	22°	Tunis	20°
Helsinki	15°	Wien	10°
Istanbul	20°	Zürich	12°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch:** 5.38 Uhr, Untergang: 21.00 Uhr, **Mondaufgang:** 5.28 Uhr, Untergang: 19.19 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mit jedem Beben wächst im Sonnenstaat die Angst

Das Gebiet um die bereits vor einer Woche von einem schweren Erdbeben heimgesuchte kalifornische Ortschaft Coalinga ist am Sonntagabend erneut von zwei heftigen Erdstößen erschüttert worden. Die Stärke der beiden Beben wurde mit 5,5 und 5,0 auf der nach oben offenen Richterskala angegeben. Bei dem Beben der vergangenen Woche waren mehr als 100 Menschen schwer verletzt worden. Der Sachschaden ging in die Millionen. Während die Erde nicht zur Ruhe kommt, wächst nun in Kalifornien die Angst vor der großen Katastrophe.

Von MICHAEL NISCHK

„Wir wissen, daß wir auch in Zukunft solche und noch schwerere Beben haben werden", erklärte Jim Watkins, ein Sprecher des Amts für Katastrophendienste, am Tag nach dem Beben, das die Stadtmitte der Kleinstadt Coalinga in einen einzigen Trümmerhaufen verwandelte und praktisch keines der Wohnhäuser ohne zum Teil erhebliche strukturelle Schäden ließ. Daß „nur" 60 Anwohner verletzt wurden und es keine Todesfälle gab, ist in erster Linie der Tatsache zu verdanken, daß das Zentrum des Bebens in einem dünnbesiedelten Agrargebiet lag.

Geologen, Seismologen und andere Experten rechnen damit, daß es innerhalb der nächsten 25 Jahre zu dem katastrophalen Beben in Los Angeles oder San Francisco kommen wird. Die Erschütterungen sollen eine Stärke von 8,3 Richter erreichen, was mehr als 100mal stärker wäre als das Beben der vergangenen Woche. Doch wer in Kalifornien lebt, braucht nicht ein Vierteljahrhundert in die Zukunft zu schauen, um zu wissen, daß sein Haus auf wackligem Boden erbaut ist.

Was für Geologen eine Fundgrube von Informationen über die Bewegungen der Erde ist, ist für die betroffenen Hausbesitzer häufig der finanzielle Ruin. Zwei Familien in der landwirtschaftlichen Gemeinde Cantil mußten ihr halbzerstörtes Haus verlassen, nachdem sich auf ihrem Grund die Erde teilte. Der Riß ist zwischen 20 Zentimeter und knapp 20 Meter breit, reicht bis zu sieben Meter in die Tiefe und erstreckt sich über eineinhalb Kilometer.

Im Blucher-Tal, etwa 90 Kilometer nördlich von San Francisco, können die Kühe von Roy Boltz nicht mehr von einer Seite der Weide zur anderen, weil auch hier sich die Erde geöffnet hat. Der 400 Meter lange Riß ist rund zehn Meter breit und mehr als 20 Meter tief. „Ich habe es nicht für möglich gehalten, daß die Erde sich so bewegen kann", wundert sich Nachbar Van Johnson, nachdem er auf allen vieren bis an den Rand des Risses gekrochen war und Schwierigkeiten hatte, bis auf den Grund des Risses zu sehen.

Getroffen hat es auch schon die Bewohner der Gemeinde Love Creek. Im Januar letzten Jahres verschüttete ein Erdrutsch sieben Villen und elf Bewohner. Das Tal, in dem der Love Creek floß, verschwand praktisch unter den Erdmassen. Im Portola-Tal bei San Francisco rutscht ein Gebiet von mehr als einem Hektar langsam einen Hügel hinunter, direkt auf mehrere Häuser zu.

Zwei Faktoren spielen bei den Zerstörungen eine Rolle: ein sich anbahnender Klima-Wechsel, der Kalifornien den regenreichsten und kühlsten Winter in den letzten 36 Jahren brachte, und die Tatsache, daß Kalifornien unterirdisch vom sogenannten „San Andreas Fault" (St.-Andreas-Spalt), der in nord-südlicher Richtung verläuft, praktisch in zwei Hälften geteilt wird.

Ozeanographen und Meteorologen sind sich über die Ursachen der Stürme entlang der kalifornischen Küste im vergangenen Winter noch nicht im klaren. Eine graduelle Abkühlung des Pazifik scheint jedoch mit einer der Hauptpunkte zu sein. Das milde Wetter, das seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs Kalifornien zu seinem Ruf als „Traumstaat" für viele Amerikaner verholfen hat, ist jedoch die Ausnahme von der Regel gewesen, wie historische Daten zeigen.

Während Sturmfluten und von übermäßigem Regen ausgelöste Erdrutschen durch entsprechende Befestigungsanlagen bis zu einem gewißen Grad Einhalt geboten werden kann, ist der Andreas-Graben eine tickende Zeitbombe. Ein Knick in der ansonsten gradlinig verlaufenden Verwerfung etwa auf halbem Weg zwischen Los Angeles und San Francisco und nur wenige Meilen südlich von Coalinga ist nach Ansicht der Experten der „Haken", der die beiden Erdformationen östlich und westlich des „San Andreas Fault" in den letzten Jahren zusammengehalten hat. Das hat zwar die mit Verschiebungen der Erdschichten verbundenen Beben verhindert, führt aber gleichzeitig zu einer Zunahme der Spannungen, die sich irgendwann entladen müssen. (SAD)

Das große WELT-Prämien-Angebot

Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, haben Sie freie Auswahl unter vielen wertvollen Prämien. Hier nur einige Beispiele: Pilotenkoffer, Herren- und Damen-Armbanduhr, Schallplatten oder aktuelle Bücher. Weitere Prämien im WELT-Katalog.

Bitte anfordern!

An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Bitte schicken Sie mir den WELT-Prämien-Katalog.
Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Pharmazeutische Industrie

pje. – Ein Industriezweig muß mit der Kritik leben: die Pharma-Industrie. Wie kaum eine andere Branche steht die pharmazeutische Industrie im Blickpunkt öffentlichen Interesses. Ob Contergan oder Tierversuch, ob Preisgestaltung oder Packungsgröße, ob Beipackzettel, Ärztemuster oder klinisch kontrollierte Versuche – es scheint kein Feld zu geben, auf dem die Pharmaindustrie nicht kritisiert wird.

Das ist auf zwei Ursachen zurückzuführen. Erstens sind Arzneimittel ein äußerst empfindlicher Bereich. Katastrophen, wie etwa im Falle Contergan, werden mit Recht in der Öffentlichkeit diskutiert und schreien geradezu nach Konsequenzen – etwa durch ein besseres Arzneimittelgesetz. Zweitens ist dieser Industriezweig in das Spannungsfeld zwischen freier Marktwirtschaft und dem nach dem Solidarprinzip geordneten Gesundheitswesen tätig.

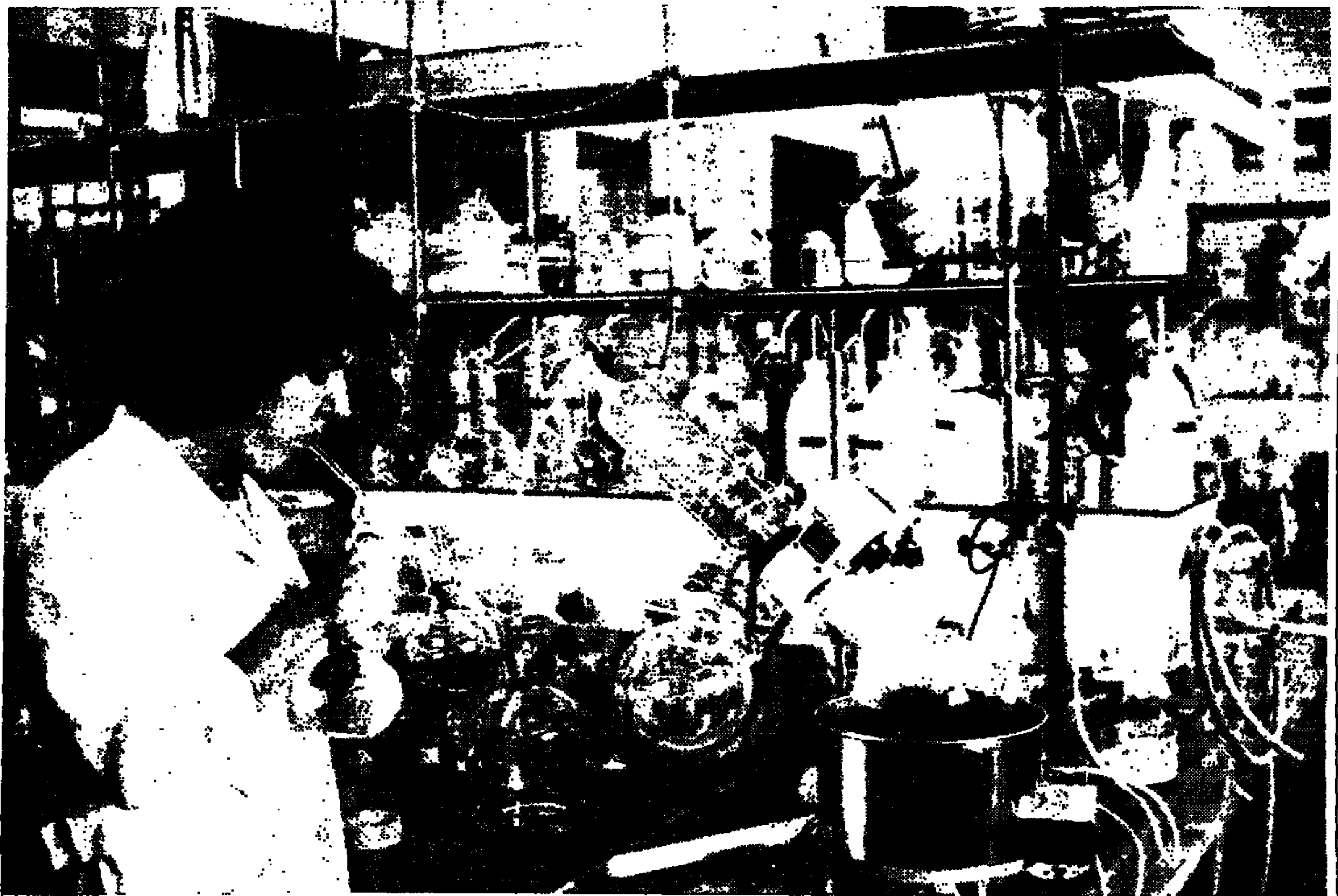
Aus diesem Spannungsverhältnis ergeben sich ständig Reibereien zwischen denen, die die politischen Rahmenbedingungen für den Medizinbetrieb abstecken und der Industrie, die sich natürlich in ihre Preisgestaltung und in ihre Produktionskriterien nicht hereinreden lassen will. Beispiel sind die in vielen Staaten bereits verwirklichten Preiskontrollen, vielfach Folge einer allgemeinen Animosität gegen die Pharmaindustrie.

In der Bundesrepublik freilich hat diese Branche Verantwortung bewiesen, als sie sich einem freiwilligen Preisstillhalte-Aufruf ihres Bundesverbandes anschloß. Für ein Jahr lang verzichtete die Industrie auf Preiserhöhungen.

Nun muß man wissen, daß die Pharmaindustrie einer der letzten Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik ist, der noch mit originären innovativen Leistungen aufzuwarten hat (siehe Beitrag von Frank E. Münnich, Seite IV).

1982 wendete die Pharmaindustrie für Forschung und Entwicklung insgesamt rund 2,2 Milliarden Mark auf, das sind etwa 13 Prozent des Produktionswertes. 2400 Akademiker sind allein in den Forschungslabors deutscher Arzneimittelhersteller beschäftigt. Die Neueinrichtung eines Arbeitsplatzes für einen Wissenschaftler kostet rund eine halbe Million Mark, die jährlichen Betriebskosten liegen bei 350 000 Mark. Und im Gegensatz zu anderen *forschungsintensiven* Industriezweigen finanzieren die Arzneimittelhersteller ihre Innovationsleistung nahezu vollständig aus eigenen Mitteln.

Der Erfolg: 13,4 Prozent der knapp 1500 zwischen 1961 und 1980 in der Welt neu entwickelten Arzneistoffe stammen aus deutschen Laboratorien. Die Bundesrepublik steht damit weltweit an dritter Stelle.



Wunderarzneimittel werden hier nicht gebraut: Labor für Analytik und Qualitätskontrolle FOTO: SCHERING

Arznei für das Jahr 2000: Vieles bleibt Illusion

Von Prof. FRANZ GROSS

Vergegenwärtigen wir uns, daß wir bis zum Eintritt in das 21. Jahrhundert nur noch knapp 17 Jahre zu warten haben und daß die Entwicklung eines neuen Arzneimittels heute etwa zehn Jahre in Anspruch nimmt, so bleibt nicht mehr viel Zeit für bedeutsame therapeutische Entdeckungen und die Schaffung grundlegend neuartiger Medikamente.

Die Arzneimittelforschung, die in den 25 Jahren von 1945 bis 1970 eine Vielzahl wichtiger Erfindungen aufweisen kann, die uns in die Lage versetzen, eine Reihe von schweren Erkrankungen erfolgreich zu behandeln, und damit entscheidend dazu beigetragen haben, die durchschnittliche Lebensdauer beträchtlich zu verlängern, hat in den letzten Jahren an Innovationskraft und Originalität verloren.

Die Folge davon ist, daß bahnbrechende Fortschritte, vergleichbar etwa dem Penicillin, den Nebennierenhormonen, den blutzuckersenkenden Substanzen, den Psychopharmaka, den oral einzunehmenden Antidiabetika oder den Betablockern selten geworden sind. Unzureichende Möglichkeiten für eine befriedigende medikamentöse Behandlung, die bereits vor zehn und mehr Jahren beklagt wurden, bestehen heute unverändert und haben trotz intensiver Bemühungen der Forschung bestenfalls zu geringgradigen Verbesserungen geführt.

Noch immer sind die Erfolgsaussichten bei der Behandlung bösartiger Geschwülste begrenzt, allen voran bei den verschiedenen Formen des Krebses. Die Chemotherapie der meisten Viruskrankheiten ist mangelhaft – abgesehen von den Schutzimpfungen, zum Beispiel zur Verhütung der Kinderlähmung; oder neuerdings gegenüber der Hepatitis und verschiedenen Kinderkrankheiten wie Masern und Keuchhusten.

Wir können trotz der vielen neuen Medikamente, die in den vergangenen zehn Jahren dafür empfohlen wurden, den chronischen Gelenkrheumatismus nicht befriedigend behandeln, wir verfügen nicht über Arzneimittel, die die Arteriosklerose und ihre Folgen verhindern oder eindeutig bessern, und den ermutigenden Ansätzen zur Behandlung der Geisteskrankheiten in den fünfziger Jahren sind seither kaum weitere wichtige Entwicklungen gefolgt.

Abnutzungserkrankungen der Knochen und Gelenke entziehen sich ebenso einer Behandlung wie andere Abbauprozesse bei alternden Menschen, ganz abgesehen davon, daß die vielfältigen menschlichen und sozialen Probleme, die sich aus der Überalterung der Bevölkerung ergeben, nicht durch die Verabreichung von Medikamenten zu lösen sind.

Aber wir wollen die Zukunft nicht zu düster sehen, nur vor ungerechtfertigtem Optimismus warnen. Die industrielle pharmazeutische Forschung wird fortfahren, neue Arzneimittel zu entwickeln, wobei wir uns aber in vielen Fällen mit bescheidenen Fortschritten zufrieden geben müssen. Allerdings werden sich dabei, ebenso wie in der Vergangenheit, oft verschiedene kleine Schritte addieren, was über eine längere Zeitspanne gesehen einen nicht unbeträchtlichen Erfolg bedeutet.

Hierzu gehören auch Verbesserungen in der Herstellung von Arzneimitteln, beziehungsweise deren verschiedenen Anwendungsformen, die eine konstante Abgabe des Wirkstoffes aus einer bestimmten Formulierung, zum Beispiel einer Tablette mit verlängerter Wirkungsdauer, gewährleisten oder die Einbringung eines Medikamentes durch die Haut entsprechend den transdermalen therapeutischen Systemen. Auf diese Weise gelingt es, die Leber primär zu umgehen und so einen zu raschen Abbau oder die Inaktivierung des Arzneimittels zu verhindern. Auch diese Fortschritte werden langsam und allmählich vor sich gehen und müssen über Jahre gesehen werden.

Entscheidende Anregungen und Entwicklungen erwartet die Arzneimittelforschung von der Gentechnologie, jedoch liegen hier die Chancen weniger auf inventivem als auf technologischem Gebiet. Vor allem werden Möglichkeiten für die Synthese großer Moleküle erschlossen, von denen das bereits verwirklichte menschliche Insulin ein Beispiel ist.

Die große Bedeutung dieser neuen Technik und der zu erwartenden Verbesserungen liegt darin, daß sie die Versorgung unabhängig macht und eine Anpassung der Produktion an den jeweiligen Bedarf erlaubt. Dies ist wichtig für die Biosynthese von Hormonen, die bisher extraktiv aus tierischen Organen gewonnen werden mußten. Mit Hilfe der Gentechnologie werden aber auch andere kompliziert gebaute Moleküle zugänglich, wie etwa das Interferon, dessen therapeutische Bedeutung allerdings heute noch nicht klargestellt ist.

Trotz intensiver Bemühungen haben sich die bisherigen Hoffnungen für Interferon bei der Behandlung maligner Tumoren nicht erfüllt, und auch in der Chemotherapie von Viruserkrankungen sind erst bescheidene Erfolge zu verzeichnen. Hier lassen die kommenden zehn bis fünfzehn Jahre interessante Entwicklungen erwarten.

Auch die vielfältigen Studien über eine andere Gruppe körpereigenen Substanzen, die Prostaglandine, sind bisher nicht durch Ergebnisse von großer praktischer Bedeutung gelohnt worden. Wir haben zwar viele neue Erkenntnisse gewonnen, die wissenschaftlich wichtig sind, aber der Anwendung entsprechender Medikamente stehen unerwünschte Wirkungen und flüchtige Effekte entgegen.

Es ist jedoch damit zu rechnen, daß bis zum Jahr 2000 eine Reihe von Arzneimitteln aus dieser Stoffgruppe verfügbar sein wird, die zur Behandlung von Erkrankungen der Blutgefäße und anderer Störungen eingesetzt werden können.

Zunehmende Aufmerksamkeit findet die Forschung über die Beeinflussung immunologischer Vorgänge durch synthetische Substanzen, die Förderung der natürlichen Abwehrkräfte, der Resistenz gegenüber Viren, aber auch gegenüber Krebszellen, oder die Unterdrückung der Immunabwehr bei Organtransplantationen, eventuell auch bei der Behandlung der häufiger werdenden Autoimmunkrankheit.

Seit den zwanziger Jahren, als die „unspezifische Reizkörpertherapie" en vogue war, bei der man Eiweiß oder Milch injizierte, haben die Versuche nicht aufgehört, durch bestimmte Pharmaka die körpereigene Abwehr zu steigern. Die stürmische Entwicklung der Immunologie in den letzten Jahren erlaubt es heute, gezielt in Abwehrvorgänge einzugreifen und bestimmte, daran beteiligte Komponenten zu stimulieren oder zu unterdrücken.

Hier ergeben sich wahrscheinlich auch neue Ansatzpunkte für die Behandlung des Krebses. Ebenso ist damit zu rechnen, daß bestimmte Nervenerkrankungen, wie die multiple Sklerose, der ebenfalls eine immunologisch bedingte Störung zugrunde zu liegen scheint, eventuell einer Behandlung mit gezielten immuno-suppresiv wirkenden Medikamenten zugänglich werden. Ob das gleiche für den chronischen Rheumatismus gilt, ist derzeit nicht zu entscheiden.

Ein Durchbruch ist wahrscheinlich auf dem Gebiete der Virostatika zu erwarten, nachdem bereits ein bedeutsamer Erfolg mit dem Guanin-Derivat Acyclovir bei Herpes-Viren erzielt worden ist. Das Prinzip, den Viren falsche Substrate anzubieten, die es nicht erlauben, die für sie notwendigen Nucleinsäuren zu synthetisieren, wird breitere Anwendung finden. Hier zeichnet sich ein wichtiger Weg ab, der durch entsprechende Entwicklung ausgebaut werden kann.

Ausblicke in die Zukunft geben jeweils auch Anlaß zu Spekulationen, die überprüfbar sind, wenn die vorausgesagte Zeitspanne relativ kurz ist. Einige wichtige Prophezeiungen, die 1976 gemacht wurden, haben sich nicht erfüllt, wie etwa die Pille für den Mann (männliche Kontrazeptive), die für 1983 erwartet wurde, oder die Verhütung oder Heilung des hohen Blutdruckes, die 1982 verwirklicht werden sollte.

Wohl haben wir seit 1953 zuverlässige blutdrucksenkende Mittel, aber sie heilen nicht die Krankheit, sondern müssen fortlaufend eingenommen werden. Ebensowenig wird sich die Erwartung erfüllen, im Jahr 1988 Angst- und Spannungszustände heilen zu können, oder die für das gleiche Jahr prophezeite ursächliche Behandlung von Depressionen. Auch die Fettsucht hoffte man in fünf Jahren heilen zu können – nicht durch Diät, sondern durch Arzneimittel. Die für 1990 prophezeite Krebsheilung wird ebenso Illusion bleiben wie die für 1977 vorausgesagte.

In dem 1967 veröffentlichten Buch „The year 2000" haben die Amerikaner Hermann Kahn und Anthony Wiener über die verbleibenden 33 Jahre des 20. Jahrhunderts spekuliert und für diese Zeitspanne einige neue Entwicklungen als sehr wahrscheinlich bezeichnet. Dazu gehörten chemische Methoden zur Verbesserung des Gedächtnisses und des Lernens, bessere und zuverlässigere Medikamente für die Behandlung der Ermüdung, zur Entspannung, zur Kontrolle der Stimmung, der Persönlichkeit, der Auffassungsgabe, der Phantasie und anderer psychologischer Zustände; Auslösung von Winterschlaf beim Menschen nicht nur für Stunden, sondern auch für Monate oder Jahre; neue Methoden für eine billige, angenehme und zuverlässige Geburtenkontrolle, verbesserte Möglichkeiten, das Geschlecht von Kindern und Erwachsenen zu ändern und vermehrte Transplantationen menschlicher Organe.

Nach der Hälfte dieser Zeitspanne sind wir einigen dieser Zukunftsvisionen ein Stück näher gekommen, aber von den meisten sind wir genauso weit entfernt wie 1967 und werden es wohl auch noch im Jahr 2000 und lange danach sein.

Es wird weder bis zum Jahr 2000 noch in dem darauf folgenden Jahrhundert Wunderarzneimittel geben. Alle Präparate, auch die künftigen, werden mit unerwünschten Wirkungen belastet sein und neben ihrem Nutzen Risiken beinhalten, die je nach der Art des Medikamentes und der dafür in Betracht kommenden Anwendung in Kauf zu nehmen sind.

Es wird aber auch keine Arzneimittel geben, mit denen es gelingen wird, unsere Lebensbedingungen, unsere Lebensqualität zu verbessern oder gar die uns gesetzte Lebensfrist zu verlängern. Wir können mit Hilfe von Medikamenten Krankheiten behandeln, die durch Erreger – Viren, Bakterien, Parasiten – hervorgerufen werden. Wesentlich schwerer wird es jedoch, wenn wir versuchen, durch Arzneimittel Störungen zu beheben, die durch den Menschen selbst, durch sein Verhalten, durch die von ihm veränderte Umwelt, die durch ihn geschaffenen Lebensbedingungen oder das von ihm praktizierte soziale System bedingt sind.

Hier müssen wir uns im allgemeinen damit begnügen, Symptome zu mildern; eine Heilung ist nur dann zu erwarten, wenn wir die Ursachen beseitigen, und das ist nicht mit Hilfe von Tabletten möglich.

Den Wunsch nach Befreiung von Anspannung und Belastung werden wir durch Arzneimittel ebensowenig erfüllen können wie die Hoffnung, Alternsvorgänge aufzuschieben oder rückgängig zu machen. Alle künftigen Bemühungen und der gesamte Fortschritt, der erreichbar ist, werden auch in den kommenden Jahrhunderten nie zu Medikamenten führen, die den Menschen in die Lage versetzen, sich über die Naturgesetze zu erheben.

AUS DEM INHALT

Bonn appelliert an die Industrie

Niemand bestreitet, daß die pharmazeutische Industrie ein wichtiger Teil des Gesundheitssektors ist und unverzichtbare Leistungen zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung erbringt. Zugleich ist sie ein Teil der Volkswirtschaft und damit eingebunden in das System der sozialen Marktwirtschaft. Aus dieser Position der Arzneimittelindustrie im Spannungsfeld zweier Systeme, des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems auf der einen und den solidarisch organisierten Gesundheitswesens auf der anderen Seite, ergeben sich besondere Anforderungen und eine erhöhte Verantwortung.

Eine ordnungspolitisch schwierige Aufgabe besteht darin, zwei miteinander in Konflikt stehende Ziele zugleich zu erreichen: Auf der einen Seite muß dem für die gesetzliche Krankenversicherung geltenden Solidarprinzip Rechnung getragen werden. Das bedeutet, daß der Umfang und die Qualität der medizinischen Versorgung grundsätzlich nicht von der wirtschaftlichen Lage des einzelnen abhängig gemacht werden darf. Jedermann hat Anspruch darauf, im Krankheitsfall eine angemessene medizinische Versorgung zu erhalten. Das gilt auch für Arzneimittel. Selbst ein hoher Preis darf kein Hinderungsgrund sein, notwendige Arzneimittel anzuwenden.

Auf der anderen Seite muß sichergestellt werden, daß die Marktmechanismen, insbesondere ein wirksamer Preiswettbewerb, auch auf dem Arzneimittelmarkt funktionieren. Die Bundesregierung wird nicht den Weg einer staatlichen Regulierung der Arzneimittelpreise gehen, den verschiedene andere Länder eingeschlagen haben, sondern konsequent den Weg der sozialen Marktwirtschaft fortsetzen. Die Bundesregierung wird sich deshalb mit Nachdruck darum bemühen, marktkonforme Mittel zur Verbesserung des Preiswettbewerbs auf dem Arzneimittelmarkt zu entwikkeln.

Dazu gehört vor allem eine verbesserte Information der Ärzte – da sie mit ihrer Verordnung die wesentlichen Nachfrageentscheidungen treffen – über die Preiswürdigkeit und den therapeutischen Wert der Arzneimittel. Dazu hat die bestehende Sachverständigenkommission (Transparenzkommission) bereits wichtige Beiträge geleistet, die weiterzuentwickeln sind.

Durch einen verstärkten Preiswettbewerb auf dem Arzneimittelmarkt können auch die Beitragszahler der gesetzlichen Krankenversicherung finanziell entlastet werden. Deshalb sind auch weitere, verstärkte Initiativen der Selbstverwaltung der Ärzte und Krankenkassen erforderlich, um die Kassenärzte gezielt über Einsparungsmöglichkeiten bei der Arzneimittelverordnung zu informieren.

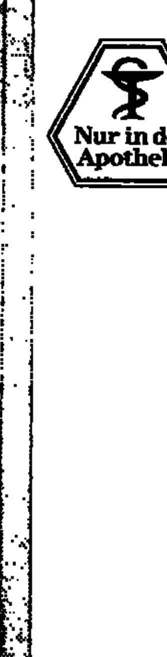
Es gibt erhebliche Preisunterschiede bei qualitativ gleichwertigen Arzneimitteln. Die Krankenkassen dürfen nicht mit hohen Preisen belastet werden, wenn auf dem Markt preisgünstigere Präparate angeboten werden, deren Qualität gesichert ist. Eine verbesserte Arzneimittelinformation der Ärzte ist deshalb eine vorrangige Aufgabe der Selbstverwaltung.

Marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen müssen auch bei der gesundheitspolitisch zentralen Aufgabe der pharmazeutischen Industrie, der Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln, die dem therapeutischen Fortschritt dienen, zum Tragen kommen. Der Forschungsaufwand der Hersteller muß grundsätzlich am Markt realisiert werden. Die Ergebnisse der Forschung, also die neu entwickelten und zugelassenen Arzneimittel, müssen sich dem Wettbewerb am Markt stellen. Einen staatlichen Dirigismus in der Arzneimittelfor-

■ Fortsetzung Seite VI







OptoVit gibt es als OptoVit-E mit 100 mg Vitamin E und als OptoVit-E forte mit 200 mg Vitamin E. OptoVit-E und OptoVit-E forte schutzaufbauend und vorbeugend bei durch Vitamin E beeinflußbaren Funktionsstörungen wie: Erkrankungen der Herz- und Kreislaufgefäße (Arteriosklerose), Beschwerden des Muskel-, Binde- und Stützgewebes sowie Störungen der Keimdrüsentätigkeit. HERMES ARZNEIMITTEL GMBH, 8023 Großhesselohe/München

Die öffentliche Meinung ist überwiegend wohlwollend

Die Bundesbürger schätzen die deutsche pharmazeutische Industrie als eine hochmoderne, international wichtige Branche ein, deren Bedeutung wegen ihrer großen Forschungsanstrengungen in Zukunft noch zunehmen wird.

Gelegentliche publizierte Kritik an der pharmazeutischen Industrie wird von den Verbrauchern registriert, nicht aber kritiklos übernommen: Die überwiegende Zahl der Befragten bezeichneten diese Industrie gegenüber den Interviewern des Emnid-Instituts, Bielefeld, als vertrauenswürdig und verantwortungsbewußt.

Die relativ kleine Gruppe der Bevölkerung – rund zehn Prozent der Befragten –, die den Arzneimittelherstellern, ihren Produkten und sonstigen Aktivitäten überwiegend ablehnend gegenüberstehen, rekrutiert sich ganz wesentlich aus der jungen Intelligenz: Personen im Alter von 14 bis 24 Jahren mit Ober- oder Hochschulbildung, die nach eigenem Bekunden ganz überwiegend – noch – keine Arzneimittel benötigen.

Mit der Zunahme von Lebensalter, persönlichem Wohlstand und eigener Arzneimittelerfahrung nimmt die wohlwollende Haltung gegenüber Medikamenten und ihren Herstellern zu, ergab die Anfang 1982 durchgeführte Erhebung.

Rund 15 000 Mark hat jeder Bundesbürger – vom Säugling bis zum Greis – im statistischen Durchschnitt im vergangenen Jahr für seine persönlichen Bedürfnisse ausgegeben. Rund 300 Mark davon entfielen auf Arzneimittel (die Arzneikosten der Krankenkassen miteinbezogen). Unter reinen Kostengesichtspunkten spielen die Arzneimittel mit einem Anteil von zwei Prozent am privaten Verbrauch eher eine untergeordnete Rolle im Alltag des Deutschen.

Anders im allgemeinen Bewußtsein: Während empirische Studien zufolge die Deutschen noch in den sechziger Jahren eine höchst verschwommene Vorstellung von der pharmazeutischen Industrie hatten und außer dem Bayer-Kreuz kaum etwas mit ihr verbanden, haben die Bundesbürger gegenwärtig ein konkretes Bild von den Arzneimittelherstellern.

Die Rolle, die diese volkswirtschaftlich und die ihre Produkte im Gesundheitswesen spielen, überschätzen sie sogar erheblich. Sie vermuten, daß die Elektroindustrie (Umsatz 1982 rund 130 Milliarden Mark) und die pharmazeutische Industrie (Umsatz 17 Milliarden Mark) gleich groß seien und die Pharma-Branche umsatzstärker als Bergbau, Kunststoff-, Textil- oder Papierindustrie sei, sämtlich Wirtschaftszweige mit einem mindest um das Doppelte höheren Umsatz. Den Anteil der Kosten der Arzneimittel am Gesundheitswesen vermuten die Bundesbürger durchschnittlich bei 31 Prozent, während er tatsächlich unter 15 Prozent liegt.

Andererseits ist klar, daß alles, was sich jenseits der Milliarden-Grenze abspielt, für den Bürger unscharf wird. Und: Die relativ häufige Erwähnung von Arzneimitteln und ihren Herstellern in den Medien wie auch die bedeutende Rolle der Arzneiverordnung in der Tätigkeit des niedergelassenen Arztes dürften Ursachen dieser Überschätzung sein.

Die vom Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie in Auftrag gegebenen Repräsentativerhebungen mit jeweils gleicher Fragestellung ergeben, daß die pharmazeutische Industrie im allgemeinen ein konstant hohes Ansehen in der Bevölkerung genießt; zugleich wurde jedoch deutlich, daß einzelne Aspekte des Arzneimittelwesens von einem Teil der Bevölkerung kritisch betrachtet werden.

Der therapeutische Wert der Medikamente wird von einem wachsenden Teil der Deutschen positiv bewertet: Der Wirksamkeit des Angebots erteilten 1982 rund 69 Prozent die Note „sehr gut" oder „gut", 1976 waren nur 60 Prozent dieser Meinung. Während sich die Zahl der positiv Urteilenden seither Jahr für Jahr erhöht hat, ist die der negativ Eingestellten konstant geblieben. Sowohl 1976 als auch über die Jahre bis 1982 meinten jeweils sechs Prozent der Befragten, der therapeutische Nutzen sei wenig zufriedenstellend oder gar schlecht. Die übrigen Befragten erteilten dem Angebot jeweils die Note „befriedigend".

Die Einschätzung des Risikos des Auftretens von unerwünschten Wirkungen bei der Arzneimitteleinnahme schwankt *dagegen* über die Jahre. Auf die Frage: Wie groß ist die Gefahr von Nebenwirkungen? ergaben sich folgende Werte (Antworten in Prozent der Befragten):

1978	1980	1981	1982	
3	7	5	6	sehr gering
14	22	19	18	eher gering
53	52	47	57	unterschiedlich
20	14	22	13	eher groß
10	5	7	5	sehr groß

Da unerwünschte Wirkungen, und dies gilt erst recht für gravierende, objektiv recht selten sind, können diese Schwankungen in der Erwartung von Nebenwirkungen kaum auf eigene Arzneimittelerfahrung zurückzuführen sein. Eher dürfte hier die Massierung der Medienberichterstattung auf einige dieser Jahre eine Rolle gespielt haben.

Diese Bewertung wird auch dadurch gestützt, daß die Dauerverbraucher das Risiko von *unerwünschten Wirkungen ganz anders* einstufen. Nur elf Prozent halten das Risiko für erheblich, die übrigen für gering. Mehrheitlich sind die Dauerverbraucher realistischerweise der Ansicht, daß es auf den Einzelfall ankommt.

Während die Nebenwirkungen als etwas real Erlebbares gewertet werden und Medienberichte deshalb einen Einfluß auf die persönliche Urteilsbildung haben, gilt dies nicht für die Zahl der angebotenen Arzneimittel. Das öffentliche Pro und Kontra um die „Arzneimittelflut" wird offensichtlich von der Bevölkerung als zu abstrakt erlebt; anscheinend werden auch die Protagonisten der Arzneimittelflut, die früher von 50 000 bis 60 000 Arzneimittel sprachen und jetzt bereits bei angeblich 100 000 bis 130 000 angelangt sind, in dem Maße weniger ernst genommen, indem sie ihre Zahlen erhöhen.

Jedenfalls steigt von Jahr zu Jahr die Zahl der Bundesbürger, die am numerischen Umfang des Arzneimittelangebots *nichts* auszusetzen haben.

Dies gilt auch für die Betrachtung der Arzneimittelpreise. Ein Bundesbürger, der für ein Gläschen Bier drei Mark, eine Kinokarte zehn Mark oder einen amtlichen Stempel 30 Mark zahlen muß, hält anscheinend zehn Mark für ein Medikament nicht für unangemessen viel:

1978	1980	1981	1982	
26	51	50	54	angemessen
38	23	22	23	etwas zu teuer
35	21	26	23	viel zu teuer

Die Bereitschaft, die Arzneimittelpreise als angemessen oder niedrig einzustufen, ist besonders ausgeprägt bei den Bundesbürgern, die den Anteil der Arzneimittelkosten an den Kassenausgaben mit 14 Prozent richtig oder annähernd richtig anzugeben vermögen.

Die Bundesbürger entwickeln eine wachsende Abneigung gegen zu ausgeprägten staatlichen Einfluß auf das Arzneimittelwesen. Die Zahl derer, die die Hersteller als tatsächlich primär Verantwortliche für das Arzneimittelwesen ansehen, stieg von 42 Prozent 1976 auf 58 Prozent 1982. 1976 sahen 41 Prozent, 1982 rund 55 Prozent den Hersteller als idealen Verantwortungsträger an; umgekehrt sank die Zahl derer, die die Hauptverantwortung beim Staat sehen, von elf auf sechs Prozent; 1976 wünschten noch 20 Prozent, daß der Staat die Hauptverantwortung tragen sollte, 1982 nur noch 11 Prozent. Die übrigen sahen die Ärzte beziehungsweise Wissenschaftler als Verantwortungsträger an.

So erstaunt es nicht, daß über die Jahre konstant über 60 Prozent der Bundesbürger der pharmazeutischen Industrie einen ausgezeichneten bis guten Ruf attestieren. Ebensowenig schwankt die Zahl derer, die das Image der Arzneimittelhersteller als einigermaßen einstufen (27 Prozent) noch die Gruppe, für die das öffentliche Urteil über diese Branche „eher schlecht" bis „sehr schlecht" ausfällt (rund zehn Prozent).

Den Befragten ist druchaus bewußt, daß die pharmazeutische Industrie und ihre Produkte in der Berichterstattung der Medien erheblich schlechter abschneidet als die Arzneimittelverbraucher selbst beurteilen (siehe Grafik). Bemerkenswert ist, daß die Bürger die Glaubwürdigkeit bestimmter Medien, in denen die Pharma-Kritik gehäuft auftritt, deutlich niedriger einschätzen als die der anderen Medien.

HANS-JOACHIM CRAMER

Das neue Bio Bekunis aktiviert die natürliche Darmbewegung

Es funktioniert so mild und schonend, daß selbst Schwangere es unbesorgt nehmen können.

Das neue Bio Bekunis funktioniert gewissermaßen mechanisch: Es ersetzt mit hochwirksamen natürlichen Quellstoffen all die Füll- und Ballaststoffe, die wir heute kaum noch zu uns nehmen. Mit reichlich Wasser genommen, bewirkt Bio Bekunis im Darm gesunden Quelldruck. Dieser aktiviert wieder die natürliche Darmbewegung. Und die schafft die normale Verdauung.

Bio Bekunis wirkt so, als würden wir uns wieder ursprünglich ernähren und bewegen.

Bio Bekunis gibt es in Apotheken.



Alles Gute für Ihre Gesundheit!

Anwendungsgebiete: Chronische funktionelle Verstopfung. Zur Behandlung von Verstopfung bei Divertikulose des Dickdarms (vermehrtes Auftreten von Ausstülpungen im Dickdarm). Zur Erleichterung der Darmentleerung bei Hämorrhoiden. Zur Stuhlregulierung bei Durchfall ohne organischen Befund. Gegenanzeigen: Nicht anwenden bei krankhaften Verengungen im Bereich der Speiseröhre und im Magen-Darm-Kanal, auch solchen, die nach Operationen zurückbleiben können, sowie bei drohendem oder vollständigem Darmverschluß, ferner bei Fructose-Sorbit-Intoleranz, falls Fructose-1,6-diphosphatase Mangel vorliegt. Nebenwirkungen: In Einzelfällen können Blähungen und Völlegefühl während der ersten Einnahmetage auftreten. roha arzneimittel · 2800 Bremen 33.

MIT VERSTAND FÜRS HERZ



Herz- und Kreislaufleiden zählen zu den weitverbreiteten Krankheiten.
Foto: Modell der Herzkranzgefäße. Über die Arterien wird der Herzmuskel mit Blut versorgt. Durchblutungsstörungen führen zu Sauerstoffmangel mit gefährlichen Angina-pectoris-Anfällen.

Herz- und Kreislauferkrankungen sind ein wichtiges Arbeitsgebiet unserer Forscher.

So entwickelten sie zum Beispiel Arzneimittel gegen die koronare Herzkrankheit, gegen Herzrhythmusstörungen und Bluthochdruck – Medikamente, die international als Spitzenleistung deutscher Forschung anerkannt sind.

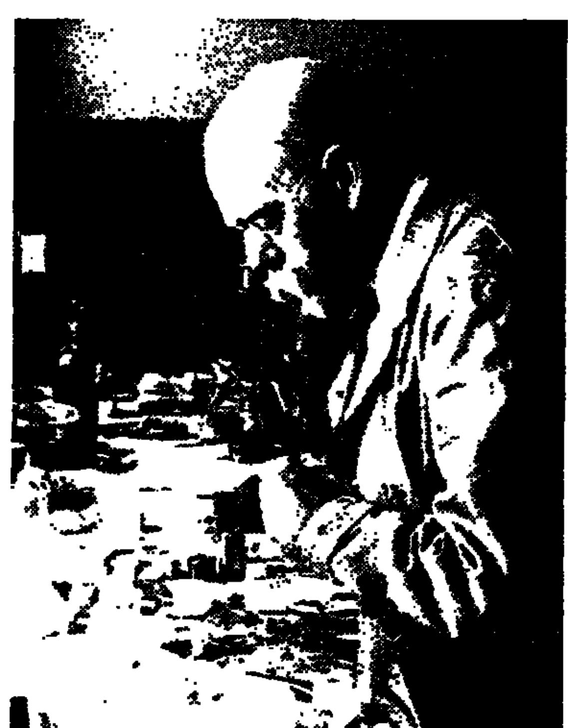
Unsere Forscher arbeiten weiter, mit Herz und Verstand – für noch bessere, noch wirkungsvollere Arzneimittel.

Knoll AG
6700 Ludwigshafen
Ein Unternehmen der BASF-Gruppe



Zur Knoll-Gruppe Inland zählen die Gesellschaften Knoll AG, Ludwigshafen, Chemische Werke Minden GmbH, Minden, Nordmark-Werke GmbH, Hamburg, Schiwa GmbH, Glandorf

Vor einem Jahrhundert. Der Tuberkel-Bazillus wird entlarvt.



Robert Koch auf der Jagd nach dem Seuchen-Bazillus.

Vor 100 Jahren gehörte bei uns die Tuberkulose oder Schwindsucht noch zu den Seuchen, die die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzte.

Verständlicherweise.

Denn sie war die am weitesten verbreitete und am häufigsten zum Tode führende Infektionskrankheit. Noch im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts erlagen ihr in Deutschland jährlich 300 von 100.000 Menschen.

Eine Seuche mit unbekannter Ursache.

Vor allem jüngere und unterernährte Menschen fielen dieser heimtückischen Krankheit zum Opfer.

Tuberkulose war die Volkskrankheit Nr. 1. Und niemand kannte die Ursache.

Unbeschreiblich groß war deshalb die Begeisterung, als Robert Koch am 24. März 1882 vor der Physiologischen Gesellschaft in Berlin die Entdeckung des Tuberkel-Bazillus bekanntgab. Man sprach von einer Sternstunde der Menschheit. Diese damals auch von Pasteur gewonnene sensationelle Erkenntnis, daß Bakterien die Ursache infektiöser Erkrankungen sind, gilt heute als einer der größten Fortschritte in der Geschichte der Medizin.

Koch hatte zuvor mit Hilfe von Methylenblau die langgesuchten Erreger entdeckt.

Das daraufhin von ihm entwickelte *Tuberkulin zur Behandlung der Tuberkulose* konnte freilich die hohen Erwartungen, die alle Welt nun in dieses Mittel setzte, nicht erfüllen. Als Tuberkulinprobe ist es jedoch bis heute in der Tbc-Diagnose bei Mensch und Tier eine wertvolle Hilfe geblieben.

Das erste Immunpräparat von Hoechst.

Hoechst übernahm damals die Herstellung eines weiterentwickelten, verbesserten Präparats.

Es hieß Tuberculocidin.

Es war das erste immunologische Präparat, das Hoechst hergestellt hat und 1892, praktisch 10 Jahre nach der Entlarvung des Tuberkel-Bakteriums, den Anstoß zum Aufbau einer serobakteriologischen Abteilung gab – der Grundstein für die heutigen Behringwerke.

Robert Koch erhielt für seine Verdienste um die Bekämpfung der Tuberkulose 1905 den Nobelpreis und blieb Zeit seines Lebens Hoechst als Ratgeber eng verbunden.

Andere Zeiten, andere Krankheiten.

Was früher Tuberkulose, Cholera und die Pocken waren, sind heute Herz-Kreislauferkrankungen und Krebs. Zwar stehen uns viele Arzneimittel und Methoden für die Behandlung zur Verfügung, doch Heilerfolge sind damit – solange die Ursachen dieser Krankheiten nicht aufgeklärt sind – nur teilweise zu erzielen.

Vielleicht helfen neue Erkenntnisse aus der Biochemie, Immunologie, Zellbiologie und Molekularbiologie, eines Tages eine ähnlich aufregende Entdeckung bekanntgeben zu können wie einst Robert Koch.

Hoechst AG, VFW
6230 Frankfurt/M. 80

Hoechst

Kostendämpfung im Gesundheitswesen durch Fortschritte in der Arzneimitteltherapie

Arzneimittel statt Messer – So werden Geldbeutel und Patient geschont

Castorp litt an Tuberkulose, die im Jahre 1900 in Deutschland noch 122 048 Todesopfer forderte. Die Krankheit war damals unheilbar. Umfangreiche stationäre Behandlung, Operationen, Sanatoriumsaufenthalte, Dampftherapie, Heliotherapie und Massagen konnten für eine Vielzahl der Betroffenen die Symptome lindern, den tödlichen Ausgang der Krankheit oft jedoch nur hinauszögern.

Noch im Jahre 1927 waren für jeden fünften Todesfall Infektionskrankheiten einschließlich Tuberkulose und Pneumonie die Ursache. Heute entfallen auf diese Krankheiten nur noch 2,6 Prozent der Gesamtsterblichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Der Trend ist weiterhin rückläufig.

Neben verbesserten sozialen und hygienischen Bedingungen, neben verbesserter Diagnostik haben vor allem auch die Fortschritte in der Arzneimitteltherapie dazu geführt, daß heute Tuberkulose und Infektionskrankheiten nach herrschender medizinischer Lehrmeinung zu den bestbehandelbaren Krankheiten geworden sind.

Schon dieser kurze exemplarische Rückblick zeigt: Fortschritte in der Therapie von Krankheiten haben zunächst medizinische Konsequenzen, sie bringen Patienten Heilung, wo früher nur Linderung oder Trost möglich war. Sie haben aber auch bedeutende wirtschaftliche Konsequenzen, da sie sowohl Einfluß auf die direkten Therapiekosten von Krankheiten als auch auf die volkswirtschaftlichen Folgekosten (Arbeitszeitausfall, Verlust produktiver Lebensjahre durch vorzeitigen Tod) haben.

Medikamente ersetzen chirurgische Eingriffe

„Arzneimittel statt Messer" – dieser Slogan gibt die Spannweite des Fortschrittes in der Arzneimitteltherapie zu eng wieder. Zwar haben einige Medikamente chirurgische Eingriffe vollständig oder teilweise ersetzt, der therapeutische und wirtschaftliche Beitrag moderner Arzneimittel ist aber erheblich breiter. Welche konkreten Beiträge haben die Medikamente in der Vergangenheit geleistet und wo liegen ihre Möglichkeiten in der Zukunft?

Bei allen Krankheiten unterstützen Arzneimittel heute die Therapie in der Arztpraxis und im Krankenhaus. Die nachfolgenden Beispiele für Fortschritte in der Arzneimitteltherapie können deshalb nur exemplarischen Charakter haben und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

● Operationen am Hirn von Parkinsonpatienten zur Ausschaltung des Tremors werden seit der Einführung des Wirkstoffes Levodopa im Jahre 1973 nur noch selten durchgeführt.

● Durch den Einsatz von Psychopharmaka konnte ein erheblicher volkswirtschaftlicher Nutzen erzielt werden. So haben beispielsweise moderne Medikamente gegen Depressionen einen starken Rückgang der Elektroschock-Therapie (durchschnittliche Dauer: vier bis sechs Wochen) und Insulin-Schlaftherapien bewirkt, die Hospitalisierung manisch-depressiver Patienten verringert und die Dauer der Arbeitsunfähigkeit erheblich verkürzt. In den Kliniken konnte man von der Ausübung gefängnisartiger mechanischer Zwänge (Zwangsjacke, Einzelzellen) abgehen. Der volkswirtschaftliche Nutzen durch den Einsatz von Psychopharmaka wurde bereits für das Jahr 1972 in der Bundesrepublik Deutschland mit 1,8 Milliarden Mark beziffert.

● Vor 1977 mußte noch ungefähr jeder dritte Patient mit einem Zwölffingerdarmgeschwür operiert werden; durch die Einführung des Wirkstoffes Cimetidin war die Zahl der Operationen bis 1982 um etwa 30 Prozent zurückgegangen. Der Nutzen für die Bundesrepublik Deutschland wurde mit rund 170 Millionen Mark allein für 1980 angegeben, die sich durch verkürzte Arbeitsausfälle und eingesparte Krankenhaustage ergeben.

● Mit dem Wirkstoff Ursodesoxycholsäure ist es möglich, bei Patienten mit Gallensteinen in bestimmten Fällen die Operation durch Auflösung der Gallensteine ganz zu vermeiden.

● Im Bereich der Herz-Kreislauf-Erkrankungen kam 1982 eine Publikation zu dem Ergebnis, daß die Nettoauswirkungen der By-pass-Chirurgie auf die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit gleich hoch ist wie bei medikamentös behandelten Patienten, der finanzielle Aufwand der operativen Maßnahmen überträfe aber die Kosten der medikamentösen Therapie um ein Vielfaches.

● Der Wirkstoff Tretinoin ermöglicht die medikamentöse Therapie der Schuppenflechte (Psoriasis), einer entstellenden und gesellschaftlich verkrüppelnden Krankheit. Patienten müssen nicht mehr wie früher periodische Aufenthalte in Nordafrika oder am Toten Meer verbringen. Neben erheblichen Erleichterungen des psychischen Leidensdruckes des Patienten treten auch hier Kostenersparnisse auf.

> 99 Wie aber die Dinge liegen und weiterhin noch der Befund ist, und wo Sie nun einmal hier bei uns sind, – so lohnt es die Heimreise nicht, Hans Castorp, – in kurzem müßten Sie doch wieder antreten. THOMAS MANN, Der Zauberberg 99

Selbst dort, wo die Alternative „Arzneimittel statt Messer" wirtschaftlich gleichwertig wäre, sollten deshalb die psychologischen und sozialen Vorteile einer Arzneimitteltherapie für den Patienten gegenüber Operation und Krankenhausaufenthalt – verbunden mit längerer Herauslösung aus der privaten und beruflichen Umwelt – nicht außer acht gelassen werden.

Der Gesundheitssektor ist dienstleistungsintensiv: etwa 60 Prozent der Kosten des deutschen Gesundheitswesens, die heute bereits über zehn Prozent des Bruttozialproduktes betragen, sind Personalkosten. Produktivitätsverbesserungen – das heißt Verbesserungen des Verhältnisses zwischen erbrachter Leistung und eingesetzten Mitteln – sind nur dadurch möglich, daß bessere Technologien bereitgestellt werden. Dabei ist zu beachten, daß technologische Fortschritte im Gesundheitswesen in zwei unterschiedlichen Richtungen wirken.

Zum einen gibt es einen medizinischen Fortschritt, der sich gesamthaft in Kostensteigerungen auswirkt. So ist unbestritten, daß zum Beispiel CAT-Scanner und jetzt die neuen Kernspintomographen einen wesentlichen diagnostischen und therapeutischen Fortschritt gegenüber der konventionellen Röntgentherapie bringen. Unbestritten ist auch, daß die Fortschritte in der Chirurgie By-Pass-Operationen und Transplantationen ermöglichen, das künstliche Nieren heute Menschenleben retten, die früher verloren waren.

Alle diese technologischen Fortschritte in der Medizin waren jedoch mit erheblichen Kostensteigerungen verbunden. Der Krankenhaussektor hat gegenwärtig sowohl den größten absoluten Anteil an den Gesundheitskosten in der Bundesrepublik Deutschland als auch die massivsten Zuwachsraten.

Zum anderen sind erhebliche Kosteneinsparungen möglich, wenn es auch weiterhin gelingt, durch Fortschritte in der medikamentösen Therapie die Patienten aus der kosten- und kapitalintensiven stationären Behandlung in die kostengünstigere ambulante Behandlung zu überführen, die Aufenthaltsdauer im Krankenhaus zu verkürzen (ein Tag im Krankenhaus kostet heute bis zu 300 Mark und mehr) und die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage zu senken.

Rheumatismus immer noch nicht heilbar

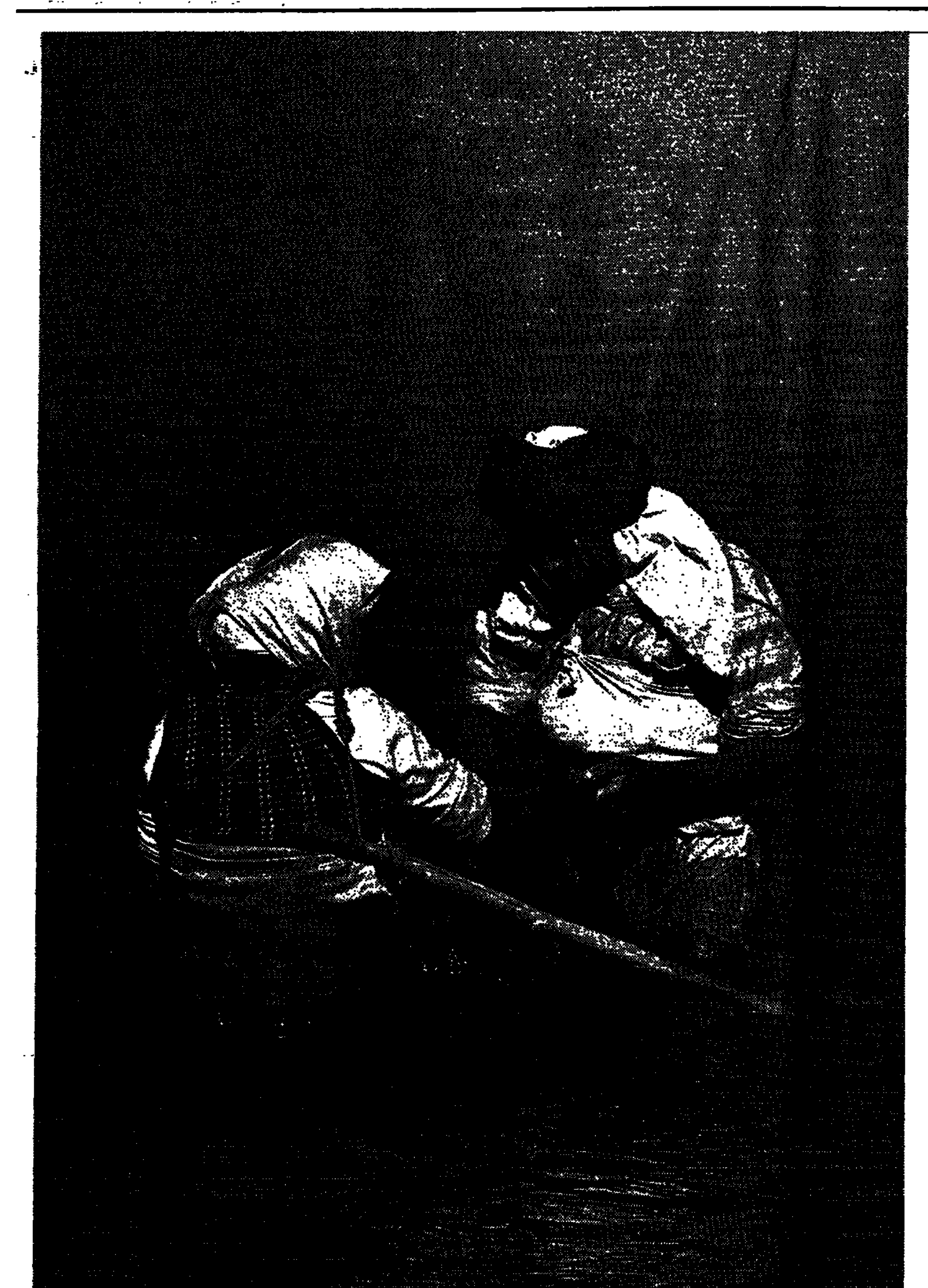
Der Bedarf für Arzneimittelfortschritte ist groß. Man sollte nicht vergessen, daß wesentliche Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Krankheiten, Rheumatismus und Krebs heute in den meisten Fällen noch nicht heilbar sind, sondern sich nur lindern lassen.

Diese Krankheiten sind es, die intensive, häufige oder lange Krankenhausaufenthalte verursachen. Wenn es gelingt, auch sie kausal zu behandeln, sind erhebliche Produktivitätsverbesserungen erzielbar. Therapeutische Durchbrüche könnten vor allem auch von biotechnologischen Forschungsergebnissen ausgehen. Sie zeichnen sich bereits ab. KLAUS von GREBMER



Die Forschung wird fortfahren, neue Arzneimittel zu entwickeln

Redaktion: Peter Jentsch, Bonn
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN – 07 22 – 1452



Millionen Menschen haben keine Wahl zwischen Hunger und Krankheit.

Es ist ein Teufelskreis: in vielen Ländern Afrikas, Südamerikas und des Fernen Ostens verseuchen die Larven eines gefährlichen Parasiten das Wasser. Ohne Wasser aber gibt es kein Leben.

Wer also seine Felder bewässert, das Wasser trinkt oder auch nur mit ihm in Berührung kommt, wird von den Parasiten befallen und chronisch schwer krank.

Diese Krankheit, die Bilharziose, verursacht Entzündungen und schädigt wichtige Organe. Schwere Infektionen führen sogar zum Tod.

Nur durch die Behandlung größerer Bevölkerungsgruppen ganzer Gebiete kann die Bilharziose bekämpft und ihre weitere Ausbreitung verhindert werden.

Dafür aber gab es bisher kein geeignetes Medikament. Wissenschaftler der deutschen Pharma-Industrie entdeckten jetzt eine Substanz, die hochwirksam und zugleich gut verträglich ist.

Das Arzneimittel, das daraus entwickelt wurde, ist so sicher und einfach in der Anwendung, daß es keine strikte ärztliche Überwachung erfordert. Schon durch eine Ein-Tages-Behandlung kann der Krankheitserreger vernichtet werden.

So können medizinische und pharmazeutische Forschung ihren Teil dazu beitragen, Millionen Menschen in der dritten Welt eine neue Chance zu geben.

COUPON W 19

Bitte schicken Sie mir kostenlos Informationen über die Forschung, Entwicklung und Herstellung von Arzneimitteln.

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V.

Karlstraße 21, 6000 Frankfurt/Main



Pharma-Forschung ist teuer. Aber ein Menschenleben ist unbezahlbar.

Was die pharmazeutische Industrie von Bonn erwartet

Die pharmazeutische Industrie ist einer der Wirtschaftszweige, der in der Bundesrepublik Deutschland noch mit originären innovativen Leistungen aufzuwarten hat.

Auf vielen Gebieten haben deutsche Unternehmungen die Führung schon lange verloren. Angesichts der Fülle japanischer Qualitätsprodukte, erinnnert sich kaum noch jemand der Zeiten, in denen die Deutsche Optik Weltgeltung hatte. In anderen Bereichen wie dem der Unterhaltungselektronik toben letzte Nachzugsgefechte. Auf dem außerordentlich zukunftsträchtigen Gebiet der Informations- und Nachrichtentechnologie kämpfen deutsche Firmen um den Anschluß an den Stand der Entwicklung in den Vereinigten Staaten und Japan. Und viele führende Produktlinien sind entweder technologisch ausgereift, so daß sie keine durchschlagenden mehr versprechen, oder werden von staatlichen Regulierungen in anderen Ländern bedroht, wie dies im Automobilbau und im Kraftwerkbau geschieht.

Deutschland ist wegen seiner Exportintensität von diesen Entwicklungen besonders betroffen. Gut ein Viertel aller in Deutschland produzierten Güter geht in den Export. Läßt man den öffentlichen Sektor, dessen Leistungen nicht exportiert werden, außer Betracht, so ist es sogar ein Drittel.

Die pharmazeutische Industrie exportiert 37 Prozent ihrer Produktion, der Maschinenbau gar 45 Prozent. Manche bedeutende Firma hat einen Exportanteil von über 70 Prozent. Der größere Teil der Arbeitsplätze hängt damit entweder direkt oder indirekt von den Exportchancen ab.

In zunehmendem Maße müssen sich deutsche Firmen gegen die Konkurrenz aus anderen Ländern wehren. Es sind nicht mehr nur die klassischen Handelspartner und Konkurrenten. In zunehmendem Maße treten auf den Märkten für Industrieprodukte auch die Schwellenländer als Wettbewerber auf. Dabei genießen sie nicht nur auf ihren heimischen Märkten erhebliche natürliche Wettbewerbsvorteile. Sie dringen häufig dank ihrer schwach bewerteten Währungen auch in Drittländern in klassische deutsche Absatzmärkte ein.

Zur Sicherung des Lebensstandards ist daher die Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eine unabdingbare Voraussetzung. Die Bundesrepublik muß besser und billiger produzieren. Der billigeren Produktion sind aber enge Grenzen gesetzt; seit Jahren schon gehört die Bundesrepublik zu den Ländern mit den höchsten Lohnkosten und Lohnnebenkosten der Welt. Dies ist der Preis, der für hohen Lebensstandard und häufig überzogene Ansprüche bezahlt werden muß.

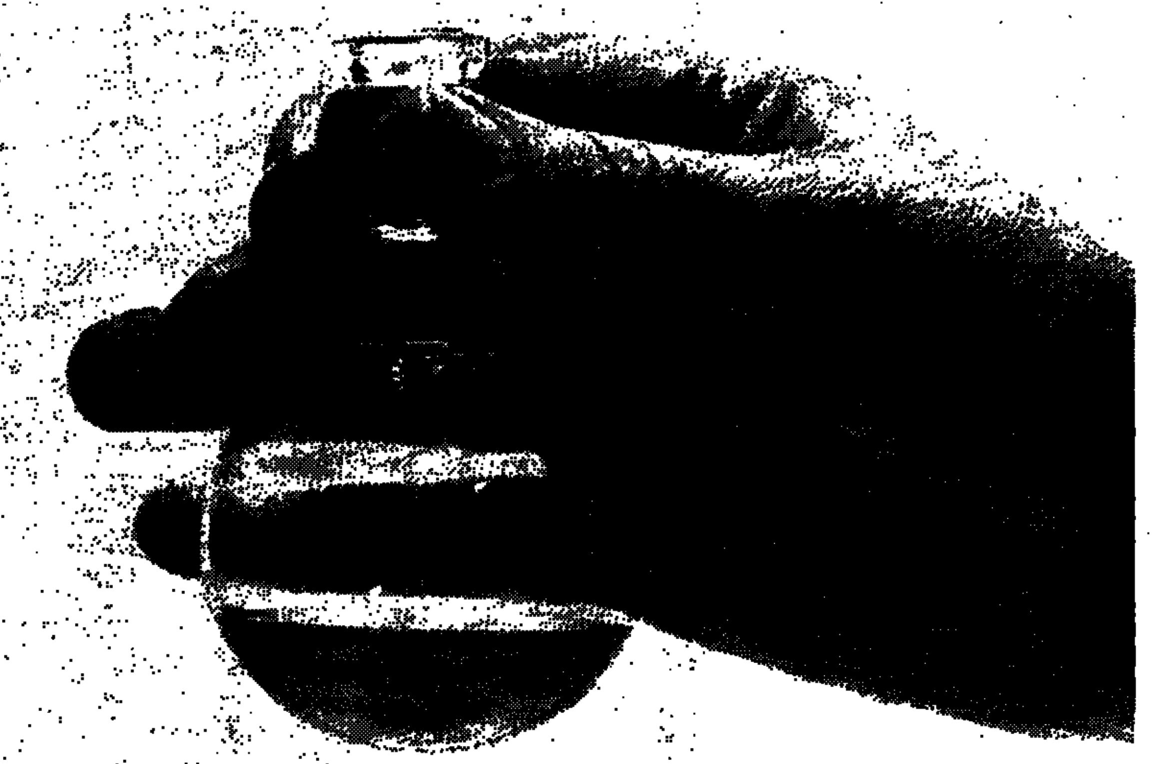
Es bleibt also nur der Weg über bessere Produkte, und das heißt, über neue Produkte und neue Technologien. Sicherlich werden deutsche Produkte auch auf den klassischen Märkten nicht vollständig verdrängt werden. Die internationalen Handelsströme setzen weder eine vollständige internationale Arbeitsteilung voraus, noch bewirken sie diese, wie man aus dem Warenverkehr zwischen den Ländern der europäischen Gemeinschaft ersieht.

Jede besondere produktive Ressource freilich, über die andere Volkswirtschaften nicht oder nur in beschränktem Maße verfügen, bedeutet einen beträchtlichen Wettbewerbsvorsprung. Angesichts des Mangels an natürlichen Ressourcen kann die Bundesrepublik nur auf ihrem Humankapital, Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, Kreativität und Einfallsreichtum, den unternehmerischen Sinn und die Risikobereitschaft und die Arbeitsmoral der Bevölkerung vertrauen.

Deutschland verfügt in der Wirtschaft und im staatlichen Sektor über die Ausbildungsstätten und die Forschungseinrichtungen, die zur Erstellung „intelligenter Produkte" Voraussetzung sind. Es gibt auch eine hervorragend geschulte und motivierte Arbeitnehmerschaft, die komplexe und komplizierte Produktionsprozesse leiten und durchführen kann. In der Pflege und Entwicklung dieses Humankapitals liegt unsere Chance im internationalen Wettbewerb.

Die pharmazeutische Industrie wird im besonderen Maße diesen Kriterien gerecht. Mit etwa 70 000 Beschäftigten (1980) und einem Umsatz von über 16 Milliarden Mark (1981) zählt dieser Wirtschaftszweig zwar nicht zu den Riesen. Nur wenige Wirtschaftszweige beanspruchen aber so viel Humankapital und produzieren ihrerseits so viel Humankapital wie die pharmazeutische Industrie.

Dies schlägt sich in der Zusammensetzung der Belegschaften nieder. Ein überdurchschnittlicher Anteil der Arbeitskräfte weist höhere berufliche Qualifikationen auf, zehn Prozent sind Akademiker. Es zeigt sich aber auch am Aufwand, der für Forschung und Entwicklung betrieben wird. Mit über zwei Milliarden Mark betrugen die direkten Aufwendungen hierfür etwa 14 Prozent des Umsatzes, der höchste Anteil eines Wirtschaftszweiges nach dem führenden Luftfahrzeugbau. Damit entfallen auf die pharmazeutische Industrie rund zehn Prozent der Forschungsaufwendungen der gesamten deutschen Industrie.



14 Prozent des Umsatzes – über zwei Milliarden Mark – gehen in die Forschung

Dieser hohe Aufwand kommt nicht von ungefähr. Pharmazeutika sind neben Großrechenanlagen ein besonders gutes Beispiel für intelligente Produkte. Zu ihrer Entwicklung bedarf es zunächst der Findigkeit, der Intelligenz und des Glückes, einen neuen Wirkstoff zu entdecken. Sodann muß dieser zu einem wirksamen und sicheren Medikament entwickelt werden.

Hierzu gehört einerseits die Suche nach der geeigneten Galenik und Applikationsform: Der Wirkstoff muß in einer Form „verpackt" werden, die im Körper des Patienten eine optimale Wirksamkeit am richtigen Ort zum gewünschten Zeitpunkt nach der Applikation oder über die erforderliche Zeitspanne hinweg gewährleistet.

Andererseits sind umfangreiche Tierversuche und klinische Versuche am Menschen erforderlich, um den optimalen Einsatz, um Nebenwirkungen (Toxizität, Teratogenität, Karzinogenität) und um Wechselwirkungen mit anderen Medikamenten zu bestimmen. Die Innovation ist aber nicht nur auf das pharmazeutische Produkt beschränkt.

Neue Produkte erfordern neue Herstellungsverfahren – wie etwa die sich entwickelnde Biotechnik und Gentechnologie. Sie erfordern aber auch neue Apparate und Prozesse, neue Werkstoffe und neue Rohstoffe. So befruchtet die innovative Tätigkeit eines Bereichs auch alle vorgelagerten Produktionsstufen.

Innovationen haben aber auch für nachgelagerte Produktionsstufen, das Gesundheitswesen und die Patienten, eine enorme Bedeutung. In einer Vielzahl von Anwendungsfällen stellt die Pharmakotherapie unter mehreren möglichen die produktivste Therapieform im medizinischen Sinne dar.

Sulfanylamide und Antibiotika haben vielen Infektionskrankheiten ihren Schrecken geraubt. Ohne Immunsupressoren wären Transplantationen – auch eine Innovation – nicht möglich.

Die Liste effizienter medikamentöser Diagnoseverfahren und Therapien enthält noch viele Positionen, vom Bluthochdruck bis zu den Psychopharmaka. Doch ist die Entwicklung sicher nicht am Ende. Da den meisten Lebensvorgängen chemophysikalische Vorgänge in und zwischen den Zellen zugrundeliegen, wird man durchschlagende Produktivitätsfortschritte vor allem von einer weiteren Verfeinerung der pharmakologischen Fertigkeiten erwarten dürfen.

Eine innovative pharmazeutische Industrie erhöht andererseits aber den „welfare" der Bevölkerung nicht nur durch eine ständige Verbesserung ihrer Produkte, durch neue Anwendungsgebiete, durch größere Wirksamkeit, durch spezifischere Wirkungen und geringere Nebenwirkungen. Sie verbilligt durch ihre Produktivität auch die Leistungen des Gesundheitswesens und trägt damit zur Freisetzung produktiver Ressourcen bei, die dann für andere Bedürfnisbefriedigungsrichtungen, aber auch für die Bekämpfung bislang unbesiegter Erkrankungen zur Verfügung stehen.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen pharmazeutischen Industrie wird besonders deutlich, wenn man sich ihren Beitrag zur gesamten pharmazeutischen Innovation ansieht. So wurden in den letzten zehn Jahren jährlich mehrere hundert Patente für pharmazeutische Entwicklungen erteilt. Wichtiger noch ist, daß 14 Prozent aller neuen Wirkstoffe, die in den letzten zwei Dekaden weltweit entwickelt worden sind, in deutschen Labors gefunden wurden.

Damit stehen die forschenden pharmazeutischen Unternehmen, die sich in deutschem Besitz befinden, an dritter Stelle nach den USA und Frankreich, noch vor Japan, obwohl die Bundesrepublik nach der Zahl der forschenden Firmen nur an fünfter Stelle rangiert. Ein deutsches Unternehmen *steht mit* der Zahl seiner Neuentwicklungen gar an der Spitze aller innovativen Firmen, und unter den ersten zehn finden sich drei deutsche Unternehmungen.

Das innovatorische Klima läßt sich auch daran ersehen, daß seit 1960 ein Sechstel aller neugefundenen Wirkstoffe zuerst in der Bundesrepublik eingeführt wurden. Gerade in den letzten fünf Jahren hat sich hierbei ein deutlicher Aufwärtstrend ergeben: in zunehmendem Maße erleben Innovationen ihre Markteinführung auf dem deutschen Markt.

Die Leistungsfähigkeit hat erheblich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie beigetragen. Die pharmazeutischen Hersteller exportierten 1981 Waren für mehr als 6,5 Milliarden Mark. Mit über 2,7 Milliarden Mark Exportüberschuß trugen sie damit knapp zehn Prozent zum deutschen Exportüberschuß bei.

Ihr Anteil am Gesamtweltexport in Pharmazeutika betrug über ein Fünftel und war damit um über ein Drittel größer als der Anteil ihrer schärfsten Konkurrenten, den Herstellern aus der Schweiz. Hierzu kommen noch die Umsätze der ausländischen Töchter deutscher Hersteller, für die keine Zahlen vorliegen. Schließlich erwirtschafteten die deutschen pharmazeutischen Hersteller einen Überschuß von nahezu 80 Millionen Mark in der ansonsten hochgradig negativen Bilanz der Patente und Lizenzen.

Die deutsche pharmazeutische Industrie spielt somit eine hervorragende Rolle als Innovator. Sie ermöglicht bessere Leistungen des Gesundheitswesens, ist eine der wenigen Hoffnungen auf Kostensenkungen durch Produktivitätsfortschritt in diesem Bereich, wirkt innovationsinduzierend auf andere Bereiche und ist dank ihrer Innovationskraft international wettbewerbsfähig. Innovation ist die einzige Quelle steigender Wohlfahrt für alle. Angesichts verbreiteter Technologiefeindlichkeit und Nullwachstumseuphorie ist sie in ihrer ungebrochenen Innovationsbereitschaft eine Hoffnung für die Zukunft.

Analysiert man den Entwicklungstrend der pharmazeutischen Industrie und beobachtet man die Zeichen der Zeit, so gelangt man zu einem zwiespältigen Urteil. Der Wirtschaftszweig selbst zeigt eine stetige Expansion und eine ungebrochene Innovationsbereitschaft. Wo sich Verzögerungen und Abflachungen in der Entwicklung der Forschungsergebnisse, der Produktion oder des Exports zeigen, wie teilweise in den USA, lassen sie sich zu einem guten Teil auf Regulierungen oder deren Handhabung zurückführen.

Wirtschaftliche Analysen zeigen, daß die Beschränkung und Verlangsamung der Innovationstätigkeit zu erheblichen volkswirtschaftlichen Verlusten führt – von der verlorenen Lebensqualität und den verlorenen Lebensjahren der betroffenen Patienten ganz zu schweigen. Der allgemeine Trend zum Protektionismus muß daher bedenklich stimmen.

Fast noch bedenklicher ist die maßlose Übertreibung der Sicherheitsanforderungen, die fast zu einer öffentlichen Hysterie geworden sind. Und schließlich tragen auch die in vielen Staaten verwirklichten Preiskontrollen, die vielfach von einer allgemeinen Animosität gegen die Pharmaindustrie getragen sind, zur Zerstörung des innovatorischen Klimas bei.

Politische Randbedingungen und wirtschaftliche Verhaltensweisen ändern sich schnell. Viele ehemals blühende Wirtschaftszweige haben ihre technologische Vorrangstellung verloren. Um so wichtiger ist es daher, daß die Wirtschaftszweige, die immer noch eine führende Stellung in der Welt einnehmen, *nicht durch regulatorische* Maßnahmen mißgünstiger Politiker ihrer Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt werden.

Um so wichtiger ist es auch, daß die Funktionsfähigkeit der internationalen Märkte verbessert wird, damit sich die bessere Leistung im Wettbewerb bewähren kann. Dies ist freilich ein Gebiet, das die pharmazeutische Industrie nicht aus eigener Kraft zu verändern vermag.

Hier ist die Bundesregierung gefordert, durch politische Aktivitäten die Voraussetzungen eines funktionsfähigen internationalen Wettbewerbs zu schaffen. Nur dann kann die pharmazeutische Industrie ihrer Rolle als Innovator, die sie lange erfolgreich wahrgenommen hat, auch in Zukunft gerecht werden.

FRANK E. MÜNNICH

Bei Tabletten kann man nicht kritisch genug sein.

Gegen Kopfschmerz Aspirin. Weil ein einziger Wirkstoff genügt.

— Im Gegensatz zu vielen anderen Kopfschmerzmitteln enthält Aspirin nur einen einzigen Wirkstoff: die Acetylsalicylsäure (ASS).
Diese Substanz wirkt zuverlässig. Sie ist auf der ganzen Welt der meistverwendete Wirkstoff gegen Schmerzen.
Aspirin wurde vor Jahrzehnten von Bayer entwickelt und ist heute weltweit bekannt als hervorragendes Mittel gegen Kopfschmerzen sowie gegen



ASPIRIN®
Damit sich der Schmerz in nichts auflöst.

Schmerzen und Fieber bei Erkältungskrankheiten (grippale Infekte).
Aspirin ist gut verträglich.

ASPIRIN gegen leichte bis mittelstarke Schmerzen, insbesondere Kopfschmerzen, z. B. nach Überforderung, Überarbeitung und bei Abgespanntsein, auch nach Alkohol- und Nikotinmißbrauch. Schmerzen und Fieber bei Erkältungskrankheiten (grippale Infekte); Entzündungen.

Bei Überempfindlichkeit gegenüber Salicylaten oder anderen nicht steroidalen Entzündungshemmern und bei erhöhter Blutungsneigung sollte ASPIRIN nicht eingenommen werden. Bei Magen- und Darmgeschwüren, vorgeschädigter Niere und in der Schwangerschaft sollte der Arzt befragt werden. In den letzten 4 Wochen vor dem errechneten Geburtstermin sollte ASPIRIN nicht eingenommen werden.

Bei Anwendung über längere Zeit in höherer Dosierung sollte eine mögliche geringfügige Erhöhung der normalen Blutabgabe aus Magen und Darm berücksichtigt werden (Blutarmut). In seltenen Fällen können Überempfindlichkeitsreaktionen (z. B. Asthma, Hautreaktionen) und gelegentlich Magen-/Darmbeschwerden auftreten.

Wie alle Schmerzmittel soll auch ASPIRIN längere Zeit oder in höheren Dosen nicht ohne Befragen des Arztes eingenommen werden.

Handelsformen: 20 Tabletten DM 4,–/ 50 Tabletten DM 8,35/100 Tabletten DM 13,75.



Bayer Leverkusen

Aus für kostenlose Abgabe?

Im kommenden Jahr läuft das Kartell der Mitglieder des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie über die Begrenzung der kostenlosen Abgabe von sogenannten Ärztemustern ab. Die vom Bundeswirtschaftsministerium erteilte Genehmigung eines „Selbstbeschränkungsabkommens" der Pharmaindustrie ist bis zum 31. März 1984 befristet. Nach diesem Abkommen ist die Abgabe von Ärztemustern beschränkt auf eine schriftliche Anforderung des Mediziners. Dabei dürfen aber nur vier kleinste Originalpackungen abgegeben werden, auch wenn der Arzt mehr Arzneimittel fordert.

Es stellt sich die Frage, ob der Bundeswirtschaftsminister das Abkommen in seiner geltenden Form verlängert oder ob er ein verschärftes Abkommen genehmigt. Möglich ist auch, daß eine gesetzliche Regelung die Frage der kostenlosen Arzneimuster regelt.

Ärztemuster dürfen laut § 47 Absatz 3 Arneimittelgesetz in einem dem Zwecke der Erprobung des betreffenden Präparats angemessenen Umfang vom Pharmahersteller direkt an den Arzt und von diesem an den Patienten weitergegeben werden. Zu einer mengenmäßigen Beschränkung mochte sich der Gesetzgeber damals nicht durchringen. Er sah in dem Selbstbeschränkungskartell der Pharmaindustrie, das von 1976 bis 1981 zunächst die Einzelabgabe von sechs und seit 1982 die maximale Abgabe von vier Mustern vorsieht, eine genügend starke Bremse.

Freilich spricht bereits der Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Arzneimittelrecht von „bedenklichen Auswüchsen" und einem „insgesamt bedenklichen Umfang der Arzneimittelmusterabgabe" im Wert von rund 1,5 Milliarden Mark. Gesetzgeberische Maßnahmen wurden daher für den Fall angekündigt, daß die ab Januar 1982 geltende Beschränkung auf vier Muster nicht eingehalten werden sollte.

Verstöße gegen das Abkommen werden vor allem aus der Apothekerschaft sowie auch von den Überwachungsbehörden aus den Bundesländern bekannt. Das könnte den Gesetzgeber in der Tat veranlassen, die Musterabgabe gesetzlich zu verbieten, vielleicht mit Ausnahme der Einführung neuer Arzneimittel (zeitlich befristet). Der Bundesverband der Pharmaindustrie hat sich bereits für schärfere Kontrollen ausgesprochen. (pje.)

Die Industrie bietet spezielle Präparate an

Neue deutsche Welle: Selbstmedikation

Die Forderung nach vermehrter Selbsthilfe von Laien unter Verzicht auf den Rat von Experten ist in unserer Gesellschaft zu einem attraktiven Thema geworden. Die „Hilfe zur Selbsthilfe", ausgelöst von Sozialarbeitern aus Frustration über ihre begrenzten Möglichkeiten zu wirksamen Veränderungen der Ursachen und Folgen sozialer Störungen, ist inzwischen so etwas wie eine „Selbsthilfebewegung" entstanden. Ihr jüngster Sproß ist die Selbstmedikation, die von Wissenschaftlern in ihrer Bedeutung bestätigt und von Politikern als förderungswürdig angesehen wird.

Mittlerweile hat die Selbstbehandlung von Beschwerden und Befindlichkeitsstörungen eine viel größere Bedeutung als vielen Ärzten bewußt ist. Immerhin werden bereits 20 Prozent der in den Apotheken abgegebenen Arzneimittel ohne ärztliches Rezept erstanden, 80 Prozent sind ärztlich verordnet. Der gesamte Umsatz von freiverkäuflichen Arzneimitteln einschließlich der Naturheilmittel zur Selbstmedikation belief sich 1980 auf rund 3,3 Milliarden Mark, davon 2,8 Milliarden in Apotheken.

Angesichts dieser Summen ist es nicht verwunderlich, daß die Ärzte einerseits der Selbstmedikation skeptisch gegenüberstehen, andererseits auch die Apotheker gegen die Freiverkäuflichkeit wettern. Letztere möchten gern die halbe Milliarde Umsatz, die von freiverkäuflichen Arzneimitteln außerhalb der Apotheke getätigt werden, für sich okkupieren und verlangen die Aufhebung der Freiverkäuflichkeit.

Die Ärzte andererseits verweisen bei ihren Warnungen vor der Selbstmedikation darauf, daß Krankheitsbilder verschleiert werden könnten, die zu irreparablen gesundheitlichen Schäden führen können. Darüber hinaus warnen sie vor schädlichen Nebenwirkungen.

Freilich hat sich schon vor einigen Jahren der damalige Vorsitzende des Verbandes der niedergelassenen Ärzte, Kaspar Roos, zur ärztlich kontrollierten Selbstmedikation bekannt. Und Hanna Neumeister (CDU) stellte unlängst fest: „Eine arztgestützte Selbstmedikation, abgesichert durch die unbedingt notwendige Beratungsfunktion des Apothekers, ist zu begrüßen. Sie wird sich kostendämpfend auswirken, da hierdurch eine verstärkte Kostentransparenz zugleich eine verbesserte verantwortliche Einbeziehung des Verbrauchers erfolgt."

Nach einer Untersuchung des Instituts für Gesundheits-System-Forschung in Kiel (Leitung Prof. Fritz Beske) würde ein Verbot der Selbstmedikation jährlich mindestens eine Milliarde Mark Mehrkosten für die gesetzliche Krankenversicherung und etwa 1,3 Milliarden Mark an Mehrkosten für Arbeitsausfälle wegen zusätzlicher Arztkonsultationen verursachen. Derartige Zahlen zeigen, daß das Gesundheitswesen, will es finanzierbar bleiben, in der Tat angewiesen ist auf die Selbstbehandlung medizinischer Laien.

Der Gesetzgeber hat denn auch die Selbstmedikation durch den Erlaß der Negativliste, die die Arzneimitteltherapie von Bagatellerkrankungen von der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen ausnimmt, hoffähig gemacht. Denn wenn bei bestimmten Mißbefindlichkeiten zwar der Arztbesuch, nicht aber die dabei verordneten Medikamente von der Kasse erstattet werden, drängt man den Patienten folgerichtig auf den Weg, Bagatellerkrankungen selbst zu behandeln, und die benötigten Arzneimittel selbst zu kaufen. Das gilt in bezug auf die Negativ-Liste für Mittel gegen Erkältung und Reisekrankheit sowie für Rachentherapeutika und Abführmittel.

Professor Hans Rüdiger Vogel, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, rechnet denn auch mit einem Anstieg der Selbstmedikation. Vogel: „Ich erwarte jedoch nur eine Zunahme des Wertvolumens der Selbstmedikation um maximal zehn Prozent." Eine Reihe von pharmazeutischen Unternehmen hat vor diesem Hintergrund bereits begonnen, spezielle Präparatesortimente für die Selbstmedikation zu entwickeln und anzubieten.

Die Industrie liegt damit im Trend. Nach einer repräsentativen Allensbach-Umfrage aus dem Jahre 1982 versuchen immer mehr Bürger leichtere Beschwerden und Gesundheitsstörungen mit Naturheilmitteln selbst zu behandeln. So ist der Anteil der Bevölkerung, der Naturheilmittel verwendet, von 21 Prozent im Jahre 1970 auf 26 Prozent im Jahre 1980 und 36 Prozent im Frühjahr 1982 gestiegen. Bei Erkältungen, Kopfschmerzen, Stoffwechselbeschwerden und Schlaflosigkeit nehmen 52 Prozent der Befragten ein Mittel, das man ohne Rezept kaufen kann, nur 43 Prozent lassen sich in jedem Falle etwas vom Arzt verschreiben.



Immer mehr Menschen kurieren Bagatellen selbst
FOTO: JUPP DARCHINGER

Nach einer weiteren Untersuchung von Professor Troschke, Freiburg, richten sich die Maßnahmen des Patienten bei Beschwerden danach, ob diese Beschwerden als leicht oder schwer eingeschätzt werden. Für die Einschätzung sind zu 41,5 Prozent die Intensität, zu 18 Prozent die Dauer, zu 10,2 Prozent die Kausalerklärbarkeit und zu 8,8 Prozent die Differenzierung zwischen Beschwerden von Erwachsenen und von Kindern maßgebend. Sind Kinder erkrankt, wird der Arzt öfter konsultiert als bei Beschwerden von Erwachsenen.

Bei leichten Beschwerden warteten 54,6 Prozent der Befragten ab, ob die Beschwerden allein weggingen; 3,4 Prozent konsultierten einen Arzt; 21,5 Prozent behandelten mit Hausmitteln; 19 Prozent nahmen ein Medikament aus der Hausapotheke; 1,5 Prozent kauften ein rezeptfreies Präparat.

Nach der Untersuchung von Troschke lassen sich für die Selbstmedikation folgende Schlüsse ziehen:

- Spricht das Ergebnis der Selbstdiagnose von Beschwerden für eine Selbstbehandlung, so wird die Selbstmedikation gegenüber der Hausmittelanwendung oder Änderung von Verhaltensweisen bevorzugt;
- die Hausapotheke enthält im Durchschnitt 20, meist vom Arzt verordnete Medikamente;
- die Kenntnisse über diese Medikamente sind ungenügend;
- als Informant wird an erster Stelle der Arzt genannt, allerdings spielt der Apotheker bei akuten Beschwerden als Berater eine wichtige Rolle;
- Selbstmedikation und -behandlung sind jedoch keine Zeichen der Unzufriedenheit mit dem „professionellen System".

Übrigens stellte Troschke auch fest, daß 73,5 Prozent der Ärzte glauben, bestimmte Personengruppen seien fähiger als andere, Selbstmedikation durchzuführen. Das seien Personen mit höherem Bildungsgrad oder mit medizinverwandter Ausbildung. Dazu zählten aber auch Selbständige, privat Versicherte und Personen aus ländlichen Gebieten. PETER JENTSCH

Kostendämpfung / Keiner blickt mehr durch

Nach dem Wirrwarr transparente Preise?

Die Bundesrepublik hält weltweit einen einsamen Rekord: 140 000 Arzneimittel sind beim Bundesgesundheitsamt gemeldet. Freilich kommt diese Zahl auch zustande durch den extensiv ausgelegten Arzneimittelbegriff – schon eine abgepackt vorrätig gehaltene Tüte Kamillentee gilt als Fertigarzneimittel. Zieht man freilich von dieser Zahl die in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern hergestellten Arzneimittel und die etwa 23 000 Homöopathika ab, dann bleiben etwa 60 000 Medikamente übrig, die von der Pharmaindustrie hergestellt und die für die unrationelle Verschreibungsweise der Ärzte verantwortlich gemacht werden.

Nun macht die Verordnungstätigkeit der Ärzte, machen also die Arzneimittelkosten nur 14,8 Prozent der Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung aus (1982: 13,74 Milliarden Mark). Doch konzentrieren sich die Überlegungen der Politiker zur Kostendämpfung auch auf diesen Bereich.

Als wirksamstes Mittel zur Senkung der Arzneimittelausgaben sehen Politiker und Krankenkassen zur Zeit Arzneimittel-Listen an. Auf diesem „Markt" herrscht eine ähnliche Vielfalt wie auf dem Markt, der durch diese Listen transparent gemacht werden soll. Es gibt Preisvergleichslisten, Transparenzlisten, Positiv- und Negativlisten, es gibt Rote Listen, eine Greiser-Liste und diverse andere.

Positiv- und Negativlisten greifen in den bestehenden Markt ein: sie schließen nämlich Präparate für bestimmte Erkrankungen von der Verordnung auf Krankenschein aus. Da Positivlisten zu umfangreich sind, beschränkt man sich zur Zeit auf Negativlisten.

So ist am 1. April eine Negativliste in Kraft getreten, die alle Mittel gegen sogenannte Bagatellerkrankungen ausschließt. Auf dem Kassen-Index stehen Arzneimittel für die Behandlung von Erkältungen, Reisekrankheit sowie Mund- und Rachentherapeutika und Abführmittel. Diese Liste soll den Krankenkassen Einsparungen in Höhe von 500 Millionen Mark bringen.

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hatte denn auch eine andere Art einer Negativliste vorgeschlagen, nämlich alle die Medikamente von der Erstattung durch die gesetzliche Krankenversicherung auszuschließen, für die Publikumswerbung betrieben wird. Freilich wäre diese Lösung, die auch von der Pharmaindustrie und den Krankenkassen bejaht wird, allenfalls eine kostenneutrale gesundheitspolitische Demonstration.

Bei den Preisvergleichslisten werden keine Arzneimittel von der Erstattung durch die Kassen ausgeschlossen. Sie beschränken sich auf Preisvergleiche bestimmter Arzneistoffgruppen.

All diese Listen beinhalten eine Gefahr: Sie beschränken den noch leidlich funktionierenden Wettbewerb auf dem Pharmasektor. Dies kann dazu führen, daß die Industrie dem für sie wirtschaftlich uninteressant gewordenen Teilmarkt der Negativ-Listen-Präparate keine Innovationsanstrengungen mehr gönnt.

Das haben die Politiker inzwischen erkannt. Der Listenwirrwarr wird deshalb sicher nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Auf Beschluß des Bundestages soll nämlich eine behutsamere Form der Marktbeeinflussung durch eine sogenannte Transparenzliste vollzogen werden.

Die Transparenzliste, die aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse, ärztliche Erfahrung und besondere Therapierichtungen berücksichtigt, soll eine pharmakologische, therapeutische und preisliche Transparenz schaffen und entsprechende Vergleiche ermöglichen. Sie ist angelegt als Entscheidungshilfe für den Arzt beim Kosten-Nutzen-Vergleich; sie berücksichtigt dabei Kriterien wie Bioverfügbarkeit, Qualität und Nebenwirkungen.

Vier Teile dieser Liste sind bisher erschienen, sie befassen sich mit Herz-Kreislauf-Therapeutika. Ob indes all diese Listen den gewünschten Erfolg haben werden, ist fraglich. Denn immerhin entfallen 68 Prozent des Apothekenumsatzes auf nur 500 Präparate. Sie machen 40 Prozent der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung aus.

Und ein durchschnittlicher Arzt verschreibt beziehungsweise kennt nicht mehr als etwa 500 verschiedene Arzneimittelspezialitäten. Daraus folgt, daß letztlich nur verbesserte ärztliche Ausbildung und Weiterbildung zu einer Kostensenkung im Arzneimittelbereich beitragen können. (pje.)

Die Welt steckt voller Degussa:

Arzneimittel sind unentbehrliche Helfer des Arztes im Kampf gegen Krankheiten. Sie heilen und lindern – und tragen mit dazu bei, unsere Lebenserwartung zu erhöhen. Degussa, ein forschendes Unternehmen auch im Pharmabereich, stellt dem Arzt Präparate unter den Namen Homburg und Asta zur Verfügung: von Medikamenten gegen Herz- und Kreislauferkrankungen über Grippe-Impfstoffe bis zu Krebstherapeutika. Sie werden in mehr als 80 Ländern ärztlich verordnet.

Arzneimittel für die Welt. Eine Leistung unter vielen. Denn die Welt steckt voller Degussa.

Degussa

Degussa, Teil unserer Welt. Metall. Chemie. Pharma.

Tierversuche – Trimm-Trab für die Forschung

Aus der Geschichte der medizinischen Wissenschaft läßt sich unschwer erkennen, daß die Funktion der einzelnen Organe im Körper, ihr Zusammenspiel sowie die Regelvorgänge, die dieses Zusammenspiel steuern, aus tierexperimentellen Erfahrungen stammen. Wenn einmal das Tierexperiment durchgeführt worden ist, werden danach oft weniger invasive Methoden entwickelt, um am Menschen die Gültigkeit ähnlicher oder gleicher Prinzipien zu verifizieren.

Ohne den Tierversuch wären beispielsweise die an der Regulation des Blutdrucks beteiligten Faktoren bis heute nicht erkannt worden, die Reizbildung und Reizleitung des Herzens wäre unverständlich geblieben, die Aufbereitung und Ausscheidung des Harns in den Nieren wäre ein Buch mit sieben Siegeln, und wir würden heute noch nicht viel von der Bedeutung der Hormone wissen. Die Aufzählung kann beliebig fortgesetzt werden; es soll mit diesen wenigen Beispielen sein Bewenden haben. Direkt aus diesen Erkenntnissen stammen Arzneistoffe, die uns in die Lage setzen, eine Behandlung des Bluthochdrucks durchzuführen, die Entgleisungen des Reizbildungs- und Reizleitungssystems des Herzens zu beheben oder auf die Nierenfunktion einzuwirken.

Gegner des Tierexperiments machen immer wieder geltend, daß die therapeutische Anwendung herzwirksamer Glykoside von William Withering in der 2. Hälfte des 18. *Jahrhunderts nur am Menschen* erprobt wurde. Gerade dieses Beispiel lehrt aber, daß die Erfahrungen in der Humanmedizin nicht ohne die Analyse im Tierexperiment auskommen können. William Withering hat nämlich aufgrund der Wirkung von Digitalisglykosiden den Schluß gezogen, daß er ein wassertreibendes Mittel eingesetzt hat. Erst das Zusammenspiel von experimenteller Physiologie, Pharmakologie und Biochemie auf der einen Seite und die Anwendung der Glykoside in der inneren Medizin auf der anderen Seite haben in fast 200jähriger Arbeit ein plausibles Konzept ergeben, wie ein Stoff, der den Herzmuskel stimuliert, auch zu einer gesteigerten Harnflut führen kann, ohne daß sein primärer Angriffspunkt in der Niere liegt.

Selbstverständlich ist es nicht immer möglich, die im Tierexperiment erarbeiteten Resultate gewissermaßen geradlinig auf den Menschen zu übertragen. Zwar sind die Prinzipien der Organfunktion bei Mensch und Tier – vorausgesetzt, der Abstand in der Phylogenese ist nicht allzu weit – durchaus gleich. Es existieren artspezifische Abweichungen, beispielsweise schon für die Durchblutung der einzelnen Organe oder für den Stellenwert bestimmter Regelfunktionen, so daß es unmöglich ist, Arzneiwirkstoffwirkungen bei Mensch und Tier nach zeitlichem Verlauf und quantitativem Ausmaß der Wirkung zu vergleichen. Immerhin ist die Qualität der Wirkung bei Mensch und Tier in der Regel gleich. Speziesunterschiede werden bei der Untersuchung des Arzneistoffwechsels geradezu als heuristisches Prinzip eingesetzt. Es ist kein unnützes Tieropfer, wenn vor der Anwendung beim Menschen die Untersuchung des Arzneistoffwechsels an möglichst vielen Spezies durchgeführt wird. Es ist geradezu wünschenswert, vor dem Einsatz am Menschen alle möglichen metabolischen Veränderungen in biologischen Systemen kennenzulernen, um dann beim Menschen gezielt nach den möglichen Stoffwechselprodukten suchen zu können.

Eine grundsätzliche Limitation des Tierexperimentes besteht dann, wenn humanspezifische Erkrankungen erforscht werden sollen. Es ist eine alte Streitfrage unter den Pharmakologen, welches Tiermodell für die spezifische rheumatische Polyarthritis charakteristisch ist. Gibt es Tiermodelle für spezifische degenerative Lebererkrankungen? Die Beispiele ließen sich auch hier endlos aneinanderreihen, und wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, daß in der experimentellen Pathologie im Tierexperiment möglicherweise ähnliche oder sogar weitgehend ähnliche Bedingungen geschaffen werden können, daß aber die humanspezifischen Erkrankungen im Tierexperiment eben nicht dekkungsgleich erzeugt werden können.

Dies leuchtet auch jedem Laien sofort dort ein, wo auf dem Gebiet der Psychiatrie und der Neurologie die für den Menschen spezifischen psychischen und neurologischen Funktionen beeinflußt werden sollen. Trotzdem kann die klinische Pharmakologie auch hier nicht auf die tierexperimentelle Charakterisierung eines Psychopharmakons verzichten. Das betrifft nicht nur die pharmakokinetische Beurteilung von Arzneistoffen. Bei der Auswertung einer Vielzahl tierexperimenteller Modelle ergibt sich gewissermaßen ein Muster für die Wirkung bestimmter bekannter Psychopharmaka, anhand dessen, wenigstens in gewissen Grenzen, eine Einordnung des neuen Stoffes *hinsichtlich der beim Menschen zu* erwartenden therapeutischen Wirkungen vorgenommen werden kann.

Schwierig gestaltet sich oft auch die Beurteilung unerwünschter Wirkungen aufgrund tierexperimenteller Erfahrungen. Sie werden leider nur allzuoft erst bei der längerdauernden therapeutischen Anwendung am Menschen sichtbar.

Es fehlt sicherlich nicht an der Einsicht, daß der Einsatz von Leben wohlabgewogen sein muß. Allerdings halte ich nicht sehr viel davon, daß eine derartige Abwägung etwa durch gesetzliche Vor*schriften oder ethische Komitees* ersetzt wird. Diese Überlegungen sind doch zunächst einmal nur zur Erschwernis der Durchführung von Tierexperimenten gedacht und sollten nicht auch noch mit dem Mantel eines besonders moralischen Anspruches verhüllt werden. Die Ethik ist beim Tierexperimentator zu fordern und nicht bei einer wie auch immer übergeordneten Instanz, die ihm etwa die Verantwortung für sein Tun abnehmen kann. In diesem Zusammenhang bedauere ich es außerordentlich, daß der angehende Wissenschaftler während des Studiums immer weniger die Möglichkeit hat, über den Einsatz von Leben zum Zwecke des Erkenntnisgewinns nachzudenken.

Der Sturmlauf gegen das Tierexperiment, wie er ja gegenwärtig in den *Massenmedien zum guten* Ton gehört, hat Einbrüche in unseren Lehrplänen nach sich gezogen, die nach meiner Meinung nicht ohne Folgen für die von uns ausgebildeten Ärzte und Wissenschaftler bleiben können. Es ist sicherlich auch für den Laien verständlich, daß beispielsweise die experimentelle Chirurgie nicht ohne Tierexperimente auskommen kann. Die Erprobung neuer Operationen erfolgt seit altersher an Tieren. Der angehende Wissenschaftler hat dabei nicht nur den Umgang mit Therapieprinzipien und deren Anwendung gelernt, sondern er soll auch möglichst frühzeitig die Bedeutung des Tiers für den Menschen erfahren können. Ich halte es für fatal, wenn Tierexperimente mit dem Hinweis auf den Schutz des Lebens in unseren Hörsälen und Ausbildungsstätten immer seltener werden und die angehenden Wissenschaftler die eminent wichtige Entscheidung, wann Tierversuche unumgänglich eingesetzt werden müssen, nicht mehr in der eigenen Erfahrung nachzuvollziehen lernen.

Übrigens bedeutet die Vorschaltung des Tierexperiments vor die Untersuchung am Menschen eine unausgesprochene Hierarchie des *Wertes von Leben: tierisches* Leben wird eingesetzt, um menschliches zu schützen! Die Hierarchie des Wertes von Leben hat zuweilen auch emotionale Gründe. Sie treten in ihren Konturen um so schärfer zutage, je eher der Mensch zu den in Frage stehenden Tierspezies emotionale Beziehungen anknüpfen kann.

Dies geht einerseits aus unserer gegenwärtig gültigen Tierschutzgesetzgebung hervor. Sie kümmert sich um das Wohlergehen von Katze und Hund mehr als um das von Ratten und Mäusen. Wenn das Leben von Tieren eigens dazu erzeugt wurde, *um der experimentellen* Forschung zugeführt zu werden, scheinen sich bestimmte Kreise der Tierschützer zufriedengeben zu wollen: Ihnen geht es eher um die Unterbindung des mit Recht beklagten Tierdiebstahls.

Ich möchte es nicht verschweigen, daß ich mit der Art dieser Hierarchie des Wertes von Leben nichts zu tun haben möchte: Ehrfurcht vor dem Leben wertet nicht nur in dieser Weise! Was wir unseren Studentinnen und Studenten zunächst vermitteln sollten, ist eben die Ehrfurcht vor dem Leben, unabhängig davon, ob es sich um eine Küchenschabe, eine Ameise, eine Maus oder einen Affen handelt.

Ich bedauere ausdrücklich, daß die Studentinnen und Studenten, die erstmals mit dem Aufopferungsanspruch des Menschen an das Tier aus Gründen der wissenschaftlichen Neugier in Berührung kommen, in immer geringerem Umfang selbst Tierexperimente durchführen können. Es ist nicht nur die Folge unserer überfüllten Universitäten oder der immensen Kosten der Labortiere, die übrigens ein hervorragendes Regulativ für die Begrenzung des Umfangs von Tierexperimenten zum Zwekke der Forschung darstellen. Sicherlich spielt hier auch die Abneigung der Studenten gegenüber „unnützen" Tieropfern eine Rolle.

Ist eine Begrenzung der tierexperimentellen Forschung durch legislative und/oder administrative Maßnahmen denkbar?

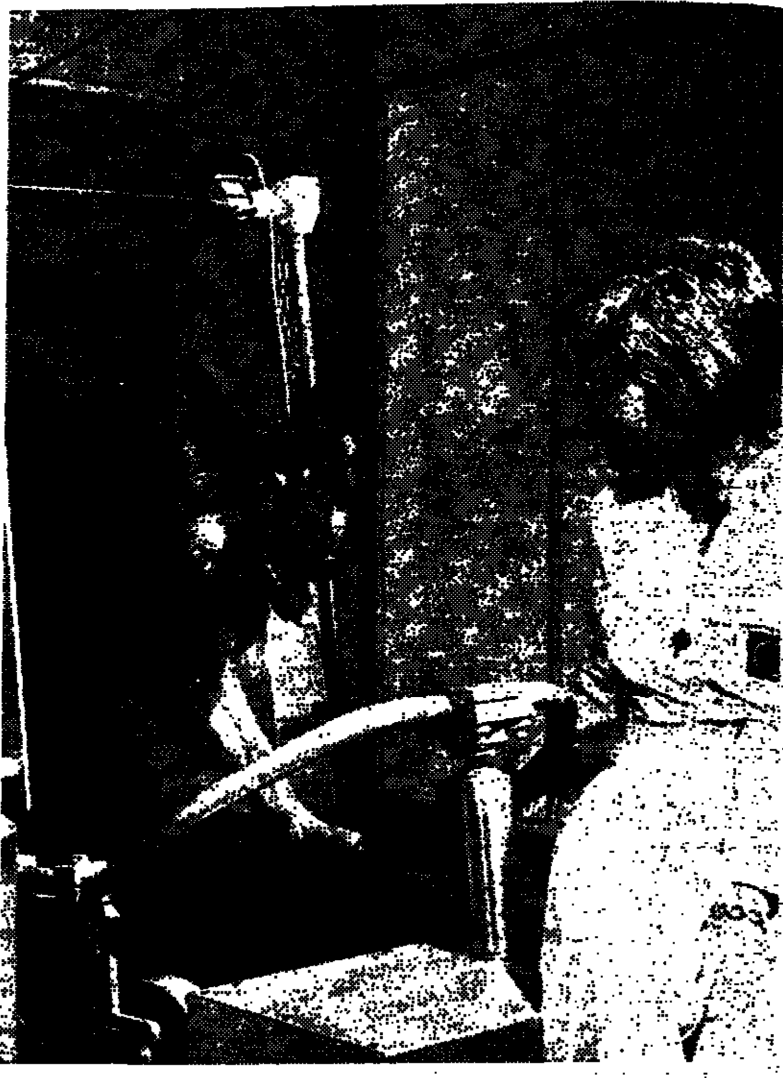
Ich bilde mir selbstverständlich nicht ein, daß alle hier vorgetragenen Argumente einen eingefleischten Gegner des Tierexperiments überzeugen können. Die Diskussion ist mittlerweile weit in das Irrationale abgeglitten. Es muß dann aber möglich sein, die Alternativen aufzuzeigen, die die Vertreter dieser Richtung bereit sind, auf sich zu nehmen. Die medizinische Versorgung ist weltweit zu einem Standard gelangt, in dessen Genuß wir heute alle kommen, weil wir das System der Erforschung von Krankheiten und deren Heilung in gezieltem Einsatz von Tierexperiment und Untersuchung am Menschen zu optimieren verstanden.

Wenn sich nicht nur bei bestimmten Vertretern der politischen Willensbildung in unserem Lande hören läßt, Tierexperimente gehörten verboten, sondern auch aus der Administration verlautet, sie sei fest entschlossen, den Umfang von Tierexperimenten einzuschränken, dann muß dazu gesagt werden, was diese verordnete Stagnation der Forschung nach sich ziehen kann. Soweit es die Forschung der Arzneimittelindustrie und der Toxikologie betrifft, wäre diese Entscheidung auch von einem steigenden Risiko im Umfang mit Arzneistoffen und Chemikalien begleitet. Unser Wissensstand würde gewissermaßen dort eingefroren, wo er sich heute gerade befindet. Man sollte sich im Bereich der Medizin etwas von der Euphorie befreien, die den schwindeln läßt, der sich erstmals die Fülle des Bekannten in der Wissenschaft aussetzt: Weit mehr ist unbekannt, und wir können uns den Luxus des Verzichts auf die Mehrung unseres Wissens nicht leisten.

Einige der engagierten Gegner des Tierexperiments setzten ihre Hoffnung auf die Gesetzgebung des Europäischen Parlaments. Ich kann mir schlechthin nicht vorstellen, daß das Europäische Parlament, unter welchem Vorwand auch immer, mit einer gesetzgeberischen Maßnahme in die Wissenschaftsfreiheit eingreift. Ich kann mir eine Reihe von Maßnahmen vorstellen, die in Gesetzgebung und Administration sicherstellen sollen, daß dem Tierschutz die nötige Aufmerksamkeit zuteil wird – wobei es Bereiche gibt, die den Tierschutzgedanken noch nicht annähernd so durchgreifend in die Tat umgesetzt haben wie die Wissenschaft. Ich traue den europäischen Parlamentariern ganz einfach nicht zu, daß sie sich über die fundamentalen Traditionen dieses Erdteils hinwegsetzen und nicht nur die Wissenschaftsfreiheit in Frage stellen, sondern darüber hinaus noch gewissermaßen ohne Ersatz das System der Optimierung unserer medizinischen Versorgung durch das Zusammenspiel der experimentellen und klinischen Wissenschaften aufs Spiel setzen könnten.

Wir, die experimentellen Wissenschaftler, sollen aber auch nicht bei der ersten Frage nach der Berechtigung unserer Tätigkeit, nach ihrem Zweck und ihrer moralischen Basis ängstlich oder sogar beleidigt zusammenzucken: Auch dies ist ein Teil unserer Freiheit, die noch niemals jemandem in den Schoß gefallen ist.

WOLFGANG FORTH



Tierexperimente – Die Hierarchie des Wertes des Lebens

Appell an die Industrie

■ Fortsetzung von Seite I

schung soll es nicht geben. Die Bundesregierung wird auch im Arzneimittelbereich all denen eine Absage erteilen, die ständigen staatlichen Interventionen das Wort reden.

Ich hoffe, daß die Bundesregierung die Unterstützung der pharmazeutischen Industrie bei ihrem Bemühen um Kostendämpfung, mehr Marktwirtschaft im Arzneimittelbereich und eine Stärkung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung finden wird. Sie ist zum offenen Dialog auch mit der pharmazeutischen Industrie bereit.

Die Wirtschaftsdaten lassen erkennen, daß die pharmazeutische Industrie sich in einer vergleichsweise stabilen Gesamtlage befindet. Dies ist nicht zuletzt auf die *große Nachfrage aus dem Bereich* der gesetzlichen Krankenversicherung zurückzuführen. Ich appelliere deshalb an die pharmazeutischen Unternehmen: Beantworten Sie dies mit Verantwortungsbewußtsein und Mitverantwortung für die finanzielle Stabilität der gesetzlichen Krankenversicherung.

Ich teile die Kritik der Krankenkassen an dem in den vergangenen Monaten eingetretenen Preisschub. Die wiedergewonnene Beitragssatzstabilität in der gesetzlichen Krankenversicherung muß verteidigt werden. Die Empfehlungen der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen weisen eindeutig in diese Richtung. Es sollte auch gemeinsames Anliegen sein, die Kritikpunkte möglichst schnell aus der Welt zu schaffen.

HEINRICH FRANKE
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Die Therapie, die dem Patienten nicht im Magen liegt.

Weil es oft keine andere Möglichkeit gibt, werden die meisten Medikamente geschluckt. Das hat der Körper jedesmal zu verdauen, und das liegt vielen Patienten und auch vielen Ärzten im Magen.
Ein direkterer Weg, Medikamente einzunehmen, geht durch die Haut in die Blutbahn, – so, wie es bisher zum Beispiel mit Injektionen in die Vene möglich war:

Aus einem Wirkstoffdepot, das auf die unversehrte Hautoberfläche aufgeklebt wird, gelangt der Wirkstoff ohne Spritze oder Kanüle durch die Haut direkt in die Blutbahn. Gleichmäßig und in genau vorprogrammierten Mengen.

Dadurch ist Sicherheit bei der Einnahme gewährleistet. Und dadurch werden Magen und Verdauungsorgane nicht belastet. Das sind Therapievorteile, die Arzt und Patient am Herzen liegen.

PHARMA SCHWARZ
Mittelstr. 11–13, 4019 Monheim







Über die Probleme des Arzneimittelmarktes

Eine Gesellschaft der Übermedikamentierten?

Ohne Arzneimittel ist eine moderne Gesundheitsversorgung nicht denkbar, und ohne eine leistungsfähige pharmazeutische Industrie gibt es keine modernen Arzneimittel. Diese Aussage ist fester Bestandteil im Selbstverständnis der gesetzlichen Krankenversicherung.

Sie enthebt nicht von einer Antwort auf eine Reihe von Fragen, die zunehmend in das Bewußtsein aller Beteiligten drängen: Ist es unbedenklich und problemlos, daß jeder Bundesbürger – statistisch betrachtet – pro Jahr mehr als 650 Tabletten oder andere Arzneiformen von seinem Arzt verordnet erhält? Dieser Jahresbedarf, dem die selbst gekauften Medikamente noch hinzuzurechnen sind, kumuliert im Laufe einer durchschnittlichen Lebenserwartung auf knapp 50 000 Tabletten.

Jeder dritte Bürger nimmt im Laufe eines Vierteljahres mehr als vier verschiedene Medikamente ein. Mehr als 80mal leidet – den Verkaufsstatistiken zufolge – der Bundesbürger an Schmerzen, die ohne Medikament nicht zu ertragen sind. Bei seelischen Störungen sieht es nicht viel anders aus.

Namhafte Mediziner sprechen von einer übermedikamentierten Gesellschaft. Sie warnen vor unabsehbaren Langzeitfolgen, etwa einer Zunahme der allergischen Erkrankungen.

An guten Absichten fehlt es nicht

Die ökonomischen Folgen sind nicht weniger kritisch. Immer tiefer müssen die Beitragszahler der Krankenkassen, also die Versicherten und Arbeitgeber, in die Tasche greifen, um die Umsatzzuwächse für Arzneimittel zu finanzieren. Allein von 1980 bis 1982 hat die pharmazeutische Branche über eine Milliarde Mark mehr aus dem Finanztopf der GKV erhalten, als nach dem einhelligen Urteil der Konzertierten Aktion für tolerierbar angesehen wurde.

An guten Absichten für Kostendämpfung hat es nicht gefehlt. Über Transparenzlisten wird seit 1977 der Versuch unternommen, das Preisbewußtsein aller Beteiligten zu schärfen. Leistungsausschlüsse für Bagatellarzneimittel begrenzen den Anspruch der Versicherten. Die mehrfach erhöhte Selbstbeteiligung hat den Finanzspielraum für die pharmazeutische Industrie vergrößert. Ein Erfolg dieser und weiterer Maßnahmen – einschließlich der Preisstoppappelle der pharmazeutischen Industrie – ist nicht erkennbar.

Dem bundesdeutschen Arzneimittelverbraucher wird zugemutet, daß er für ein identisches Produkt desselben Herstellers bis zu achtmal mehr bezahlen muß als der Verbraucher in einem anderen europäischen Land.

Im Auftrag der pharmazeutischen Industrie hat eine Studie im Jahre 1982 festgestellt, daß ein Warenkorb mit identischen Arzneimitteln, der in Italien für 100 Mark zu haben ist, in der Bundesrepublik Deutschland 185 Mark kostet. Ähnliche Preisdifferenzen bestehen im Verhältnis zu Großbritannien, Frankreich, Belgien und anderen Ländern.

Funktionieren die Kräfte des Marktes?

Auch was die therapeutische Wirksamkeit der Medikamente betrifft, nimmt die Bundesrepublik eine Sonderrolle ein. In keinem Land ist der Anteil der Präparate mit zweifelhafter Wirksamkeit größer als bei uns. Eine vom Bundesminister für Forschung und Technologie geförderte Studie kam 1981 beispielsweise zu dem Ergebnis, daß von 567 Herzmitteln nur bei 214 Mitteln die therapeutische Wirksamkeit zweifelsfrei nachgewiesen war.

Alle unsere Nachbarländer haben für ihre nationalen Arzneimittelmärkte Konsequenzen gezogen, Angebot und Preisgestaltung für Arzneimittel in vielfacher Weise zu beeinflussen. Sie folgen damit offensichtlich ihrer Einsicht, daß die Kräfte des Marktes bei Arzneimitteln nicht ausreichend funktionieren.

Die pharmazeutische Industrie nennt das Reglementierung. Die Ortskrankenkassen glauben allerdings nicht daran, daß Reglementierung – und damit Bürokratie – niedrige Preise garantieren.

Die Suche nach Alternativen wird um so dringender, je mehr die pharmazeutische Industrie gegen jede Belebung des Preiswettbewerbs für Arzneimittel eintritt.

FRANZ OLDIGES

Geschäftsführer des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen

Über Möglichkeiten und Grenzen der Sicherheit von Arzneimitteln

Für alle Lebensbereiche, vor allem aber für die Medizin und damit auch für die Anwendung von Arzneimitteln am Menschen gilt:

1. Absolute Sicherheit ohne jedes Risiko hat es noch nie gegeben und wird es nie geben. Oftmals bleibt nur, ganz bewußt ein möglichst größeres Risiko durch ein geringeres zu ersetzen.

2. Je mehr wir versuchen, uns absoluter Sicherheit zu nähern, um so näher kommen wir auch an die Grenzen des technisch und finanziell Machbaren sowie des ethisch Vertretbaren.

Wenn auch diese Erkenntnis niemanden davon abhalten darf, sich weiter um ein Mehr an Sicherheit, auch bei Arzneimitteln, zu bemühen, müssen dennoch Risikobewußtsein und Risikobereitschaft sowohl beim einzelnen als auch in der Gesellschaft wachgehalten werden. Das gilt nicht nur für die „Gesundheit".

Sicherheitsbewertungen und Sicherheitsentscheidungen sind nicht nur bei Arzneimitteln oft von Meinungen und Emotionen beeinflußt und erweisen sich auch keineswegs gegenüber politischen Pressionen und gesellschaftlichen Sehnsüchten als resistent.

So ist jede Gesellschaft bereit, bestimmte, selbst krankheitserzeugende oder todbringende Risiken für die Allgemeinheit im Interesse individueller Bequemlichkeit (Ölheizung) oder des hohen Lebensstandards (Straßenverkehr) aus dem Bewußtsein zu verdrängen und hinzunehmen. Andere Risiken dagegen mit vergleichbarer oder sogar geringerer Gefährlichkeit für den einzelnen bei oftmals wesentlich höherem Individual- und Gesamtnutzen (Arzneimittel) will dieselbe Gesellschaft keineswegs dulden.

Im Umgang mit Genußgiften (Alkohol, Tabak) wird diese zwiespältige Verhaltensweise des Menschen, unvernünftige Entscheidungen in oder sogar trotz Kenntnis aller Fakten und Folgen zu treffen, besonders deutlich. Auch haben beispielsweise kranke, von Schmerzen geplagte Menschen ein ganz anderes Verhältnis zum Risiko von Schmerzmitteln als jene, die sich bei eigenem Wohlbefinden aus oftmals weltverbesserischen Motiven anmaßen, diese Schadensmöglichkeit „objektiv" bewerten zu können.

Würde heute Wasser als chemischer Stoff völlig neu entdeckt, wäre zunächst zwar die hervorragende Eignung als Feuerlöschmittel beeindruckend. Dennoch würde die staatliche Sicherheitsentscheidung ganz erheblich beeinflußt durch die Tatsachen, daß das Eintauchen des Kopfes in Wasser schon nach wenigen Minuten beim Menschen zum Tode führt, Feuerlöschteiche, angefüllt mit diesem Stoff, tückische Todesfallen sind und permanent das Leben der Bevölkerung, besonders von Kindern und Jugendlichen bedrohen.

Die Frage von Verbraucherschutzverbänden läge also nahe: Wie ist das Risiko-Nutzen-Verhältnis eines Stoffes zu bewerten, der zwar gelegentlich ausbrechendes Feuer zu löschen vermag, gleichzeitig aber für viele Menschen ein ständiges tödliches Risiko bildet, dem zahlreiche Personen alljährlich zum Opfer fallen?

Diese gut erfundene Fabel hat durchaus ihren tieferen Sinn. Sie macht deutlich, daß bei der Bewertung von „Sicherheit" eine scharfe und unangreifbare, jedermann plausible sowie jeglicher Betrachtungsweise gerechtwerdende Grenzziehung zumeist nicht möglich ist. Vielmehr sind die Grenzbereiche oftmals ganz unterschiedlich breit oder werden so gesehen und demzufolge auch unterschiedlich gewichtet.

Bei Medikamenten sollten Sicherheitsentscheidungen nur nach Abwägung aller bekannten Vorzüge und Nachteile getroffen werden, wobei für Arzneimittel nur eine einzige Bemessungsgrundlage als fix gelten kann: die menschliche Gesundheit, ihre erstrebte Förderung oder mögliche Bedrohung. Zahlreiche andere Bemessungskriterien sind variabel und wechseln in ihrer meist zufälligen Konstellation von Patient zu Patient und Krankheit zu Krankheit.

„Arzneimittelsicherheit" ist nicht nur eine Angelegenheit von Staat und Arzneimittelhersteller. Auch Arzt und Apotheker sowie der „Verbraucher" von Arzneimitteln haben Aufgaben und Pflichten, die von jedem einzelnen im Wissen um den möglichen Nutzen und das nie ganz vermeidbare Schadensrisiko verantwortungsbewußt wahrgenommen werden müssen.

Nur wenn das Handeln des einzelnen dem gerecht wird und darüber hinaus das Zusammenspiel aller Beteiligten funktioniert, hängt die Arzneimittelsicherheit nicht an dem berühmten dünnen Faden, sondern an einer Kette, die im Staat verankert ist, dessen Aufgaben hauptsächlich die Risikoermittlung, die Risikobewertung sowie die Sicherheitsentscheidung sind, indem das Bundesgesundheitsamt die Zulassung eines Arzneimittels erteilt, versagt oder entzieht.

Arzneimittelhersteller, Arzt, Apotheker und „Verbraucher" sind Glieder dieser Kette „Arzneimittelsicherheit", die nur durch festes Ineinandergreifen tragfähig wird:

In die Verantwortung des Arzneimittelherstellers fällt es, Wirksamkeit und relative Unschädlichkeit nachzuweisen, beständig eine hohe Arzneimittelqualität zu gewährleisten sowie fortlaufend Arzt und Patienten über erwünschte und unerwünschte Wirkungen, Dosierung, Gegenanzeigen zu informieren.

Dem Arzt kommt die Schlüsselrolle bei der Bemessung der Schaden-Nutzen-Relation, bei der Risikoabwägung und der Risikoaufklärung im Einzelfalle zu.

Der Apotheker stellt sicher, daß der Patient das richtige Medikament in qualitativ einwandfreiem Zustand erhält.

Auch der Kranke, um dessen Wohl sich letztlich alles dreht, muß selbst maßgeblich zur Arzneimittelsicherheit beitragen. Nicht nur vom Medikament allein, auch vom Vertrauen des Patienten zur Verordnung des Arztes, von der Befolgung der Therapieanweisungen, vom Umgang mit dem Arzneimittel, unter anderen von der exakten Einnahme und der Einhaltung einer angemessenen Therapiedauer hängen Wirkungen und Nebenwirkungen, hängt also in sehr hohem Maße die Arzneimittelsicherheit ab.

Schließlich ist auch die Gesundheitserziehung beziehungsweise Gesundheitsbildung der Bevölkerung von großer Bedeutung. Nicht nur überproportionale Kostensteigerungen und überzogene Ansprüche im Gesundheitswesen lassen sich auf Sicht dadurch nachhaltig dämpfen, sondern ebenso Nutzen und Sicherheit der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung steigern.

REINHOLD RATHSCHECK

Risiko-Nutzen-Berechnung durch BGA

Massive Kritik am Bundesgesundheitsamt

Dezember 1970. Nach zweijähriger Hauptverhandlung sah das Aachener Landgericht den Verdacht juristisch bestätigt: Durch das Arzneimittel Contergan, genauer durch seinen Wirkstoff Thalidomid, werden Mißbildungen bei Neugeborenen verursacht. Contergan wurde verboten. Seine Name steht heute als Synonym für die Risiken, mit denen eine Arzneimitteltherapie behaftet sein kann.

Neun Jahre später, im Februar 1979, verbietet das in Berlin angesiedelte Bundesgesundheitsamt (BGA), clofibrathaltige Arzneimittel. Es legte diesem Verbot eine Studie zugrunde, die clofibrathaltigen Medikamenten auch bei bestimmungsgemäßer Anwendung schädliche Nebenwirkungen unterstellte.

Zwischen der Entscheidung der Richter im Fall Contergan und der Entscheidung einer Behörde, des BGA, im Fall Clofibrat, liegen Welten.

Um nämlich einen zweiten Fall Contergan in der Bundesrepublik von vornherein auszuschließen, wurde 1976 mit Zustimmung aller Bundestagsparteien das Arzneimittelgesetz (AMG) aus dem Jahre 1961 novelliert. Dabei übertrug der Gesetzgeber dem Bundesgesundheitsamt die Aufgabe, „im Interesse einer ordnungsgemäßen Arzneimittelversorgung ... für die Sicherheit im Verkehr mit Arzneimitteln, insbesondere für die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der Arzneimittel ... zu sorgen." Das BGA ist in seinen Entscheidungen über die Zulassung von Arzneimitteln (auf Antrag des Herstellers) allerdings faktisch an die Voten von drei mit Sachverständigen besetzten Kommissionen gebunden.

Nach der Intention des Gesetzgebers sollte durch diese Kommissionen, deren Mitglieder über wissenschaftliche Kenntnisse und praktische Erfahrungen verfügen, die Pluralität der wissenschaftlichen Lehrmeinungen in der Arzneimitteltherapie auch bei der Entscheidung über die Zulassung eines Medikaments ungeschmälert zum Ausdruck kommen.

Um einen möglichen Mißbrauch des Gesetzes von vornherein auszuschließen, regelte das Arzneimittelgesetz auch die Risiko-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln neu. Im Gegensatz zum Contergan-Urteil, wo den Richtern bereits der Verdacht auf die schädliche Wirkung auf der Basis „ernstzunehmender Meldungen" (etwa von praktizierenden Ärzten) genügte, verlangt das Arzneimittelgesetz eine Begründung dieses Verdachts auf der Basis der „Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaft" (§ 25 Abs. 2 Nr. 5 AMG). Der Gesetzgeber wollte damit willkürlicher Elimination von Arzneimitteln einen Riegel vorschieben.

Eben diese Willkür aber wandte das BGA im Fall Clofibrat an. Denn die dem Verbot zugrundeliegende Studie erwies sich als falsch, das Amt mußte seine Entscheidung zurücknehmen.

Und das, obwohl der damalige Präsident des Bundesgesundheitsamtes, Professor Georges Fülgraff, dem Verbot, dem weitere zur Bereinigung des Arzneimittelmarktes folgen sollten, seine These von der „sozialen Adäquanz" und dem „normativen Konsens" zugrunde legte. Dies bedeutet nichts anderes, als daß schon öffentlicher Druck gegen ein bestimmtes Arzneimittel genügen sollte, um es vom Markt nehmen zu können.

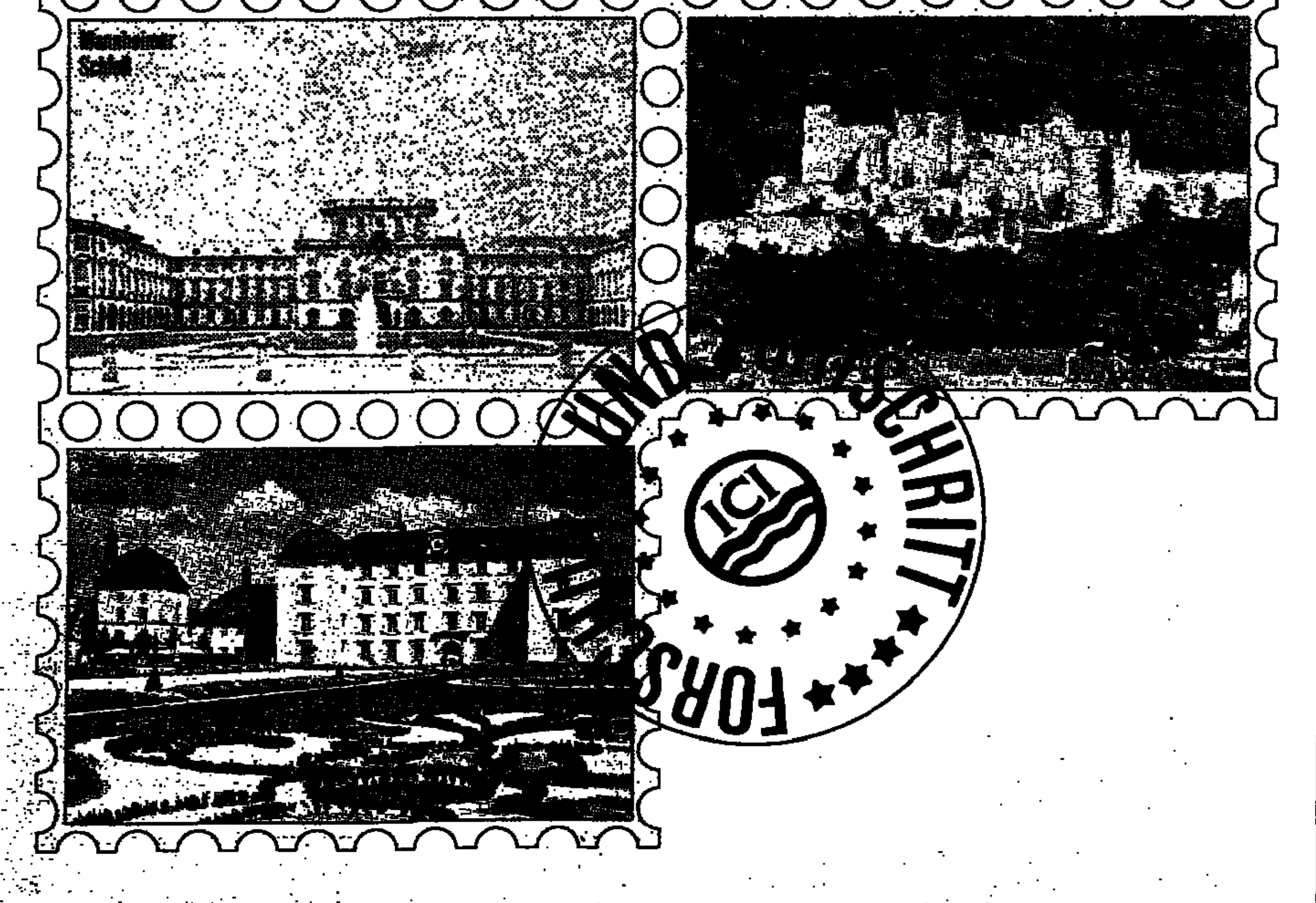
Gerhard Kienle, Mitglied der Kommission C beim Bundesgesundheitsamt, hat dem BGA vorgeworfen, sich im Fall Clofibrat wie auch in anderen Fällen zum „Richter in einer wissenschaftlichen Frage" zu machen. Das Amt, so Kienle, „habe mit dem Clofibrat-Verbot den Schritt des Gesetzgebers vom Contergan-Urteil zum Arzneimittelgesetz praktisch ignoriert".

Kienle kommt in einem Gutachten über die Risiko-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln durch das BGA zu dem Schluß, „die Arzneimittelsicherheit darf nicht als Alibi für die Durchsetzung wissenschaftlicher Positionen oder gesellschaftspolitischer Wünsche, etwa der Bereinigung des Arzneimittelmarktes, mißbraucht werden."

Die „Lynchjustiz" (Kienle) des BGA läßt sich nach Meinung Kienles beseitigen, wenn die Befugnis des Amtes, einen Verdacht selbst begründen und restriktive Maßnahmen allein festsetzen zu können, beschnitten wird. Er schlägt daher vor, die erforderliche Risiko- und Nutzenbewertung nur von den kompetent besetzten Kommissionen vornehmen zu lassen. Dabei sollten die Voraussetzungen für die Qualtität von Medikamenten in erster Linie aus klinischen und ärztlichen Kriterien und erst in zweiter Linie aus naturwissenschaftlichen Gesichtspunkten gebildet werden.

PETER JENTSCH

Arzneimittel mit Weltgeltung aus Baden-Württemberg von ICI



Wir passen gut in diese traditionsreiche Umgebung. Unsere Tradition sind Forschung und Fortschritt.

Arzneimittel von ICI genießen weltweit Vertrauen.



ICI-Pharma
Arzneimittelwerk Plankstadt

Wir helfen mit, wo immer es um Gesundheit geht



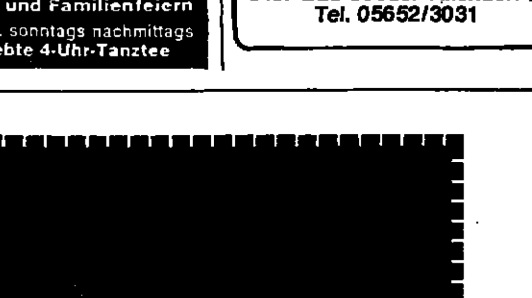
Boehringer Mannheim GmbH
Therapeutica · Diagnostica · Laborgeräte

Kongresse · Tagungen · Konferenzen



Ideal für Erholung, Tagungen, Kongresse, Empfänge und Familienfeiern
Samstags u. sonntags nachmittags der beliebte 4-Uhr-Tanztee

Tagen im Kurparkhotel
Modernes Tagungshotel, erstklassige Gastronomie, Hallenschwimmbad, Sauna etc. Angebot anfordern!
3437 Bad Sooden-Allendorf 2, Tel. 05652/3031





Ob Sie Ihr Seminar, Ihren Klein-Kongreß, Ihr Vereinstreffen oder Ihren Betriebsausflug vorbereiten – nehmen Sie einfach das Sauerland, die neue Tagungslandschaft mit dem gewissen Plus der Urlaubswelt.
Unser ausführlicher Tagungsplaner (hier im Foto die Titelseite) mit Mehrfachzugriff. 28 Seiten, 179 Tagungsstätten in 39 Orten, sortiert nach 37 Tagungskriterien. Alles über Tagungsräume, technische Ausstattung, Unterkunfts- und Freizeitangebot. Telefon 6138/4 anfordern bei:

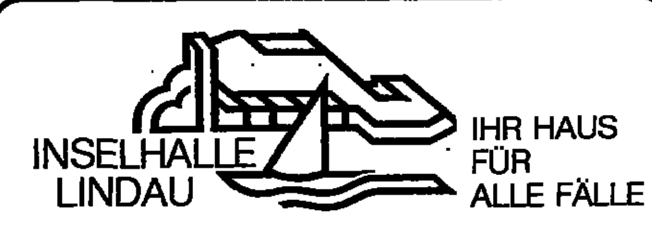
Touristikzentrale Sauerland
Postfach 1460/d 5790 Brilon
Tel. 02961/91229

Seminare Tagungen Kongresse! Jetzt: Neue Veranstalter-Broschüre Bitte anfordern!

Ihr Partner:
Verkehrsverein der Freien Hansestadt Bremen
Mitglied GCB, ICCA
☎ 04 21-32 73 00, Fs 2 44 854



am besten selbst kennenlernen



Unser neues Schmuckstück, direkt am See
In Stuhlreihen 1100 oder an Tischen 800 Sitzplätze
Halle in drei Säle teilbar, mit Bühne, Foyer, Nebenräumen, Restaurant-Café, Seeterrasse (Pächter: Hubert Hübler)
Tiefgarage, großer Omnibus- und Pkw-Parkplatz
LINDAU – Ferieninsel und internationale Tagungsstadt
3400 Gästebetten in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Ferienwohnungen und Privatzimmern
Auskunft: Verkehrsverein, 8990 Lindau (B), Tel. 08382/4035



Burghotel (am Wildpark) 2843 Dinklage i.O. Tel. 04443/1025-26 od. 777
Mitten im Burgwald gelegen. Ideal für Tagungen, Betriebsfeste, Kegelausflüge etc.
Nur 1.400 m von der Abfahrt Lohne - Dinklage der Autobahn Hansalinie (50 km nordl. Osnabrück).

Ringhotel Wingst 2177 Wingst 04778/70 66-68
Waldschlößchen Dobrock
80-Betten-Komforthotel, Spezialitätenrestaurant, div. neue Tagungsräume, Hallenbad, Sauna, Solarium, Fitnessraum, Kegelbahn, Kaffeeterrasse, Kurgarten, Baby-Zoo, Reithalle
Erholungsparadies in Nordseenähe



intermar
Die Hotels der Behaglichkeit
Glücksburg Malente Grömitz Timmendorfer Strand Bad Segeberg Bad Bramstedt

Tagungen im Intermar-Stil
Tagungen, Konferenzen, Seminare im INTERMAR-STIL sind zu einem Begriff geworden.
Fordern Sie bitte unseren Prospekt an.
Wir sind auch Ihr Partner für Urlaub, Wochenend und Freizeit.
Intermar-Hotelgesellschaft Information und Zentrale Reservierung Am Kohlerhof, 2357 Bad Bramstedt Tel.: 04192/3085-7, Telex 2180104

Tagen Sie mal auf unsere Kosten
Wenn Sie mit dem Tagungsgeschäft zu tun haben, dann testen Sie doch einmal ein DORINT Hotel Ihrer Wahl! Was Sie tun müssen? Nur den Coupon ausfüllen und einsenden. DORINT verlost jeden Monat fünf Weekends für zwei Personen!
Jetzt 20 DORINT Hotels!
DORINT Hotels bieten Komfort, moderne Freizeiteinrichtungen und erstklassigen Tagungsservice. Seminar-, Tagungs- und Kongreßräume bis 500 Personen. DORINT Hotels in: Arolsen – Bad Brückenau – Bad Kissingen – Bad Neuenahr – Bestenberg/Schweiz – Biersdorf/Südeifel – Dreieich b. Frankfurt – Feldberg/Hochschw. – Goslar – Hameln – Kaiserslautern – Kassel – Knokke/Belgien – Mönchengladbach – Schweinfurt – Scharbeutz/Ostsee – Spa/Belgien – Starnberger See – Trier – Winterberg.
Coupon einsenden an: DORINT Tagungsbüro, Postfach 641, 4050 Mönchengladbach 2
Tel. 0 21 62 - 4 40 61
Telex 08 52 371

Tagungen, Seminare, Schulungen Bitte Prospekt anfordern!
Waldhotel Schäferberg
3501 Kassel-Espenau, 0 56 73/79 71
Ringhotel Kassel

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8–579 104 aufgeben.

Budget-freundlich tagen
★ 86 Zimmer, 172 Betten, alle mit Du/WC, Farb-TV, Radio, Minibar
★ Sauna, Hot-Whirl-Pool, Fitness-Center, Squash-Courts, Kosmetik
★ Hotelbar, Restaurant, Tanz-Café, Kneipe mit Biergarten
★ 4 Veranstaltungsräume bis 250 Pers. – Kompl. Tagungstechnik
relexa hotel
In der Kuranlage Löhne im Staatsbad Oeynhausen
Bültestraße 13, 4972 Löhne-Bad Oeynhausen, Tel. (0 57 31) 8 44-0

Einst glanzvolle Reichstage – heute gut organisierte Kongresse in
Augsburg
die Kongress-Stadt an der Romantischen Straße
Kongresshalle
Modernes Kongresszentrum für 50, 120, 350 bis 1400 Teilnehmer – im Wittelsbacher Park
Haus St. Ulrich
Akademie und Tagungszentrum der Diözese Augsburg für 20 bis 400 Teilnehmer – in unmittelbarer Nähe der königlichen Maximilianstraße
Weitere Tagungsstätten:
Universität Augsburg – Augustanahaus – Barbarassaal
Augsburger Tagungshotels:
Steigenberger Drei Mohren Hotel, Ringhotel Alpenhof, Turmhotel Holiday Inn, Hotel Riegele, Hotel Gregor



Auskünfte und Informationen: Verkehrsverein Augsburg e.V. Bahnhofstr. 7 D 8900 Augsburg, Tel. 08 21/3 60 24

Hotel Jagdschloß Niederwald
6220 Rüdesheim/Rhein · Tel. 06722/1004 · Tlx 42152
- der stilvolle Rahmen für anspruchsvolle Konferenzen und Tagungen
- Räume für 20-70 Personen, Gruppenarbeitsräume, Tageslicht, moderne Tagungstechnik
- 48 Zimmer (85 Betten) mit Bad/Dusche/WC und Selbstwahltelefon
- Hallenbad, Sauna, Solarium u. Fitneß-Anlage
- Spezialitätenrestaurant

Hotel Landhaus Höpen DAS EXCLUSIVE HEIDE-HOTEL
Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten
80 Betten, Hallenschwimmbad (9×18), Sauna, Solarium, Massagen, Doppelkegelbahnen. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg–Hannover–Bremen (je 45 Minuten)
Fragen Sie uns – wir informieren Sie gern.
3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide) Telefon 05193/1031 Telex 924153

HOTEL HEIDEHOF Hallenbad 7×12 mit Gegenstromanlage, Sauna, Solarium
Für Urlaub und Wochenende
Restaurant im rustikalen Stil, altdeutsche Bierstube, 90 Betten, alle Zimmer mit Du/WC, Telefon, Radio, z. T. mit Südbalkon, Lift, Bundeskegelbahnen, Garagen, Parkplätze, Klub- und Tagungsräume bis 120 Pers.
3102 Hermannsburg Lüneburger Heide Telefon (0 50 52) 34 81



Vor den Toren Hamburgs in der Nordheide
Hotel Niedersachsen
Ringhotel, 2112 Jesteburg, Tel. 0 41 83 / 20 44
Zimmer mit Bad/WC/Radio/Tel. 70 Betten. Lift. Konferenzräume 10 - 80 Personen.
Hallenbad, mit Jetstream, Whirlpool, Sauna, Sunlift.

Es gibt noch Schönes zu entdecken
Informieren Sie sich über unsere vielseitige Angebotspalette für:
Tagungen Seminare Kongresse
Kur- und Verkehrsverein Bad Neuenahr-Ahrweiler e. V.
Postfach 505 k
5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Telex: 0861825 kvv-d
Tel. 02641/2278
Ihre 1. Adresse
BAD NEUENAHR AHRWEILER

Wer Was Wo

➤ Ein Wegweiser für WELT-Leser ◄

ADRESSEN
3352 Einbeck 1, Merkur Direktwerbeges., PF 206, Tel. 0 55 61 / 31 41, FS 9 65 624
KARL TREBBAU, 5000 Köln 51, Postf. 51 10 50, Tel. 02 21 / 38 04 14, FS 8 882 059

AIRTAXI
4000 Düsseldorf 30, Executive – Charter Travel Air, Tel. 02 11 / 4 21 66 08 oder 0 40 / 5 00 02 33

ALUMINIUMSCHIEBELEITERN
4516 Bissendorf 1, Fa. Philipps-Ideal-Leitern, Friedensweg 15, Tel. 0 54 02 / 31 44

ANLAGE- UND FINANZBERATUNG
4040 Neuss 1, H. ERNSER, Bauherrenmodelle, Gladbacher Straße 38, Tel. 0 21 01 / 5 00 07

ANRUFBEANTWORTER
B - I - V - G, Neu-, Gebraucht-, Kauf-, Miet-, Reparaturersatzgeräte, Goethestr. 12, 3 Hannover 1, T. 05 11 - 1 74 81

AUS- UND FORTBILDUNG
3388 Bad Harzburg 1, Akademie f. Führungskräfte der Wirtschaft, Amsbergstr. 22, Tel. 0 53 22 / 7 30

AUSBILDUNG U. ERFAHRUNGSAUSTAUSCH BÜRO
73 Esslingen, VIV VERBAND m. AKADEMIE, Stöckenbergweg 30, T. 07 11 - 37 80 07

AUSKUNFTEIEN
Aachen – Wuppertal, CREDITREFORM, an 107 Orten in Deutschland, und weltweit
6000 Frankfurt/M. 16, Schimmelpfeng GmbH, Postfach 1 67 20, Auskünfte weltweit

AUSTRALIEN / IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONEN
8520 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 51, Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20

AUTOLEASING
2000 Hamburg 50, Beerenweg 5, Hansa Automobil Leasing GmbH, Tel. 0 40 / 8 53 06 02
6900 Heidelberg, rhein-neckar-autoleasing GmbH, Tel. 0 62 21-3 70 71

AUTOMARKT
7000 Stuttgart 1, alle Cabrio-Verdecke, SPEED + SPORT, Postf. 4 12, Tel. 07 11 / 47 57 96, Tx. 7 22 311

BLOCKHÄUSER
3558 Frankenberg-Haubern, WAGRÖ-Blockhäuser, Tel. 0 64 55 / 5 55

BLOCKHÄUSER – FERIENHÄUSER
HUNSRÜCKER HOLZHAUSBAU, Emil Theis KG, 5449 Leideneck, T. 0 67 62 - 3 03
6200 Wiesbaden, Eichelhäherstr. 33, Polar-Blockhaus GmbH, Tel. 0 61 22 / 63 55

CABRIO-VERDECKE
7 Stutt. 1, Speed + Sport, alle Verdecke, PF 412, Tel. 07 11 / 47 57 96, Tx. 7 22 311

CAMPING-RESERVIERUNGEN
8000 München 40, TOURIEX GmbH, Karl-Theodor-Str. 66, Tel. 0 89 / 3 00 80 86

EDV
3000 Hannover 1, TCM, Goethestr. 12, Tel. 05 11 / 1 51 51, Adressen, Programmierung für IBM / 23 / 34 und Sirius 1, Rechenzentrum für FIBU, Lohn, Warenwirtschaft, Nachkalk. u. a., Schulung als Bildungsurlaub in Zusammenarbeit mit Refa, Zubehör, Papier, Disketten u. a.

ENERGIEBERATUNG
2000 Hamburg 73, RENORGA GmbH & Co, Künneketr. 22, Tel. 0 40 / 6 78 35 45

FACHSCHULEN
8262 Altötting/Obb., Postfach 2 28, Staatl. anerk. Hotelberufs-Fachschule, Tel. 0 86 71 / 7 00 10
Dtsch. Angestellten-Akad. e. V., Bildungswerk der DAG e. V., Holstenwall 5, 2 HH 36, Tel. 0 40 / 34 91 51, Durchwahl 3 49 15–2 81

FERIENHOTEL ZWISCHEN SCHWARZWALDTANNEN
7296 Adrionshof bei Freudenstadt, 750 m, Hallenbad, Tel. 0 74 46 / 20 41

FERIENFAHRSCHULE
5370 Kall + 5372 Schleiden / Eifel, Ferienfahrschule aller Klassen, Dieter Züll, Tel. 0 24 41 / 7 98

GELDSCHRÄNKE ODER TRESORE
75 Karlsruhe, Tresore + Heimsafes, BAUM-TRESORE, Abt. 3, Tel. 07 21 / 61 40 180

HAARAUSFALL
4600 Dortmund, Haar-Praxis Klassen, Deutschlands größte Praxis für Haar-Prothetik, Wiss-Str. 20, Tel. 02 31 / 52 74 74

HOTEL AN DER ROMANTISCHEN STRASSE
8803 Rothenburg o. T., Hotel Goldener Hirsch, Tel. 0 98 61-20 51, Tx. 6 1 372

HOTEL MIT AUSGEZEICHNETER KÜCHE
5300 Bonn 2, Rheinhotel Dreesen, Tel. 02 28 - 36 40 01, Telex 08 85 417

HOTEL MIT LÄNDLICHEM CHARME
Gut Funkenhof, 5768 Altenhellefeld, im Hochsauerland, T. 0 29 34–10 12

HOTEL FÜR IHRE GESCHÄFTSREISE
4 Düsseldorf, Hotel Fairport, Niederrheinstr. 162, T. 02 11 - 45 09 56, Tx. 8 584 033, Tagungs-/Konferenzmögl.

IHR HOTEL ZWISCHEN NORD UND SÜD
Hotel Götz, 7590 Achern, Sonne-Eintracht Achern, Hauptstr. 112, Telefon 0 78 41 / 64 50, Telex 7 52 277

IMMOBILIENMAKLER
5 Köln 1, Albert Wolter RDM, Wallrafplatz 9, T. 02 21 - 23 37 27, Tx. 8 882 932
3002 Wedemark 10, Tel. 0 51 30 / 44 58, DM 24,- POSTELLA BUNDES-IMMOB.-ADRESSBUCH

IMMOBILIEN UND KAPITALANLAGEN IN AUSTRALIEN
8520 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 51, Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN
3423 Bad Sachsa, Pädagogium, Bad Sachsa, T. 0 55 23 / 10 01 – Internats-Gymnasium
3036 Bomlitz, Freie Waldorfschule, Landschulheim Benefeld, Tel. 0 51 61 - 40 21
5300 Bonn 3, Ernst-Kalkuhl-Gymn., Königswinterer Str. 534, Tel. 02 28 - 44 11 54
5270 Gummersbach-Lantenbach, Internat Aggersee, T. 0 22 61 / 2 34 76
4700 Hamm-Heessen, Internatsgymnasium, Tel. 0 23 81 - 3 40 42 - 43
4825 Kalletal, Schloß Varenholz, Ganztagsrealsch./Intern., Tel. 0 57 55 / 4 21
2941 Langeoog, Gymnasium mit Internaten, Postf. 13 05, Tel. 0 49 72 / 3 18
2941 Langeoog, Internats-Realschule, Postfach 13 05, Tel. 0 49 72 - 3 15
CH-9000 St. Gallen, Inst. Rosenberg f. Mädchen u. Jungen, Abitur im Haus
2252 St. Peter, Nordsee-Internat, Gymnasium und Realschule, Tel. 0 48 63 / 4 00
4531 Wersen, Private Schulen Krüger m. Internat, Tel. 0 54 04 / 20 24 / 25
3542 Willingen/Hochsauerland, Upland-Internate, Haupt-, Realschule und Gymnasium b. z. Abitur f. Jg. u. Md. Mit Ski-Internat f. Leistungssport, Tel. 0 56 32 / 66 37

INKASSOUNTERNEHMEN
Aachen – Wuppertal, CREDITREFORM, an 107 Orten in Deutschland, und weltweit
Berlin 19, WIRTSCHAFTSINKASSO, Spandauer Damm 42, Tel. 0 30 / 3 22 39 02
6100 Darmstadt, MERKUR INKASSO-INSTITUT, Postf. 11 07 67, Tel. 0 61 51 / 2 67 26 – der leistungsfähige Partner für Großauftraggeber.
2000 Hamburg 1, Schimmelpfeng GmbH, Inkassoabteilung, Amsinckstr. 45, Tel. 0 40 - 23 73 61, und weitere 12 Inkassobüros in ganz Deutschland

KLIMA / KÄLTE / LÜFTUNGSBAU
4902 Bad Salzuflen, Weisshaar Wärmepumpen, Tel. 0 52 22 / 8 20 98-99, Tx. 9 312 199
4600 Dortmund, Ebenrecht GmbH & Co. KG, Am Uhlenhorst 4, Tel. 02 31 / 71 60 48
5180 Eschweiler, Polenz GmbH, Tel. 0 24 03 / 2 50 15 + 2 50 16, Tx. 8 32 163
7614 Gengenbach, Eishaar, Kälte-Klima-Ladenbau, Tel. 0 78 03 / 42 64, Tx. 07 52 795
8031 Gilching, Polenz GmbH, Landsberger Str. 8, Tel. 0 81 05 / 2 25 75, Tx. 5 213 289
2000 Hamburg, Polenz GmbH, PF 50 12 45, Tel. 0 40 / 8 80 40 31, Tx. 2 13 800
3000 Hannover, Gärtner KG, Berliner Allee 47, Tel. 05 11 / 85 10 65–66
7500 Karlsruhe, Polenz GmbH, Tel. 07 21 / 46 86 10, Tx. 7 825 724
6802 Ladenburg, Michael Eisenhofer GmbH, Klima, Tel. 0 62 03 / 50 95, Tx. 04 62 551
6070 Langen, Polenz GmbH, PF 15 46, Tel. 0 61 03 / 7 30 21-22, Tx. 4 15 022

KONGRESSE, TAGUNGEN
6000 Frankfurt, Congress Centrum, Auditorium Monte Carlo, Informationsbüro Monte Carlo, Mainzer Landstr. 174, Tel. 06 11 / 73 05 39
Fürstentum Monaco, Staatliche Zentrale für Tourismus und Kongresse, 6000 Frankfurt, Mainzer Landstr. 174, Tel. 06 11 - 73 05 39

LEASING
8900 Augsburg, IL, Investitionsgüter Leasing, Nibelungenstr. 1, T. 08 21 / 51 00 77, Tx. 05 33 527
4150 Krefeld, GGA Leasing, Schönwasserstr. 216a, Tel. 0 21 51 / 5 80 48–49
4150 Krefeld, DTL Deutsche Tischler-Leasing, Schönwasserstr. 216a, Tel. 0 21 51 / 5 80 48–49

MESSEBAU/MESSESTÄNDE + ZUBEHÖR
69 HD, ZARFL + PARTNER GmbH, Messebau – Großfotos – Dias, Tel. 0 62 21 / 2 75 49

MÜNZFACHGESCHÄFTE / GROSS- UND EINZELHANDEL / AUKTIONEN
4 Düsseldorf, MÜNZHANDLUNG RITTER, Bastionstr. 10, T. 02 11 - 32 50 24, Tx. 5 07 634

PSYCHOLOGISCH-STATISTISCHE TEXT-AUSWERTUNG ZUR MEINUNGSFORSCHUNG U. PR
Dipl.-Psych. E. C. Kuller, Forschung + Beratung, Max-Planck-Str. 76, 28 Bremen 33, Tel. 04 21 - 25 23 70

PSYCHOLOGISCHE BERATUNG
Privat-Praxis für Individual- + Analytische Psychologie, Seminare, Persönlichkeitsstruktur, Bewerberberatung u. a. P. Mackiewicz, Humboldtstraße 64, 4050 Mönchengladbach I, Tel. 0 21 61 / 18 32 70, und Trogerstr. 57, 8000 München 80, T. 0 89 - 4 70 52 56

REFORM-SPEISEÖLE
7274 Haiterbach, Reform-Ölmühle GmbH, Postfach 16, Tel. 0 74 56 / 18 63

ROLLTORE / KRAFTBETÄTIGTE TORANLAGEN
5064 Rösrath-Hoffnungsthal, Grießmann GmbH, Tel. 0 22 05 / 19 37–52 25, Telex 8 87 957, techn. Überprüfung und Wartung gemäß den Richtlinien der Berufsgenossenschaften, ständig erreichbar durch Eurosignal, Versicherungsschäden, Reparaturen in der Bundesrepublik innerhalb vor 12 Stunden.

SAUNAANLAGEN
FECHNER – Sauna – Solarien, 7170 Schwäbisch Hall, Raiffeisenstraße 7, Tel. 07 91 / 21 16

SEEBESTATTUNGEN
2000 Hamburg 1, Erste Deutsche Reederei, A. d. Alster 11, Tel. 0 40 / 2 80 20 80

SEMINARE
VA-Akademie für Führen und Verkaufen – Verkaufsleiterakademie e. V., 6231 Sulzbach b. Frankfurt, Hauptstr. 123, Tel. 0 61 96/2 70 01

SENIOREN-WOHNSITZE
8100 Garmisch-Partenkirchen, ROTES KREUZ-Betreuungsgesellschaft mbH, Seniorenruhesitz Parkfrieden, Mittenwalder Str. 17-23, Tel. 0 88 21 - 5 30 46
8960 Kempten, ROTES KREUZ-Betreuungsgesellschaft mbH, Senioren-Ruhesitz Hoefelmayr-Park mit Pflegestation, Haus L, Hieberstr. 6, Tel. 08 31 / 20 41

SENKRECHT-LAMELLEN
2 HH 13, auch gebraucht geg. neu, Dr. Haller + Co, Hansastr. 38, Tel. 0 40 / 44 22 22

SILVESTER-GROSSFEUERWERK
8532 Bad Windsheim, F. Ströbel GmbH., Feuerwerkerei, Postf. 2 13, Tel. 0 98 41 / 22 67

SPRACHSCHULEN / SPRACHKURSE
5000 Köln 1, BLS Sprachschule, Hohenzollernring 5, Tel. 02 21 / 24 42 00

SQUASHANLAGEN
2160 Hamburg 90, Squash Court Service GmbH, Tel. 0 40 / 77 27 45-46

SCHAUFENSTER-FIGUREN
FIGUREN-JUNG KG, für Mode und Sport, Museen und Private, von 80,– bis 1200,– DM, 8510 Fürth/Bay., Kaiserstr. 168-170, Tel. 09 11/7 80 87, Telex 6 22 929

SCHWEIZER VERMÖGENSVERWALTUNG
CH-8004 Zürich, MWB Vermögensverwaltung-Aktiengesellschaft für den Mittelstand, Langstr. 21, Tel. 0 04 11 - 2 41 24 55 / 56, Tx. 00 45 - 8 13 685, spezialisiert auf bankgeprüfte quellensteuerfreie sFr-Anlagen; auch Ansparprogramme.

TAGUNGS- UND KONFERENZHOTELS
8730 Bad Kissingen, Hotel KUR-CENTER, Tel. 09 71 / 8 11, Telex 0 672 837
2190 Cuxhaven-Duhnen, Hotel Seelust, Hallenbad, Telefon 0 47 21 / 4 70 65 - 67
4701 Hamm-Rhynern, BAB Rasthaus Rhynern-Nord, Tel. 0 23 85 - 35 65 od. 83 00
6109 Mühltal (bei Darmstadt-Eberstadt), Rest. Burg Frankenstein, Tel. 0 61 51 - 5 46 18
6290 Weilburg/Lahn, Schloßhotel Weilburg, Tel. 0 64 71 - 3 90 96, Tx. 4 84 730

TOUPETS / PERÜCKEN
Brehmer GmbH, 2800 Bremen, Parkstr. 118, Tel. 04 21 / 34 30 16, deutsche Maßarbeit, Brehmer-Top-Center im gesamten Bundesgeb., Anschriften anfordern

USA-KAPITALANLAGEN
US-FARMLAND und VERWALTUNG, HUBER FARM SERVICE INC., 5050 Poplar Ave., Memphis, Tenn. 38157 USA, Tel. 0 91 / 7 67-22 30
HUBER TREUHAND AG, Lavaterstr. 76, CH-8027 Zürich, Tel. 00 41 / 1-2 02 91 77

VERMIETER FERIENHÄUSER / FERIENWOHNUNGEN
8000 München 40, TOURIEX GmbH, Karl-Theodor-Str. 66, Tel. 0 89 / 3 00 80 86

VERMÖGENSVERWALTUNG IN DER SCHWEIZ
CH-8004 Zürich, MBW Vermögensverwaltung-Aktiengesellschaft für den Mittelstand, Langstr. 21, Tel. 0 04 11 - 2 41 24 55 / 56, Tx. 00 45 - 8 13 685, spezialisiert auf bankgeprüfte quellensteuerfreie sFr-Anlagen; auch Ansparprogramme.

VERWALTUNG VON EIGENTUMSWOHNUNGEN UND HÄUSERN
62 Wiesbaden, Muno & Partner, Kais.-Friedr.-Ring 71, T. 0 61 21/52 40 43

WERBEARTIKEL
4 Düsseldorf 31, Petra Lück Werbeartikel, Postf. 34 02 54, Tel. 02 03 / 74 12 86

ZEITUNGSAUSSCHNITTBÜROS
5300 Bonn, Hermes R. Severin, Weberstr. 92, Tel. 02 28 - 21 91 26
1000 Berlin 45, Der Ausschnitt, PF 45 02 80, Tel. 0 30 / 7 72 70 02, Tx. 1 83 536

ZÜNDHOLZWERBUNG
2722 Visselhövede, von Daylen ZÜCLAM GmbH, PF. 249, Tel. 0 42 62 - 7 74, Tx. 2 4 301

Informationen über den Wegweiser für WELT-Leser „WER–WAS–WO" erhalten Sie durch DIE WELT Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36, Telefon 0 40 / 3 47 44 40 und 0 40 / 3 47 41 28.

erscheint wöchentlich